

**Stadterneuerung und städtebauliche
Denkmalpflege in der DDR zwischen 1970 und
1990. Dargestellt an der Entwicklung von
Denkmalstädten in Sachsen-Anhalt.**

Von der Fakultät für Geschichte, Kunst- und Orientwissenschaften
der Universität Leipzig

angenommene

D I S S E R T A T I O N

zur Erlangung des akademischen Grades

DOCTOR PHILOSOPHIAE

(Dr. phil.)

vorgelegt

von Sandra Keltsch

geboren am 04. Dezember 1979 in Leipzig

Gutachter: Prof. Dr. Thomas Topfstedt
Prof. Dr. Leonhard Helten

Leipzig, den 12. Juni 2012

Inhaltsverzeichnis

<u>EINLEITUNG</u>	<u>5</u>
<u>1. ZUR ENTWICKLUNG DES INNERSTÄDTISCHEN BAUENS IN DEN 1950ER UND 1960ER JAHREN</u>	<u>16</u>
1.1. DIE 1950ER JAHRE	16
1.2. THEORETISCHE ANNÄHERUNG AN DIE ERHALTENDE STADTERNEUERUNG.....	19
1.3. ZUR WEITEREN ENTWICKLUNG IN DEN 1960ER JAHREN	21
<u>2. DIE INNERSTÄDTISCHE ERNEUERUNG AB 1970.....</u>	<u>25</u>
2.1. ALLGEMEINES.....	25
2.2. ZU PLANUNG UND THEORIE DER STADTERNEUERUNG IN DEN 1970ER JAHREN...	26
2.3. DIE STÄDTEBAULICHE PRAXIS DER 1970ER JAHRE.....	31
EXKURS: DER „TEUFELSKREIS“ IM BAUWESEN	37
2.4. DIE WEITERE ENTWICKLUNG IN DEN 1980ER JAHREN.....	40
2.4.1. AUFTRETENDE SCHWIERIGKEITEN	40
2.4.2. DIE GRUNDSÄTZE FÜR DIE SOZIALISTISCHE ENTWICKLUNG VON STÄDTEBAU UND ARCHITEKTUR IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK 1982.....	43
2.4.3. DIE ANPASSUNG DER INDUSTRIELLEN BAUWEISE AN INNERSTÄDTISCHE BAUAUFGABEN.	46
2.4.4. DIE „KOMPLEXE REKONSTRUKTION“ DER INNENSTÄDTE	50
2.4.5. DIE ENTWICKLUNG IM ZEITRAUM 1986-1989/90	52
2.4.6. HISTORISIERENDE STADTGESTALTUNG	53
2.4.7. REAKTION AUF DIE STADTERNEUERUNGSPRAXIS	55
2.4.8. LETZTE ANSTRENGUNGEN ZUM ERREICHEN DER ZIELE DES WOHNUNGSBAUPROGRAMMS	58
2.5. DIE SONDERSTELLUNG VON KLEIN- UND MITTELSTÄDTEN	59
EXKURS: DIE SANIERUNG DER STADTKERNE VON GREIFSWALD UND BERNAU – GEEIGNETE MODELLE ZUR ALTSTADTSANIERUNG?	63
<u>3. STÄDTEBAULICHE DENKMALPFLEGE ZWISCHEN 1970 UND 1990</u>	<u>71</u>
3.1. ZU STRUKTUR UND GESETZLICHEN REGELUNGEN DER DENKMALPFLEGE.....	71
3.1.1. DAS DENKMALPFLEGEGESETZ VOM 19.06.1975	72
3.1.2. ZU STRUKTUR UND GRUNDLAGEN DER DENKMALPFLEGERISCHEN ARBEITSWEISE	75

3.2. ZUR METHODIK DER STÄDTEBAULICHEN DENKMALPFLEGE	77
3.3. PRAXIS DER STÄDTEBAULICHEN DENKMALPFLEGE UND REAKTIONEN AUF IHRE UMSETZUNG.....	79
 <u>4. STÄDTEBAULICHE DENKMALPFLEGE IN DEN EHEMALIGEN BEZIRKEN HALLE UND MAGDEBURG 1970 BIS 1989/90. DARGESTELLT ANHAND AUSGEWÄHLTER STADTBEISPIELE.</u>	86
 4.1. ZUR GESCHICHTE SACHSEN-ANHALTS.....	86
4.2. ZUR STÄDTEBAULICH-ARCHITEKTONISCHEN ENTWICKLUNG DER BEZIRKE HALLE UND MAGDEBURG	88
4.2.1. ZUR GESCHICHTE VON DENKMALPFLEGE UND STÄDTEBAU IN SACHSEN-ANHALT	89
4.3. DIE ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER STADTBEISPIELE AUS DEN EHEMALIGEN BEZIRKEN HALLE UND MAGDEBURG IM ZEITRAUM 1970-1989/90.....	93
4.3.1. HALLE (SAALE)	94
4.3.1.1. Geschichtlicher Überblick	94
4.3.1.2. Das städtebauliche Erscheinungsbild und der denkmalpflegerische Wert Halles ...	95
4.3.1.3. Die bauliche Entwicklung des Altstadt-kerns von 1970-1989.....	99
4.3.1.4. Zusammenfassung.....	115
4.3.2. HALBERSTADT	117
4.3.2.1. Geschichtlicher Überblick	117
4.3.2.2. Stadtbild und Denkmalwert	118
4.3.2.3. Die Phasen der Umgestaltung der Halberstädter Unterstadt 1970-1989	122
4.3.3. NAUMBURG.....	139
4.3.3.1. Geschichte und Charakteristik der Stadt	139
4.3.3.2. Stadtbild und Denkmalwert Naumburgs	140
4.3.3.3. Städtebaulich-denkmalflegerische Entwicklung 1970-1989.....	144
4.3.4. QUEDLINBURG	154
4.3.4.1. Geschichtlicher Überblick	154
4.3.4.2. Stadtbild und Denkmalwert Quedlinburgs	156
4.3.4.3. Städtebaulich-denkmalflegerische Entwicklung 1970-1989.....	160
4.3.5. WERNIGERODE	174
4.3.5.1. Stadtgeschichtlicher Überblick	174
4.3.5.2. Stadtbild und Denkmalwert	175
4.3.5.3. Städtebauliche Entwicklung des Denkmalbereiches in der Wernigeröder Altstadt 1970-1989.....	178
4.3.6. OSTERWIECK.....	183
4.3.6.1. Geschichtlicher Überblick und Stadtbild Osterwiecks.....	183

4.3.6.2. Denkmalwert und denkmalpflegerische Forderungen	187
4.3.6.3. Städtebauliche Entwicklung des Denkmalensembles Altstadt Osterwieck	189
4.3.7. STOLBERG	201
4.3.7.1. Stadtgeschichte, Stadtbild und Denkmalwert	201
4.3.7.2. Entwicklung Stolbergs zwischen 1970 und 1989	207
4.3.8. LUTHERSTADT WITTENBERG	210
4.3.8.1. Geschichtliche Entwicklung und Stadtbild	210
4.3.8.2. Denkmalwert	212
4.3.8.3. Städtebauliche Entwicklung der Wittenberger Altstadt	214
4.3.9. TANGERMÜNDE	218
4.3.9.1. Geschichte und Stadtbild	218
4.3.9.2. Denkmalwert und Zielstellung	221
4.3.9.3. Theoretische und praktische städtebauliche Entwicklung bis 1990	223
4.3.10. ASCHERSLEBEN UND EISLEBEN	227
4.3.10.1. Aschersleben	227
4.3.10.2. Eisleben	229
5. <u>ZUR STADTDENKMALPFLEGE IN SACHSEN-ANHALT NACH 1990</u>	231
6. <u>ZUSAMMENFASSUNG</u>	234
7. <u>ANHANG</u>	244
8. <u>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</u>	252
9. <u>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</u>	253
10. <u>QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS</u>	254
Quellen	254
Literaturverzeichnis	260

Einleitung

„Alte Städte hatten ein Herz.“¹

Mit diesen Worten sprach *Alexander Mitscherlich* in seiner im Jahr 1965 veröffentlichten Schrift „*Die Unwirtlichkeit unserer Städte*“ die Empfindung einer steigenden Zahl kritischer Zeitgenossen aus. Angesichts der Tendenzen des damals gegenwärtigen Städtebaus hatte sich eine Diskussion um den Wert historischer Altstädte entsponnen. Da sich die hier vorliegende Forschungsarbeit mit der Erneuerung und Umgestaltung von Stadtkernen im 20. Jahrhundert auseinander setzt, soll ein Resümee dieser Debatte über den Wert, die Bedeutung und Zeitgemäßheit von historischen Altstädten dieser Dissertationsschrift als Einleitung vorangestellt werden.

Die städtebauliche Qualität der nach Kriegszerstörungen wieder hergestellten Stadtzentren sowie die Stadtentwicklung im Allgemeinen wurden ab der Mitte der 1960er Jahre in zunehmendem Maße beklagt. Der Wiederaufbau war europaweit nach den Prinzipien der 1933 in der Charta von Athen² verankerten Prämissen einer funktionsgerechten Stadt erfolgt. Diese Stadtplanungen und ihre Umsetzung hatten zu Ergebnissen geführt, die ungefähr seit dem Beginn der 1970er Jahre mehr und mehr abgelehnt und am Ende dieses Diskurses letztlich mit einer Rückbesinnung auf die alte Stadt und ihren Wert beantwortet wurden.³

Doch worin besteht der Wert historischer Strukturen für eine Stadt und ihre Bewohner? Was findet der Mensch in mittelalterlich geprägten Altstadtkernen, das er

¹ In: Mitscherlich, Alexander: *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*, Frankfurt (Main) 2008, S. 20.

² Die Charta von Athen wurde im Jahr 1933 auf dem IV. Kongress der CIAM (Congrès Internationaux d'Architecture Moderne) verabschiedet. Die Thesen wurden unter der Federführung von *Le Corbusier* entwickelt und beinhalteten im Wesentlichen die Forderung nach einer Entflechtung städtischer Funktionen. Moderne Stadtgestaltung sollte dem primären Ordnungsprinzip folgen, die Stadt auf der Grundlage der offenen Räumlichkeit (z.B. mit frei stehenden Baukörpern) in Funktionsbereiche zu gliedern. Vgl. hierzu: Paul, Jürgen: *Der Wiederaufbau der historischen Städte in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg*, in: Meckseper, Cord/Siebenmorgen, Harald (Hrsg.): *Die alte Stadt. Denkmal oder Lebensraum?* Göttingen 1985, S. 115.

³ Einerseits wurde die Zersiedelung als Folge der Anlage von Wohngebieten und -siedlungen am Rand der Städte (Trennung von Arbeiten und Wohnen – gemäß der Charta von Athen) und andererseits die moderne Neugestaltung noch vorhandener und durch den Krieg ausgelöschter Stadtgefüge zur Disposition gestellt. Der historische Grundriss der Städte wurde breiten und dem Diktat des sich rasch mehrenden Verkehrs folgenden Straßen geopfert. Geschlossene Bebauungs- und Quartiersstrukturen wurden zugunsten der offenen Anlage wenig individueller Neubauten aufgeben. Diese dem Primat der *Le Corbusier'schen* Thesen folgende Entwicklung fand international statt. Im damals noch bestehenden Ostblock und speziell in der DDR konnten die dieser Ideologie entstammenden städtebaulichen Ziele aufgrund wirtschaftlicher Schwäche nur fragmentarisch umgesetzt werden.

in Neubausiedlungen anscheinend schmerzlich vermissen muss? Welche Eigenschaften und Charakteristika der historischen Stadtkerne sind es, die ihnen eine gewisse Überlegenheit gegenüber den modern gestalteten Ensembles und Gebieten verleihen?

Mit einem Wort lässt sich die Antwort auf all diese Fragen zusammenfassen: *Einzigartigkeit*. Die Individualität einer im Lauf von Jahrhunderten gewachsenen Stadt ist es, die den in ihr lebenden Menschen das Sich-Heimisch-Fühlen ermöglicht.⁴ Dank ihrer Vielfältigkeit und ihres Detailreichtums erhält die Stadt eine ihr eigene Identität. Und nach eben dieser Identität verlangen die Stadtbewohner. Durch Lokalkolorit geprägte „*atmosphärische und räumliche Qualitäten*“⁵ machen historische Stadtkerne ebenso aus wie ihr unverwechselbarer und einzigartiger Grundriss, der die für die einzelne Stadt verschiedenen Zeitdimensionen abzubilden vermag.⁶ Im historischen Ensemble hat sich die Komposition der städtebaulichen Objekte und Räume zu einer ästhetischen Einheit entwickelt, deren Ausstrahlung Potenzial für einen „*reichhaltigen Erlebniswert*“⁷ beherbergt. So verglich Mitscherlich die Altstadt mit einem Biotop, in dem sich „*Leben verschiedenster Gestalt ins Gleichgewicht bringt und in ihm erhält. [...]*“.⁸

Die architektonische Monotonie der modernen, in *Le Corbusier*'scher Manier gestalteten Städte hingegen führe beim Betrachter zu Frust und Langeweile und hemme zudem sein kritisches Bewusstsein, da er sich der gleichförmigen und häufig einfallslosen Gestaltung seiner Umwelt anpasse und sie weniger bewusst wahrzunehmen beginne.⁹ Eine nach Funktionen getrennte Stadt, deren Zentrum nun von der Wohnfunktion „befreit“ vorrangig kommerzielle, also wirtschaftliche Signale ausstrahle, biete keinen Raum für Identifikation mehr. Der funktionellen Trennung folgt somit der Verlust des Stadtbildes.¹⁰

Den Weg aus dieser Krise der modernen Architektur sahen ihre Kritiker in der sorgsamten Pflege und Erhaltung der historischen Altstädte.¹¹ Damit nahmen sie in

⁴ Vgl. hierzu: Mitscherlich (2008): S. 15.

⁵ In: Glaser, Hermann: Um eine Stadt von innen bittend. Historische Stadt und kulturelle Aneignung, in: Meckseper, Cord/Siebenmorgen, Harald (Hrsg.): Die alte Stadt. Denkmal oder Lebensraum? Göttingen 1985, S. 11.

⁶ Festlegung durch die UNESCO-Kommission für historische Stadtkerne, zit. nach: Glaser (1985): S. 11.

⁷ In: Glaser (1985): S. 13.

⁸ In: Mitscherlich (2008): S. 40f.

⁹ Vgl. Glaser (1985): S. 13 und Mitscherlich (2008): S. 15.

¹⁰ Vgl. Glaser (1985): S. 13.

¹¹ Ebenda.

der Debatte um die Lebensqualität in den neu gestalteten Städten, die sich am Ende der 1960er Jahre europaweit zuspitzte, eine Vorreiterrolle ein. Die in den vorangegangenen beiden Jahrzehnten praktizierte Stadtplanung geriet mehr und mehr in die Kritik breiter Gesellschaftsschichten.¹² Das Konzept der radikalen Stadterneuerung und die ihr zugrunde liegende Kahlschlagsanierung wurden zunehmend abgelehnt.

Als Ergebnis dieses Diskurses stand die eingangs bereits erwähnte Erkenntnis über den Wert vorhandener historischer Strukturen. Etwa ab der Mitte der 1970er Jahre orientierten sich städtebauliche Planungen für Altstädte immer häufiger am Konzept der behutsamen Stadterneuerung sowie an denkmalpflegerischen Zielstellungen. Das Jahr 1975 wurde zum Internationalen Denkmalschutzjahr unter dem Motto „*Eine Zukunft für unsere Vergangenheit*“ erklärt. Die Strategie der Altstadtsanierung wandelte sich von einer flächig-vernichtenden hin zu einer erhaltenden.¹³

Um den mit diesem Paradigmenwechsel verbundenen Aufgaben gerecht werden zu können, wurde die Unterschutzstellung ganzer städtebaulicher Ensembles dank gesetzgeberischer Maßnahmen in vielen europäischen Ländern ermöglicht.¹⁴ Von nun an umfasste der Denkmalschutz beim Flächendenkmal neben den darin befindlichen Einzeldenkmalen ebenso Baufluchtlinien, Straßenzüge, Sichtbeziehungen, die Stadtsilhouette einschließlich der Dachlandschaft, Stadtbefestigungsanlagen sowie bedeutende topographische Gegebenheiten.¹⁵ Diese neuen Denkmalschutzgesetze waren die Grundlage für die Arbeitsfelder und Aufgaben der sich ab diesem Zeitpunkt immer stärker etablierenden städtebaulichen Denkmalpflege¹⁶.

¹² Vgl. Gebeßler, August: Altstadt und Denkmalpflege, in: „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ – Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland. Katalog zur Wanderausstellung 1975/76 im Auftrag des Deutschen Nationalkomitees für das Europäische Denkmalschutzjahr, München 1975, S. 68.

¹³ Vgl. Kiesow, Gottfried: Die Entwicklung des städtebaulichen Denkmalschutzes in Europa, in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau/Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte – Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 34-37 sowie Petzet, Michael: Denkmalpflege und Denkmalschutz im Denkmalschutzjahr 1975, in: Petzet, Michael (Hrsg.): Eine Zukunft für unsere Vergangenheit. Denkmalschutz u. Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland. Europäisches Denkmalschutzjahr 1975, S. 7.

¹⁴ Hubel, Achim: Denkmalpflege. Geschichte Themen Aufgaben. Eine Einführung, Stuttgart 2006, S. 168.

¹⁵ Vgl. hierzu z.B.: Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau (Hrsg.): Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte, Berlin 1979, S. 438ff.

¹⁶ Während die *Denkmalpflege* im Allgemeinen die erhaltenden und schützenden theoretischen sowie praktischen Maßnahmen beinhaltet, die erforderlich werden, um das unter Schutz stehende Objekt und ggf. seine Umgebung zu bewahren, befasst sich die *städttebauliche Denkmalpflege* nicht mit Einzel- sondern mit *Flächendenkmalen*. Als Flächendenkmal bezeichnet man ein Gebiet, welches in seiner Gesamtheit inklusive seinem Gebäudebestand und sämtlicher Strukturen, Anlagen,

Die Erhaltung und der Schutz von historischen Altstadtkernen wurden dank dieser umfassenden Schutzaufgaben und -ansprüche möglich. Die alten Städte behalten auf diese Weise ihre Eigenheiten, ihre Individualität, ihr *Herz*.

Die vorliegende Dissertationsschrift analysiert den theoretischen und praktischen Umgang mit historischen Altstädten in der DDR im Zeitraum von 1970 bis 1990. Vor dem Hintergrund allgemeiner Tendenzen des Bauwesens, Städtebaus und der immer mehr in den Fokus rückenden Stadterneuerung sollen Ziele, Methoden und Ergebnisse der städtebaulichen Denkmalpflege umfassend untersucht und dargelegt werden. Dabei wird besonderer Wert darauf gelegt, die Diskrepanz zwischen den öffentlichen Verlautbarungen in Form vollmundiger Bekenntnisse zu den historischen und kulturellen Wurzeln und der realen Denkmalpflegepraxis zu verdeutlichen.

Thesen

Als Grunderkenntnisse der Dissertation stehen die folgenden Thesen:

1. Die an sich fundierten und theoretisch ausgereiften Grundlagen der Stadterneuerung und städtebaulichen Denkmalpflege wurden in der DDR nicht in die Baupraxis umgesetzt. Nur in einzelnen Städten fand eine erhaltende Stadterneuerung unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer Gesichtspunkte statt. Zum Großteil wurde die Erneuerung der Städte unterlassen. Jedoch wurde unter dem Vorzeichen der „städtebaulichen Rekonstruktion“ ab der Mitte der 1980er Jahre eine zunehmende Zahl von Altstadtquartieren mit industriellen Baumethoden grundlegend erneuert und umgestaltet.
2. Die Entwicklung der Bautätigkeit nach 1971 konnte letztlich nur noch einseitig gelenkt werden. Die zu Beginn der 1970er Jahre gefällten Entscheidungen (einschließlich der Verstaatlichungswelle privater Baubetriebe im Jahr 1972) hatten eine derart einseitige Ressourcenkonzentration auf den Neubau zur Folge, dass die

Straßen- und Platzräume für schützenswert befunden wurde. Die Aufgabenbereiche der städtebaulichen Denkmalpflege überschneiden sich mit denen des Städtebaus, weswegen bei denkmalgeschützten Ensembles eine enge Zusammenarbeit der Bau- und Denkmalpflegebehörden erforderlich ist. *Denkmalschutz* hingegen meint den mit der Denkmalzuerkennung verbundenen Schutzstatus und steht für die somit verbindlichen Auflagen und Einschränkungen den Umgang mit dem Denkmal betreffend. Vgl. etwa Kieling, Uwe/Priese, Gerd: Historische Stadtkerne. Städte unter Denkmalschutz, Berlin/Leipzig 1990, S. 9 und 12.

traditionellen Baugewerke stark vernachlässigt wurden und dem steigenden Verfall keinen Einhalt mehr bieten konnten. Nahezu sämtliche anstehenden Bauaufgaben mussten infolgedessen in Plattenbauweise bewältigt werden.

3. Mit der Entscheidung, den Anteil der Plattenbauweise am Gesamtbauvolumen auf einem Niveau von 80-85% anzusiedeln, war die an anderer Stelle erklärte Absicht, die Städte denkmalgerecht zu erhalten, definitiv nicht erreichbar. Der Verlust stadteigener Individualität wurde damit ebenso bewusst in Kauf genommen wie die mit der genannten Entscheidung forcierte Angleichung und Beliebigkeit der erneuerten Stadtbilder.

4. Obwohl die Denkmalpflege durch konsequente Meinungseinbringung immer wieder versucht hat, auf fachlicher Ebene Einfluss auf das Baugeschehen zu nehmen, verhinderten die Entscheidungsstrukturen im Bauwesen eine tatsächliche Mitwirkung der Denkmalpflege an städtebaulichen Prozessen und Entscheidungen. Die strukturelle Anbindung der Denkmalpflege beim Ministerium für Kultur und die fehlende Verbindlichkeit der denkmalpflegerischen Zielstellungen machten so die direkte und auch bindende Einflussnahme auf das Baugeschehen unmöglich.

Aufbau der Arbeit/Gang der Untersuchung

Zur Einführung in die Thematik skizziert das erste Kapitel die Entwicklung im Städtebau der DDR in den 1950/60er Jahren. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf dem Umgang mit den noch vorhandenen Altstädten sowie dem Wiederaufbau kriegszerstörter historischer Bereiche.

Der sich anschließende Teil der Arbeit beginnt mit einem Kapitel, in welchem die innerstädtische Erneuerung der 1970er Jahre ausführlich zur Darstellung gelangt. Zunächst werden Planung und Stand der Bauforschung der baupraktischen Realität gegenüber gestellt. Die Auswirkungen der Entscheidung, den Wohnungsbau im Wesentlichen auf der Grundlage industrialisierter Bauverfahren zu realisieren, werden problematisiert. Es schließt sich ein Exkurs an, in dem der Versuch unternommen werden soll, die Verflechtungen und Zusammenhänge, die im Bauwesen letztlich zum Versagen geführt haben, in einem Kreislaufmodell darzustellen.

Im darauffolgenden Kapitel, welches den Zeitraum der 1980er Jahre umfasst, werden zunächst für die Stadterneuerung relevante Entwicklungslinien dargelegt. Anschließend wird die am Anfang dieses Jahrzehnts erfolgte Entwicklung der an bestehende innerstädtische Strukturen anpassbaren industriellen Bauweise untersucht. Es folgt die Darstellung der ab etwa 1985 mit diesen Wohngebäuden erstmals in größerem Ausmaß stattfindenden Altstadterneuerung. Neben der anlässlich des 750-jährigen Stadtjubiläums durchgeführten Sanierung Berlins mit dem Wiederaufbau des Nikolaiviertels wird in diesem Kapitel auch näher auf die Sonderstellung von Klein- und Mittelstädten eingegangen.

Der diesem Kapitel folgende Exkurs greift mit Bernau und Greifswald zwei Beispielstädte heraus, die als Muster- und Vorzeigeprojekte der DDR dienten. Anhand der dort durchgeführten Umgestaltung wird die Frage gestellt, inwieweit sich industrielle Baumethoden für die Anwendung im historischen Altstadtbereich überhaupt eignen.

Danach wendet sich die Untersuchung der städtebaulichen Denkmalpflege zu. Zunächst werden dabei die gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Denkmalpflege besprochen. Außerdem widmet sich die Untersuchung den Methoden und der Praxis der städtebaulichen Denkmalpflege. Hierbei wird insbesondere auf die vor und nach der politischen Wende in der DDR formulierten Erfahrungen der Denkmalpfleger eingegangen.

Im dritten Kapitel der Dissertation wird die städtebauliche Entwicklung von ausgewählten Städten aus den ehemaligen Bezirken Halle und Magdeburg vorgestellt. Dabei werden solche Städte in die Untersuchung einbezogen, deren Altstädte zumindest in Teilbereichen als Flächendenkmal nach der Denkmalschutzgesetzgebung der DDR unter Schutz standen. Nach der Analyse der zentralen Denkmalliste der DDR sowie der Denkmallisten der Bezirke Halle und Magdeburg wurden die Städte Halberstadt, Halle, Naumburg, Osterwieck, Quedlinburg, Stolberg, Tangermünde, Wernigerode und Wittenberg anhand ihres Denkmalwertes für die ausführliche Untersuchung ausgewählt. Ein kurzer Ausblick auf die Entwicklung Sachsen-Anhalts in der Zeit nach 1990 rundet dieses Kapitel ab. Das Schlusskapitel beinhaltet zusammenfassende und resümierende Betrachtungen und sucht nach Gründen für den Lauf der beschriebenen Entwicklung.

Forschungsstand

Die Entwicklung des Städtebaus in der DDR ist in den Jahren seit dem Zusammenbruch der DDR im Allgemeinen gut erforscht und dargestellt worden.¹⁷ Neben chronologischen Darstellungen¹⁸, die sich über die gesamte Zeit der DDR erstrecken, sind es vor allem die frühen Jahre der Städtebaugeschichte der DDR, die das Forschungsinteresse bislang auf sich zu lenken vermochten.¹⁹ Außerdem wurden Teilaspekte des Städtebaus, unter anderem die Frage nach einer spezifisch sozialistischen Architektur und ihrer Einordnung in einen internationalen Kontext, untersucht.²⁰ Diesen Veröffentlichungen ist gemein, dass sie sich kritisch mit ihrem Forschungsgegenstand auseinandersetzen und nach Gründen für die dargestellte Entwicklung suchen. Sie präsentieren die Ergebnisse von 40 Jahren städtebaulicher Entwicklung in der DDR ohne Beschönigung und weisen somit letztlich auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Städtebaus hin.

Ein gänzlich anderes Bild bieten hingegen die Publikationen in der DDR vor 1989. Über den sozialistischen Städtebau, seine Methoden, Ziele, Aufgaben und Ergebnisse wurde rege, aber weithin unkritisch reflektiert.²¹ Die Veröffentlichungen teilen sich in architektur- und städtebautheoretische Überlegungen sowie in Erfahrungen aus der Baupraxis und den Schlussfolgerungen aus diesen Berichten. Darüber hinaus hat es jedoch immer wieder vor allem aus der Wissenschaft kritische Stimmen gegeben, die Missstände zur Sprache brachten. Auch im Ausland, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, fand der Städtebau der DDR Eingang in die Fachliteratur. Generell sind diese Publikationen zwar von einer kritischen Sichtweise geprägt, aber nicht in jedem Fall gründlich genug recherchiert. In nicht nur einem Fall wurden die öffentlichen Darstellungen der DDR über die Prozesse und Ergebnisse der Stadterneuerung kritiklos und ungeprüft übernommen.²²

Über den konkreten Aspekt der ab 1970 zunehmend an Bedeutung gewinnenden Stadterneuerung gibt es keine über den Umfang eines Aufsatzes hinausgehenden Veröffentlichungen. Zu diesem Thema existieren vor allem Erfahrungs- und

¹⁷ Vgl. hierzu bspw. die Publikationen von Holger Barth, Sigrid Brandt, Jörn Düwel, Bruno Flierl, Thomas Hoscislawski, Joachim Palutzki und Thomas Topfstedt.

¹⁸ Siehe insbesondere Hoscislawski (1991), Palutzki (2000) und Topfstedt (2000).

¹⁹ Vgl. hierzu bspw. die Publikationen von Jörn Düwel, Werner Durth und Niels Gutschow (z.B. *Architektur und Städtebau der DDR. Die frühen Jahre*, Berlin 2007).

²⁰ Vgl. u.a. die Publikationen von Holger Barth.

²¹ Vgl. hierzu bspw. die Veröffentlichungen der Bauakademie der DDR, bzw. die Zeitschrift „Architektur in der DDR“.

²² Dabei wird nicht verkannt, dass es überaus schwierig war, korrekte Informationen zu erlangen und sich ein realistisches Bild zu verschaffen. Andererseits ist einigen Autoren genau dies gelungen.

Meinungsberichte der an der Stadterneuerung unmittelbar Beteiligten. In den Publikationen über den Städtebau der DDR wird die Stadterneuerung zwar in eigenen Kapiteln beziehungsweise immer dann thematisiert, wenn es der Zusammenhang erforderlich macht. Eine gründliche und alle Einflussfaktoren einbeziehende Darstellung steht bislang jedoch aus.²³

Auch Geschichte, Theorie und Praxis der Denkmalpflege in der DDR sind in der Fachliteratur hinreichend besprochen worden. Zumeist waren ehemalige Mitarbeiter der Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege die Autoren dieser Darstellungen. Die Berichte lassen das Bedürfnis erkennen, die Arbeit der Denkmalpfleger in der DDR vorzustellen und ein Stück weit zu verteidigen. Auf die offizielle Staatshaltung zur Denkmalpflege Bezug nehmend, enthüllen diese Veröffentlichungen die realen Möglichkeiten der Mitarbeiter des Instituts für Denkmalpflege. Über den speziellen Tätigkeitsbereich der städtebaulichen Denkmalpflege in der DDR wurde sowohl vor als auch nach der Wende hauptsächlich in Zusammenhang mit allgemeinen Fragen des Städtebaus geschrieben. Folglich fehlt auch hierfür eine alle Aspekte der städtebaulichen Denkmalpflege umfassende Darstellung. Das Bundesbauministerium veröffentlichte im Jahr 2007 einen Ausstellungsband über Stadterneuerung und städtebaulichen Denkmalschutz in den neuen Bundesländern nach 1990.²⁴ Diese nach Bundesländern und bedeutenden Städten gegliederte Veröffentlichung leistet einen wertvollen Beitrag zur Darstellung der städtebaulichen Entwicklung der fünf neuen Bundesländer nach 1990. Sie schließt sich somit an die Ergebnisse dieser Dissertation an.

Die städtebaulich-denkmalflegerische Entwicklung einiger Städte Sachsen-Anhalts ist bislang nur überblicksartig dargestellt worden. Der Arbeitsbericht des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Halle (Saale) mit dem Titel *„Historische Altstadt und ‚sozialistische Umgestaltung‘: städtebauliche Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt bis 1990“* fasst nach einem allgemeinen Kapitel über Städtebau und Denkmalpflege in der DDR die Entwicklung von 20 Städten kurz zusammen. Aufgrund des Gesamtumfangs des Berichtes (inklusive Abbildungen etwa

²³ Das 2007 erschienene Buch *„Berlin/DDR Neo-Historisch. Geschichte aus Fertigteilen“* beschreibt den ambitionierten Wiederaufbau Berlins in den 1980er Jahren und folgert schlussendlich von der Entwicklung Berlins auf die gesamte DDR. Vgl. Urban, Florian: *Berlin/DDR Neo-Historisch. Geschichte aus Fertigteilen*, Berlin 2007.

²⁴ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): *Denk!mal: Alte Stadt – Neues Leben. Stadterneuerung und Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Bundesländern*, Berlin 2007.

120 Seiten) macht er den mit dieser Arbeit zu veröffentlichenden Forschungsbeitrag jedoch nicht etwa überflüssig, sondern bereichert ihn um die für die Arbeit wertvollen Erfahrungen und Kenntnisse der Denkmalpfleger aus erster Hand.

Ziele der Arbeit, Relevanz der Thematik und Grenzen der Darstellung

Die vorliegende Dissertation geht von zwei Zielstellungen aus: Zum einen will sie einen Beitrag zur Erforschung der Städtebaugeschichte der DDR leisten, indem sie die Altstadterneuerung sowie die eng damit in Zusammenhang stehende städtebauliche Denkmalpflege im Zeitraum 1970-1990 umfassend untersucht. Obwohl sich die theoretischen Grundlagen der Stadtdenkmalpflege und Stadterneuerung durchaus an zeitgemäßen und internationalen Strömungen orientierten, standen sie in krassem Gegensatz zur tatsächlich umgesetzten so genannten „städtebaulichen Rekonstruktion“. Die vorliegende Abhandlung unternimmt den Versuch, für die evidente Divergenz zwischen Theorie und Praxis ein Erklärungsmodell zu entwickeln, welches die dargelegte Entwicklung als Ergebnis eines komplexen Bedingungsgefüges interpretiert.

Zum zweiten hat sich die Dissertation zum Ziel gesetzt, die städtebauliche Entwicklung von neun ausgewählten Städten der ehemaligen Bezirke Halle und Magdeburg im Zeitraum zwischen 1970 und 1990 darzustellen und in den soeben umrissenen städtebaulichen Kontext einzuordnen. Dazu wurden umfangreiche, zum großen Teil bislang unbearbeitete Archivbestände analysiert und ausgewertet. Hierzu zählen vor allem die Bestände des Archivs des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie in Halle (Saale), der Stadt- und Kreisarchive in Halle (Saale), Naumburg, Halberstadt und Wernigerode, des Archivs der unteren Denkmalschutzbehörde Mansfeld-Südharz, des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt in Merseburg und dem Bauarchiv des Baudezernats Halberstadt.

Zudem konnte auf Erfahrungsberichte einiger vormals Verantwortlicher, mit denen Interviews durchgeführt wurden, zurückgegriffen werden.

Der wissenschaftliche Wert dieser Untersuchungen besteht demnach in der möglichst vollständigen Dokumentation und Bündelung breit gestreuter Informationen und Beobachtungen. Zudem muss den Experteninterviews ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden, da Personen befragt wurden, die unmittelbar am zu beschreibenden Prozess beteiligt waren. Aufgrund des Alters der Interviewpartner dürften derartige Erhebungen in absehbarer Zeit nicht mehr möglich sein.

Was die vorliegende Untersuchung indes nicht leisten kann, ist die vollständige Abhandlung aller Entwicklungslinien des Städtebaus in der DDR im Untersuchungszeitraum. Ebenso wenig kann die Entwicklung und Vorstellung der übrigen Arbeitsfelder der Denkmalpflege in der DDR lückenlos dargestellt werden. Auch wurde auf die Darlegung der Geschichte und Tätigkeitsfelder der Arbeitsstelle Halle des Instituts für Denkmalpflege bewusst verzichtet. Zweifellos ist insbesondere die Arbeit der dort angesiedelten ehemaligen Abteilung „Städtebauliche Denkmalpflege“ von immenser Bedeutung für das Forschungsvorhaben. Dennoch soll vorrangig die Entwicklung der städtebaulichen Denkmalpflege in ihrer Verflechtung mit den Prozessen des Städte- und Wohnungsbaus nachgezeichnet werden.

Quellenlage

Die Quellenlage im Allgemeinen muss als schwierig bewertet werden. Obwohl sich im Archiv des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie in Halle (Saale) Akten zu sämtlichen untersuchten Städten befinden, sind dort im Gegensatz zu den denkmalpflegerischen nur wenige städtebaulichen Planungen und Zielstellungen archiviert.

Die Aktenbestände der Büros für Städtebau Halle (Saale) und Magdeburg sind in sachsen-anhaltischen Archiven nur noch bruchstückhaft aufzufinden. Obwohl diese Büros für die Erstellung sämtlicher städtebaulicher Planungen ihres Bezirkes zuständig waren, konnte im Jahr 2008 kaum eine vollständige Planung in den Archivbeständen ermittelt werden. Daher erhärtet sich der Verdacht, dass die Unterlagen der Büros entweder in größerem Umfang vernichtet oder aber nicht zur Archivierung weitergegeben wurden. Auch die Recherche in den Archiven der einzelnen Städte gestaltete sich teilweise schwierig. Entweder waren vorhandene Akten nach einer Laufzeit von 20-25 Jahren kassiert und vor wenigen Jahren vernichtet worden. Oder – und dies war häufiger der Fall – die Akten lagerten nicht im Archiv, sondern befanden sich in der Obhut einzelner Mitarbeiter. Da die Recherche für die vorliegende Arbeit jedoch von allen Archiven und Stadtbauämtern mit größtmöglicher Unterstützung begleitet wurde, konnten für jede zu untersuchende Stadt letztlich die nötigen Unterlagen zusammengetragen werden.

Die ausgewählten Interviewpartner waren den an sie gerichteten Fragen gegenüber aufgeschlossen und gaben ihr Wissen bereitwillig weiter. In Halberstadt standen der

ehemalige Stadtarchitekt und Mitarbeiter des Büros für Städtebau für Interviews zur Verfügung. Der ehemalige Osterwiecker Stadtbaumeister sowie der Ortschronist waren ebenfalls bereit, ihre Erfahrungen und Erinnerungen in die Arbeit einfließen zu lassen. Der derzeit amtierende Bürgermeister von Stolberg, damals zeitweiliger Vorsitzender einer Bürgerkommission, die sich für den Erhalt der historischen Substanz einsetzte, konnte ebenfalls als Interviewpartner gewonnen werden. Auch ein Mitarbeiter der HAB Weimar, der sich öffentlich für den Erhalt der Altstädte einsetzte und der mit den Vorgängen in Naumburg betraut war, stand für Fragen zur Verfügung.

Karten und Abbildungen waren größtenteils vollständig im Archiv des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie zugänglich.

Durch Forschungsaufenthalte konnte die Ortssituation eingeschätzt werden. Auf diese Weise konnte die städtebauliche Entwicklung bei unklarer oder unvollständiger Aktenlage nachvollzogen und beurteilt werden.

1. Zur Entwicklung des innerstädtischen Bauens in den 1950er und 1960er Jahren

Für die Zentren und historischen Stadtkerne der DDR waren im Zeitraum der 1950er und -60er Jahre zwei wesentliche Bauaufgaben formuliert worden. Neben der Beseitigung der Kriegszerstörungen sollte der Anschluss an einen geregelten Stadterneuerungsprozess bewältigt werden. Insbesondere das zuletzt genannte Ziel konnte aber aufgrund der während dieses Zeitraums tatsächlich gesetzten städtebaulichen Prämissen nicht erreicht werden.

1.1. Die 1950er Jahre

Die ersten Wiederaufbauplanungen nach 1945 orientierten sich an behutsamen, die historische Stadtstruktur berücksichtigenden Konzepten.²⁵ Tatsächlich wurden in diesen frühen Nachkriegsjahren jedoch vorrangig Gebäude repariert und Wohnraum wiederhergestellt. Das Jahr 1950 markierte eine Zäsur. In den in diesem Jahr an der Deutschen Bauakademie²⁶ konzipierten „16 Grundsätzen des Städtebaus“ wurden nach sowjetischem Vorbild grundlegende Gedanken zur idealen sozialistischen Stadt und ihrer Struktur formuliert.²⁷ Architektur und Städtebau sollten sich von der westeuropäischen Entwicklung abgrenzen und waren von einer starken theoretischen und ideologischen Durchdringung des neuen sozialistischen Städtebaus gekennzeichnet.²⁸

Die ersten größeren dieser neuen geistigen Ausrichtung folgenden Wiederaufbauprojekte wurden in Ostberlin und den Bezirksstädten realisiert. Auf kriegsbedingten Freiflächen entstanden in den Innenstädten repräsentative städtebauliche Ensembles, die sich auf eine „*nationale Bautradition*“²⁹ beriefen.³⁰

²⁵ In: Hoscislawski, Thomas: Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin 1991, S. 88.

²⁶ Die Deutsche Bauakademie war die zentrale Forschungseinrichtung des Bauwesens der DDR.

²⁷ Vgl. Bolz, Lothar: Von deutschem Bauen. Reden und Aufsätze. Berlin (Ost): Verlag der Nation 1951, S. 32-52.

²⁸ Goralczyk, Peter: Architektur und Städtebau der Fünfziger Jahre in der DDR, in: Architektur und Städtebau der Fünfziger Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in Hannover 1990, S. 62.

²⁹ Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Handbuch für Architekten, Berlin 1954, S. 261. Dieser Baustil stellte sich in den Dienst der klassischen und nationalen Bautraditionen, die „*schöpferisch*“ zu einer „*sozialistischen deutsche Baukunst*“ weiterentwickelt wurden. Großzügig angelegte Ensembles lehnten sich in ihrer Gestaltung u.a. an den Klassizismus, den Barock und die Backsteingotik an. Vgl.: Topfstedt, Thomas: Wohnen und Städtebau in der DDR, in: Flage, Ingeborg (Hrsg.):

Obgleich diese Bebauung die vormalig vorhandenen historischen Strukturen nur ansatzweise berücksichtigte und neue räumliche Maßstäbe schuf, konnte sie sich dank ihrer auf regionale Bautraditionen Bezug nehmenden architektonischen Gestaltung verhältnismäßig gut in das Stadtbild einpassen.³¹

Allerdings stellte sich in der Mitte der 1950er Jahre die Anlage derartiger Ensembles als zu aufwändig und kostenintensiv heraus, so dass keine weiteren Projekte konzipiert wurden. Stattdessen begann die Ära des industriellen Bauens. Auf der ersten Baukonferenz der Deutschen Bauakademie wurde im April 1955 die Umstellung auf industrialisierte Methoden im Wohnungsbau unter dem Motto *„Schneller, besser und billiger bauen“*³² beschlossen.³³

Da die Innenstädte mit ihren oftmals Jahrhunderte alten Strukturen in ihrer dichten und geschlossenen Anlage für die industrielle Bauweise nicht geeignet waren, stagnierte der Stadterneuerungsprozess, bevor er überhaupt begonnen hatte. Die im Territorium der DDR zahlreich vorhandenen Altstädte wurden mangels theoretischer und praktischer Kenntnisse und Fertigkeiten auf dem Gebiet der Altstadtsanierung weitestgehend sich selbst überlassen.³⁴

Um dem Wohnungsmangel Herr zu werden, verlagerte sich die Bautätigkeit zunächst an die Peripherie der Städte. Dort konnte den auf der Baukonferenz beschlossenen Forderungen nach schnellerem und effizienterem Bauen am ehesten entsprochen

Geschichte des Wohnens, Bd. 5. Von 1945 bis heute. Aufbau – Neubau und Umbau, 2000, S. 463 und Bauakademie der DDR (Hrsg.): Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte, Berlin 1979, S. 43.

³⁰ Genannt seien an dieser Stelle die Bebauung der Berliner Stalinallee, heutige Karl-Marx-Allee/Frankfurter Allee, der Rostocker Langen Straße, des Dresdner Altmarktes und des Leipziger Roßplatzes, vgl. Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv: Der Städtebau von 1945-1959, in: Städtebau und Architektur der DDR – Historische Übersicht. Schriftenreihe Bauforschung – Baupraxis, Bauinformation der DDR, Berlin 1989, S. 12f.

³¹ Vgl. Hoscislowski, Thomas: Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin 1991, S. 98, sowie Hoscislowski, Thomas: Die Problematik des Stadtumbaus Ost als Erbe der DDR-Stadtentwicklung? In: Die schrumpfende Stadt, Magazin 0401, verfügbar auf <http://www.schrumpfende-stadt.de>, S.3 und Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv: Der Städtebau von 1945-1959, in: Städtebau und Architektur in der DDR – Historische Übersicht. Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin Heft 254, 1989, S. 12.

³² Krenz, Gerhard: Architektur zwischen gestern und morgen. Ein Vierteljahrhundert Architekturentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1975, S. 19.

³³ Vgl. Hoscislowski, Thomas: Die Problematik des Stadtumbaus Ost als Erbe der DDR-Stadtentwicklung?, in: Städte im Umbruch 03/2004, S. 3f. und Topfstedt (2000): Wohnen und Städtebau, S. 486.

³⁴ Vgl. Schauer, Hans-Hartmut: Historische Altstadt und ‚sozialistische Umgestaltung‘. Städtebauliche Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt bis 1990, Halle (Saale) 2007, S. 13f.

werden. In den folgenden Jahren entstanden so zahlreiche locker und offen bebaute Wohngebiete in standardisierter Typenbauweise.³⁵

In den späten 1950er Jahren wandte sich die Stadtplanung wieder den Innenstädten zu. Für die Zentren der Bezirksstädte wurden Ensembles im Zeichen der Moderne entworfen. Bei der Umsetzung dieser Pläne gab man die bisherige Grundrissstruktur nach dem Abriss noch intakter Substanz teilweise auf und legte sie neu an. Da die Rücksichtnahme auf ehemalige oder noch vorhandene städtebauliche Strukturen mit den Mitteln des industriellen Bauens weder erwünscht noch möglich war, entstanden Neubaukomplexe in offener Bauweise, die verschiedene Funktionen (Wohnen, Einkaufen, gesellschaftliches Leben) miteinander verbanden. Das damit zur Schau gestellte städtebauliche Leitbild entsprach dem der funktionellen Stadt im Dienste des Sozialismus. Wohnhochhäuser als „Scheiben“ quer zur Straße waren ein wesentliches Gestaltungsmerkmal dieser Anlagen.³⁶ Mit ihrer rationellen und nüchternen Gestaltung mögen sie zwar dem damaligen Zeitgeist entsprochen haben, es gelang ihnen jedoch nicht, sich harmonisch in das vorhandene Stadtbild einzufügen.³⁷

Auch für die Stadtkerne der Klein- und Mittelstädte wurden am Ende der 1950er Jahre Umgestaltungspläne erstellt und teilweise umgesetzt. Die behutsamen Planungen für diese Städte aus der unmittelbaren Nachkriegszeit wichen nun modernen Konzepten, die oftmals eine völlige Neuordnung der Kleinstadtkerne bedeuteten. Da die industrielle Bauweise weder für die Erneuerung historischer Stadtanlagen geeignet, noch hinreichend ausgereift war, konnte bei der Gestaltung nur auf ein eingeschränktes Spektrum städtebaulicher Möglichkeiten zurückgegriffen werden. Geschlossene Bebauungsformen waren mit dem praktizierten Zeilen- und Reihenstil nicht zu verwirklichen.³⁸ Infolgedessen entstanden etwa im Stadtkern von Frankfurt/Oder, Halberstadt oder Rathenow einseitig strukturierte Ensembles in „ungenügende[r] urbane[r] Dichte“³⁹ Diese noch „unentwickelten Methoden des industriellen Bauens“ hätten zu wenig abwechslungsreicher Architektur und damit zu

³⁵ Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv (1989): Der Städtebau von 1945-1959, S. 13 und Topfstedt (2000): S. 487.

³⁶ Vgl. Flierl, Bruno: Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht, Berlin 1998, S. 60f. und Topfstedt (2000): S. 500ff.

³⁷ Eines der prominentesten Beispiele für diese Gestaltung ist die Prager Straße in Dresden.

³⁸ Topfstedt (1988): S. 55ff.

³⁹ Vgl. Institut für Städtebau und Architektur/Autorenkollektiv: Stadtentwicklung in der DDR. Zustand, Probleme und Erfordernisse, Berlin 1990, S. 10.

„äußerster“ Monotonie geführt, wie die Bauakademie der DDR im Jahr 1989 kritisch urteilte.⁴⁰

1.2. Theoretische Annäherung an die erhaltende Stadterneuerung

Der Konzentration auf die am Ende der 1950er Jahre nach wie vor erwünschte sozialistische Um- und Neugestaltung der Städte⁴¹ stand die Tatsache gegenüber, dass Altbauten den Großteil des vorhandenen Gebäudebestands bildeten. Daher wurden rein rechnerische Untersuchungen über ökonomische Vorteile der Altbausanierung in Auftrag gegeben. Dabei wurde der Beweis erbracht, dass die Kosten für die Sanierung oftmals niedriger als der Neubau einer entsprechenden Ersatzwohnung waren.⁴² Die Vorbehalte gegen den „vorsozialistischen“ Gebäudebestand blieben dennoch erhalten. Sie manifestierten sich etwa in der Behauptung, dass ein Gebäude unabhängig von seinem Bauzustand einem Prozess des „moralischen Verschleißes“ unterläge.⁴³ Den Gedanken, dass die Nutzungsdauer eines Hauses nach maximal 80 Jahren abgelaufen sei, vertrat namentlich *Peter Doepler* in seiner im Jahr 1961 veröffentlichten Dissertation.⁴⁴ Aus diesem Grund forderte er, sämtliche vor 1890 erbauten Gebäude bis zum Jahr 1980 zu ersetzen. Auch, wenn die Sanierungskosten geringer als die für einen vergleichbaren Neubau wären, sprach aus *Doehlers* Sicht selbst bei jüngeren Altbauten das maximale Gebäudelebensalter gegen die Erhaltung dieser Gebäude.⁴⁵

Doehlers Annahme liegt die Auffassung zugrunde, dass der vorhandene Gebäudefonds – egal, in welchem Bauzustand er sich befindet – minderwertig sei und sich in Bezug auf Ausstattung, Grundriss usw. stets an den Maßstäben der Neubauten messen lassen müsse. Dem Argument, dass man mit der Sanierung der vorhandenen Gebäude wertvolle historische Substanz erhalten könne, setzte *Doehler*

⁴⁰ Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv (1989): Der Städtebau von 1945-1959, S. 13.

⁴¹ So sah bspw. der Siebenjahrplan aus dem Jahr 1959 nach 1965 in zahlreichen Altstadt-kernen der DDR Flächenabriss und Ersatzneubau vor. Nicht „den alten Zustand wiederherzustellen“ sei das Ziel, sondern eine „grundlegende[n] [...] sozialistische[n] Umgestaltung“. Vgl. hierzu: Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Probleme des Städtebaus und der Architektur im Siebenjahrplan, Berlin 1960, S. 177ff.

⁴² Vgl. Doepler, Peter: Planungsgrundlagen zur sozialistischen Umgestaltung der Wohnbausubstanz von Altbauwohngebieten, insbesondere von Städten über 10.000 Einwohner im Zeitraum von 1965-1981., Diss. Berlin 1961, S. 58-90 passim.

⁴³ Doepler (1961): S. 2.

⁴⁴ Vgl. Doepler (1961): S. 9.

⁴⁵ Doepler (1961): S. 95f.

entgegen, dass „eine solche Theorie in der Praxis einer Konservierung alter, überlebter städtebaulicher Wohn- und Lebensbedingungen gleichkäme“.⁴⁶ Damit negierte er die Möglichkeit, ein Gebäude durch regelmäßige und umfassende Instandhaltung auch über Jahrhunderte hinweg erhalten zu können. Die vor 1918 errichteten Wohngebäude stellte *Doehler* gar als den „minderwertigste[n] Teil des Wohngebäudefonds in [...] der DDR“⁴⁷ dar. Dabei erläuterte er allerdings an keiner Stelle, auf welchen Tatsachen die behauptete begrenzte Lebens- oder Nutzungsdauer eines Gebäudes beruht.⁴⁸ Mit seinen Ausführungen festigte er jedoch die Haltung, dass es sich bei den vorhandenen Gebäuden um bestenfalls zweitklassigen Bestand handelte, der auch im sanierten und damit wiederhergestellten Zustand niemals den Wert eines Neubaus erreichen könnte.⁴⁹

Auch wenn die neu gewonnene Erkenntnis über die bisher falsch eingeschätzten Sanierungskosten revolutionär war, ließ *Doehler* ihr Potential ungenutzt, um der erhaltenden Stadterneuerung zur mehr Anerkennung zu verhelfen.

Die offizielle Meinung über die alten Städte wandelte sich nicht zuletzt aufgrund der bisherigen Umgestaltungsergebnisse langsam aber kontinuierlich.⁵⁰ Das so ehrgeizige wie unrealistische Ziel der Anfangsphase der DDR, langfristig alle Gebäude aus überkommen geglaubten Gesellschaftsformen durch sozialistische Architektur zu ersetzen, wurde nicht mehr verfolgt. Diese Richtungsänderung hatte dabei durchaus auch einen praktischen Hintergrund. Der ständige Mangel an finanziellen und materiellen Kapazitäten führte unweigerlich zu der Erkenntnis, dass eine derart gewaltige Bauaufgabe mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht bewältigt

⁴⁶ Doehler (1961): S. 93.

⁴⁷ Doehler (1961): S. 48.

⁴⁸ Vielmehr sind Baustoffe bei sachgemäßer Instandhaltung unbegrenzt haltbar. Vgl. hierzu Schauer, Hans-Hartmut: Städtebau und Denkmalpflege – Erfahrungen und Vorstellung aus der Arbeit des Instituts für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle, in: Bauforschung-Baupraxis, Heft 245, Berlin 1989, S. 105f. und Urban, Florian: Berlin/DDR Neo-Historisch. Geschichte aus Fertigteilen, Berlin 2007, S. 52.

⁴⁹ Die Ablehnung von historischer Bausubstanz aus ideologischen Gründen gibt es in dieser strikten Form 15-20 Jahre später in der DDR nicht mehr. Dennoch hält sie sich – obwohl sie offiziell zu Beginn der 1970er Jahre nicht mehr vertreten wird, als Geisteshaltung bis 1989 in den Köpfen einiger Städtebauer und Architekten. Dies muss als Indiz für eine bis zum Jahr der politischen Wende im Mindesten latent vorhandene Feindseligkeit gegenüber den Bauwerken aus vergangenen Epochen bewertet werden. Vgl. hierzu z.B. Urban (2007): S. 67.

⁵⁰ Zaghafte Forderungen nach der Bewahrung des historischen Wertes der alten Städte wurden seitens der Denkmalpflege bereits im Jahr 1963 laut. Die historische Substanz müsse konserviert werden und Neubauten im historischen Baugebiet hätten sich einzufügen, forderte etwa *Ludwig Deiters* im Jahr 1963, in: Deiters, Ludwig: Denkmalpflege bei der Umgestaltung der Städte, in: Deutsche Architektur 8/1963, S. 465.

werden konnte. Der volkswirtschaftliche Wert des vorhandenen Gebäudebestands wurde mehr und mehr erkannt.⁵¹

So war die Forderung, die historische Bausubstanz zu erhalten und in die Stadtgestaltung einzubeziehen, in den frühen 1960er Jahren von staatlicher Seite bereits mehrfach formuliert worden.⁵² Die Besonderheit des kulturellen Wertes der historischen Substanz wurde dabei zwar betont, erscheint aber dennoch nicht hinreichend erkannt. Lediglich sechs städtebauliche Ensembles wurden 1962 in einer Verfügung des Ministeriums für Kultur als besonders wertvoll und international bedeutend qualifiziert.⁵³

Zudem lähmte der nach wie vor von einer negativen Grundeinstellung gegenüber der alten Stadt geprägte Zeitgeist die Überlegungen zur erhaltenden Stadterneuerung. Vielmehr überwog der Wunsch der Architekten und Stadtplaner, dem Sozialismus eine eigene architektonische Formsprache zu verleihen.⁵⁴ Allerdings konnte man zu diesem Zeitpunkt auch im internationalen Vergleich die Geringschätzung der historischen Substanz⁵⁵ beobachten, so dass die städtebaulichen Konzepte der DDR hier nicht isoliert als unrühmliches Einzelbeispiel betrachtet werden dürfen.

1.3. Zur weiteren Entwicklung in den 1960er Jahren

Da die Leistungsfähigkeit des Bauwesens bei der gleichzeitigen Ausführung mehrerer Bauaufgaben an ihre Grenzen stieß, wurde in den 1960er Jahren zunächst das Hauptziel formuliert, das Wohnraumdefizit zu beseitigen. Trotz der darauf folgenden Konzentration des Wohnungsneubaus auf unbebaute randstädtische Standorte mit

⁵¹ Vgl. z.B. Schauer (2007): S. 15ff.

⁵² Die „Grundsätze der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren“ vom August 1960 beinhalteten das Ziel, die historisch gewachsene Struktur einzubeziehen. Vgl. Grundsätze der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren, Sonderbeilage zur Deutschen Architektur 8/1960, S. 5f. Der *„individuelle Charakter und die künstlerische Bedeutung einer Stadt“* würden *„in besonderer Weise [...] durch ihre wertvolle historische Substanz bestimmt“*, ist in einem 1963/64 von der Deutschen Bauakademie verfassten Entwurf über die „Grundsätze der Planung und Gestaltung der Städte der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus“ zu lesen. Auch hier folgte die Forderung, die historische Substanz in die Stadtgestaltung einzubeziehen, in: Deutsche Architektur 1/1965, S. 6. Des Weiteren forderte das damalige Staatsoberhaupt *Walter Ulbricht* auf dem VI. Parteitag der SED im Jahr 1963, dass die vorhandene Gebäudesubstanz stärker in die Planungen einbezogen werden müsse. Vgl. Staemmler, Gerlind: *Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete in der DDR*, Berlin 1981, S. 71f.

⁵³ Deutsche Bauakademie (Hrsg.): *Autorenkollektiv: Stadtzentren. Beiträge zur Umgestaltung und Neuplanung*, Schriftenreihe zur Bauforschung Heft 6, Berlin 1967, S. 142ff.

⁵⁴ Vgl. Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv: *Der Städtebau von 1960 bis 1971*, in: *Städtebau und Architektur in der DDR – Historische Übersicht*. Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin 1989, S. 19.

⁵⁵ Topfstedt (2000): S. 498.

über 800 neu zu schaffenden Wohneinheiten, musste das Erreichen dieses Zieles immer wieder in die Zukunft verschoben werden. Zuletzt wurde das Jahr 1971 genannt, in dem man sich auf die innerstädtische Sanierung zu konzentrieren beginnen wollte.⁵⁶

In den späten 1960er Jahren setzte in Vorbereitung auf die nun ab 1971 geplante innerstädtische Erneuerung nochmals eine intensive theoretische Beschäftigung mit den damit verbundenen Fragen ein.⁵⁷ Hierfür waren im Wesentlichen zwei Strategien entwickelt worden: Für die Sanierung der im Krieg oftmals unzerstörten Klein- und Mittelstädte sowie der Altstadtkerne von Großstädten waren dem Leitbild der „sozialistischen Stadt“ folgend flächige Abrisse mit anschließender Neubebauung nach dem Vorbild der am Stadtrand entstandenen Neubausiedlungen vorgesehen.⁵⁸ Höhendominante Solitärbauten⁵⁹ sollten in Form von Symbolen bestimmte sozialistische Werte verkörpern und zu einer neuen Stadtsilhouette beitragen. Wertvolle und damit erhaltenswerte historische Gebäude sollten in die Neugestaltung einbezogen werden. Als zweite Form der Erneuerung wurde die sich am Original orientierende Sanierung der dicht bebauten Gründerzeitviertel, die sich noch in verhältnismäßig gutem Zustand befanden, geplant. Diese Überlegung entstand dabei weniger aus Respekt vor der gewachsenen Stadt als vielmehr aus Gründen der Ökonomie.⁶⁰

Zum herannahenden 20. Jahrestag der Gründung der DDR im Oktober 1969 sollten die Zentren der bedeutendsten Städte den Erfolg des sozialistischen Staates widerspiegeln und in neuem Glanz erstrahlen. Deshalb entstanden in ausgewählten Stadtzentren (etwa Berlin, Leipzig, Chemnitz, Suhl, Gera, Magdeburg, Rostock, Potsdam und Frankfurt/Oder) repräsentative Ensembles, die die gesellschaftliche Nutzung mit der Wohnfunktion verbanden.⁶¹ Der Wunsch, den vorhandenen Bestand durch Neubauten zu ersetzen, um der sozialistischen Gesellschaft auch in architektonischer Hinsicht einen ihr eigenen Ausdruck verleihen zu können, war bei

⁵⁶ Vgl. Hoscislawski (1991): S. 197 und Hoscislawski (2004): S. 3ff. und Doehler, Peter: Sozialistische Umgestaltung der Städte unter besonderer Berücksichtigung ihrer alten Wohngebiete, in: Deutsche Architektur 8/1963, S. 458.

⁵⁷ Staemmler, Gerlind: Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete in der DDR, Berlin 1981, S. 71ff.

⁵⁸ Hoscislawski (2004): S. 5.

⁵⁹ Z.B. der Berliner Fernsehturm (1965-69) und das Leipziger Universitätshochhaus 1969-1973 (so Topfstedt 1988, S. 65ff.).

⁶⁰ Hoscislawski (2004): S. 6.

⁶¹ Topfstedt, Thomas: Abriß der Städtebaugeschichte der Deutschen Demokratischen Republik von der Mitte der 1950er Jahre bis zum Beginn der 1970er Jahre. Dissertation zur Promotion B, Leipzig 1984, S. 8 und Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955 bis 1971, Leipzig 1988, S. 61f. sowie Institut für Städtebau und Architektur/Autorenkollektiv (1990): S. 6.

der Gestaltung dieser Komplexe gegenüber der theoretischen Annäherung an den erhaltenden Stadtumbau der letzten Jahre übermächtig. Die daraus resultierende rücksichtslose flächige Vernichtung historischer Strukturen und die anschließende aufgelockerte Neubebauung nach den Prinzipien der damals gegenwärtigen Städtebauauffassung führten zu unbefriedigenden Lösungen. Es gelang den Städtebauern nicht, Altes und Neues in einer gelungenen Symbiose zu vereinen.⁶²

Die Erfüllung der Planziele im Bauwesen wurde durch diesen forcierten und ressourcenbindenden Zentrenumbau unmöglich. Weder im Bereich des Wohnungsneubaus noch der Altbausanierung konnte das Bauwesen seinen vorgesehenen Planzahlen vollumfänglich gerecht werden. Der allgemeine Bauzustand der Altstädte verschlechterte sich folglich rapide. Die kontinuierliche Reproduktion der Bausubstanz geriet bereits zu diesem Zeitpunkt immer mehr aus dem Blickfeld.⁶³

Außerdem zeichnete sich zunehmend ab, dass die bisherigen Anstrengungen des Bauwesens nicht ausreichten, um genügend Wohnraum bereitstellen zu können. Daher wurde an der Deutschen Bauakademie nach neuen und quantitativ erfolgreicherer Baumethoden geforscht. In den Jahren 1969-71 gelang die Entwicklung eines Baukastensystems (Wohnungsbauserie 70, im Folgenden: WBS 70), das die Errichtung von Großwohngebieten mit allen benötigten gesellschaftlichen Einrichtungen anhand eines Bauteilesortiments ermöglichte.⁶⁴

Damit war am Ende der 1960er Jahre die Perspektive geschaffen, in den kommenden Jahren mit einer normierten Gebäudeserie große Wohngebiete zu errichten, um der Wohnungsnot effizient entgegenwirken zu können. Mit diesem eingeschlagenen Weg wurde jedoch die Fortsetzung des randstädtischen Bauens und damit die Abkehr von der zunehmend erforderlicher werdenden innerstädtischen Erneuerung beschlossen. Mit dieser Entscheidung nahm man den fortschreitenden Verfall der Altstädte in Kauf. Womöglich geschah dies mit dem Hintergedanken, sie später doch noch abreißen und neu bebauen zu können.

Mit dieser Entscheidung, die Altstädte zugunsten der forcierten Weiterentwicklung des industrialisierten Wohnungsbaus weiterhin sich selbst zu überlassen, war der mit

⁶² Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv: Der Städtebau von 1960 bis 1971, in: Städtebau und Architektur in der DDR – Historische Übersicht. Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR, Berlin 1989, S. 19.

⁶³ Vgl. Topfstedt (1988): S. 13 und Institut für Städtebau und Architektur/Autorenkollektiv (1990): S. 6 sowie Institut für Städtebau und Architektur/Autorenkollektiv (1990): S. 6 und Autorenkollektiv: Die Entwicklung des Städtebaus nach dem VIII. Parteitag der SED (1990): S. 24.

⁶⁴ Vgl. Topfstedt: Städtebau, S. 24.

der Industrialisierung des Bauwesens bereits 1955 angestoßene Prozess nicht mehr aufzuhalten. In den darauf folgenden 20 Jahren der DDR sollten alle unternommenen Versuche, diese Entwicklung aufzuhalten, letztlich scheitern, wie auch die folgenden Kapitel zeigen werden.

2. Die innerstädtische Erneuerung ab 1970

2.1. Allgemeines

Zu Beginn der 1970er Jahre fand in der DDR ein politischer Umbruch statt. Nachdem auf dem VIII. Parteitag 1971 an der Spitze der SED ein Machtwechsel stattgefunden hatte⁶⁵, änderten sich die grundlegenden Prämissen der Politik und damit auch des Bauwesens. Die ambitionierten Projekte für die Zentrengestaltung der 60er Jahre stellten sich nicht nur als zu kostspielig heraus, sie gefährdeten darüber hinaus auch die quantitativen Zielvorgaben im Wohnungsbau. Daher wurden sämtliche innerstädtischen Bauaktivitäten zurückgestellt.⁶⁶

Erich Honecker setzte in seinem neuen Amt als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED von nun an auf die „*Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik*“⁶⁷. Den Hauptinhalt dieser politischen Offensive stellte das im Jahr 1973 durch das Zentralkomitee der SED beschlossene Wohnungsbauprogramm dar. In dessen Rahmen sollten nun bis zum Jahr 1990 genügend Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.⁶⁸ Insgesamt war die Bereitstellung von 3 Millionen Wohnungen vorgesehen, davon rund ein Drittel durch Sanierungen.⁶⁹

Durch eine in den Jahren 1968 bis 1971 durchgeführte Wohnungszählung wurde der Bauzustand⁷⁰ sämtlicher Gebäude erstmals eindeutig formuliert und analysiert. Die Tatsache, dass 65% des Gesamtgebäudebestands zu den Altbauten gehörten, stellte ihre Weiternutzung zumindest aus volkswirtschaftlicher Sicht nun endgültig außer

⁶⁵ Siehe hierzu Müller, Helmut M.: Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn 1996, S. 364.

⁶⁶ Vgl. Topfstedt, Thomas/Kober, Bertram: Stadt Denkmale im Osten Deutschlands, Leipzig 1994, S. 20.

⁶⁷ Vgl. Wölle, Stefan: DDR, Frankfurt am Main 2004, S. 68.

⁶⁸ Junker, Wolfgang: Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976-1990, Berlin 1973, S. 16.

⁶⁹ Vgl. Schulz, Klaus D.: Entwicklungslinien der Stadterneuerung in der DDR, in: Jahrbuch Stadterneuerung 1998, S. 49.

⁷⁰ Der Zustand der Gebäude wurde in so genannten *Bauzustandsstufen* (BZS) festgehalten. Diese wurden wie folgt normiert: Bei einem Verschleiß von bis zu 5% galt die Stufe 1. BZS II erhielten Gebäude mit einem Verschleiß von 6-25%. An diesen Häusern waren geringe Schäden zu verzeichnen. Bei 26-50%igem Verschleiß wurde das Gebäude der BZS III zugeordnet. Diese Gebäude wiesen schwere Mängel auf und ihre Funktionstüchtigkeit war gefährdet. Über 50%iger Verschleiß führte zur Einordnung in BZS IV. Diese Häuser wurden als unbrauchbar und ersatzbedürftig eingeschätzt. Vgl. hierzu: Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau (Hrsg.): Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte, Berlin 1979, S. 187.

Frage.⁷¹ Diesen genutzten Wohnraum aus ideologischen Gründen aufzugeben, wie noch in den 1960er Jahren gefordert wurde, stand nun nicht mehr zur Debatte. Die in gutem Zustand befindlichen Neubauten der vergangenen Jahrzehnte machten 20% aus, der Großteil der Gebäude wies zu diesem Zeitpunkt „nur“ leichte Schäden auf. Etwa 15% der Häuser waren allerdings bereits stark schadhaft.⁷² Die Ausstattung der Wohnungen wurde allgemein als sehr unzureichend bewertet.⁷³

Das Durchschnittsalter aller Gebäude lag bei 61 Jahren, was die durchgeführte Bestandsstudie als überaltert betrachtete. Außerdem herrschte eine leichte Wohnraumunterversorgung.

Darüber hinaus hatte die Bestandsanalyse ans Licht gebracht, wie es um den quantitativen Umfang städtebaulicher Maßnahmen der DDR im internationalen Vergleich stand. Es stellte sich heraus, dass in der DDR durchschnittlich nur halb so viele Gebäude erneuert wurden wie dies europaweit der Fall war. Aber auch das Neubauvolumen betrug in der DDR nur die Hälfte des europäischen Durchschnitts.⁷⁴

2.2. Zu Planung und Theorie der Stadterneuerung in den 1970er Jahren

Auf Grundlage der soeben dargestellten Erkenntnisse wurde die vorhandene Gebäudesubstanz in das Wohnungsbauprogramm einbezogen und dieses unter das bis 1989 viel bemühte und rhetorisch häufig strapazierte Motto einer Einheit aus „*Neubau, Modernisierung und Erhalt*“⁷⁵ gestellt.⁷⁶ Obwohl die immer dringender

⁷¹ Vgl. bspw. die Richtlinie zur besseren Nutzung des baulichen Grundfonds durch Um- und Ausbau, Modernisierung und Erhaltung, in: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in: Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 123f.

⁷² Demnach befanden sich 20,3% aller Gebäude in BZS I, 63,9% der vorhandenen Häuser in BZS II, 14,7% hatten schwere Schäden und 1,1% des Gesamtbestands waren analog BZS IV unbrauchbar.

⁷³ Vgl. Kristen, Thomas: Stadtplanung und Stadterneuerung in der DDR. Gesamthochschule Kassel, Arbeitsberichte des Fachbereichs Stadtplanung und Landschaftsplanung, Heft 82, ohne Jahresangabe., S. 15 und Rietdorf, Werner: Neue Wohngebiete sozialistischer Länder. Entwicklungstendenzen, progressive Beispiele, Planungsgrundsätze, Berlin 1978, S. 108.

⁷⁴ Kabus, Günther: Städtebauliche Planung der sozialistischen Umgestaltung von Altbaugebieten zur Vorbereitung komplexer Rekonstruktionsmaßnahmen, Referat in: Bauakademie der DDR (Hrsg.): Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten. Ein Beitrag zur Lösung der Aufgaben bei der Modernisierung von 115 TWE bis 1975. Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 69 und Kluge, Hans-Jürgen: Zur Vorbereitung des Wohnungsbauprogramms der 80er Jahre und der Umgestaltung innerstädtischer Altbauwohngebiete, in: Architektur der DDR 2/1978, S. 132-136.

⁷⁵ In: Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte, Berlin 1979, S. 17.

⁷⁶ Das WBP beinhaltete also neben Neubau- auch Erhaltungsmaßnahmen.

nötig gewordene Sanierung der historischen Altstadtkerne bereits im Frühjahr 1971 erneut zugunsten des Wohnungsneubaus zurückgestellt worden war⁷⁷, setzte eine rege theoretische Auseinandersetzung mit der geplanten Stadterneuerung ein.

Im Oktober 1971 veröffentlichte die Bauakademie eine „Richtlinie zur besseren Nutzung des baulichen Grundfonds [...]“, welche den *„Erhalt und die Nutzung des vorhandenen Gebäudegrundfonds als wesentliches Anliegen der Politik“*⁷⁸ betonte. Außerdem forderte sie, Erhaltungsmaßnahmen bei der Stadterneuerung einzuplanen.⁷⁹

Im Zuge dieser geistigen Auseinandersetzung mit dem überlieferten Bestand wurde nun auch endgültig der kulturelle und ästhetische Wert der historischen Stadtanlagen anerkannt. Mit kritisch analysierendem Blick sah die Bauforschung auf die in den 1960er Jahren vollzogene Neugestaltung der Zentren und wagte vorsichtige selbstkritische Formulierungen wie diese:

*„Betrachtet man das Bild der neuen Zentren heute, beschleicht einen doch manchmal an bestimmten Stellen der Gedanke, im Prozeß des industriellen Aufbaus, das stadttypische Gesicht aus vielen sicher wichtigen Gründen nicht genügend beachtet zu haben und der Gefahr, einer gewissen Monotonie erlegen zu sein“*⁸⁰

⁷⁷ Palutzki (2000): S. 295. Diese widersprüchlichen Aussagen (Betonung des Wertes vorhandener Gebäude und gleichzeitiges Verschieben nötiger Sanierungsarbeiten) lassen sich zum wiederholten Male der schwachen Leistungsfähigkeit des Bauwesens zuschreiben, dem es nicht gelang, sich auf mehrere Bauaufgaben zu konzentrieren.

⁷⁸ Richtlinie (1973): S. 123.

⁷⁹ Ebenda.

⁸⁰ Rothstein, Fritz: Rekonstruktion und Stadttypisches, Referat aus: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in: Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 106. Die Neubewertung auch der Gründerzeitarchitektur wäre keine Nostalgie, sondern die Anerkennung historischer Kontinuität, stellte Klaus Rasche fest. Rasche, Klaus: Gedanken zur Gründerzeitarchitektur, in: Architektur der DDR 11/1979, S. 701. Dieses Urteil teilten: Ullmann, E.: Vorwort, in: Kulturbund der DDR/Gesellschaft für Denkmalpflege, Bezirksvorstand Leipzig (Hrsg.): Denkmalpflege in Umgestaltungsgebieten. 4. Bezirksfachtagung Denkmalpflege 24./25. September 1983, S. 12-15, Ullmann, E.: Zur kunstgeschichtlichen Bewertung der Substanz in Umgestaltungsgebieten, in: Kulturbund der DDR/Gesellschaft für Denkmalpflege, Bezirksvorstand Leipzig (Hrsg.): Denkmalpflege in Umgestaltungsgebieten. 4. Bezirksfachtagung Denkmalpflege 24./25. September 1983, S. 17-35 sowie Topfstedt, Thomas: Notwendigkeit der Forschung an der Bausubstanz in Umgestaltungsgebieten, in: Kulturbund der DDR/Gesellschaft für Denkmalpflege, Bezirksvorstand Leipzig (Hrsg.): Denkmalpflege in Umgestaltungsgebieten. 4. Bezirksfachtagung Denkmalpflege 24./25. September 1983, S. 35-39. Außerdem: Gericke, Hans: Rekonstruktion von Altbaugebieten – eine erstrangige politische Aufgabe, in: Deutsche Architektur 10/1972, S. 583 sowie Gericke, Hans: Städtebau und Denkmalpflege, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 4/1977, S. 13-21.

Dennoch wurde den vor 1900 entstandenen Bauten in der rhetorischen Manier der 60er Jahre nach wie vor „*hoher physischer und moralischer Verschleiß*“⁸¹ attestiert. Mit dieser latenten Aufrechterhaltung der Vorbehalte gegenüber der alten Stadt verfügte man noch bis 1989 über eine Argumentationsreserve, um flächige Abrisse zu rechtfertigen.

Das neue Leitbild der sozialistischen Stadt sollte sich nunmehr auf der Grundlage der historisch gewachsenen Strukturen der Stadt definieren. Alte und neue Gebäude sollten sich symbiotisch ergänzen. Der originalgetreue Nachbau historischer Räume wurde dabei allerdings für ebenso unrealistisch erklärt wie der Verzicht auf die Plattenbauweise im Altstadtbereich. Mit der Technologie der Plattenbauweise nötig werdende Flächenabrisse wurden in diesem Zusammenhang bereits vorab gerechtfertigt. Zum übergeordneten Ziel, einen hohen Anteil historischer Strukturen in die Neugestaltung einzubeziehen⁸², wurde offenbar kein Widerspruch gesehen.

Im Zuge der weiteren methodischen Durchdringung der Altstadtsanierung teilte der Architekturtheoretiker *Günther Kabus* im Jahr 1976 sämtliche Altbauten⁸³ in vier Gruppen ein und stellte je einen Maßnahmenkatalog für ihre städtebauliche Weiterentwicklung vor⁸⁴: Die ab dem Mittelalter gegründeten Altstadtkerne ordnete er in ihrer zumeist unregelmäßig angelegten Grundrissstruktur der ersten Gruppe zu. Für diese waren vorrangig Abriss und Neubau auf Basis der bisherigen Bebauungsstruktur vorgesehen. Die komplette Neuordnung nach radikalen Totalabrissen schloss Kabus hingegen aus. In besonders wertvollen Stadtkernen

⁸¹ Lammert (1979): S. 182.

⁸² Lammert, Ule: Städtebauliche Planung der Umgestaltung von Altbaugebieten und Stadtkernen, in: Architektur der DDR 1/1977, S. 24 und 19.

⁸³ In der Fachliteratur wurde immer wieder von der *Altbausubstanz* gesprochen. Unter diesem Begriff wurden in der DDR Gebäude zusammengefasst, die nicht mehr den gegenwärtigen Anforderungen entsprachen und durchschnittlich mindestens 50 Jahre waren. Zeitlich fielen in jedem Fall sämtliche Bauten darunter, die bis zum Jahr 1918 errichtet wurden. Diese Einteilung erscheint jedoch zu wenig differenziert, da unter den bis 1918 errichteten Gebäuden erhebliche Unterschiede bestanden. Der Gebäudebestand der im 19. Jahrhundert durchgeführten Erweiterung der Städte unterscheidet sich wesentlich von den häufig Jahrhunderte alten Strukturen der historischen Altstädte. Die gründerzeitlichen Wohngebiete sind häufig schachbrettartig angelegt und hatten schon damals vorrangig Wohnfunktion. In aller Regel waren die Gebäude mindestens dreigeschossig und die Wohnungsgrundrisse standardisiert. Der Baustil der Gebäude orientierte sich an allen vergangenen Epochen, wobei die übernommene Formensprache vorrangig der Dekoration diene. Demgegenüber entwickelten sich die Altstadtkerne im Zentrum der Städte im Lauf der Zeit. Häufig fügen sich Gebäude verschiedenster Epochen in einem harmonischen Gesamtbild zusammen. Der Stadtgrundriss ist zumeist unregelmäßig und gibt Hinweise auf die Funktion und Nutzungsweise des Altstadtbereiches. In der konkreten Baupraxis wurden tatsächlich auch Unterschiede zwischen Altstadt und Gründerzeitwohnquartier gemacht. Vgl. Doehler (1961): S. 1 und 17ff.

⁸⁴ Kabus, Günther: Zur komplexen sozialistischen Umgestaltung von Altbauwohngebieten, in: Architektur der DDR 7/1976, S. 392ff.

schlug er die Veränderung des Verhältnisses von Neubau und Sanierung zugunsten der Sanierung vor. Für alle weiteren vorhandenen Gebäudetypen (Gründerzeitquartiere, Wohnungsbau der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und Villenviertel bis ca. 1950) war der grundsätzliche Erhalt bei Ersatz unbrauchbarer Gebäude vorgesehen.⁸⁵

Die Herangehensweise des Autors war dabei von einer stark ökonomischen und effizienzorientierten Sichtweise geprägt. An anderer Stelle bekräftigte er zwar, dass das Wohnungsbauprogramm ohne die Sanierung vorhandener Gebäude sein Ziel verfehlen werde, machte aber im selben Atemzug den wenig weitsichtigen Vorschlag, sich zunächst den besser erhaltenen Gebäuden zu widmen, um das Aufwandsnormativ⁸⁶ einhalten zu können.⁸⁷

Um die bereits gewonnenen Erkenntnisse in der städtebaulichen Realität umzusetzen und die allgemeine Arbeitsproduktivität der Sanierung und Modernisierung⁸⁸ zu erhöhen, wurden in den frühen 1970er Jahren Mustersanierungsprojekte geplant. Diese sollten auf Grundlage der bereits praxiserprobten Technik des für Gründerzeitquartiere besonders gut geeigneten Fließstreckenprinzips⁸⁹ durchgeführt

⁸⁵ Kabus (1976): S. 392ff.

⁸⁶ Für jede Wohnung, egal ob sie durch Neubau oder Wiederherstellung entstanden war, gab es eine festgelegte Kostenpauschale, die jedoch für die Sanierung alter Wohnungen kaum einzuhalten war. Sie lag bei 9,5 Tausend Mark je Wohneinheit.

⁸⁷ Kabus (1973): S. 67f. und 75f. Letztlich suchte Kabus mit dieser Einteilung nur nach Wegen, die staatlichen Vorgaben (Aufwandsnormativ je Wohneinheit) in die städtebauliche Praxis umzusetzen. Dennoch trug dieser Vorschlag nur dazu bei, die Kluft zwischen Neu- und Altbau zu vertiefen.

⁸⁸ Auch für die verschiedenen *Formen der Gebäudeerhaltung* wurden Definitionen festgelegt. Bei einer *Baureparatur* wurde nur die Funktionstüchtigkeit, nicht aber der Gebrauchswert allgemein erhöht. Unter dem Begriff *Instandhaltung* wurden vorbeugende Baumaßnahmen zusammengefasst. *Instandsetzung* stand für Arbeiten, die einen Schaden behoben. Unter *Rekonstruktion* wurden alle Prozesse verstanden, die Erneuerung, Modernisierung sowie Um- und Ausbaumaßnahmen beinhalteten. (Vgl. hierzu Staemmler, Gerlind: *Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete in der DDR*, Berlin 1981, S. 6-10.)

Unter der Bezeichnung „*sozialistische Rekonstruktion*“ wurde generell die Erneuerung eines abgegrenzten Altstadtareals zusammengefasst. Auf die Verwendung dieses von der tatsächlichen Definition für Rekonstruktion abweichenden Ausdrucks wird in dieser Arbeit bewusst verzichtet. Stattdessen werden die Begrifflichkeiten ihrer Definition nach korrekt gebraucht.

⁸⁹ Die Gründerzeitviertel zeichneten sich oftmals durch einen derart guten Bauzustand aus, dass mit relativ geringen Mitteln eine deutliche Aufwertung der Wohngebäude möglich war. Da diese Quartiere mit breiteren Straßen und die Wohnungen oft nach standardisiertem Grundriss angelegt worden waren, eigneten sie sich besonders gut für eine rasche und effiziente Sanierung. So war die Bauforschung schließlich zu der Überzeugung gekommen, dass die gesamte Substanz bei Abriss einzelner Gebäude zu modernisieren und an „*sozialistische Wohnbedingungen*“ anzupassen sei. Die um 1900 erbauten Gebäude waren zumeist durch eine unzureichende Sanitärausstattung, eine marode Infrastruktur der technischen Leitungen, Feuchtigkeit in Kellern und Erdgeschossen, fehlende Freiflächen und eine starke Überbauung der Innenhöfe gekennzeichnet. Dem hohen Baualter geschuldet waren Fassaden und Dächer in mangelhaftem Zustand. Im später auch republikweit angewandten Fließstreckenprinzip wurde an jedem Gebäude eines Straßenzuges zunächst die Sanierung aller hölzernen Komponenten (z.B. Dachstuhl, tragende Balken)

werden. Der Modernisierungsaufwand pro Gebäude wurde durchschnittlich lediglich mit der Hälfte der Kosten für Abriss und Neubau beziffert.⁹⁰

Auch die Weimarer Hochschule für Architektur und Bauwesen reagierte auf die mit der Altstadtsanierung anstehenden veränderten Bauaufgaben. Die Fachrichtung „Städtebau“ wurde ab 1975 um das eigenständige Lehrgebiet „städtebauliche Rekonstruktion“⁹¹ erweitert. Die in diesem Zweig durchgeführte Forschung setzte sich kritisch mit dem Umgang mit der alten Stadt auseinander und entwickelte dazu verschiedene voneinander abweichende Auffassungen. Insbesondere zu Beginn der Beschäftigung mit der Altstadtsanierung war die Suche nach offiziellen Standpunkten ein von Unsicherheit geprägter Prozess.⁹² Später trat die Hochschule häufig für die behutsame Stadterneuerung ein und trug selbstbewusst Forderungen nach Sanierungskonzepten vor, die den Wert der Altstadt berücksichtigten.⁹³

Die in diesem Kapitel resümierte theoretische Befassung mit der Altstadtsanierung schloss Konzepte einer behutsamen Stadterneuerung aus.⁹⁴ Stattdessen wurde die Bauforschung von der Vorstellung und dem Wunsch beherrscht, den alten Städten eine neue zeitgemäße Note zu verleihen. Dabei war man durchaus bereit, Elemente und Details aus der überkommenen Stadtgestalt in das neue Stadtbild einzubeziehen. In ihrer neuen Umgebung konnten diese alten Fragmente allerdings keine eigenständige Wirkung entfalten, sondern konnten allenfalls die Funktion einer „Rüsche am neuen Gewand“⁹⁵ erlangen, wie die Architekturkritikerin *Simone Hain* treffend feststellte.⁹⁶

durchgeführt. Anschließend erfolgten die Instandsetzung der Dächer, die Bauwerkstrochenlegung und die Fassadenreparatur. Die einzelnen Wohnungen wurden modernisiert und erhielten teilweise Bäder. Die Hinterhöfe wurden wenn nötig entkernt und zu neuen Hof- und Freiflächen umgestaltet. Diese Experimente erwiesen sich jedoch als zu teuer, um im größeren Stil auch in allen anderen Städten der DDR angewandt werden zu können. Vgl. Spohr, Rudi/Esch, Hans: Modernisierung mit höherem Effekt, in: *Architektur der DDR* 9/1979, S. 538-543.

⁹⁰ Hoscislawski (1991): S. 280ff.

⁹¹ Dieses Forschungsgebiet beschäftigte sich mit dem Umbau sowie der Erneuerung sämtlicher Altstadtbereiche in den Städten.

⁹² Vgl. Kegler, Harald: Aufbruch in die >alte Stadt<. Zur Städtebauausbildung an der Architektur-Hochschule Weimar Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre – eine persönliche Momentaufnahme, in: Escherich/Misch/Müller: Entstehung und Wandel der mittelalterlichen Städte in Thüringen, Berlin 2007, S. 323.

⁹³ Vgl. etwa die Publikationen von Ulrich Hugk.

⁹⁴ Topfstedt (2005): S. 546.

⁹⁵ Vgl. Hain, Simone: Rekonstruktion made in GDR, in: *Foyer* 2 (Juni 1997), S. 11.

⁹⁶ Ebenda.

2.3. Die städtebauliche Praxis der 1970er Jahre

Auf die städtebauliche Praxis hatten die im vorangegangenen Kapitel dargestellten Erkenntnisse jedoch zunächst kaum Einfluss.

Bis zum Jahr 1981 sollte zunächst der Wohnungsneubau forciert werden. Da die Technologie der für den Wohnungsneubau vorgesehenen Wohnungsbauserie 70 einerseits große Freiflächen erforderte und andererseits die Orientierung an vorhandenen Strukturen nicht erlaubte, konnten die Neubauvorhaben nur an der Peripherie der Städte realisiert werden. Erst in den 1980er Jahren sollte sich der Anteil der Sanierung und Modernisierung der vorhandenen Gebäude deutlich erhöhen.⁹⁷ Mit dieser Vorgabe waren umfassende stadterneuernde Maßnahmen in den Stadtzentren aufs Neue um mehrere Jahre verschoben worden, in denen ein nahezu ungehinderter Anstieg des Verfalls zu befürchten war.

Die Zahl der neu gebauten Wohnungen stieg infolge des Beschlusses zum Wohnungsbauprogramm tatsächlich deutlich an.⁹⁸ In vielen Städten entstanden Neubaugebiete mit allen benötigten sozialen Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten und Einkaufsgelegenheiten. Städtebauliche Fragen und formal-ästhetische Kriterien spielten in diesen Wohngebieten angesichts der vorrangig quantitativ zu lösenden Wohnungsfrage allerdings nur eine untergeordnete Rolle.⁹⁹ Das für die Gestaltung in erster Linie bestimmende Kriterium war die festgelegte Kostennormative.¹⁰⁰ Die Technologie der WBS 70 wurde unterdessen kontinuierlich weiter entwickelt, bis sie schließlich im Jahr 1977 für den Bau auf extensivem Standort ausgereift und effizient einsetzbar war.¹⁰¹

Die im Wohnungsbauprogramm ebenfalls beschlossenen innerstädtischen Bauaktivitäten blieben hingegen hinter ihren Vorgaben, die Leistungen des traditionellen Bauhandwerks von 1971 bis 1975 auf 112% zu erhöhen¹⁰², zurück. Obwohl das Bauministerium in einer im Jahr 1973 aufgestellten Forderung eine straffere Organisation der Rekonstruktionsarbeiten von Altbauten befürwortete¹⁰³,

⁹⁷ Buck, H.F.: Die Sozialpolitik der SED am Beispiel des Wohnungsbaus, in: Deutschland-Archiv 4/1993, S. 510 und Topfstedt (2000) S. 534f.

⁹⁸ Tesch, Joachim: Wurde das DDR-Wohnungsbauprogramm 1971/76-1991 erfüllt?, in: Utopie kreativ, Sonderheft 2000, S. 52.

⁹⁹ Staemmler (1981): S. 6.

¹⁰⁰ Kabus (1973): S. 75.

¹⁰¹ Palutzki (2000): S. 299.

¹⁰² Kluge, H.-J.: Aufgaben bei der Modernisierung 1972, S. 36.

¹⁰³ Nach den vorgegebenen Kennziffern, die sich aus den aktuellen Plänen ergaben, sollten die örtlichen Gremien die Vorbereitung und Ausführung der Modernisierung planen und kontrollieren.

war die Umsetzung dieses Vorschlags aufgrund der realen Umstände kaum möglich. Einerseits mangelte es an Methoden, Materialien und Fachkräften und andererseits wurden anstehende Arbeiten nicht gründlich genug vorbereitet.¹⁰⁴

Da in den frühen 1970er Jahren in jeder größeren Stadt mit der Erneuerung von relativ gut erhaltenen Gründerzeitquartieren - oftmals auch in mehreren Sanierungsgebieten - begonnen worden war,¹⁰⁵ konnte zwar zunächst ein Anstieg des Modernisierungsvolumens verzeichnet werden. Tatsächlich aber blieben die Sanierungsquoten stets hinter ihren Planzahlen zurück.¹⁰⁶

Die historischen Altstadtkerne erfuhren in dieser Zeit hingegen keine grundlegende Erneuerung. Folglich verfiel die dortige Bausubstanz immer weiter. Bereits in der Mitte der 1970er Jahre waren 10-25% aller in den Stadtkernen befindlichen Gebäude in abbruchwürdigem beziehungsweise nur noch kurzfristig erhaltenswertem Bauzustand.¹⁰⁷ Mit der beständig ansteigenden Zahl unbewohnbarer Wohnungen sank auch die Einwohnerdichte in den Stadtzentren.¹⁰⁸

Für als besonders wertvoll erkannte Städte (wie bspw. Stralsund, Görlitz oder Quedlinburg) wurde generell eine an denkmalpflegerischen Grundsätzen orientierte Sanierungsstrategie vorgesehen und mit überdurchschnittlichen Kapazitätszuweisungen auch umzusetzen versucht.¹⁰⁹

In einigen anderen Städten engagierten sich die Verantwortlichen in Eigenregie für einen nachhaltigen, gleichmäßigen und geregelten Stadterneuerungsprozess. Auch die Bevölkerung dieser Städte war meist am Erhalt des Stadtbildes interessiert und

Parallel zu den Baumaßnahmen für die planmäßig zu errichtenden Neubauten sollte mit der Vorbereitung für die Rekonstruktionsarbeiten unmittelbar begonnen werden. Diese Forderungen erschienen zwar einleuchtend, sie zeigen jedoch, dass die obersten Stellen im Bauwesen der DDR die Probleme vor Ort entweder nicht kannten oder nicht erkennen wollten. Vgl. hierzu Kluge, Hans-Jürgen: Aufgaben bei der Modernisierung der Wohnbausubstanz im Fünfjahrplan 1971-1975, Referat von 1972 aus: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in: Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 36.

¹⁰⁴ Kabus, Günther: Städtebauliche Planung der sozialistischen Umgestaltung von Altbaugebieten zur Vorbereitung komplexer Rekonstruktionsmaßnahmen, Referat in: Bauakademie der DDR (Hrsg.): Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten. Ein Beitrag zur Lösung der Aufgaben bei der Modernisierung von 115 TWE bis 1975. Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 67.

¹⁰⁵ Z.B. in Berlin: Arkona- und Arnimplatz (ab 1970 bzw. 1973), Leipzig Ostheimstraße (ab 1973), Halle Glaucha (ab 1977) Vgl. Topfstedt/Kober (1994): S. 24 und außerdem Staemmler (1981): S. 79.

¹⁰⁶ Staemmler (1981): S. 75-80.

¹⁰⁷ Entsprechend den Bauzustandsstufen III und IV, in: Werner (1981): S. 69.

¹⁰⁸ Schöller (1986): S. 27.

¹⁰⁹ Magirius, Heinrich: Zum Schicksal der Bau- und Kunstdenkmäler in der DDR, in: Kunstchronik 6/1990, S. 247.

konnte durch ihre Einsatz Flächenabriss und Neubebauung aufgrund des schlechten Bauzustands verhindern.¹¹⁰

Die positive Entwicklung dieser wenigen Einzelfälle vermochte die Grundtendenz des schleichenden aber stetigen Verfalls jedoch nicht umzukehren. Dieser trug wesentlich dazu bei, dass im Jahr 1976 bei der Auswertung des von 1971 bis 1975 geltenden Fünfjahrplans ein Wohnungsdefizit von 500.000 Wohnungen verzeichnet werden musste. Obwohl sich der Wohnungsneubau am Stadtrand weitgehend planmäßig entwickelte¹¹¹, ging durch die Zustandsverschlechterung des vorhandenen Gebäudebestands immer mehr Wohnraum verloren.¹¹²

Während der gesamten 1970er Jahre wurden unabhängig von den durch Volkswirtschaftspläne vorgegebenen Planzahlen republikweit etwa 100 Fußgängerbereiche in den Innenstädten eingerichtet. Veranlasst wurde diese Aufwertung von ausgewählten Bereichen der Stadtkerne, welche die Sanierung der Fassaden in den Hauptgeschäftsstraßen sowie die Neu- und Umgestaltung der zur Fußgängerzone gehörenden Straßen- und Platzräume umfasste, von lokal verantwortlichen Politikern.¹¹³

In den ersten Städten, in deren Zentren Fußgängerbereiche eingerichtet wurden (Beginn 1965 in Leipzig), zeigte sich, dass die Bewohner diese mit Begeisterung annahmen.¹¹⁴ In der Folgezeit wurde deshalb auch in vielen anderen Städten nach Möglichkeiten gesucht, die Attraktivität der Stadtzentren zu erhöhen. Um die Umgestaltung realisieren zu können, wurden zugewiesene Kapazitäten umgeschichtet sowie die Bevölkerung zur Mithilfe angeregt.

Den in der zentralen Baupolitik Verantwortlichen war diese ressourcenbindende Anlage von Fußgängerzonen allerdings ein Dorn im Auge. Es wurde befürchtet, dass

¹¹⁰ So wurde bspw. in der Stadt Wismar die Form der Erneuerung abgelehnt, die nach Flächenabriss Neubau vorsah. Stattdessen setzte man auf die schrittweise Rekonstruktion und die Einbeziehung der Bürger. Vgl. Domhardt, Winfried: Komplexe Instandsetzung und Modernisierung in der Altstadt von Wismar, in: *Architektur der DDR* 3/1976, S. 162f. Auch in der Stadt Torgau setzte man sich für den behutsamen Erhalt der Altstadt ein und bezog Überlegungen zu Flächenabrissen gar nicht erst in die Planungen ein. Vgl. Franke, Rolf: Innerstädtisches Bauen in Torgau, in: *Architektur der DDR* 9/1988, S. 21-24 und Magirius, Heinrich: Zum Schicksal der Bau- und Kunstdenkmäler in der DDR, in: *Kunstchronik* 6/1990, S. 247.

¹¹¹ Im Jahr 1972 wurden gar mehr Wohnungen als vorgesehen gebaut.

¹¹² Staemmler, Gerlind: Wohnungsbauplanung und Wohnungspolitik, in: *Bauwelt* 35/1982, S. 1412.

¹¹³ Vgl. Schöller (1986): S. 46, Fritsche, Hans: Die Aufgaben von Forschung und Praxis in Städtebau und Architektur bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: *Architektur der DDR* 2/1982, S. 70, Andrä, Klaus/Klinker, Renate/Lehmann, Rainer: Fußgängerbereiche in Stadtzentren, Berlin 1981, S. 9 und Bauakademie der DDR (1989): S. 25.

¹¹⁴ Bauakademie der DDR (1989): S. 25 sowie Lehmann, Rainer: Entwicklung der Fußgängerbereiche in Altstädten der DDR, in: *Die Alte Stadt* 1/1998, S. 87 und von Beyme, Klaus: Der Wiederaufbau, München 1987, S. 128.

die gesetzten Schwerpunkte der allgemeinen Baupolitik mit dieser Umverteilung der Mittel nicht erreichbar wären.¹¹⁵ Paradoxerweise dienten eben diese Innenstadtbereiche, deren Aufwertung eigentlich unerwünscht war, immer dann staatlichen Repräsentationszwecken, wenn es darum ging, die DDR und den Umgang mit ihrem kulturellen Erbe in ein positives Licht zu rücken.

Die Bewertung dieser stadterneuernden Maßnahmen fällt bis heute höchst unterschiedlich aus. Von einer *„gründlichen Sanierung der Substanz“*¹¹⁶ sprach allein die Bauakademie der DDR. Insgesamt mehrten sich allerdings Stimmen, die die Einrichtung der Fußgängerzonen kritisch sahen. Dabei wurde die Instandhaltung und Erneuerung der betreffenden Straßen generell durchaus befürwortet und auch als Ergebnis der kulturellen Neubewertung der Altstadt gewürdigt.¹¹⁷ Dennoch bemängelten vor allem die Denkmalpfleger, dass der weitaus größte Teil der Stadtkerne aufgrund dieser einseitigen Ressourcenkonzentration weiter verfiel, verödete und zusätzlich mit dem aus den Fußgängerbereichen verdrängtem Verkehr belastet wurde. Außerdem wurde kritisiert, dass auch in den zu den Fußgängerzonen gehörenden Bereichen nur wenige Gebäude tatsächlich umfassend saniert wurden. Die Fassaden der meisten Häuser wurden lediglich oberflächlich repariert und neu gestrichen.¹¹⁸

Bei aller berechtigten Kritik an dieser Sanierungspraxis muss jedoch anerkannt werden, dass erstmals eine praktische Auseinandersetzung mit der Erhaltung der Altstadtkerne stattgefunden hatte. Dank der positiven Resonanz aus der Bevölkerung bewerteten die Städtebauforscher die Bedeutung und den Wert der alten Stadt für die in ihr lebenden Menschen neu. Die historisch überlieferten Strukturen wurden infolgedessen zunehmend als Grundlage der Altstadtsanierung akzeptiert und nicht mehr länger als beliebig in die Neugestaltung einzubeziehende Elemente wahrgenommen.¹¹⁹ Zutreffend wird deshalb in der Einrichtung von

¹¹⁵ Vgl. Lehmann (1998): S. 87.

¹¹⁶ Bauakademie der DDR (1989): S. 25.

¹¹⁷ Schöller (1986): S. 46.

¹¹⁸ Vgl. Schöller (1986): S. 38f. und 46, Palutzki (2000): S. 316 und Topfstedt (2005): S. 546.

¹¹⁹ Mit der Verkündung des Parteiprogramms der SED im Jahr 1976 wurde diese Wende hin zur Anerkennung des historischen Bestands öffentlichkeitswirksam inszeniert. Im Programm hieß es vollmundig, dass die *„[...] historisch entstandenen kulturellen Werte und progressiven Züge in der Struktur und im Antlitz der Städte soweit als möglich bewahrt [...] werden“*. Vgl. Programm der SED, Berlin 1976, S. 31.

Fußgängerbereichen auch die Initialzündung für das Konzept der erhaltenden Stadterneuerung gesehen.¹²⁰

Aufgrund der Erkenntnis über den volkswirtschaftlichen Wert bereits bestehender Wohngebäude wurde im Jahr 1979 ein Abrissstopp verfügt. Dieser sollte die leichtfertige Beseitigung vorhandener Substanz verhindern.¹²¹ Fortan durften Gebäude der Bauzustandsstufen I-III nur noch mit der Genehmigung des Bauministers abgerissen werden. Bei Abbruchreife (BZS IV) war die Erlaubnis des Rates des Bezirkes einzuholen.¹²²

Trotz dieser der Gebäudeerhaltung dienenden Maßgabe wurde Gebäuden aus der Zeit vor 1900 immer wieder als minderwertig¹²³ klassifiziert. Für weniger wertvolle Gebiete oder solche mit allgemein schlechtem Bauzustand wurde in Folge dieser Einschätzung eine Ersatzbebauung in angepasster Weise vorgeschlagen.¹²⁴ Hieran wird deutlich, dass noch immer erhebliche Unsicherheit im Umgang mit der alten Stadt bestand.¹²⁵ Auf der einen Seite war es erklärtes Ziel, die jeweilige Tradition einzubeziehen, auf der anderen Seite wurden vor 1900 erbaute Gebäude, zu denen die meisten in den Stadtzentren gehörten, mit dem Attribut des physischen und moralischen Verschleißes gebrandmarkt.

¹²⁰ Vgl. Lehmann (1998): S. 87. Dass der Stadtumbau mit fortschreitendem Verfall dann doch immer weniger behutsam und entgegen der Erkenntnis vom Wert der Altstadt betrieben wurde, soll unbestritten bleiben. Zumindest aber war diese unsensible Sanierungspraxis von Altstadtbereichen weniger der generellen Abneigung gegenüber alten Strukturen als vielmehr der fehlenden Leistungsfähigkeit des Bauwesens geschuldet.

¹²¹ In: Palutzki (2000): S. 292.

Die Denkmalpflege nahm diesen Beschluss mit Freude zur Kenntnis. Kulturbund der DDR/Gesellschaft für Denkmalpflege: Drei Jahrzehnte Denkmalpflege in der DDR, Berlin 1980, S. 14. Letztlich war diese Verfügung zwar eine an sich lobenswerte Initiative, blieb aber weitgehend folgenlos. Entweder konnte der schnelle Abriss ohne den Umweg über Minister oder RdB mit einer bauaufsichtlichen Verfügung durchgesetzt werden oder man missachtete das Abrissverbot schlicht – Folgen drohten sehr selten. Vgl. hierzu auch Ausführungen auf S. 50.

¹²² Vgl. Dunkel, Karl: Zur weiteren Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED auf dem Gebiet der Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes, in: Architektur der DDR 2/1980, S. 69.

¹²³ Lammert, Ule: Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte, Berlin 1979, S. 182.

¹²⁴ Lammert (1979): S. 197-205 passim.

¹²⁵ Die bisher erfolgte Umgestaltung und Erneuerung lasse den Schluss zu, dass eine echte Synthese mit den vorhandenen Strukturen nicht erwünscht sei. Sobald man den Wert dieser Substanz anerkennt, müsse man auch die Erneuerung durch Abriss und Neubau ablehnen. Vgl. dazu Wirth, Hermann: Aspekte der Werte und Bewertung umzugestaltender Bereiche für den Einsatz bauindustrieller Verfahren und für deren Weiterentwicklung, in: Umgestaltung von Städten. Probleme des Städtebaues und der Erzeugnisentwicklung. Tagungsmaterialien des 2. Wissenschaftlichen Informationstages der Sektion Architektur und der Sektion Gebietsplanung und Städtebau. Schriften der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Heft 26, Weimar 1979, S. 60.

Zusammengefasst lassen sich die städtebaulichen Aktivitäten in den 1970er Jahren mit den Worten *Thomas Hoscislawskis* auf den Punkt bringen, dass ein „nahezu ausschließlicher Wohnungsneubau außerhalb der bisherigen Stadtgrenzen“ stattfand.¹²⁶

Der in den Volkswirtschaftsplänen vorgesehene Umfang innerstädtischer Sanierungsarbeiten war zu gering, um den Verfall aufhalten und dennoch gleichzeitig zu hoch, um in der Praxis realisiert werden zu können.¹²⁷ Etwa die Hälfte der zwischen 1971 und 1981 erbauten Neubauwohnungen musste Wohnraum in abbruchreifen Gebäuden ersetzen.¹²⁸ Der Einstieg in einen geregelten Reproduktionszyklus konnte folglich nicht bewältigt werden, was die in diesem Kapitel angesprochenen Probleme nur weiter verschärfte.

Es hatte jedoch ein theoretischer Diskurs eingesetzt, der letztlich zu einer Neubewertung der vorhandenen Bausubstanz und zur Anerkennung ihres kulturellen Wertes führte. Zudem war deutlich geworden, dass das Ziel, bis 1990 genügend Wohnraum zu schaffen, nur dann erreichbar wäre, wenn die bestehenden Gebäude noch stärker in die Planung einbezogen würden. Die Bauforschung hatte sich mit den in Frage kommenden Methoden der Modernisierung befasst. Allgemein fand sich nun in offiziellen Veröffentlichungen, etwa der Bauakademie, auch häufiger die Forderung, den größtmöglichen Teil des vorhandenen Baubestands zu erhalten. Besonders in denkmalgeschützten oder noch geschlossen erhaltenen Bereichen sollten zunehmend umfangreiche Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden, was sich in einem für die 1980er Jahre geplanten groß angelegten Sanierungsprogramm niederschlug.

Während der 1970er Jahre mussten sich Architektur und Städtebau immer mehr an rein ökonomischen Interessen (Erreichen der Ziele des Wohnungsbauprogramms) orientieren und verloren auf diese Weise endgültig ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit vom ausführenden Bauwesen.¹²⁹ Die über die für das Wohnungsbauprogramm geforderten Konzepte hinausgehende Forschung existierte weiterhin. Ihre oft durchaus ambitionierten Vorschläge und Erkenntnisse hatten

¹²⁶ Hoscislawski(1991): Bauen zwischen Macht und Ohnmacht, S 276.

¹²⁷ Staemmler (1981): Rekonstruktion, S. 92.

¹²⁸ Schöller, Peter: Städtepolitik, Stadtumbau und Stadtgestaltung in der DDR. Erdkundliches Wissen, Heft 81. Stuttgart 1986, S. 31.

¹²⁹ Selbst gestalterische Spielräume bei den Neubauten beschränkten sich auf den Rahmen ihrer wirtschaftlichen Machbarkeit. Vgl. Werner, Frank: Stadt, Städtebau, Architektur der DDR, Erlangen 1981, S. 22 sowie Flierl, Bruno: Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Berlin 1998, S. 54.

allerdings nur bei ausgewiesenen Prestigeobjekten Einfluss auf das reale Baugeschehen.

EXKURS: Der „Teufelskreis“ im Bauwesen

Ziel dieses Unterkapitels ist es, die einzelnen Verflechtungen und Bestandteile des Stadterneuerungsprozesses transparent darzustellen und diese in einen Zusammenhang gebracht als Erklärung für sein letztlisches Scheitern zu entwickeln. Dafür wird folgende These entworfen:

Spätestens mit der Entscheidung für das Wohnungsbauprogramm hatte ein nicht mehr umzukehrender Kreislauf eingesetzt, der letztlich dazu führte, dass die Sanierung von Altbauten praktisch kaum noch durchgeführt wurde und auch werden konnte. Mit der stark quantitativ orientierten Zielstellung des Programms einerseits und der Entscheidung andererseits, vorrangig industrielle Bauweisen zur Erreichung ihrer Planziele einzusetzen, begab sich die DDR-Führung in eine Sachlage, die zu steuern sie letztendlich nicht mehr in der Lage war.

Der Weg hin zu dieser selbst verursachten Handlungsunfähigkeit nahm bereits im Jahr 1955 mit dem Beschluss, das Bauwesen zu industrialisieren, seinen Anfang. Diese einseitige Konzentration der Baupraxis auf den Neubau kann als Folge der allgemein schwachen Wirtschaftskraft der DDR verstanden werden. Dass auch die Bauforschung im Bereich der Sanierung vernachlässigt wurde, war dem Zeitgeist geschuldet, der alles Alte negierte und durch Neues ersetzen wollte. Der Verfall der Altstädte schritt voran, hätte aber mit zeitnah einsetzenden Maßnahmen in einen noch zu beherrschenden Prozess transformiert werden können.

Obwohl mit dem Wohnungsbauprogramm von 1971 formell auch die Stadterneuerung durch Sanierung beschlossen worden war, festigte die dem Programm zugrunde liegende WBS 70 mit ihrer in Anschaffung und Aufbau kostspieligen Technologie die Ausrichtung des Bauwesens auf den Neubau weiter. Nun waren es verschiedene Faktoren, die in ihrer Gesamtheit unweigerlich in den hier dargestellten Kreislauf führen mussten:

- * *Mit der letzten Verstaatlichungswelle privater Baubetriebe im Jahr 1972 wurde das traditionelle Bauhandwerk endgültig zurückgedrängt.¹³⁰ Diese forcierte Zerschlagung der kleinteiligen Bauwirtschaft führte vor allem dazu, dass immer weniger traditionell ausgebildete Bauhandwerker für den Gesamtbauprozess zur Verfügung standen.*
- * *Weiterhin wurden die ohnehin geringen Mittel für die Gebäudeerhaltung häufig in teure und prestigeträchtige Projekte (z.B. den Auf- und Ausbau Ostberlins) investiert und fehlten somit an anderen Stellen.*
- * *Ebenso müssen die Eigentumsverhältnisse bei den Altbauten beachtet werden. 65% befanden sich in Privateigentum. Da die Mieteinnahmen durch staatliche Anordnung auf dem Niveau von 1936 eingefroren wurden, besaßen die Eigner häufig weder die finanziellen Mittel noch die nötige Motivation, ihr Wohneigentum in gutem Zustand zu halten, wozu sie aber als Eigentümer verpflichtet waren.¹³¹*

Schließlich waren es auch die ideologischen Vorbehalte gegenüber sanierungsbedürftigen Gebäuden und eine als „Leerzugspolitik“ zu verstehende Wohnraumlenkung, die ihren Teil dazu beitrugen, dass der Verfall angesichts des steigenden Leerstands nun unaufhaltsam und kontinuierlich fortschritt.¹³²

Die Erkenntnis der tatsächlichen Notwendigkeit der innerstädtischen Erneuerung setzte sich bei den Verantwortlichen zu spät durch. Zusätzlich lähmte der Rückschritt der Bauforschung in diesem Sektor die Entwicklung. Als etwa in der Mitte der 1980er Jahre schließlich die Technologie entsprechend den seinerzeitigen Vorstellungen für die Altstadtsanierung bereit stand, war der Verfall bereits derart fortgeschritten, dass die Bauwirtschaft aus den oben beschriebenen Gründen zumeist nur noch flächigen Abriss bei Erhalt weniger „Pflichtexemplare“ an Gebäuden zu realisieren in der Lage war. Aufgrund des starken Verfalls stiegen die

¹³⁰ Staemmler: Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete, S. 46 und Strubelt, Wendelin: Stadterneuerung in Ost und West – Bericht über eine Internationale Tagung, in: Dase, Martina u.a. (Hrsg.): Stadterneuerung im Wandel – Erfahrungen aus Ost und West. Internationales Symposium 27.-29.10. 1988, Basel 1989, S. 126ff.

¹³¹ Vgl. Schretzenmayr, Martina: Wohnungsbau in der ehemaligen DDR, in: DISP 133, 2/1998, S. 46.

¹³² Die Gebäude aus vergangenen Epochen, die der Sozialismus überwunden glaubte, wurden von offizieller Seite als „moralisch verschlissen“ (Vgl. Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Städtebau, S. 180.) denunziert und konnten den Anforderungen, welche die sozialistische Gesellschaft an sie stellen zu dürfen glaubte, nicht entsprechen. Die Bewohner dieser Altbauten folgten angesichts ihrer real unzureichenden Wohnverhältnisse dieser Argumentation gern. Sobald die Möglichkeit bestand, eine fernbeheizte Wohnung mit Bad in einem Neubaugebiet zu erhalten, verließen die meisten Menschen ihre unsanierten Altbauwohnungen ohne zu zögern.

Sanierungskosten, was dazu führte, dass an immer weniger Häusern Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden konnten. Die Einhaltung der vorgeschriebenen Kostenpauschale pro Wohneinheit war im Bereich der Sanierung längst zu einer aussichtslosen Vorgabe geworden. Daher ließen sich auch noch umfangreichere Abrissquoten durchsetzen. Die real zur Verfügung stehenden Sanierungsmittel reichten schließlich am Ende der DDR nicht einmal mehr für die Restaurierung der sehr wenigen verbliebenen Gebäude aus. Zudem banden auch die an altstädtische Strukturen anzupassenden industriellen Bauweisen die an anderer Stelle dringend benötigten Handwerkerkapazitäten.¹³³

Obwohl zu jedem Zeitpunkt ein bestimmter und durchaus auch steigender Anteil am Gesamtbauvolumen durch handwerkliche Baumethoden vorgesehen war, konnte diese Zielstellung zu keinem Zeitpunkt den Volkswirtschaftsplänen entsprechend umgesetzt werden. Es mangelte beständig an Fachwissen, Fachkräften und Materialien für handwerkliche Bauaufgaben. Um dem sich immer mehr verschlechternden Zustand überhaupt noch Herr werden zu können, wurden immer mehr Gebäude abgerissen und mit der zur Verfügung stehenden und ohnehin vor Ort verfügbaren Neubautechnologie ersetzt. Diese unwirtschaftliche Vorgehensweise entsprach dabei jedoch weder den öffentlichen Positionen zum innerstädtischen Bauen noch der realen Wirtschaftskraft der DDR.

Die in Theorie und Praxis widersprüchliche Entwicklung des Bauwesens widerspiegelte damit nur den Zustand einer Gesellschaft, die schlussendlich an ihren inneren Differenzen zerbrach.

¹³³ Vgl. Lehmann (1998): S. 93.

2.4. Die weitere Entwicklung in den 1980er Jahren

In den 1980er Jahren sollte schließlich der Übergang vom extensiven zum intensiven Bauen vollzogen werden. So fasste der X. Parteitag der SED im Jahr 1981 den Beschluss, fortan das innerstädtische Bauen zu fokussieren. In den Jahren zuvor hatte man erkannt, dass die bislang praktizierte Baupolitik zu einer ernsthaften Gefährdung der Entwicklung der Stadt als Ganzes geführt hatte.¹³⁴ Eine im Jahr 1981 wiederholt durchgeführte Wohnraum- und Bevölkerungszählung hatte zudem ergeben, dass in den Städten faktisch mehr Wohnraum verfiel als außerhalb der Städte in den Neubaugebieten errichtet wurde.¹³⁵

2.4.1. Auftretende Schwierigkeiten

Allerdings traten in den frühen 1980er Jahren Erschwernisse auf, die die geplante Entwicklung von Anbeginn bremsten. Zunächst wäre da die bereits auf der 10. Tagung des ZK der SED im April 1979 formulierte Forderung zu nennen, die Bauzeiten und den Bauaufwand zu senken.¹³⁶ Damit reagierte die DDR-Führung auf die in Folge von internationalen Industriepreiserhöhungen schwierige ökonomisch-wirtschaftliche Situation ihres Landes.¹³⁷ Diese Prämisse hatte unmittelbare Auswirkungen auf den Volkswirtschaftsplan von 1980. Dieser sah eine geringere Zahl von Bauvorhaben als ursprünglich geplant, die Verkürzung der Bauzeit um 8-10% und dennoch eine Produktionssteigerung vor.¹³⁸

Der Gesamtbauprozess in der DDR geriet aber trotz der angestrebten Sparmaßnahmen aufgrund der internationalen wirtschaftlichen Schieflage (Rezession der Industriestaaten nach den Ölkrisen 1973 und 1979) ins Stocken. Damit waren wiederum die Planzahlen des Wohnungsbauprogramms in Gefahr. Obwohl der X. Parteitag im Jahr 1981 die Hinwendung zum innerstädtischen Bauen

¹³⁴ Flierl, Bruno: Stadtgestaltung in der ehemaligen DDR als Staatspolitik, in: Marcuse, Peter: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch, Berlin 1991, S. 52 und: Gerlach, Peter: Grundlagen, Methoden und Studien zur städtebaulichen Planung der Modernisierung, Rekonstruktion und Umgestaltung von Altbaugebieten, in: Architektur der DDR 6/1981, S. 346-348.

¹³⁵ Vgl. Kegl (2007): S. 324.

¹³⁶ Auch *Erich Honecker* in seiner Funktion als Generalsekretär des ZK der SED mahnte auf der 7. Baukonferenz derartige Ziele an. Vgl. Das Wohnungsbauprogramm der DDR zeigt, was der reale Sozialismus zu leisten vermag. Schlusswort des Generalsekretärs des ZK der SED auf der 7. Baukonferenz, in: Architektur der DDR 8/1980, S. 454f und: Junker, Wolfgang: Das Bauen hat in unserem Land eine klare Perspektive, in: Architektur der DDR 8/1980, S. 452.

¹³⁷ Vgl. Palutzki (2000): S. 322f.

¹³⁸ Ebenda.

beschlossen hatte, wurde der extensive Wohnungsbau in der ersten Hälfte der 1980er Jahre weiterhin forciert, um die Planvorgaben erreichen zu können. Bei der fortgesetzten Errichtung peripherer Wohngebiete wurde die städtebauliche Vielfalt eingeschränkt.¹³⁹ Auch war der Anteil der Plattenbauweise am Gesamtwohnungsbauvolumen mit etwa 72-75% zwischen 1981 und 1985 nach wie vor sehr hoch und tendenziell eher steigend.¹⁴⁰

Hinzu kam, dass im Jahr 1987 die 750-Jahr-Feier Berlins bevorstand und man diese gebührend und öffentlichkeitswirksam inszenieren wollte. So wurden seit etwa 1980 nicht unerhebliche Kapazitäten aus der gesamten DDR für den Aus- und Umbau nach Berlin eingefordert.¹⁴¹

An der Entwicklung einer für die Innenstädte geeigneten anpassbaren Bauserie war zu wenig intensiv gearbeitet worden.¹⁴² Der geplante Übergang zur innerstädtischen Erneuerung musste nicht zuletzt aus diesem Grund erneut verschoben werden.¹⁴³ Der rasch steigende Verfall der Altstädte konnte nicht aufgehalten werden. Lediglich an etwas mehr als einem Drittel (36,8%) der insgesamt bestehenden Wohnungen wurden Modernisierungen durchgeführt.¹⁴⁴

Die Sanierung der Altstädte wurde indessen zu einer immer dringenderen Aufgabe, da sich mit ihrem zunehmenden Verfall eine weitere Entwicklung abzeichnete. Mit der Entscheidung für Großwohngebiete am Stadtrand und der Vergabepolitik für die dort entstehenden vergleichsweise komfortabel ausgestatteten Neubauwohnungen ergaben sich unerwünschte Segregationstendenzen zwischen den Neu- und Altbauwohngebieten. Aufgrund der Wohnraumlenkung durften viele vorrangig junge Familien den Altbauwohngebieten den Rücken kehren. Zurück blieben häufig die

¹³⁹ Aufgrund ihres höheren Baupreises wurden weniger Hochhäuser gebaut. Außerdem ging man zur Bebauung kleinerer Standorte und zur Reduktion der Flächen für gesellschaftliche Einrichtungen über. Mit dem Verweis auf vorhandene Kapazitäten verzichtete man bei innerstädtischen Neubaukomplexen ganz auf den Bau von Versorgungseinrichtungen. Vgl. Palutzki (2000): S. 322-329 passim. In starkem Gegensatz zur „Kümmlichkeit des gefertigten Sortiments“ stand die Zahl der Vorschläge und Wettbewerbsausschreibungen. Vgl. Felz, Achim: „... und im Rückspiegel das industrielle Bauen“, in: Architektur-Jahrbuch, München/Frankfurt/Main 1994, S. 40.

¹⁴⁰ Vgl. Tabellarische historische Übersicht DDR, in: LfDMPuArch Akte 3961/IV, S. 6.

¹⁴¹ Dies führte dazu, dass die Gemeinden, deren Facharbeiter in Berlin tätig waren, die dringendsten Sanierungsarbeiten nicht ausführen konnten. Vgl. Magirius, Heinrich: Zur Geschichte der Denkmalpflege in der früheren DDR, in: Denkmalschutz und Denkmalpflege, 10 Jahre Denkmalschutzgesetz NRW, Köln/Bonn 1991, S. 287.

¹⁴² Palutzki (2000): S. 322-329 passim sowie Stimmann, Hans: Vom „Milljöh“ zum Milieu. Stadterneuerung in Ost-Berlin: vom sozialistischen Neuanfang zur „komplexen Rekonstruktion“, in: Bauwelt 44/1985, S. 1748 und Krenz, Gerhard: Zu einigen Grundtendenzen der Städtebaupolitik in der DDR, in: Kunsterziehung 6/1977, S. 2.

¹⁴³ Vgl. Tabellarische historische Übersicht DDR, in: LfDMPuArch Akte 3961/IV, S. 6.

¹⁴⁴ Vgl. Tabellarische historische Übersicht DDR, in: LfDMPuArch Akte 3961/IV, S. 6.

„weniger mobilen Bevölkerungsgruppen [...] niedrigere[r] Schichten.“¹⁴⁵ Die Altstädte entwickelten sich regelrecht zu „Ghettos alter Menschen.“¹⁴⁶ Die dortige Bewohnerstruktur zeichnete sich zunehmend durch Überalterung sowie ein niedrigeres Einkommen aus, was erhebliche Auswirkungen auf das soziale Gefüge der Bewohnerschaft hatte. Besonders von dieser Entwicklung betroffen waren Quartiere, deren Erbauungsdatum vor 1850 lag.¹⁴⁷ Dort war der Bauzustand aufgrund des höheren Gebäudealters schlechter. Durch die starke Abwanderung und Entvölkerung und den rasch ansteigenden Verfallsgrad waren diese Gebiete geradezu prädestiniert, sich zu Slums zu entwickeln. Die soziale Akzeptanz dieser Gebiete bei der Gesamtbevölkerung der Stadt begann nicht zuletzt durch die verbliebene Bewohnerschaft zu sinken. In der Regel war die Bevölkerung dankbar, wenn Abrisspläne für diese „Schandflecke“ laut wurden.¹⁴⁸ Hingegen waren Städte, in denen keine Ausweichwohnungen in Neubaugebieten zur Verfügung standen, nicht von dieser Entwicklung betroffen. Dort waren die Altstadtkerne mangels Alternativen dichter bewohnt und weniger verfallen.¹⁴⁹

Insgesamt waren dies sehr ungünstige Voraussetzungen, das Wohnungsbauprogramm bis 1990 zu erfüllen und zugleich den Verfall der Städte aufzuhalten. Trotzdem wurde die Regierung nicht müde, genau dies zu versprechen. 1,3 Millionen Wohnungen sollten allein bis 1985 instand gesetzt werden¹⁵⁰ – dank der „intensiv erweiterte[n] Reproduktion“¹⁵¹ der Bausubstanz. Der Bauminister *Wolfgang Junker* verkündete im Jahr 1982 optimistisch, mit der Erfüllung des Fünfjahrplans von 1981-1985 sei er zufrieden und allgemein habe der Wohnungsbau eine neue Qualität angenommen.¹⁵²

Das Ziel, die Planzahlen des Wohnungsbauprogramms mit – wie vorgesehen – geringeren Mitteln bis 1990 zu erreichen, erzwang an und für sich das Bauen an Großstandorten am Stadtrand. Der fortschreitende Verfall der vorhandenen Gebäudesubstanz indes verlangte die Konzentration der Bauleistungen auf die

¹⁴⁵ Kristen (1988): S. 62.

¹⁴⁶ Kahmann, Henning: Stadtbetrachtungen in der deutsch-deutschen Provinz, in: *Bauwelt* 44/1985, S. 1747.

¹⁴⁷ Werner, Frank: Stadt, Städtebau, Architektur der DDR, Erlangen 1981, S. 129 und Bodenschatz/Stimmann (1985): S. 1736.

¹⁴⁸ Vgl. Bodenschatz/Stimmann (1985): S. 1736.

¹⁴⁹ Goralczyk (1996): S. 311.

¹⁵⁰ Im Jahr 1985 betrug der Anteil des Neubaus am Gesamtbauvolumen 85%, in: Heine, Anett: Städte- und Wohnungsbau in der DDR. Ideologie – Politik – Realität, Berlin 2007, S. 72.

¹⁵¹ In: Neue große Aufgaben für Städtebau und Architektur, in: *Architektur der DDR* 8/1982, S. 467.

¹⁵² Ebenda.

Altstädte. Die für die Altstadterneuerung entstehenden Kosten waren mit steigendem Verfallsgrad allerdings zunehmend höher als die für die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms zur Verfügung stehenden Gelder. Um diese steigenden Kosten zu vermeiden, wäre nur die Flächensanierung der Stadtzentren in Frage gekommen. Diese Option verbot sich jedoch aufgrund des 1979 verfügbaren Abrissstopps. Kleinere Standorte, die dem geforderten Erhalt vorhandener Gebäude entgegen gekommen wären, konnten mit der derzeitigen Technologie der industriellen Bauweisen noch nicht bebaut werden.¹⁵³ So verstrichen bis etwa 1985 weitere Jahre, in denen der Bau der Stadtrandsiedlungen vorangetrieben wurde und die Altstädte auf einen katastrophalen Zustand hinsteuerten.

2.4.2. Die Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik 1982

Von offizieller Seite wurden diese Probleme jedoch nicht angesprochen. Stattdessen ersuchte die Bauakademie mit den im Jahr 1982 veröffentlichten *„Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik“*¹⁵⁴ ein neues Städtebauleitbild zu installieren. In den 1970er Jahren hatte es keinen vergleichbaren programmatischen Leitfaden gegeben, da die stark quantitativ orientierte Ausrichtung jeglicher Bautätigkeit keinen großen rhetorischen Spielraum zugelassen hatte.¹⁵⁵

In ihrem Ansatz nehmen die Grundsätze von 1982 Bezug auf die Grundsätze des Städtebaus von 1950, indem sie den ganzheitlichen Aspekt der Stadt¹⁵⁶ betonen. Der erste Grundsatz manifestierte das Wohnungsbauprogramm mit seiner *„Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung“*¹⁵⁷ als Mittelpunkt der Entwicklung des Gesamtbauprozesses. Der Übergang zur *„intensiven Entwicklung der Städte“*¹⁵⁸ wurde ebenso wie die Erhöhung des Anteils der Rekonstruktions- und Sanierungsarbeiten am Gesamtbauvolumen festgeschrieben. Weiter war die Rede davon, dass man die sich aus dem festgelegten Mix aus Neubau und Erhaltung ergebenden Möglichkeiten unter Beachtung der größtmöglichen Aufwandssenkung

¹⁵³ Vgl. auch Werner (1981): S. 73.

¹⁵⁴ Veröffentlicht in der Zeitung „Neues Deutschland“ vom 29./30. Mai 1982.

¹⁵⁵ Vgl. Flierl (1991): S. 52.

¹⁵⁶ Punkt 2 der Grundsätze.

¹⁵⁷ Siehe 1. Grundsatz.

¹⁵⁸ Siehe 2. Grundsatz.

voll ausschöpfen wolle.¹⁵⁹ Dieses freilich klug erdachte Ziel scheiterte allein an seiner Umsetzung und vermag allenfalls zum wiederholten Male die klaffende Lücke zwischen Anspruch und Realität des Bauens in der DDR zu demonstrieren.

Der zweite Grundsatz sprach davon, die Stadt *„kulturvoll und ökonomisch [...] als Ganzes zu gestalten“*¹⁶⁰. Gefordert wurde zudem, die Ausdehnung der Städte zu begrenzen. Die *„harmonische Verbindung“* von Neubauten und vorhandenen *„wertvollen“*¹⁶¹ Altbauten würde zu *„immer größere[r] sozialökonomische[r] und kulturpolitische[r] Bedeutung [...] gelang[en]“*¹⁶². Außerdem wurde die *„liebevolle Pflege“*¹⁶³ der Stadtzentren betont. Abschließend forderte auch dieser Grundsatz zur Erhöhung der Effektivität im Bauen auf.¹⁶⁴

Die folgenden Grundsätze Nr. 3 bis 8 befassten sich mit Themen, die die innerstädtische Erneuerung höchstens am Rand tangieren.¹⁶⁵

Mit diesen Grundsätzen sollte die Leitidee des sozialistischen Städtebaus erneuert und im staatlichen Selbstbewusstsein verankert werden. Auf die Baupraxis hatten sie

¹⁵⁹ Siehe 1. Grundsatz.

¹⁶⁰ Siehe 2. Grundsatz.

¹⁶¹ Siehe 2. Grundsatz.

¹⁶² Siehe 2. Grundsatz. Diese Wende, die Stadt in ihrem gewachsenen kulturellen Wert anzuerkennen, fand erst nach dem VIII. Parteitag der SED 1981 statt. Vorher wurden die alte und die neue Stadt als „unversöhnlicher Gegensatz“ wahrgenommen. Vgl. Bodenschatz/ Stimmann (1985): S. 1735.

¹⁶³ Ebenda.

¹⁶⁴ Siehe 2. Grundsatz.

¹⁶⁵ Im 3. Grundsatz war davon die Rede, dass die Auswahl von Standorten innerhalb der bestehenden Stadtgrenzen zur Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Nutzen beitragen könne. Über die ideale Gestaltung eines Wohngebiets, die sich an den Bedürfnissen der in ihr lebenden Menschen orientiert, sprach der 4. Grundsatz. Als unabdingbar wurden bspw. die Errichtung gesellschaftlicher Einrichtungen, eine architektonisch anspruchsvolle Gestaltung der Wohnumwelt und die Freiflächengestaltung deklariert. (Vgl. 4. Grundsatz) Interessant ist in diesem Zusammenhang die Überlegung, dass die verordneten strikten Sparzwänge kaum mit derartigen, an sich richtigen, Erkenntnissen übereinkommen dürften. Der 5. Grundsatz beschäftigte sich mit der optimalen Gestaltung der (sozialistischen) Arbeitsplätze. (Vgl. 5. Grundsatz)

Im 6. Grundsatz ist zu lesen, dass die Kenntnis und Beherrschung architektonischer Grundlagen die Basis der *„baukünstlerische[n] Qualität“* in der DDR sei. (Vgl. 6. Grundsatz) Auch diese These verkam angesichts der baulichen Wirklichkeit, in der Architektur eine nur untergeordnete Rolle spielte, zum reinen Lippenbekenntnis.

Der 7. Grundsatz fordert, *„die architektonische und funktionelle Qualität [...] zu erhöhen[...]“* und *„[...] das Erzeugnisangebot des Bauwesens entsprechend den sich verändernden Bauaufgaben und Standortbedingungen zu erweitern und zugleich bei der Erhaltung und Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz wesentlich größere Fortschritte zu erzielen.“* (Vgl. 7. Grundsatz) Um diese Zielstellung in die Tat umsetzen zu können, hätte es eines leistungsfähigen Bauwesens bedurft, welches in der DDR definitiv nicht vorhanden war.

Im 8. Grundsatz ging es um Anforderungen, Aufgaben und Verantwortung der Architekten in der DDR. (Vgl. 8. Grundsatz) Da individuelle Architektur jedoch zumeist nur für Prestigebauten gefragt war, wurde das Tätigkeitsfeld der Architekten stark beschnitten. Ihre alltägliche Arbeit beschränkte sich im Wesentlichen darauf, mit einem nahezu immer gleichen Baukastensortiment Gebäude zusammen zu stellen.

jedoch keinen Einfluss.¹⁶⁶ Insgesamt gesehen dienten die Grundsätze in erster Linie der Vermittlung eines bei realistischer Betrachtungsweise falschen Bildes eines leistungsfähigen und planvollen Bauwesens. Damit passt diese Publikation bestens in die Reihe sämtlicher den Bausektor betreffenden Schriften. Allesamt ist ihnen gleich, dass sie wohlformulierte Thesen beinhalten, die mit der Realität schwerlich in Einklang zu bringen waren und damit kaum Relevanz für die Baupraxis der DDR besaßen. Nach außen hin waren diese Veröffentlichungen¹⁶⁷ dazu ausersehen, den Übergang zur innerstädtischen Erneuerung und den damit verbundenen, sich wandelnden Umgang mit der vorhandenen Bausubstanz zu dokumentieren und repräsentieren. In der realen Baupolitik blieben sie jedoch allesamt weitgehend unbeachtet.

Die realen Entwicklungsrückstände und -widersprüche wurden in den Grundsätzen freilich ebenso wenig erwähnt wie mögliche Lösungswege aus dieser Krise.¹⁶⁸ Für den Architekturkritiker *Bruno Flierl* waren sie „*Ausdruck einer schwach und krank gewordenen, stagnierenden und im Grunde konzeptionslosen Gesellschaft*“¹⁶⁹.

Die Rolle der Architekten und der Architektur im Allgemeinen wird in den Grundsätzen völlig verzerrt dargestellt.¹⁷⁰ Im Bauwesen einzig tonangebend war die SED. In städtebaulichen Fragen waren nicht Planungen und Vorschläge der Architekten, sondern vielmehr die Meinung der Partei entscheidend. Die jeweilige SED-Leitung wachte auch über die Umsetzung der von ihr verordneten Handlungsanweisung.¹⁷¹ Die getroffenen Entscheidungen dienten allein dem Ziel, das Wohnungsbauprogramm zu erfüllen.¹⁷²

Entgegen den Verlautbarungen der Grundsätze von 1982 entfernte sich das Bauwesen immer mehr von der Gesellschaft und ihren Bedürfnissen und wurde zu einer „[...] *sich selbst genügende[n] Maschinerie*“¹⁷³, deren Hauptziel darin bestand, die Planvorgaben erreichen zu können. Das Bauministerium legte letztlich sogar die

¹⁶⁶ Vgl. Betker, Frank: „Ja, wollen Sie denn den Weltfrieden gefährden?“ Stadtplanung und Planerdenken in der DDR und seit der Wende zwischen bürokratischer Anpassung und fachlicher Renitenz, in: Harlander, Tillmann (Hrsg.): Stadt im Wandel – Planung im Umbruch, Stuttgart 1998, S. 295.

¹⁶⁷ Allen voran das Denkmalpflegegesetz von 1975, gefolgt vom Abrissstopp 1979 und den Grundsätzen des Städtebaus 1982.

¹⁶⁸ Vgl. hierzu Flierl (1991): S. 54.

¹⁶⁹ In: Flierl (1991): S. 54.

¹⁷⁰ Vgl. 8. Grundsatz.

¹⁷¹ Vgl. Flierl, Bruno: Stadtplaner und Architekten im Staatssozialismus der DDR, in: Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht, Berlin 1998, S. 54.

¹⁷² Ebenda.

¹⁷³ Flierl (1998): S. 54.

Forschungsausrichtung der Bauakademie fest und gab vor, dass Stadtplanung und Architektur „*funktionsorientiert[e]*“¹⁷⁴ Prozesse zu sein hatten. Das gesamte Bauwesen war auf das Credo des industriellen Massenbaus eingeschworen.¹⁷⁵

2.4.3. Die Anpassung der industriellen Bauweise an innerstädtische Bauaufgaben

Obwohl die für die 1980er Jahre geplante Konzentration auf das innerstädtische Bauen in der Vergangenheit bereits mehr als einmal verschoben worden war, stand doch für alle am Bauprozess Beteiligten außer Frage, dass mit der Stadterneuerung so schnell wie möglich begonnen werden musste. Im Jahr 1982 war zudem erneut der Beweis darüber geführt worden, dass das innerstädtische Bauen gegenüber dem extensiven Stadtrandbau volkswirtschaftlich effizienter war.¹⁷⁶ Die Bauforschung befasste sich daher intensiv mit Bedingungen und Voraussetzungen der anstehenden innerstädtischen Bauaufgaben.

Die daraus resultierenden Bauforschungsergebnisse beruhten auf den Prämissen des neuen Städtebauleitbildes¹⁷⁷ und gingen grundsätzlich von der Orientierung an der vorhandenen Struktur aus. Mit der anstehenden Stadterneuerung sollte es möglich sein, das individuelle Stadtbild erhalten zu können. Eine effiziente Universallösung für alle Städte konnte es daher nicht geben. Um die Individualität einer Stadt zu wahren, wurden der Erhalt der Quartierstruktur sowie der vorhandenen Straßenräume inklusive der Straßenverläufe vorgeschlagen. Dabei sollten jedoch in jedem Fall moderne stadthygienische Anforderungen berücksichtigt werden.¹⁷⁸

Die zentrale Forderung aller Überlegungen zur Stadterneuerung war allerdings die Entwicklung einer an lokale Gegebenheiten anpassbaren Gebäudeserie auf der Grundlage der WBS 70. Mit dieser sollte ein Großteil der Sanierungsaufgaben in der Altstadt bewältigt werden.

Andererseits wurden wissenschaftliche Forderungen laut, im Sinne einer nachhaltigen Stadterneuerung behutsam vorzugehen. Die bisherigen

¹⁷⁴ Flierl (1998): S. 58.

¹⁷⁵ Ebenda.

¹⁷⁶ Doehler, Peter, Zur Effektivität des innerstädtischen Wohnungsbaus, in: Architektur der DDR 12/1982, S. 717-720.

¹⁷⁷ Siehe Grundsätze des Städtebaus 1982, S. 43.

¹⁷⁸ Rietdorf, Werner: Städtische Wohnumwelt, Berlin 1984, S. 105 und S. 169 sowie Kaspari, Gerhard: Zu einigen Problemen bei der Planung und Vorbereitung von Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen der Altbausubstanz, in: Architektur der DDR 7/1983, S. 390.

Umgestaltungen machten deutlich, dass allein wirtschaftliche und soziale Prämissen zu wenig zufriedenstellenden Lösungen führten. Um das historische Stadtbild tatsächlich zu bewahren, müsse die weitgehende Erhaltung der städtebaulichen Räume, der schutzwürdigen Bereiche und des Typischen der Quartiere sowie die „assoziative Verwendung einer überlieferten typischen Baukörpergestalt“¹⁷⁹ ermöglicht werden.¹⁸⁰

Derartige Forderungen waren mit der nicht mehr ohne weiteres zu ändernden Ausrichtung des Bauwesens allerdings unvereinbar. Tatsächlich kam nur eine Weiterentwicklung der WBS 70 in Frage, die in ihrer bisherigen Ausführung die Anpassung an vorhandene Strukturen nicht zuließ. In der Bauakademie arbeitete man daher an einem „innenstadttauglichen“ Sortiment der Baureihe, mit dem die „sozialistische Umgestaltung“¹⁸¹ der Stadtzentren ermöglicht werden sollte. Diese sei nötig, da die alten Städte nach Ansicht des mit der Weiterentwicklung beauftragten Expertenteams an der Bauakademie in ihrem derzeitigen Bestand die kapitalistische Gesellschaftsstruktur widerspiegeln¹⁸². Das Ziel der sozialistischen Umgestaltung bestünde nun darin, das Alte harmonisch mit dem Neuen in Einklang zu bringen, wobei sich die zum Verbleib auserkorenen Häuser dem Maßstab der Neubauten unterzuordnen hätten. Andernfalls sah man die Gefahr, den veränderten Bedürfnissen der Gesellschaft nicht entsprechen zu können. Die Neubauten sollten sich in ihrer Erscheinung nicht mit „*Bindungen aus vergangenem [...] belasten*“¹⁸³, damit auch sie als „[...] *Zeugnis der progressiven Leistung unserer Zeit* [...]“¹⁸⁴ einen Beitrag zur Geschichte der Stadtentwicklung zu leisten in der Lage wären. Die Befürchtungen, dass die Ergebnisse des sozialistischen Bauens in der Geschichte des Städtebaus unentdeckt blieben, waren beziehungsweise sind aus damaliger wie aus heutiger Sicht so unbegründet wie grotesk. Letztlich war das Bauwesen in seiner Unfähigkeit auf dem besten Weg, die Dokumentation der Stadtentwicklung in der DDR wenn nicht zu vernichten, so doch zumindest stark zu schädigen.

¹⁷⁹ Hugk, Ulrich: Überlegungen zur Kontinuität des Stadtbildes. Städtebauliche Denkmalpflege, in: Bildende Kunst 9/1981, S. 433.

¹⁸⁰ Hugk (1981): S. 430ff.

¹⁸¹ In: Stallknecht, Wilfried: Umgestaltung innerstädtischer Bereiche, Berlin 1980, S. 9.

¹⁸² Stallknecht (1980): S. 9.

¹⁸³ Ebenda.

¹⁸⁴ Ebenda. Lediglich im Denkmalschutzbereich sei die Orientierung am Maßstab des Alten denkbar.

In einer städtebauliche Direktive für historische Stadtkerne, „*deren Erscheinungsbild als wertvoll gilt*“¹⁸⁵, wurden die Bedingungen an die angepasste Gebäudeserie formuliert. Neben der Einordnung in den vorhandenen Stadtgrundriss wurde der grundlegende Erhalt der städtebaulich-räumlichen Ordnung sowie der vielfältigen innerstädtischen Funktionen gefordert. Die Möglichkeit zur Nachbildung der altstadttypischen, allseitig geschlossenen Quartierform mit Neubaublöcken wurde als unabdingbar angesehen. Die Gebäudehöhe sollte sich unter Beachtung der gegenwärtigen stadthygienischen Anforderungen an der bisherigen Trauflinie orientieren und variierbar sein. Weiterhin wurden die Differenzierbarkeit der Gebäudelänge, Eckverbinder und ein Laden- oder allgemein gesellschaftlich nutzbarer Bereich im Erdgeschoss geplant. Die Baukörper sollten durch Vor- und Rücksprünge differenziert gestaltet werden können.¹⁸⁶ Die Ausbildung von Einzelhäusern hingegen wurde explizit nicht gewünscht. Sie stünde für überkommene Eigentumsverhältnisse und sei darüber hinaus technisch unmöglich.¹⁸⁷

Die Machbarkeit der exakten Umsetzung dieser Anforderungen wurde dabei allerdings unter die Prämisse gestellt, dass sich die Gestaltung nach den „*zeitgemäßen funktionellen Anforderungen und technischen Realisierungsmitteln der Montagebauverfahren des industriellen Wohnungsbaus*“¹⁸⁸ richten müsse.¹⁸⁹ Mit einem minimalen Sortiment von Gebäudeteilen wollte man die Zielstellung zur maximalen Zufriedenheit erfüllen und so den 1981 staatlich verordneten Sparzwängen im Wohnungsbau Rechnung tragen.¹⁹⁰

In der Folge entwickelte das Expertenteam einen Katalog flexibler Bauelemente, die fortan für die Gestaltung des innerstädtischen Wohnungsneubaus zur Verfügung standen. Die bedeutendsten Neuerungen im Vergleich zur WBS 70 bestanden in der Möglichkeit, geschlossene Quartiere bauen und die Blöcke leicht geknickten Straßenverläufen anpassen zu können. Weiterhin konnten unter anderem die Dach-

¹⁸⁵ Stallknecht (1980): S. 13.

¹⁸⁶ Stallknecht (1980): S. 14 und Hofmann (1982): S. 6.

¹⁸⁷ Stallknecht (1980): S. 76.

¹⁸⁸ Stallknecht (1980): S. 10 sowie Stallknecht, Wilfried: Weiterentwicklung der WBS 70 unter dem Aspekt ihrer Anwendung in innerstädtischen Gebieten, in: Architektur der DDR 1/1981, S. 31.

¹⁸⁹ Diese verengte Sicht, dass die Aufgaben des Städtebaus – zumal im historischen Altstadt kern – nahezu ausschließlich mit industriellen Baumethoden zu lösen seien, wurde den umzugestaltenden Bereichen nun zum Verhängnis. Die Gestaltung musste hinter der technischen Machbarkeit und allgemeinen Sparforderungen anstehen.

¹⁹⁰ Stallknecht (1980): S. 66.

und Erdgeschosszone mit Aufsätzen und Ladeneinbauten variiert werden. Die Gliederung der Gebäudefronten war durch Gebäudeversätze differenzierbar.¹⁹¹

Die hier in Ansätzen vorgestellte Modifikation der WBS 70 stellte zweifelsfrei eine Erhöhung der Qualität des industriellen Wohnungsbaus dar. Mit der neu entwickelten Gebäudereihe war zum einen eine Orientierung an vorhandenen städtebaulichen Räumen und zum anderen eine abwechslungsreichere Konzeption von Lebensräumen als bisher ermöglicht worden.

Dennoch bleiben zwei wesentliche Kritikpunkte bestehen: Erstens wurde bei der Herangehensweise, die Stadterneuerung vorrangig mit industriellen Baumethoden betreiben zu wollen, Städtebau zu sehr als technischer Prozess begriffen. Wenn sich Stadtgestaltung einer Technologie auf Basis der Verwendung eines Gebäudeteilsortiments unterwerfen muss, geht die auf der Gesamtwirkung der einzelnen Häuser beruhende Individualität von Straßenzügen zwangsläufig verloren. Die Bereitschaft, den Großteil der vorhandenen Gebäude durch mit minimalem Aufwand gestaltete Neubauten zu ersetzen, kann als grundlegende Einstellung zur Stadterneuerung nicht akzeptiert werden.

Zweitens muss die Höherbewertung ökonomischer gegenüber gestalterischen Kriterien prinzipiell in Frage gestellt werden. Das genannte Hauptziel der Stadterneuerung, die Individualität und das einmalige gewachsene Erscheinungsbild der Städte zu erhalten, kann mit vordergründig wirtschaftlichen Kriterien nicht erreicht werden.

Bereits 1980 hatte der Denkmalfleger *Helmut Stelzer* davor gewarnt, die Modifizierung industrieller Baumethoden als einzig gangbaren Weg der Stadterneuerung in Erwägung zu ziehen. Er forderte stattdessen eine Technologie, die Sanierung und Neubau sinnvoll miteinander kombinieren könne.¹⁹² Auch der Architekturkritiker *Bruno Flierl* hatte angeregt, Stadtgestaltung als ganzheitlichen Prozess aufzufassen, der sämtliche Faktoren der Umweltgestaltung berücksichtigt.¹⁹³

¹⁹¹ Vgl. Stallknecht (1980): passim.

¹⁹² Vgl. Stelzer, Helmut: Probleme der Erhaltung und Rekonstruktion historischer Bausubstanz im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung von Klein- und Mittelstädten in der DDR, in: *Architektur der DDR* 2/1980, S. 115.

¹⁹³ Flierl, Bruno: Komplexe Gestaltung der Stadtumwelt, in: *Architektur der DDR* 10/1981, S. 594f. Auch die Warnungen von weiteren Fachleuten, das industrielle Bauen sei für denkmalpflegerische Arbeiten nicht geeignet, blieben ungehört: Konrad, Wolfgang: Industrialisiertes Bauen und Denkmalflege – ein Widerspruch?, in: *Bauplanung Bautechnik* 3/1984, S. 108-111. Allerdings existierten auch zu dieser Frage verschiedene Auffassungen. Kurt Lembcke z.B. spricht sich dafür aus, weder monolithische noch Sonderbauweisen des Plattenbaus einzusetzen, da dies an der

Obwohl diese Kritik am eingeschlagenen Weg der Stadterneuerung durchaus berechtigt war, wurde sie weder ernst genommen noch einbezogen. Wie das folgende Kapitel zeigt, sollte sich die Bautätigkeit tatsächlich auch in die Innenstädte verlagern.

2.4.4. Die „komplexe Rekonstruktion“¹⁹⁴ der Innenstädte

Nach Abschluss der theoretischen Konzeption der modifizierten WBS 70 war diese ab Mitte der 1980er Jahre auch in der Baupraxis einsetzbar. Damit stand ein Wohnungsbausortiment mit Mansarddächern, Loggien, variierender Dach- und Fassadengestaltung und abwinkelbaren Baukörpern zum Einsatz bereit.¹⁹⁵ Nunmehr war eine Orientierung an vorhandenen Baufluchten möglich. Auch konnten die Gebäudehöhe und -tiefe variiert und die Fassaden mittels verschiedener Materialien, horizontaler und vertikaler Gliederungselemente unterschiedlich gestaltet werden. Die Dachzone ließ sich beispielsweise mit abgetreppten Giebeln variieren. Außerdem war als Gebäudeabschluss die Ausbildung von Ecken und somit die Anlage geschlossener Quartiere möglich. Das jeweils zuständige Wohnungsbaukombinat stellte in Zusammenarbeit mit dem Büro für Städtebau¹⁹⁶ die vor Ort zu errichtende Gebäudevariante zusammen.¹⁹⁷

In vielen Innenstädten wurde die Stadterneuerung ab etwa 1985 in so genannten Komplexstandorten, die zumeist ein größeres Quartier umfassten, betrieben.¹⁹⁸ Die Bauakademie verkündete selbstbewusst, dass man mit dieser Stadterneuerung Originalität und Individualität der Städte erhalte und ergänze.¹⁹⁹

Die Realität unterschied sich hingegen sich jedoch ganz erheblich von derartigen Aussagen: In zahlreichen Innenstädten glich die mit der Plattenbauweise durchgeführte Stadterneuerung eher einer Flächensanierung. Trotz des Abrissverbots

Realität vorbei ginge und nicht machbar sei. Vgl. Lembecke, Kurt: Standpunkte und Auffassungen zum innerstädtischen Wohnungsbau, in: Architektur der DDR 5/1982, S. 288.

¹⁹⁴ Mit diesem Terminus wurden die gesamten Erneuerungsvorhaben bezeichnet.

¹⁹⁵ Palutzki (2000): S. 329.

¹⁹⁶ In den Büros für Städtebau wurden zentral städtebauliche Entwürfe und Planungen angefertigt. Vgl. auch das Schlusskapitel, hierbei insbesondere die Ausführungen auf S. 240.

¹⁹⁷ Rietdorf, Werner: Dialektik von Raumstruktur und Baustruktur, in: Architektur der DDR 8/1988, S. 10 und Stallknecht, Wilfried/Stahr, Joachim: Industrieller Wohnungsneubau in innerstädtischen Umgestaltungsgebieten, in: Architektur der DDR 1/1982, S. 22-29 passim.

¹⁹⁸ Damit setzte die Stadterneuerung in der DDR fast 15 Jahre später als in anderen europäischen Ländern ein. Vgl. Institut für Städtebau und Architektur/Autorenkollektiv (1990): S. 6. und: Hoscislawski (2004): S. 7 und u.a. Richter, Hansgeorg: Industrielles Bauen in der Altstadt von Cottbus, in: Architektur der DDR 3/1986, S. 137-143.

¹⁹⁹ Rietdorf (1989): S. 15ff.

wurde der vorhandene Gebäudebestand oft auch unabhängig vom tatsächlichen Bauzustand großflächig zum Abriss freigegeben, um die für den effizienten Einsatz der Großplattenbauweise nötigen Freiflächen zu erlangen. Auf diesen wurden sodann die bereits beschriebenen angepassten Neubauten errichtet, während die wenigen stehen gebliebenen „Quotenaltbauten“ zumeist weiter verfielen und nur selten aufwertende Maßnahmen erfuhren. Sicherungs- und Erhaltungsarbeiten waren nicht Bestandteil der Volkswirtschaftspläne. Sie verschlangen zwar Kapazitäten, konnten aber zur Planerfüllung nichts beitragen.²⁰⁰ Da die verfallenen Gebäude das Erscheinungsbild im erneuerten Stadtgebiet „störten“ und ihre Sanierung nicht bilanzierungsfähige Kapazitäten vertilgt hätte, suchten findige Lokalpolitiker nicht selten nach Wegen, auch diese Gebäude noch abreißen zu können.²⁰¹ Tatsächlich wurde die Zahl der vorhandenen Gebäude bis zuletzt immer weiter reduziert, bis schließlich die Neubauten das Stadtbild nach der Umgestaltung dominierten.

Dabei wurde die Lösung sämtlicher bei der innerstädtischen Sanierung auftretender Probleme den Wohnungsbaukombinaten übertragen. Deren Planungen beschränkten sich jedoch auf den möglichst effizienten Einsatz der WBS 70²⁰² und weniger auf die Erörterung städtebaulicher Fragen. Da sich die in den 1970er Jahren aufgebauten Plattenwerke und die Baumaschinen und -geräte noch nicht amortisiert hatten, kam eine Umorientierung des Bauwesens im Sinne einer altstadtgerechten Erneuerung (verstärkte Sanierung, flexiblere Baumethoden) für die Ökonomen der Wohnungsbaukombinate frühestens in den 1990er Jahren in Frage.²⁰³

Im Gegensatz dazu bestand in den zumeist kleineren Städten, deren Altstädte auf Initiative der Lokalpolitiker und der Bewohnerschaft von jeher behutsam und kontinuierlich saniert worden waren, auch in der Mitte der 1980er Jahre keine Notwendigkeit für radikale Flächenabrisse.²⁰⁴

Selbst wenn die Entscheidungsträger in der DDR die in diesen Städten praktizierte behutsame Stadterneuerung als Option für die DDR-weite Stadtentwicklung in Erwägung gezogen hätten, wäre diese wirtschaftlich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich gewesen. Obwohl im Zuge der innerstädtischen Bautätigkeit in den 1980er

²⁰⁰ Goralczyk (1996): S. 310ff. und Goralczyk (1991): S. 13.

²⁰¹ Vgl. auch Schulz (1998): S. 50.

²⁰² Krüger (1990): S. 939.

²⁰³ Hunger, Bernd: Städtebauprognose. Städtebauliche Grundlagen für die langfristige intensive Entwicklung und Reproduktion der Städte, Berlin 1990, S. 152.

²⁰⁴ Hunger, Bernd: Stadtverfall und Stadtentwicklung – Stand und Vorschläge, in: Marcuse, Peter: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch, Berlin 1991, S. 37.

Jahren insgesamt durchaus nicht wenige Gebäude wiederhergestellt wurden, reichten die Sanierungskapazitäten nur für 20% des vorhandenen Bestands.²⁰⁵ So gingen Hochrechnungen davon aus, dass bei unveränderter Baupolitik im Jahr 1995 40% des vorhandenen Gebäudebestands verloren wären.²⁰⁶

2.4.5. Die Entwicklung im Zeitraum 1986-1989/90

Die offizielle städtebauliche Ausrichtung für den Zeitraum 1986-1990 wurde in einer Komplexrichtlinie des Ministeriums für Bauwesen festgeschrieben. Darin hielt man an der unrealistischen Vorstellung fest, die vorhandene Bebauung in ihrem ursprünglichen Zustand wiederherstellen zu wollen. Neubauten sollten sich am Vorhandenen orientieren und ausgewählte historische Gestaltungsprinzipien und Stilelemente aufnehmen.²⁰⁷

Da sich die Bauwirtschaft in einem zunehmend desolaten Zustand befand, war die Umsetzung derartiger Gedanken gänzlich illusorisch. In der Realität ergaben sich vielmehr Probleme bei der Erstellung des Fünfjahrplans 1986-1990. Die Vorgaben und Planungen der SED im Hinblick auf die zu erbringenden Bauleistungen waren mit der tatsächlichen Situation unvereinbar. Die Staatliche Plankommission legte die Planzahlen infolgedessen absolut willkürlich fest und stellte damit völlig unrealistische Forderungen an das Bauwesen. Die Produktion sollte mit sinkenden Kapazitäten in immer kürzerer Zeit gesteigert werden.²⁰⁸

Entgegen dem Ziel, nun mindestens 50% der Bauleistungen auf die Innenstädte zu konzentrieren, wurde der überwiegende Teil des Wohnungsbaus nach wie vor außerhalb der Städte betrieben. Die Kapazitäten für die Gebäudesanierung wurden großteils für die Sanierung Berlins anlässlich der 750-Jahrfeier aufgewendet.²⁰⁹

²⁰⁵ Vgl. Goralczyk (1996): S. 311 sowie Grundmann, Siegfried: Zur Entwicklung der Städte und Gemeinden in der DDR, in: Architektur der DDR 2/1990, S. 7 und Rosenkranz, Christa: FORUM: Vergessen wir unsere kleinen Städte nicht wieder!, in: Architektur der DDR 2/1990, S. 49.

²⁰⁶ Vgl. Hammer (1995): S. 367.

²⁰⁷ Vgl. Ministerium für Bauwesen (Hrsg.): Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986-1990, zitiert nach Kegler (2007): S. 333. Zu weiteren theoretischen Ausführungen über Stadtzentren im Allgemeinen siehe Thesen zu Tendenzen der städtebaulichen Entwicklung von Stadtzentren, in: Bauforschung-Baupraxis, Heft 245, Berlin 1989, S. 121-134.

²⁰⁸ Palutzki (2000): S. 331.

²⁰⁹ Palutzki (2000): S. 333.

2.4.6. Historisierende Stadtgestaltung

Für den Bau oder die Sanierung herausragender repräsentativer Objekte wurden auch in der schwierigen wirtschaftlichen Lage Kapazitäten beschafft. Bei der Gestaltung dieser Projekte waren ökonomische Kriterien zweitrangig. Bei der Betrachtung der in dieser Zeit entstandenen Ensembles wird eine der gegenwärtigen Architekturauffassung²¹⁰ entsprechende Tendenz zur historisierenden Stadtgestaltung erkennbar. Anhand der Aufnahme von Details aus vergangenen architektonischen Epochen in die zeitgenössische Gestaltung sollte die Orientierung an der ehemaligen oder noch vorhandenen Bebauung demonstriert werden.

Das populärste Beispiel für diese Entwicklung ist wohl das Berliner Nikolaiviertel. Das im Zweiten Weltkrieg zerstörte älteste Stadtgebiet Berlins war bis auf wenige Gebäude zu Beginn der 1980er Jahre eine Brachfläche. Nun wurde dieses Quartier teilweise nach neu erdachten Vorstellungen wieder aufgebaut. So entstanden beispielsweise rund um die wieder aufgebaute Nikolaikirche traditionelle Bürgerhäuser ohne konkretes historisches Vorbild. Das 1936 abgetragene Ephraimspalais wurde zwölf Meter von seinem ursprünglichen Standort entfernt unter Verwendung von Originalteilen neu erbaut. Noch vorhandene Häuser wurden restauriert. Für die Randbebauung und teilweise auch für das Quartierinnere wurde ein mit historisierenden Details verschiedener Bauepochen angepasster Plattenbau entworfen. Mit den Mitteln des Industriebaus wurden barocke und klassizistische Formen wie Rosetten und Schaugiebel nachgeahmt. Ebenerdige Arkadengänge, ziegelgedeckte Dächer und metallene Ornamente sollten den Plattenbauten ebenso zu einem authentischen Aussehen verhelfen wie historische Geländerformen, die Straßenpflasterung und entsprechende Laternen den Charakter des Viertels unterstreichen sollten.²¹¹

Die Gestaltungsqualität des Nikolaiviertels war DDR-weit einmalig. Beim Wiederaufbau des ehemaligen historischen Berliner Kerns wurden Neubau und Sanierung beziehungsweise traditionelle Baumethoden tatsächlich in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht. Darüber hinaus konnte auch der modifizierte Plattenbau dazu beitragen, städtisches Flair entstehen zu lassen. Die Verbindung von Altem und Neuem ist im Nikolaiviertel besser gelungen als anderswo.

²¹⁰ Vgl. Ministerium für Bauwesen (Hrsg.): Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986-1990, zitiert nach Kegler (2007): S. 333.

²¹¹ Vgl. Stahn, Günther: Rund um die Nikolaikirche, in Architektur der DDR 4/1982, S. 220ff.

Allerdings lässt die rein auf die äußerliche Wirkung bedachte eklektizistisch anmutende Aufnahme von Formen und architektonischen Details eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes vermissen.²¹² Der für diese „Inszenierung“ hauptverantwortliche Architekt *Günther Stahn* sah dies freilich anderes: „*Ohne falsche Restaurierungstendenzen*“ zeige die Neugestaltung eine der „*Situation respektvoll verbundene Haltung*“.²¹³

Auch die Erneuerungsprojekte anderer Berliner Wohnquartiere mit weitgehend erhaltener Gebäudesubstanz, z.B. in der Sophien- oder Husemannstraße oder am Kollwitzplatz folgten dieser Tendenz. Das Ziel war es, „*Wohn- und Erlebnisviertel [...] [mit] Altberliner Flair*“²¹⁴ zu konzipieren. Dabei scheint es zweitrangig gewesen zu sein, wie diese Viertel in früheren Zeiten tatsächlich aussahen. Erlaubt schien alles, solange es den *genius loci* unterstrich. Man nahm stilistische Anleihen verschiedener Epochen zu Hilfe, um rundum stimmige, zu Repräsentationszwecken geeignete Quartiere zu gestalten. Auch am zentral gelegenen Berliner Gendarmenmarkt „erfand“ man neue Bürgerhäuser und gestaltete den gesamten Platz mit starken Veränderungen um.²¹⁵

²¹² Vgl. auch Wirth, Hermann: Historische Werte im gegenwärtigen Architekturschaffen, in: Architektur der DDR 6/1982, S. 349.

²¹³ In: Stahn (1982): S. 224.

²¹⁴ Urban, Florian: Berlin/DDR Neo-Historisch. Geschichte aus Fertigteilen, Berlin 2007, S. 12. Was man sich unter „Altberliner Flair“ vorstellen darf, illustriert der Artikel von *Peter Gohlke*: Zur Rekonstruktion der Sophienstraße in Berlin, in: Architektur der DDR 6/1988, S. 9-15. Dort wurde der Versuch unternommen, ein Ambiente aus vergangenen Tagen zu erzeugen, respektive wiederherzustellen, indem zusätzlich zur Sanierung der Gebäude historisches Straßenmobiliar wie Telefonhäuschen, Laternen, Straßenschilder, Bänke usw. installiert wurde.

²¹⁵ Urban (2007): S. 12 sowie Hain (1997): S. 11.

Diese hauptsächlich auf Berlin konzentrierten prestigeträchtigen Projekte waren im Alltag des DDR-Städtebaus jedoch die absolute Ausnahme. Daher kann die Auffassung von der „*neo-historische[n] Stadt der DDR*“, wie sie in Florian Urbans Buch „Berlin/DDR Neo-Historisch. Geschichte aus Fertigteilen“ zu lesen ist, so nicht geteilt werden. Die dort getroffenen Aussagen mögen in der Theorie auf die Auffassungen über modernen Städtebau und in der Praxis auf das anlässlich der 750-Jahrfeier herausgeputzte Berlin sowie weitere groß angelegte Prestigeprojekte zutreffen. Diese beanspruchten zwar nicht unerhebliche Kapazitäten des Bauwesens, beherrschten jedoch nicht das Bild des Städtebaus der 80er Jahre. Dieser war bestimmt durch den Wohnungsbau und hatte nahezu ausschließlich durch industrielle Bauweisen und unter Sparzwang zu erfolgen. Die Erkenntnis der frühen 80er Jahre, dass für die Altstadtsanierung ein angepasster Neubautypus vonnöten sein würde, kann nicht mit der historisierenden Architekturauffassung der späten 80er Jahre gleichgesetzt werden. Im Nikolaiviertel ging es darum, auf Beifall heischende Weise Geschichte zu inszenieren, während die angepassten Plattenbauten für die Innenstädte im Auftrag eines „altstadtgerechten“ Bauens verstanden und entwickelt wurden. Die angepasste Gestaltung der Gebäude ist als Folge der Bauaufgabe – nämlich der Altstadtsanierung – und nicht als veränderte Architekturauffassung hin zu historisierenden Tendenzen zu verstehen.

In Berlin wurden die meisten dieser Projekte verwirklicht, aber auch in anderen Städten der DDR fanden historisierende Tendenzen Eingang in die Stadtgestaltung.²¹⁶ So wurden die in den Altstädten zum Einsatz gelangenden Ersatzneubauten häufig mit traditionellen regionalen architektonischen (wie z.B. Staffelgiebel in Greifswald)²¹⁷ oder mit frei assoziierten „altstädtischen“ Details (wie bspw. schräg eingesetzte Stahlbetonlamellen an Dachterrassen im Quartier „Domplatz“ in Halle)²¹⁸ bestückt.

2.4.7. Reaktion auf die Stadterneuerungspraxis

Als Reaktion auf die Altstadtsanierungspraxis mehrten sich seit der Mitte der 1980er Jahre zunehmend kritische Stimmen.

Wenn auch weitgehend Einvernehmen darüber herrschte, dass das Ziel der Stadterneuerung außerhalb von denkmalgeschützten Bereichen nicht die originalgetreue Wiederherstellung des Stadtkerns sein dürfe, so wurde der industrielle Ersatzneubau doch häufig als das falsche Mittel für den Stadtumbau angesehen.²¹⁹ Die „unnötige leichtfertige Liquidation“²²⁰ des wertvollen historisch gewachsenen Gebäudebestands wurde für nicht zulässig erklärt. Stattdessen sollte die gegenwärtige Baupraxis gründlich überdacht werden. Die Erhaltung dürfe sich nicht auf einzelne herausragende Bauten beschränken, sondern müsse sich auf ganze Stadtviertel erstrecken.²²¹ Jeder Neubau müsse als ernstzunehmender Eingriff in die Stadtstruktur aufgefasst werden.²²² Ähnlich klare Worte fanden sich 1988 in der Wissenschaftlichen Zeitschrift der HAB Weimar:

„Die von Architekten häufig vorgebrachte Behauptung, mit ausschließlich oder vorwiegend industriellen Baumethoden des Plattenbaus historische Stadtkerne im Extrem flächenhaft ohne soziale, kulturelle, wirtschaftliche

²¹⁶ Wirth, Hermann: Historische Werte im gegenwärtigen Architekturschaffen, in: Architektur der DDR 6/1982, S. 35ff.

²¹⁷ Vgl. EXKURS: Die Sanierung der Stadtkerne von Greifswald und Bernau – geeignete Modelle zur Altstadtsanierung?, S. 63.

²¹⁸ Vgl. Kapitel 4.3.1 Halle, S. 94.

²¹⁹ Vgl. Seidel, Carmen: Zum ästhetischen Wert historisch geprägter Stadtkerne im Prozeß ihrer Gestaltung und Umgestaltung, in: Architektur der DDR 12/1985, S. 753ff. und Kabus, Günther: Zu den Aufgaben bei der weiteren Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete in Auswertung des IX. Kongresses des BdA, in: Architektur der DDR 9/1987, S. 33.

²²⁰ Gutsche, Willibald: Zur Erhaltung und Entwicklung des historisch gewachsenen Charakters der Städte, in: Architektur der DDR 6/1988, S. 7.

²²¹ Vgl. Gutsche (1988): S. 6f.

²²² Vgl. Beiträge der Sektion Architektur in Lehre und Forschung bei der Aneignung des baulichen Erbes, Dresden 1984, S. 64.

und ästhetische Verluste umbauen zu können, ist unbewiesen und wird auch durch Wiederholung nicht richtiger.“²²³

Die Struktur der historischen Stadtkerne sei zu vielschichtig, als dass die Plattenbauweise ihr gerecht werden könne. Die Neubautechnologie biete keine hinreichende Anpassung der Neubauten. Alt und Neu fänden daher nicht zur angestrebten Einheit. Die Autoren *Johanna Sellengk* und *Ulrich Hugk* forderten nachdrücklich, dass sich die Notwendigkeit der faktischen Stadterhaltung von einer Ermessensfrage zu einer Verpflichtung wandeln müsse. Der Stadtplanung sei es gegenwärtig nicht gelungen, eine umfassende Strategie zur behutsamen Stadterneuerung zu entwickeln. Die praktizierte „*Unterlassung von Erhaltungsmaßnahmen*“ und das „*Auswohnen*“²²⁴ der Altstadtquartiere wurden offen kritisiert.²²⁵

Auch aus der Bevölkerung wurde Kritik an der Stadterneuerungspraxis laut. Soziologische Untersuchungen hatten zudem ergeben, dass die Haltung der Bevölkerung zur alten Stadt generell positiv war. Die Erlebbarkeit der Vergangenheit wurde von den Stadtbewohnern ebenso gewünscht wie sie das historische Zentrum als Identifikationsort mit ihrer Stadt wählten.²²⁶ Der Stadtsoziologe *Fred Staufenbiel* lehnte die vorherrschende Flächenabrisspraxis ab und forderte stattdessen die Anfertigung „sozialer Porträts“ von umzugestaltenden Gebieten. Damit wollte er verhindern, dass mit der Erneuerung auch das bestehende, die Lebensqualität mitbestimmende Milieu verloren ginge.²²⁷

Westdeutsche Autoren nahmen ebenfalls kein Blatt vor den Mund, wenn sie über die Stadterneuerungspraxis der DDR berichteten. Die einseitige Orientierung auf das industrielle Bauen auf der Grundlage ökonomischer Vorgaben wurde ebenso kritisch

²²³ Hugk, Ulrich/Sellengk, Johanna: Stadterhaltung durch Stadterneuerung. Der Wandel der Altstadt als Voraussetzung ihrer Erhaltung und ihres Weiterlebens – Versuch einer Standortbestimmung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar Heft 5/6 1988, S. 206.

²²⁴ Hugk/Sellengk (1988): S. 213.

²²⁵ Hugk/Sellengk (1988): S. 206-213 passim.

²²⁶ Vgl. Staufenbiel, Fred: Leben in Städten, Kleine Reihe Architektur, VEB Verlag für Bauwesen Berlin 1989, S. 72 und Kuhn, Rolf/Hunger, Bernd: Wohnen in älteren Wohngebieten, in Architektur der DDR 2/1980, S. 121-125.

²²⁷ Vgl. hierzu: Staufenbiel, Fred: Funktion stadtsoziologischer Untersuchungen für die intensive Stadtreproduktion und die Erneuerung innerstädtischer Gebiete in der DDR, in: Dase, Martina u.a. (Hrsg.): Stadterneuerung im Wandel – Erfahrungen aus Ost und West. Internationales Symposium 27.-29.10. 1988, Basel 1989, S.44-52 passim.

dargestellt wie der zugelassene Verfall der Altstädte.²²⁸ Die nötige städtebauliche Planung würde ersetzt durch ein „*stillschweigend praktizierte[s] Prinzip des Durchwursteln[s]*“²²⁹. Die „*extreme Vernachlässigung ganzer Stadtgebiete*“ führe nun zu „*[...] radikalen Eingriffen in historische Stadtstrukturen*“²³⁰ Auf der Suche nach den Gründen für die Unmöglichkeit einer behutsamen Erneuerung wurden unter anderem die auf Zentralisierung ausgerichtete Organisationsstruktur des Bauwesens, die Orientierung der Modernisierungsverfahren an Neubaunormen, der „*Verzicht auf [eine] Instandhaltungspolitik*“²³¹ und das Fehlen von Arbeitskräften und Materialien genannt.²³²

Je mehr kritische Stimmen zu vernehmen waren und die Missstände in das gesellschaftliche Bewusstsein rückten, desto häufiger und nachdrücklicher war von der Bewahrung des kulturellen Erbes die Rede.²³³ Offiziell war die DDR-Führung mit dieser praktizierten Form der Stadterneuerung hochzufrieden. Dem industriellen Montagebau wurde eine „*geeignete Baustruktur*“²³⁴ bescheinigt und die eingesetzten Mittel zur Anpassung der Plattenbauten wurden als angemessen wahrgenommen. Die ehemals vorhandene städtebauliche Struktur sei zwar für die Erneuerung maßgeblich, aber es reiche aus, diese nur stilisiert aufzunehmen und den alten Strukturen „*im Prinzip*“²³⁵ zu folgen. Trotz „*unumgängliche[r] gestalterische[r] Mindestmaßstäbe*“²³⁶ wurden die zugrunde liegenden ökonomischen Kriterien ein ums andere Mal angeführt.²³⁷ Unter der Staatsführung *Erich Honeckers*, so empfand *Bruno Flierl* angesichts dieser Entscheidungen, wohnte dem Städtebau ein „*geistloser Pragmatismus*“²³⁸ inne, der letztlich dazu führte, dass die Vision eines sozialistischen Städtebaus gänzlich verschwand.²³⁹

²²⁸ Vgl. Machule, Dittmar/Stimmann, Hans: Sozialistische Produktionsweise + Industrielles Bauen = Sozialistischer Städtebau?, in: *Bauwelt* 48/1982, S. 2010 sowie : Schöller (1986): S. 31 und Mayer, Hans: Architektur und Städtebau in der DDR, in: *Architekt* 3/1980, S. 121-125.

²²⁹ Vgl. Kahmann, Henning: Stadtbetrachtungen in der deutsch-deutschen Provinz, in: *Bauwelt* 44/1985, S. 1747.

²³⁰ In: Kahmann (1985): S. 1747.

²³¹ In: Bodenschatz/Stimmann (1985): S. 1736.

²³² Vgl. Bodenschatz/Stimmann (1985): S. 1736f.

²³³ Vgl. Betker (2005): S. 160.

²³⁴ Rietdorf (1988): S. 10.

²³⁵ Rietdorf (1988): S. 13. So wurde z.B. die häufig praktizierte Geschosshöherhöhung im Vergleich zum Vorgängerbau aus Effektivitätsgründen als legitimer und zugleich schöpferischer Akt der Stadterhaltung gerechtfertigt.

²³⁶ Rietdorf (1988): S. 15.

²³⁷ Rietdorf (1988): S. 11-15.

²³⁸ In: Flierl (1991): S. 54.

²³⁹ Vgl. Ebenda.

2.4.8. Letzte Anstrengungen zum Erreichen der Ziele des Wohnungsbauprogramms

Obwohl intern soeben eine Senkung der Ausgaben für die Gebäudeerhaltung beschlossen worden war, wurden auf dem XI. Parteitag der SED im Jahr 1986 die in ihrer Realisierbarkeit ungesicherten Zahlen des Fünfjahrplans verkündet, die eine Steigerung der Produktion beinhalteten. Die nicht ausbleibenden Planrückstände sollten durch nachträgliche Plankorrekturen – Streichungen – ausgeglichen werden.²⁴⁰ Auch die Bauakademie formulierte 1987 das Ziel, bis 1990 DDR-weit noch 25.000 Wohnungen zu bauen.²⁴¹

Zudem kamen Überlegungen auf, den 1979 verfügten Abrissstopp rückgängig zu machen. Die Tatsache, dass im Jahr 1986 nur 68 % aller Wohnungen über ein Innen-WC und nur 76% über Bad oder Dusche verfügten, erhöhte die Dringlichkeit des Handelns zusätzlich.²⁴²

Die Bauakademie sagte sich auf ihrer 43. Tagung im November 1988 schließlich von der ihr aufoktroierten Forschungsausrichtung los und legte mit klaren Worten dar, wie es tatsächlich um das Bauwesen und den Zustand der Städte in der DDR stand. Neben der Forderung nach einer Stadterneuerung, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte²⁴³, wurden die 40 Jahre des sozialistischen Städtebaus unter dem Diktat der SED kritisch beleuchtet. Man bekannte offen, dass die Bauwirtschaft gescheitert und die von der SED geforderte Leistungssteigerung in der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Situation nicht erreichbar war. Das Wohnungsbauprogramm sei zum Scheitern verurteilt. Darüber hinaus hätte die insgesamt erbrachte Leistung nicht einmal den Anforderungen einer geregelten Stadtreproduktion entsprochen. Um die eingetretene Entwicklung aufzuhalten, wäre eine Leistungssteigerung um 225% vonnöten gewesen.²⁴⁴

²⁴⁰ Palutzki (2000): S. 336. Es zeigt sich einmal mehr, wie wenig die Entscheidungsträger im Bauwesen von der Baupraxis wussten oder wissen wollten. Der Abrissstopp besaß ohnehin keine nennenswerte Relevanz, da mehr als ein Weg existierte, ihn zu umgehen.

²⁴¹ Vgl. Bauakademie der DDR (Hrsg.)/Autorenkollektiv: Stadtzentren. Planung und Gestaltung. Grundsätze, Beispiele, methodische Hinweise, Schriftenreihe Bauforschung Baupraxis, Bauinformation der DDR, Heft 198, Berlin 1987, S. 14.

²⁴² Palutzki (2000): S. 336.

²⁴³ Vgl. bspw. die Publikation von Schmitt, Gudrun: Die komplexe Rekonstruktion – ein Weg der Reproduktion städtischer Teilgebiete zur Erhöhung der sozialen Wirksamkeit von Baumaßnahmen, in: Architektur der DDR 12/1988, S. 8.

²⁴⁴ Palutzki (2000): S. 338f.

Um 1990 enthüllte eine Bauzustandsbilanz ungeschönt das katastrophale Ausmaß des allgemeinen städtebaulichen Zustands in der DDR.²⁴⁵ Die meisten Stadtzentren befanden sich in einem desolaten Zustand, wie eine 1987 an der Bauakademie durchgeführte Expertenbefragung offenbarte.²⁴⁶ 40% aller bis 1945 traditionell errichteten Mehrfamilienhäuser waren zu mehr als 50% beschädigt und 11,0% gar abbruchreif. 39,7% waren leicht schadhaft und nur 9,3% in sehr gutem Bauzustand. In den letzten Jahren der DDR hatte sich der Allgemeinzustand der Gebäude statistisch gesehen jährlich um 0,2 Bauzustandsstufen verschlechtert. Besonders die Altbauwohngebiete der größeren Städte waren betroffen. 80 Stadtzentren, vorrangig von Klein- und Mittelstädten, wiesen in größerem Umfang erheblich beschädigte Bausubstanz auf. Von insgesamt 200 unter Denkmalschutz stehenden Ensembles war ein Viertel in seinem Bestand ernsthaft gefährdet. Die in den letzten beiden Jahrzehnten durchgeführten Sanierungsarbeiten wurden nur kurzfristig wirksam und hätten bereits nach zehn Jahren erneut durchgeführt werden müssen. Insbesondere die Fassadeninstandsetzung mit rasch verschleißenden Farben war nach kurzer Zeit wieder überholungsbedürftig.²⁴⁷ Ab 1986 hatte sich das Verhältnis von neu gebauten und erneuerten Wohngebieten angeglichen. Das bedeutet, dass etwa gleich viele Gebäude in Neubaugebieten wie in Innenstadtbereichen bereitgestellt wurden. Für einen geregelten Stadterneuerungsprozess wäre allerdings eine Quote von mindestens drei zu erneuernden zu einem neu zu bauenden Gebäude vonnöten gewesen.²⁴⁸

2.5. Die Sonderstellung von Klein- und Mittelstädten

Den kleineren Städten in der DDR kam bezüglich der Stadterneuerung eine gewisse Sonderstellung zu, die im Folgenden kurz dargestellt werden soll.

Insgesamt existierten auf dem Gebiet der DDR 1.095 Klein- und Mittelstädte, in denen über die Hälfte der gesamten Bevölkerung lebte.²⁴⁹ Mehr als 700 dieser Städte

²⁴⁵ Regelrechte Schockzustände befielen die Besucher, die erstmals ungeleitet durch die Altstädte der DDR liefen. Vgl. z.B.: Redecke, Sebastian: Trauer um Leipzig, in: Bauwelt 12/1990, S. 552-561.

²⁴⁶ Vgl. Lehmann, Rainer: Zu den Reproduktionsbedingungen der Bausubstanz in den Stadtzentren, in: Bauforschung-Baupraxis, Heft 245, Berlin 1989, S. 112.

²⁴⁷ Vgl. Krehl, H.-J.: Wohnbausubstanz und Wohnbaubedarf in der DDR, Leipzig 1990, S. 21 und 25.

²⁴⁸ Siehe Lehmann (1989): S. 113.

²⁴⁹ Vgl. Rietdorf, Werner: Städtische Wohnumwelt, Berlin 1984, S. 178 und Stelzer, Helmut: Wohnen in historischen Gebäuden, in: Architektur der DDR 2/1983, S. 99.

besaßen ein erhaltenswertes Stadtbild, in 143 Städten gab es überdurchschnittlich viele wertvolle Gebäude.²⁵⁰

Die bereits angesprochene Sonderstellung ergab sich aus der spezifischen Charakteristik dieser Städte. Außer in den Stadterweiterungen des 19. Jahrhunderts wiesen diese Siedlungen in ihrem gesamten Terrain die typischen Strukturen und Merkmale der historischen Kerne größerer Städte auf. Somit war eine durch verschiedene Baustile und -epochen, Gebäudetypen und -formate in einem organischen Entstehungsprozess gewachsene Inhomogenität das am stärksten prägende Merkmal der Klein- und Mittelstädte. Wie auch in den Altstadtkernen größerer Städte war das Durchschnittsalter des Gebäudebestands beispielsweise im Vergleich zu den Stadterweiterungsgebieten des späten 19. Jahrhunderts höher und damit ebenfalls der Bauzustand schlechter.²⁵¹ Folglich ergaben sich bezüglich der Erneuerungsstrategie dieser Städte ähnliche Probleme wie in den historischen Stadtzentren größerer Städte.

Da bereits im Jahr 1970 etwa 20-30% aller Gebäude in Klein- und Mittelstädten zu mehr als 50% schadhaft oder abbruchreif waren und zudem die Ausstattung der Wohnungen überdurchschnittlich schlecht war, musste eine schnelle Lösung gefunden werden. Angesichts der zur Verfügung stehenden Methoden war die Bauforschung in den 1970er Jahren aber nur zu unbefriedigenden Lösungen gekommen. Flächensanierungspläne wurden nicht ausgeführt, obwohl sie durchaus in Betracht gezogen worden waren. Durch auf diese Weise unsensibel platzierte oder unmaßstäbliche Neubauten sah man das Gesamtbild sowie die oftmals kleinteilige Struktur der kleineren Städte erheblich beeinträchtigt und gefährdet.²⁵²

Da allerdings auch die Sanierung des vorhandenen Bestands nur in eingeschränktem Rahmen möglich war, wurden bis 1980 auch in den Klein- und Mittelstädten Neubauwohngebiete außerhalb der bisherigen Stadtgrenzen errichtet. Das eigentliche Stadtgebiet wurde infolgedessen zunehmend entvölkert, ebenso wie dies bei den Altstädten in größeren Städten der Fall war. Nur war diese Entwicklung bei den

²⁵⁰ Vgl. Stelzer, Helmut: Probleme der Erhaltung und Rekonstruktion historischer Bausubstanz im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung von Klein- und Mittelstädten in der DDR, in: Architektur der DDR, 2/1980, S. 114 und Stelzer (1983): S. 99.

²⁵¹ Vgl. Linke, Rolf: Städtebaulich-gestalterische Möglichkeiten für die Erhaltung und Entwicklung von Kleinstadtkernen, in: Architektur der DDR 1/1981, S. 19 und Rätzl, Peter: Besonderheiten der Modernisierung in Klein- und Mittelstädten, Referat aus: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in: Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur, Heft 43, 1973, S. 80.

²⁵² Linke (1981): S. 21f. und Rietdorf (1984): S. 178f.

kleineren Städten wesentlich verheerender, da die Städte nicht nur in Teilen, sondern in Gänze betroffen waren.²⁵³

Erst mit den Grundsätzen des Städtebaus von 1982 wurde auch in den Klein- und Mittelstädten die Hinwendung zum innerstädtischen Bauen beschlossen.²⁵⁴ Prinzipiell sollte dort ähnlich wie in den Altstadtkernen der größeren Städte vorgegangen werden: Einerseits wurde zwar ein behutsamer Umgang mit den vorhandenen Strukturen gefordert, andererseits aber zugleich eingeschränkt, dass außerhalb denkmalgeschützter oder kulturhistorisch besonders wertvoller Bereiche die originalgetreue Wiederherstellung des Bestands nicht Ziel der Erneuerung sein könne.²⁵⁵ Aus der damaligen Sicht der Fachautoren bestand auch kein Widerspruch zwischen behutsamer Stadterneuerung und der Verwendung industrieller Bauweisen, solange diese leidlich anpassbar waren.²⁵⁶ Das „*günstigste Verhältnis zwischen Aufwand und Ergebnis*“²⁵⁷ stand auch hier im Vordergrund jeglicher Planung oder Bauausführung.

Doch in nur sehr wenigen Städten zogen Forschung und konkrete Sanierungspläne auch tatsächliche Bautätigkeit nach sich. Die Anzahl leer stehender und bereits gesperrter Gebäude hatte sich so in den zehn Jahren von 1971–1981 vielerorts dramatisch vervielfacht.²⁵⁸ In den einstmals geschlossenen Straßenfronten mehrten sich in den meisten Städten die Lücken, da immer mehr Gebäude einen Bauzustand erreichten, der kaum mehr als den Abriss zuließ.

In einigen Städten (z.B. Sanierungsmodellstadt Greifswald, außerdem u.a. Halberstadt) wurden ab Mitte der 1980er Jahre umfassende Flächenabrissplanungen in die Tat umgesetzt. Aber auch in denkmalgeschützten Stadtkernen wie dem von Quedlinburg wurden in kleineren Sanierungsgebieten die vorhandenen Gebäude großteils aufgegeben und ersetzt.

Die meisten Klein- und Mittelstädte blieben jedoch von jeglichen Erneuerungsmaßnahmen unberührt, obwohl sie immer dringender nötig wurden. Die

²⁵³ Vgl. auch Morscher (1990): S. 31 und Frank (1981): S. 107.

²⁵⁴ Vgl. Grundsatz 1 der Grundsätze für die sozialistische Entwicklung [...] 1982.

²⁵⁵ Vgl. Seidel, Carmen: Zum ästhetischen Wert historisch geprägter Stadtkerne im Prozeß ihrer Gestaltung und Umgestaltung, in: Architektur der DDR 12/1985, S. 753 und Gericke (1975): S. 17.

²⁵⁶ Rietdorf (1984): S. 183. Rietdorf vertritt allerdings ebenfalls die Auffassung, dass die Plattenbauweise ab einer bestimmten Raumdichte nicht mehr einsetzbar ist. Anderer Meinung ist Carmen Seidel, die dem industriellen Ersatzneubau die Fähigkeit, den *genius loci* bewahren zu können, generell abspricht. In: Seidel (1985): S. 754f.

²⁵⁷ In: Stelzer (1983): S. 99.

²⁵⁸ Vgl. Jebe, P./Rizkallah, V./Elze, H./Jebe, C.: Untersuchung von Hochbauschäden in den neuen Bundesländern. Teil II: Dokumentation des baulichen Zustands historischer Bauwerke, Informationsreihe Heft 8, Hannover 1994, Tabelle 9, S. 20.

Geschäftsstraßen im Ortskern wurden zumeist oberflächlich leidlich intakt gehalten, aber in den Nebenstraßen und am Altstadtrand dominierten Verfall, Leerzug und auch gezielt herbeigeführte Zerstörung.²⁵⁹ Die bereits im Unterkapitel „Auf tretende Schwierigkeiten“ (S. 40) beschriebene Migration und Segregation war in den kleineren Städten aufgrund der erwähnten Bebauungsstruktur (erbaut vor 1850, Neubaugebiete außerhalb der alten Stadtgrenzen) besonders schwerwiegend.²⁶⁰

Im Gegensatz dazu war in einigen Kleinstädten durchaus der Wille zur Erhaltung und Herstellung eines positiven Stadtbildes vorhanden. So hatten beispielsweise die Verantwortlichen der Städte Gera, Wernigerode, Torgau oder Sömmerda Erneuerungsstrategien entwickelt, die sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten umzusetzen anstrebten, was dort den Umständen entsprechend auch vorbildlich gelang.²⁶¹

Im Gesamtbauprozess der DDR wurde die Stadterneuerung der Hauptstadt Berlin und der Bezirksstädte für wichtiger erachtet als die der Klein- und Mittelstädte.²⁶² Diese einseitige Priorisierung führte schlussendlich dazu, dass aus der Gemeinsamkeit der strukturellen Analogie folgende zusätzliche Verbindung zwischen fast allen Klein- und Mittelstädten erwuchs.²⁶³ Am Ende der 1980er Jahre befanden sie sich fast ausnahmslos in einem vergleichsweise schlechten allgemeinen Bauzustand. Andererseits blieben dank der nicht stattgefundenen Stadterneuerung auf diese Weise Stadtanlage und Gebäudebestand wenn auch stark verfallen, so doch zu großen Teilen erhalten. Hätte sich die DDR-Bauwirtschaft mehr auf die Sanierung der kleineren Städte konzentriert, wären vermutlich viele wertvolle historische Stadtensembles zerstört worden.

²⁵⁹ Vgl. auch Topfstedt, Thomas: Zwischen Vergangenheit und Zukunft: Das Stadtdenkmal Altenburg/Thüringen, In: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Schönen Künste 7/1993, S. 83f.

²⁶⁰ Werner (1981): S. 107.

²⁶¹ Vgl. hierzu: Hunger (1991): S. 37.

²⁶² Vgl. u.a. Palutzki (2000): S. 333.

²⁶³ Vgl. Adami, Horst: Aufgaben für die Erzeugnisentwicklung des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus bei der weiteren Ausgestaltung von Stadtzentren in der DDR, in: Bauforschung-Baupraxis, Heft 245, Berlin 1989, S. 86.

EXKURS: Die Sanierung der Stadtkerne von Greifswald und Bernau – geeignete Modelle zur Altstadtsanierung?

Um Erfahrungen auf dem Gebiet der Altstadtsanierung zu sammeln, wurden in der DDR für ausgewählte Beispielstädte Modellplanungen erstellt und realisiert. Greifswald, Bernau und Quedlinburg waren die bedeutendsten und umfangreichsten Forschungs- und Sanierungsprojekte zur Stadterneuerung mit Hilfe industrieller Baumethoden.²⁶⁴ Die Sanierung von Teilen der Innenstadt Quedlinburgs wird in dieser Arbeit an anderer Stelle besprochen²⁶⁵.

Ziel dieses Exkurses ist es, die Erneuerung der Stadtkerne von Bernau und Greifswald darzustellen und die Frage zu klären, ob die durchgeführten Sanierungen beispielhaft auf andere Städte übertragbar gewesen wären.

Bernau

In der hauptsächlich durch mittelalterliche Strukturen geprägten Innenstadt von Bernau befanden sich am Ende der 1960er Jahre zum Großteil Gebäude aus der Zeit vor 1870. Dem gesamten, von einem Stadtmauerring umschlossenen Stadtkernensemble waren in seiner Gesamtheit denkmalwerte Eigenschaften attestiert worden.²⁶⁶ So säumten etwa 150 bis 200 Jahre alte, zumeist zweigeschossige Fachwerkgebäude die regelmäßig angelegten und durch Parzellen gegliederten geschlossenen Quartiere des Stadtgrundrisses.²⁶⁷

Über 60% aller Häuser waren schwer beschädigt und 82% der Wohnungen sanitärtechnisch unzureichend ausgestattet.²⁶⁸ Die einzelnen Grundstücke waren stark überbaut.²⁶⁹ Allerdings sollten aufgrund des besonderen kulturhistorischen

²⁶⁴ Morscher, Gebhardt: Stadterneuerung in Klein- und Mittelstädten der DDR, Gesamthochschule Kassel, Fachbereich 13: Stadtplanung und Landschaftsplanung, Kassel 1990, S. 3.

²⁶⁵ Siehe Kapitel Quedlinburg, S. 156.

²⁶⁶ Grunske, Detlef/Mühlmann, Lutz: Zur Umgestaltung des Stadtkerns von Bernau, in: Architektur der DDR 3/1978, S. 141.

²⁶⁷ Grunske/Mühlmann (1978): S. 140 und Stallknecht, Wilfried/Grunske, Detlef: Zur Umgestaltung des Stadtkerns von Bernau. Bericht über eine Beispielplanung zur Umgestaltung von Klein- und Mittelstädten, in: Architektur der DDR 11/1975, S. 669.

²⁶⁸ Koch, Dietrich/Rätzl, Peter: Rekonstruktion Altstadt Bernau, in: Deutsche Architektur 7/1968, S. 403.

²⁶⁹ Hübler, Mechthild und Manfred: Zur Gestaltung des Stadtkerns von Bernau – Planung und Realisierung, in: Architektur der DDR 3/1985, S. 164.

Wertes denkmalpflegerische Gesichtspunkte bei der geplanten Erneuerung eine besondere Rolle spielen, wie aus einer 1968 durchgeführten Studie hervorgeht.²⁷⁰

Diesen Wert erachtete der Bürgermeister Bernaus indes nicht für erhaltenswert. Im Jahr 1975 äußerte er, dass die Bausubstanz der Stadt derart überaltert sei, dass eine Erhaltung der vorhandenen Bebauung nicht lohne, zumal die „Wiedergeburt“ der mittelalterlichen Stadt ohnehin nicht erwünscht wäre. Stattdessen erklärte er die Erschaffung sozialistischer Wohnbedingungen zum Ziel.²⁷¹ Dieser Auffassung stand auch die zuständige Denkmalpflegebehörde nicht im Weg, denn sie bescheinigte den meisten Gebäuden keinen nennenswerten kulturhistorischen Wert. Neben der Stadtanlage forderte die Denkmalpflege lediglich den Erhalt einiger Gebäude.²⁷²

Es war deshalb in der Planung zur Umgestaltung und Erneuerung Bernaus nicht vorgesehen, die vorhandene Substanz einzubeziehen. Lediglich drei Gebäude, die Stadtkirche, die Lateinschule und das Kantorhaus wurden für erhaltenswert befunden. Mit dem Erhalt der Stadtmauer sowie der Grundstruktur des Straßenverlaufs sah man die „wesentlichsten“²⁷³ Züge der historisch gewachsenen Stadtstruktur in die neue Bebauungsplanung aufgenommen. Die zu errichtenden Neubauten waren zwei- bis viergeschossig vorgesehen, wobei die zweigeschossigen Wohnblöcke lediglich für Naht- und Übergangsstellen geplant waren.

Im bis 1978 geplanten und in den darauf folgenden Jahren realisierten ersten Bauabschnitt erfolgte zunächst der flächige Abriss der Altbauung. Im Anschluss daran wurden 500 neue Wohnungen in der Großblockbauweise „WBR SL 3600“²⁷⁴ gebaut.²⁷⁵ Auf eine formale und gestalterische Anpassung der Plattenbauten wurde bewusst verzichtet. Das neue, moderne Erscheinungsbild wurde Gebäudevarianten mit „historisierenden Elementen“²⁷⁶ wie echten oder vorgetäuschten Steildächern vorgezogen. Mit dem weitgehenden Abbruch der Altbauung würden ohnehin die Bindungen an bisherige Erscheinungsformen aufgehoben.²⁷⁷ Als einzige Konzession an die vorherige Bebauung wurde direkt im Zentrum ein Laubenganghaus erbaut.

²⁷⁰ Koch, Dietrich/Rätzel, Peter: Rekonstruktion Altstadt Bernau, in: Deutsche Architektur 7/1968, S. 401.

²⁷¹ Stallknecht/Grunke (1975): S. 666.

²⁷² Stallknecht/Grunke (1975): S. 667.

²⁷³ In: Hübler (1985): S. 165.

²⁷⁴ WBR SL 3600: Wohnungsbaureihe mit Sektionslänge 3600 mm.

²⁷⁵ Hübler (1985): S. 165.

²⁷⁶ Stallknecht/Grunke (1975): S. 670.

²⁷⁷ Ebenda.

Weiterhin entstanden eine Fußgängerzone und halboffene Wohnhöfe.²⁷⁸ Der zweite Bauabschnitt, der in den frühen 1980er Jahren geplant und ab etwa 1985 in die baupraktische Realität umgesetzt wurde, lässt eine etwas behutsamere Tendenz im Umgang mit der Altstadtbebauung erkennen. So wurden neben zahlreichen weiteren Neubaublöcken etwa 60 vorhandene Wohnungen instandgesetzt.²⁷⁹ Der dritte Bauabschnitt wurde nicht mehr realisiert²⁸⁰, so dass nicht das gesamte alte Bernau den industriell gefertigten Plattenbauten zum Opfer fiel.

Die Altstadt von Bernau musste als Experimentierfeld für den Einsatz der Großblockbauweise im innerstädtischen Bereich fungieren. Da sich die industriellen Baumethoden zum Zeitpunkt der Neugestaltung in Bernau gewachsenen städtischen Strukturen nicht anpassen konnten, muss das Experiment, den Bernauer Stadtkern unter Anwendung industrieller Bauweisen zu erneuern, aus heutiger Sicht als gescheitert angesehen werden. Erneuerung beinhaltet die Wahrung der ursprünglichen Stadtgestalt, was in Bernau nicht erreicht wurde. Zweifelsohne war es das erklärte Ziel der für die Planung Verantwortlichen, bewusst neue Strukturen zu schaffen, aber in diesem Fall war nicht weniger als der Totalverlust des städtischen Antlitzes und der lokalen Identität zu bedauern. Die umgestalteten Teile der Bernauer Innenstadt unterschieden sich in ihrem Äußeren nur unwesentlich von den randstädtischen Großsiedlungen. Ohne weitere Bedenken opferten Planer und Architekten einen mittelalterlichen Stadtkern, der in seiner Bausubstanz zwar überaltert und sanierungsbedürftig war, aber dennoch die Entwicklung der Stadt repräsentierte und schon allein aus diesem Grund einen nicht unbedeutenden kulturhistorischen Wert besaß.

Greifswald

Die Umgestaltung der Greifswalder Altstadt war ein weiteres städtebauliches Modellprojekt der DDR. Das hier durchgeführte Stadterneuerungs Vorhaben sollte die Frage beantworten, ob bei Anwendung der Plattenbauweise eine substanzielle Erneuerung des historischen Stadtkerns möglich sei, ohne dabei seine Eigenheit, Gestalt und Funktion zu gefährden.²⁸¹ Der Stadtgrundriss von Greifswald eignete sich aufgrund seiner gleichmäßigen rasterförmigen Anlage augenscheinlich besser

²⁷⁸ Hübler (1985): S. 165.

²⁷⁹ Ebenda.

²⁸⁰ Morscher (1990): S. 22.

²⁸¹ Siehe Büchner, Hans-Joachim: Grundlagen, Konzepte und Probleme der Stadterneuerung in der DDR am Beispiel von Greifswald, in: Mainzer Geographische Studien Heft 34/1990, S. 130.

als Experimentierfeld für die Anwendung der Plattenbauweise als gewundene oder schmale Straßenlinien, wie sie in anderen Städten häufig anzutreffen waren.

Greifswald, das den Zweiten Weltkrieg ohne Zerstörungen überstanden hatte, besaß noch in der Mitte der 1970er Jahre einen geschlossenen, historisch gewachsenen Stadtkern mit teilweise noch aus dem Mittelalter stammenden Gebäuden. Der Stadtgrundriss war regelmäßig in 47 Quartiere gegliedert. Geschlossene, geradlinig verlaufende Straßenfluchten und zwei- bis dreigeschossige Bauten, deren überwiegender Teil in Giebel- oder Traufstellung mit Steildach ausgeführt war, bestimmten das Straßenbild. Als besonders charakteristisch für die Greifswalder Altstadt dürfen die zahlreiche Außentreppen angesehen werden. Aus denkmalpflegerischer Sicht zählte Greifswald mit zahlreichen Einzeldenkmalen und Denkmalensembles zu den 60 bedeutendsten Städten der DDR.²⁸²

Der dicht angelegte und stark überbaute Gebäudebestand war allerdings überaltert und befand sich zu Beginn der 1970er Jahre in einem zunehmend schlechten Zustand: 52% der Gebäude stammten aus der Zeit vor 1870 und 54% wiesen starke Schäden auf.²⁸³

Wie für die meisten Städte der DDR wurden auch für Greifswald in den 1960er Jahren Planungen entworfen, die von einem weitgehenden Ersatz der Altbebauung ausgingen und hochgeschossige Bauten als neue Dominanten der Stadtbilder vorsahen. Diese Planungen blieben jedoch unausgeführt.²⁸⁴

Im Jahr 1974 wurde ein städtebaulicher Wettbewerb zur Umgestaltung der Altstadt ausgeschrieben, dessen wesentlichste Forderung die Einbeziehung des historisch gewachsenen Stadtbildes war. Weiterhin forderte der Wettbewerb die Entwicklung eines variablen Baukastensystems mit einem städtebaulich befriedigenden Lösungsangebot für die Ausbildung von Gebäudeecken. Außerdem wurden die weitgehende Beachtung der Straßenfluchten sowie die Schaffung eines geschlossenen Fassadenbildes verlangt. Unterschiedliche Haustypen sollten ebenso wie die Wahrung der ursprünglichen Maßstäblichkeit der Fassade und der vorgeschriebene Einsatz von regionaltypischen Klinkersteinen dazu beitragen, das

²⁸² Vgl. Morscher (1990): S. 24f. und Felz, Achim/Mohr, Frank/Richardt, Gerhard: Städtebaulich-architektonische Gestaltung bei der Umgestaltung eines Altstadtgebietes in Greifswald, in: Architektur der DDR 5/1981, S. 287 sowie Bodenschatz, Harald: Das Modell Greifswald: Altstadterneuerung in Plattenbauweise, in: Bauwelt 44/1985, S. 1738.

²⁸³ Bodenschatz (1985): S. 1738.

²⁸⁴ Bodenschatz (1985): S. 1738.

Antlitz des alten Greifswald zu wahren. Eine differenzierte Gestaltung der Dachgeschosszone sollte dieses Ziel ebenfalls verfolgen. Als Konzession an die nicht aus dem Blick zu verlierende Wirtschaftlichkeit der Umgestaltung war jedoch die Erhöhung der Geschosszahl vom bisherigen Durchschnitt von 2,1 auf 3,0 Geschosse inklusive einem ausgebauten Dachgeschoss beschlossen worden.²⁸⁵ Die für diesen Wettbewerb formulierten Forderungen, die eine Anpassung des Neuen an das Alte beinhalteten und damit ein Bekenntnis zur alten Stadt darstellten, waren in der DDR ein absolutes Novum.²⁸⁶

Für das erste Umgestaltungsgebiet in der Greifswalder Innenstadt war auf Grundlage der Ergebnisse des Wettbewerbs eine modifizierte Variante der WBS 70 entwickelt worden. Dieses erste Baugebiet touchierte am Markt den unmittelbaren Kernbereich der Innenstadt und war somit ein besonders sensibler Bereich.²⁸⁷ In sechs Quartieren wurden 270 Wohneinheiten, darunter mehrere Baudenkmale, zum Abriss und 46 Gebäude zum Erhalt vorgesehen. Ab 1976 fanden erste Bauarbeiten statt. Mit der Entkernung der Quartierinnenhöfe wurde zunächst die alte Parzellenstruktur aufgegeben. Ab dem Jahr 1978 erfolgte die Montage der Plattenbauten. An etwa 55 Wohneinheiten in 32 verbliebenen Vordergebäuden wurden aufwertende Baumaßnahmen vorgenommen.²⁸⁸

Die errichteten Ersatzneubauten ermöglichten die Orientierung an der charakteristischen altstädtischen Quartierstruktur. Dank der Möglichkeit, die Gebäudehöhe und -länge sowie die Fassadengestaltung vielfältig zu variieren, konnten verschiedene Haustypen entwickelt werden. Die plastisch herausgearbeitete Traufkante und das zurückgesetzte sowie schräg ausgebildete Dachgeschoss trugen ihrerseits dazu bei, den blockhaften Charakter der Gebäude abzumildern. Zur Straßenseite hin war eine alternierende Trauf- und Giebelstellung möglich, wobei die Giebel mit Keramikrosetten besetzt wurden. Die Großplatten standen verschieden profiliert und verklinkert zur Auswahl. Die Fensteröffnungen

²⁸⁵ Vgl. Morscher (1990): S. 26 und Felz/Mohr/Richardt (1981): S. 288ff. und Mohr, Frank: Verfall – Erhalt – Erneuerung. Erfahrungen bei der Realisierung des Umgestaltungsprozesses mit der Plattenbauweise in Greifswald, in: Lichtnau, Bernfried (Hrsg.): Architektur und Städtebau im südlichen Ostseeraum von 1970 bis zur Gegenwart. Entwicklungslinien – Brüche – Kontinuitäten, Berlin 2007, S. 248f.

²⁸⁶ In: Büchner (1990): S. 132.

²⁸⁷ Vgl. hierzu Kiel, Uwe: Abbruch – Rekonstruktion – Ersatzneubau. Die Umgestaltung der Greifswalder Altstadt in den 1970/80er Jahren, in: Lichtnau (2007): S. 227f.

²⁸⁸ Vgl. Kiel (2007): S. 231ff. und Büchner (1990): S. 130 sowie Hüller, Helga/Loui, Karl-Heinz: Forschungsvorhaben in Greifswald. Zur Rekonstruktion und Erhaltung eines innerstädtischen Wohngebiets in Greifswald, in: Architektur der DDR 5/1981, S. 282-286.

konnten hochformatig ausgebildet werden. Auch wurden einige noch erhaltene Originalhaustüren wieder eingebaut.²⁸⁹ Die Geschossanzahl wurde auf durchschnittlich 3,7 erhöht, wobei das zurückgesetzte Dachgeschoss von unten betrachtet nicht als weiteres Geschoss wahrgenommen wurde.²⁹⁰

Trotz dieser umfangreichen Bemühungen, die bisherigen Strukturen in die Stadterneuerung einzubeziehen, ging das historische Antlitz bei der Umgestaltung verloren. Das altstädtische Flair und die städtebauliche Qualität des historischen Viertels wurden zerstört und konnten allein mit Arrangements variabler Gebäudeteile nicht wiederhergestellt werden.²⁹¹ Trotz aller Anpassung wirken die neu errichteten Wohnblöcke zu starr und normiert. Das neu gestaltete Quartier strahlt Sterilität und Kühle aus.

In den 1980er Jahren wurden zwei weitere Quartiere in der Greifswalder Altstadt saniert. Hierbei gelangte jedoch eine neue Gebäudeserie zum Einsatz. Die an der Bauakademie entwickelte altstadtgeeignete Baureihe auf Basis der WBS 70²⁹² wurde nun eigens auf Greifswald zugeschnitten. Die Wohnungsbaureihe 83 (WBR 83) konnte mit „Pseudo-Mansarddächern mit montierten Dachschrägen und flachem Oberdach“²⁹³, Dachgiebeln, symmetrischen Fassadenmotiven sowie Betongesimsen am Erdgeschoss ausgeführt werden. Das durch die Plattenbauweise entstehende Raster wurde durch eine teilweise aufwändige Gestaltung und Profilierung der Fassade unterdrückt.²⁹⁴

Nach flächiger Beräumung des alten Gebäudebestands wurden in beiden Umgestaltungsgebieten über 1.000 Wohneinheiten in Plattenbauweise neu erbaut. Für die Sanierung der zur Erhaltung bestimmten Häuser standen indes immer weniger Mittel und Handwerker zur Verfügung, so dass bis auf die leidliche Instandhaltung der innerstädtischen Hauptachsen und einzelner Baudenkmale an

²⁸⁹ Kiel (2007): S. 237 sowie Felz/Mohr/Richardt (1981): S. 296 und Bodenschatz (1985): S. 1740.

²⁹⁰ Ebenda.

²⁹¹ Diese Meinung vertreten u.a. Uwe Kiel (2007): S. 2387 und Harald Bodenschatz (1985): S. 1741. Anderer Auffassung hingegen ist der an der Erneuerung des ersten Umgestaltungsgebiets unmittelbar beteiligte Frank Mohr. Er empfindet die nördliche Altstadt heute als „überaus gelungen“ und behauptet, die Abbrüche an alten Gebäuden und alter Struktur wären keine wesentlichen Brüche in der Greifswalder Stadtgeschichte. Vgl. Mohr (2007): S. 251 und 240.

²⁹² Vgl. Kapitel „Die Anpassung der industriellen Bauweise an innerstädtische Bauaufgaben“, S. 46.

²⁹³ In: Hartung; Ulrich: Die Umgestaltungsgebiete im Greifswalder Stadtkern – Architektur und Menschenbild, in: Lichtnau (2007): S. 263.

²⁹⁴ Vgl. Hartung (2007): S. 263ff.

vorhandenen Gebäuden der Greifswalder Altstadt kaum erhaltende Maßnahmen durchgeführt wurden.²⁹⁵

Im Vergleich zum ersten Umgestaltungsgebiet ist bei der Neubebauung des zweiten und dritten Umgestaltungsgebietes eine geringere architektonische Vielfalt augenscheinlich, für welche die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR verantwortlich gemacht werden müssen.²⁹⁶ Die Wohnblöcke der WBR 83 wurden größer dimensioniert sowie weniger aufwändig und abwechslungsreich gestaltet. An exponierten städtebaulichen Plätzen wurden zwar durchaus auch ambitionierte und detailreiche Gebäudelösungen geschaffen, der überwiegende Teil der Bebauung war jedoch weniger variantenreich als im ersten Umgestaltungsgebiet.²⁹⁷

Auch wenn die für die modellhafte Erneuerung Greifswalds verwendeten industriellen Bauweisen bisherige Straßenfluchten in etwa nachzeichnen und die Fassaden variantenreich gestaltet werden konnten, vermag das Endergebnis aus städtebaulich-denkmalspflegerischer Sicht nicht zufrieden zu stellen. Obwohl die Monotonie der Plattenbauweise in Greifswald überwunden wurde,²⁹⁸ ist ihr Einsatz für eine wirklich denkmalgerechte Stadterneuerung ungeeignet. Die Gebäudeblöcke sind in ihrer Gesamtlänge zu starr und die Dachlandschaft erscheint mit nahezu einheitlichen Traufhöhen und Dächern zu stark genormt. Mit dem aus bautechnologischen Gründen nötigen flächigen Abriss von Teilen des zwar zunehmend verfallenen, aber ansonsten unzerstört und geschlossen erhaltenen Stadtkerns nahm man den Verlust städtischer Identität in diesen Bereichen bewusst in Kauf. Auch von Zeitgenossen wurden kritische Stimmen an der Umgestaltung Greifswalds laut. Der Architekt Ulrich Hugk stellte die Wahrung des Originalcharakters der Stadt in Frage und fragte weiter, „welche Assoziationen [...] barock oder klassizistisch getischelte Eingangstüren in industriellen Großplattenbauten wecken [sollen]“.²⁹⁹

²⁹⁵ Büchner (2007): S. 133 und Hüller/Loui (1981): S. 282-286.

²⁹⁶ Vgl. hierzu Kiel (2007): S. 237.

²⁹⁷ Vgl. Hartung (2007): S. 264ff.

²⁹⁸ Hartung (2007): S. 266.

²⁹⁹ Hugk (1981): S. 8. Anderer Auffassung war sein Fachkollege Kurt Lembcke, der die Anpassung der Plattenbauten an ihre Umgebung indes als „wohltuend“ empfand. Lembcke, Kurt: Standpunkte und Auffassungen zum innerstädtischen Wohnungsbau, in: Architektur der DDR 5/1982, S. 288.

Die Klärung der Frage, ob sich die hier vorgestellte Erneuerung von Bernau und Greifswald auch für andere Städte als geeignet herausstellte, ist aus städtebaulichdenkmalpflegerischer Sicht eindeutig zu beantworten. Die Methode, ein starres und unflexibles industriell gefertigtes Baukastensystem zur Erneuerung historischer Altstadtkerne anzuwenden, wird ihrer Aufgabe grundsätzlich nicht gerecht. So erfuhren die hier vorgestellten sanierten Bereiche eine unwiederbringliche Veränderung des Stadtbilds und den Verlust von Urbanität.

Andererseits gab es durch die einseitige Ausrichtung des Bauwesens auf das industrielle Bauen kaum ernsthafte Alternativen für die zu bewältigende Erneuerung vor allem der Klein- und Mittelstädte der DDR. Auf die an sich erforderliche Umsetzung behutsamer Stadterneuerungskonzepte war die Bauakademie weder hinsichtlich der Bauforschung noch mit ihrer personellen Ausstattung traditionell ausgebildeter Handwerker eingestellt.

Letztlich gab es verschiedene Gründe dafür, dass die Modellsanierungen von Bernau und Greifswald im dort durchgeführten Umfang nicht generell auf andere Städte übertragen wurden. Zum einen erwiesen sich die Modellsanierungen als zu teuer.³⁰⁰ Zum anderen war die Stadtentwicklungsplanung in vielen Städten zu unausgereift und unkonkret, als dass derart umfangreiche Projekte hätten durchgeführt werden können.

Insbesondere die Greifswalder Altstadtsanierung mit ihrer umfassenden Resonanz in der Fachliteratur hatte dennoch Einfluss auf die Haltung zur Stadterneuerung. Die bislang vor allem theoretisch vertretene Auffassung, dass sich Baumaßnahmen im historischen Stadtkern an der überlieferten Struktur zu orientieren hatten, war in Greifswald exemplarisch in die Realität umgesetzt worden. Spätestens seit diesem Zeitpunkt war diese Ansicht die Grundlage jeder Stadterneuerungsplanung.

³⁰⁰ So war das staatlich festgelegte Aufwandsnormativ für die Erneuerung Greifswalds von Anfang unerheblich. Vgl. Kiel (2007): S. 228.

3. Städtebauliche Denkmalpflege zwischen 1970 und 1990

Nachdem in den bisherigen Ausführungen die Entwicklung der Stadterneuerung untersucht und dargelegt wurde, wendet sich die Darstellung nun der städtebaulichen Denkmalpflege zu. Im Folgenden werden Aufbau, Organisation, gesetzliche Rahmenbedingungen sowie die Methodik und Praxis der städtebaulichen Denkmalpflege thematisiert. Außerdem soll in diesem Kapitel die zentrale These der vorliegenden Dissertation, dass städtebauliche Denkmalpflege in der DDR nicht oder kaum entsprechend ihrer theoretischen Grundlagen praktiziert werden konnte, untermauert werden. So waren der Schutz und die Pflege von Flächendenkmalen zwar gesetzlich vorgeschrieben und wurden durch das Institut für Denkmalpflege auch methodisch umfassend bearbeitet, letztlich konnten sie aber nicht analog dazu durchgesetzt werden. Die Hintergründe für diese Entwicklung sollen analysiert und dargelegt werden, so dass die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis der Denkmalpflege deutlich wird.

3.1. Zu Struktur und gesetzlichen Regelungen der Denkmalpflege

Die Denkmalpflege war dem Ministerium für Kultur unterstellt und seit 1953 in einem Zentralinstitut in Berlin sowie nachgeordneten, aber selbständig agierenden Arbeitsstellen organisiert.³⁰¹ Als wissenschaftliche Institution mit Beratungsaufgaben besaß das Institut für Denkmalpflege keinerlei hoheitliche Rechte und war ebenso wenig Bestandteil der staatlichen Verwaltungsstruktur. Die Fachmeinung des Instituts wurde lediglich als Meinung des Ministers für Kultur aufgefasst und

³⁰¹ Hütter, Elisabeth/Magirus, Heinrich: Zum Verständnis der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1/1991, S. 402. Die Standorte dieser Arbeitsstellen waren auf der Struktur der ehemaligen Länder basierend Schwerin, Halle, Erfurt und Dresden. Außerdem Brandt, Sigrid: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, Berlin 2003, S. 27.

wahrgenommen.³⁰² An dieser ausschließlich beratenden Funktion und der damit verbundenen Machtlosigkeit der Denkmalpflege wurde bis 1990 nichts geändert.³⁰³

3.1.1. Das Denkmalpflegegesetz vom 19.06.1975

Im Jahr 1975 wurde das „Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik“³⁰⁴ verabschiedet, welches die seit dem Jahr 1961 gültige Vorgängerbestimmung³⁰⁵ ablöste. Dieser Gesetzeserlass im europäischen Jahr des Denkmalschutzes, das den Höhepunkt der internationalen Rückbesinnung auf das kulturhistorische Erbe der vergangenen Jahrhunderte markierte, trug nicht unwesentlich dazu bei, die Wahrnehmung der denkmalpflegerischen Aktivitäten in der DDR positiv zu beeinflussen.³⁰⁶

Das erklärte Ziel der Denkmalpflege bestand laut § 1 Abs. 1 des Gesetzes in der Erhaltung und Erschließung der Denkmale, damit diese der „Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins“³⁰⁷ sowie der Bildung und ethischen Erziehung dienen konnten. Im darauf folgenden Absatz wurden die Denkmale in den Dienst der „Verwirklichung der Ideen des sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus“ gestellt.³⁰⁸ Mit diesen Formulierungen wurde ein Weg gefunden, die bisher häufig als Überbleibsel des Feudalismus, Kapitalismus oder gar der Religion verschmähten Denkmale³⁰⁹ in die sozialistische Ideologie einzupassen.³¹⁰

³⁰² Vgl. Goralczyk, Peter: Städtebaulicher Denkmalschutz in den 40 Jahren der Existenz der DDR, in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau u. Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 303 und Goralczyk, Peter: Rückblick auf Organisation und Recht der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, 1/1991, S. 14.

³⁰³ Hütter/Magirus (1991): S. 402.

³⁰⁴ Gbl. I, Nr. 26, S. 458.

³⁰⁵ Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale, Gbl. II, Nr. 72, S. 475.

³⁰⁶ Das Gesetz und seine Anwendung waren 1975 sehr häufig Gegenstand von Publikationen des Instituts für Denkmalpflege, z.B. in der Zeitschrift „Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik“.

³⁰⁷ § 1 Abs. 1.

³⁰⁸ § 1 Abs. 2.

³⁰⁹ Siehe z.B. Magirus, Heinrich: Zur Geschichte der Denkmalpflege in der früheren DDR, in: Denkmalschutz und Denkmalpflege, 10 Jahre Denkmalschutzgesetz NRW, Köln/Bonn 1991, S. 286f. und Doehler (1961): S. 2.

Im Zusammenhang mit dem Gesetz wurde häufig auf die Notwendigkeit einer „möglichst intensiven gesellschaftlichen Nutzung“ hingewiesen, in: Deiters, Ludwig: Zum neuen Denkmalpflegegesetz, in: Denkmalpflege in der DDR 2/1975, S. 1. Damit sollte trotz der neuen Auffassung zu den häufig anderen Gesellschaftsformen entstammenden Gebäuden (wie Schlösser, Herrenhäuser oder Kirchen) die Eingliederung derselben in die sozialistische Gesellschaft ermöglicht werden. In den 1980er Jahren wurden DDR-weit einige Kirchen zu Konzertsälen umgestaltet, da sie für religiöse Zwecke nicht mehr benötigt wurden. Vgl. Kulturakademie des Bezirkes Dresden in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der

Die größte Neuerung in diesem Gesetz bestand in der Hierarchisierung aller Denkmale in drei Ebenen. Von nun an wurden sie entsprechend ihrer Bedeutung in verschiedenen Listen verzeichnet. Die Denkmale von nationalem und internationalem Rang gehörten zur zentralen Denkmalliste. Weiterhin existierten für jeden Bezirk und Kreis Listen mit den überregional beziehungsweise regional bedeutenden Denkmalen. Der Minister für Kultur war für die Aufstellung der zentralen Liste sowie für Schutz und Pflege der auf ihr verzeichneten Denkmale verantwortlich. Bei den Bezirks- beziehungsweise Kreisdenkmallisten fiel dieser Aufgabenbereich analog dazu in die Verantwortung der Räte der Bezirke beziehungsweise Kreise. Die Aufnahme von Denkmalen in die Bezirksdenkmalliste musste durch den Minister für Kultur bestätigt werden. Bei der Kreisdenkmalliste war hierfür die Zustimmung des Rates des Bezirkes einzuholen. Sollte die Denkmalerklärung für ein Denkmal von einer der drei Listen aufgehoben werden, so konnte dies ausschließlich durch den Minister für Kultur geschehen.³¹¹

Das Gesetz legte zudem fest, dass der Ministerrat der DDR die grundlegenden kulturpolitischen und ökonomischen Maßnahmen der Denkmalpflege formal zu beschließen hatte.³¹² Für die Umsetzung dieser Grundlagen war der Minister für Kultur verantwortlich. Unter Rückgriff auf den Sachverstand des ihm direkt unterstellten Instituts für Denkmalpflege entwickelte er die Methodik der Denkmalpflege und sollte ihre Anwendung sichern.³¹³

Die weiteren Bestimmungen des Denkmalpflegegesetzes regelten Allgemeines (§§ 2-6), Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Eigentümer oder Rechtsträger (§§ 11-13), Beschwerdeverfahren sowie Ordnungsstrafen (§§ 14 und 15). Da diese Regelungen für das in dieser Arbeit vorgestellte Forschungsfeld unbedeutend sind, wird hier nicht weiter auf sie eingegangen.³¹⁴

Ein Jahr nach Inkrafttreten des Denkmalpflegegesetzes wurde 1976 eine Durchführungsbestimmung zum Denkmalpflegegesetz erlassen.³¹⁵ Diese regelte verschiedene Belange der denkmalpflegerischen Praxis. Besonders betont wurde die

Deutschen Demokratischen Republik/Bezirksvorstand Dresden (Hrsg.): Denkmalpflege – Staatliche Aufgabe und gesellschaftliches Anliegen in der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden 1985, S. 29.

³¹¹ Vgl. §§ 7, 8 und 9.

³¹² Vgl. § 6.

³¹³ Vgl. § 7 und Deiters, Ludwig: Zur Arbeit mit dem neuen Denkmalpflege-Gesetz vom 19. Juni 1975 und den Nachfolgeregelungen, in: Denkmalpflege in der DDR 4/1977, S. 6.

³¹⁴ Das Gesetz findet sich im Originaltext im Anhang, siehe S. 252.

³¹⁵ GBl. I S. 489, in: Deutsche Denkmalschutzgesetze, Bonn 1982.

Rolle des Instituts für Denkmalpflege und seiner fachwissenschaftlichen Anleitung in Bezug auf Maßnahmen, die den Charakter des Denkmals verändern.³¹⁶ § 7 verpflichtete die Räte der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden zu jährliche Berichten über ihre Arbeit als Kontrollinstanz der denkmalpflegerischen Praxis auf ihrem Territorium, die dem jeweils übergeordneten Rat vorzulegen waren. Des Weiteren wurde in § 8 bestimmt, dass jegliche Arbeiten an einem Denkmal der Zustimmung der Abteilung Kultur beim Rat des Kreises bedurften. Hierzu war eine vom Institut für Denkmalpflege bestätigte denkmalpflegerische Zielstellung vorzulegen. Die Möglichkeit finanzieller Beihilfen regelte § 11.

Die zweite Durchführungsbestimmung³¹⁷ vom 14. Juli 1978 hatte auf die an sich schon länger bestehenden Tätigkeitsfelder³¹⁸ der städtebaulichen Denkmalpflege initialisierenden Einfluss. Ihr wesentlichster Regelungsgegenstand bestand in der Möglichkeit, Denkmale mit Gebietscharakter zu Denkmalschutzgebieten zu erklären.³¹⁹ Damit wurde zumindest ein theoretischer Rahmen für die Erhaltung denkmalgeschützter Bereiche und Altstädte geschaffen.³²⁰ Für die Denkmalschutzgebiete waren laut der Durchführungsbestimmung Analysen einschließlich Kartierungen und Abbildungen zu erarbeiten. Vor der geplanten Umgestaltung von Denkmalgebieten mussten in Abstimmung mit dem Institut denkmalpflegerische Zielstellungen erstellt und diese in Planung und Realisierung einbezogen werden.³²¹ Sie beinhalteten neben einer detaillierten Beschreibung und den geschichtlichen Daten des Denkmalgebietes Forderungen an die städtebauliche Umgestaltung aus denkmalpflegerischer Sicht.³²² In § 5 der zweiten Durchführungsbestimmung wurde festgelegt, dass die örtlichen Räte bei jeglichen Bau- oder Abbrucharbeiten im Denkmalgebiet die Zustimmung des gemäß der Listenzugehörigkeit des Denkmals zuständigen Staatsorgans benötigten. Außerdem

³¹⁶ Vgl. §§ 1 und 2.

³¹⁷ Vgl. GBl. I, in: Deutsche Denkmalschutzgesetze, Bonn 1982, S. 285.

³¹⁸ Die städtebauliche Anlage historischer Stadtkerne war von der Denkmalpflege auch bislang bereits als schützenswert erkannt worden. Schauer (2007): S. 24.

In der „Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale“ von 1961 wurde der städtebauliche Denkmalschutz erstmals in Ansätzen verankert und in der 1962 erschienenen Denkmalliste sechs Stadtkerne unter Schutz gestellt. Siehe: Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale, Gbl. II, Nr. 72, S. 475.

³²⁰ Dazu zählten Stätten historischer Ereignisse, historische Stadt- und Ortskerne, Gärten, Parkanlagen sowie Einzeldenkmale oder Ensembles mit ihrer Umgebung. Vgl. § 1.

³²¹ Vgl. § 2 Abs. 1 und 2.

³²² Vgl. § 2 Abs. 3.

hatten die Räte die Pflicht, vor Abbruchbeginn Vorkehrungen für die Bergung und Wiederverwendung oder Lagerung erhaltenswerter Denkmalteile zu treffen.³²³

Die dritte Durchführungsbestimmung zum Denkmalpflegegesetz vom 20. Februar 1980³²⁴ widmete sich der Kenntlichmachung von Denkmälen mit dem üblichen Zeichen.

3.1.2. Zu Struktur und Grundlagen der denkmalpflegerischen Arbeitsweise

Ab 1976 wurde auf Initiative des Kulturministeriums für jede Arbeitsstelle des Instituts für Denkmalpflege ein ihm unterstellter Volkseigener Betrieb³²⁵ Denkmalpflege aufgebaut. Diese Betriebe wurden mit Handwerkern, Architekten und Kunsthistorikern besetzt und sollten praktische denkmalpflegerische Bauaufgaben wie Baurestaurierung, die Restaurierung von Kunstgut sowie die Spezialprojektierung vor Ort übernehmen.³²⁶ Obwohl diese Betriebe im Vergleich zu den Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege eine verhältnismäßig gute personelle Ausstattung erhielten³²⁷, waren sie den anfallenden denkmalpflegerischen Aufgaben in ihrem Bezirk nicht gewachsen. Die Gründung der VEB Denkmalpflege wurde von den Mitarbeitern des Instituts für Denkmalpflege nicht nur positiv gesehen: Zum einen entstanden hohe Kosten durch die nach Ansicht der Denkmalpfleger zu kopflastige Leitung beim Ministerium für Kultur. Zum anderen befürchteten sie, die VEB Denkmalpflege könnten dem Institut für Denkmalpflege Kompetenzen streitig machen.³²⁸

Im Jahr 1977 wurden zwei weitere Institutionen ins Leben gerufen, die sich schwerpunktmäßig mit der Denkmalpflege befassen sollten. Einerseits wurde beim Kultusministerium der Rat für Denkmalpflege und andererseits die Gesellschaft für Denkmalpflege beim Kulturbund der DDR gegründet. Beide Einrichtungen hatten

³²³ Vgl. § 5 Abs. 2 und 3.

³²⁴ GBl. I S. 86, in: Deutsche Denkmalschutzgesetze, Bonn 1982.

³²⁵ Abkürzung: VEB

³²⁶ Berger, Hans: Tendenzen der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, 1/1991, S. 7, Schauer (2007): S. 24 sowie Pöschk, Klaus: Aufgabenstellung und Funktionen der Spezialkapazitäten für die Denkmalpflege in der DDR, in: Denkmale und kulturelle Identität 1984, S. 160ff. Die beim Ministerium für Kultur ansässige Führung der VEB Denkmalpflege leitete, plante und erweiterte die in Halle, Berlin, Dresden, Erfurt und Schwerin angesiedelten Spezialeinheiten sowie ihre Einsätze. Außerdem war sie für die berufsspezifische Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter (u.a. durch die Veranstaltung von Spezialistenlehrgängen) zuständig.

³²⁷ Ebenda, S. 24.

³²⁸ Vgl. Schoder (1991): S. 296.

sich zum Ziel gesetzt, die Denkmalpflege sowie ihren kulturellen und historischen Wert für die Gegenwart im Bewusstsein der Gesellschaft zu verankern. Sie befassten sich mit Grundlagen, Methoden, Aufgaben, Zielen sowie Bedingungen der Denkmalpflege.³²⁹ Dabei verstand sich die Gesellschaft für Denkmalpflege als zentrale Leitstelle für Bürgerbeteiligung an denkmalpflegerischen Aufgaben. Sie rief zu praktischen Bauarbeiten an Denkmälern auf und vermittelte die entsprechende Hilfestellung.³³⁰

Im Jahr 1979 wurde die längst überfällige zentrale Denkmalliste der DDR veröffentlicht.³³¹ Sie umfasste 399 Positionen in sechs Kategorien.³³² Unter „IV – *Denkmale des Städtebaus und der Architektur*“ waren alle Stadtkerne und geschützten Bereiche der DDR aufgeführt, deren denkmalpflegerischer und kultureller Wert als international bedeutend eingeschätzt wurde.³³³

Im Jahr 1983 initiierte der Minister für Kultur eine „*Verfügung über die städtebauliche Einordnung von Baumaßnahmen, die den Bestand und die Wirkung von Denkmälern beeinflussen*“.³³⁴ In dieser wurden Maßnahmen zur Durchsetzung der zweiten Durchführungsbestimmung festgelegt. Bei Veränderungen der Umgebung von Denkmälern mussten fortan die Auswirkungen auf das Denkmal geprüft, eine städtebaulich-denkmalpflegerische Zielstellung durch das Institut für Denkmalpflege

³²⁹ Vgl. Rackwitz, Werner: Zur Gründung des Rates für Denkmalpflege beim Ministerium für Kultur, in: Denkmalpflege in der DDR 5/1977, S. 5-15 passim.

Vgl. Die Arbeit der Gesellschaft für Denkmalpflege – ein Beitrag des Kulturbundes der DDR zur sozialistischen Entwicklung von Städtebau und Architektur, in: Architektur der DDR 10/1982, S. IX.

³³¹ Gbl. Sonderdruck Nr. 1017: Bekanntmachung der zentralen Denkmalliste vom 25. September 1979.

³³² I: Denkmale zu Ereignissen oder Persönlichkeiten der Politik, Kunst und Wissenschaften,
II: Denkmale zur Kultur und Lebensweise der werktätigen Klassen und Schichten des Volkes,
III: Denkmale der Produktions- und Verkehrsgeschichte,
IV: Denkmale des Städtebaus und der Architektur,
V: Denkmale der Landschafts- und Gartengestaltung,
VI: Denkmale der bildenden und angewandten Kunst.

³³³ Gbl. Sonderdruck 1017, S. 9-12. Alle Städte sind im Anhang aufgeführt, siehe S. 247.

Mit Veröffentlichung der zentralen Denkmalliste beilegte sich auch die Bauakademie der DDR, den Wert der Altstädte offiziell anzuerkennen. Da die Altstadt nun auch als komplexes Geschichtsdenkmal begriffen wurde, erklärte man zugleich die Pflege dieser einmaligen städtischen Ensembles für besonders wichtig. Nach den Vorstellungen der Bauakademie sollten von nun an der Erhalt von Denkmalensembles, Einzeldenkmälern, schützenswerten Bauteilen, geschützten Baufluchtlinien, Straßenzügen, Sichtbeziehungen, Stadtsilhouetten, Stadtbefestigungsanlagen und topographische Gegebenheiten in die Stadterneuerung eingeschlossen werden. Auch außerhalb der Schutzzonen sollte in einem bestimmten Radius eine Zone mit Geschosshöhenbegrenzung für Neubauten existieren. Die Dachlandschaft sowie die Stadtsilhouette sollten als das Stadtbild stark prägende Elemente beibehalten werden. Vgl. hierzu Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau (Hrsg.): Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte, Berlin 1979, S. 438ff.

³³⁴ Nr. 7 betr. Verfügung über die städtebauliche Einordnung von Baumaßnahmen, die den Bestand und die Wirkung von Denkmälern beeinflussen, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kultur Nr. 2/1983, Berlin 17. Juni 1983, S. 9f.

erstellt sowie eine Genehmigung des Rates des Kreises eingeholt werden. Abrisse bedurften seitdem der Genehmigung durch den Minister für Kultur.³³⁵

Die dargestellten gesetzlichen Rahmenbedingungen und der organisatorische Aufbau der Denkmalpflege stellten für sich genommen gute Ausgangsbedingungen für eine funktionierende Denkmalpflege dar. Die fehlende Eingliederung in das Bauwesen und die Ausrichtung des Bauwesens auf den industriellen Wohnungsbau ließen jedoch kaum Einfluss der Denkmalpflege auf die städtebauliche Praxis zu.³³⁶

3.2. Zur Methodik der städtebaulichen Denkmalpflege

Das Denkmalpflegegesetz (§ 7) übertrug die Verantwortung für die Entwicklung der denkmalpflegerischen Methodik dem Institut für Denkmalpflege, welches dieser Aufgabe gewissenhaft nachkam.

Jegliche methodische Arbeit der städtebaulichen Denkmalpflege basierte auf der nunmehr gesetzlich garantierten Möglichkeit, städtische Ensembles zu Denkmalschutzgebieten zu erklären. Die wichtigste Arbeitsgrundlage stellten umfangreiche Analysen und Untersuchungen dar. Auf diese Weise wurde der gesamte Denkmalbestand gesichtet, erfasst und anschließend in den bereits erwähnten Listen dokumentiert. Für die Denkmalschutzgebiete wurden Karten erstellt, auf denen im Maßstab 1:1.000 neben dem Gesamtbestand und den Einzeldenkmalen die verschiedenen Schutzbereiche³³⁷ sowie der Umgebungsschutz verzeichnet waren.³³⁸

Weiterhin hatte das Institut für Denkmalpflege die Erarbeitung von sogenannten städtebaulich-denkmalpflegerischen Zielstellungen (sdZ) vorgeschrieben. Diese sollten die städtebaulichen Planungen der Büros für Städtebau aus denkmalpflegerischer Sicht fundiert ergänzen, bewerten sowie ihren Denkmalwert

³³⁵ Vgl. auch Schauer (2007): S. 28.

³³⁶ Dabei wurde in einer Dissertation aus dem Jahr 1988 richtig erkannt, dass die sachliche Verflechtung der Aufgaben von Denkmalpflege und Städtebau aus der gemeinsamen Zielstellung entstünde. In der Folge solle die städtebauliche Denkmalpflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe innerhalb des sozialistischen Städtebaus fest etabliert werden. Siehe Prögel, Wilhelm: Die rechtliche Regelung der Denkmalpflege in ihrer Wirkung auf den sozialistischen Städtebau, Diss A, Leipzig 1988, S. 25ff. Diese Forderung – so korrekt ihr Inhalt auch sein mag – ging an der städtebaulichen Realität der DDR jedoch völlig vorbei. Denkmalpflegerische Belange und Fragestellungen tauchten in städtebaulichen Planungen höchstens am Rand auf.

³³⁷ Dabei wurde nach Bereichen mit unterschiedlichem Denkmalwert unterschieden.

³³⁸ Vgl. Henze, Martin: Denkmale des Städtebaus, in: Ministerium für Kultur/Autorenkollektiv des Instituts für Denkmalpflege (Hrsg.): Denkmalpflege im Städtebau und in der Landschafts- und Gartengestaltung. Materialien zur Denkmalpflege, Heft IV, Berlin 1979, S. 27ff. und Spielmann, Helmut: Erfassung, Klassifizierung und Denkmalerklärung, in: Wissenschaftliche Grundlagen der Denkmalpflege. Materialien zur Denkmalpflege, Heft III, Berlin 1981, S. 65ff.

fest- und darlegen.³³⁹ Die städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung enthielt neben Informationen zur Stadtgeschichte und -entwicklung eine entsprechende Denkmalkarte. In vollständig unter Schutz stehenden Denkmalschutzgebieten sahen die städtebaulich-denkmalflegerischen Zielstellungen nur geringfügige Veränderungen an der vorhandenen Struktur vor, während für die angrenzenden Flächen Auflagen in Form von Geschosszahlbegrenzungen, Erhalt des Stadtgrundrisses oder Straßenverlaufs vorgeschlagen wurden. Ferner analysierte und wertete die städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung das Stadtbild anhand des Grundrisses, des Gebäudebestands und – sofern von Belang – der Lagebeziehung zur umgebenden Landschaft. Als Schlussfolgerung aus diesen zusammengetragenen Daten und Fakten erfolgte die Formulierung der eigentlichen denkmalflegerischen Zielstellung. Diese enthielt sämtliche Forderungen, die zum Erhalt des städtebaulichen Denkmals beitrugen. Außerdem erfolgte die Festlegung der Denkmalschutzbereiche und des Umgebungsschutzbereiches. Darüber hinaus konnte auf besonders hervortretende Einzeldenkmale oder Denkmalbereiche und ihren Umgebungsschutz hingewiesen werden. Auch die konkret formulierten Anforderungen an Ersatzneubauten zur Anpassung an ihre Umgebung waren definierter Bestandteil der sdZ. Eventuell bereits angefertigte Umgestaltungsplanungen wurden kommentiert und aus denkmalflegerischer Sicht bewertet. Außerdem enthielt jede Zielstellung eine Aufstellung sämtlicher nach den drei Denkmallisten gegliederter Denkmale der Stadt.³⁴⁰

Die städtebaulich-denkmalflegerischen Zielstellungen vereinten in ihrer bestehenden Form die Ergebnisse der Methoden der städtebaulichen Denkmalpflege.³⁴¹ Sie dürfen somit als wichtiges Instrument und zentrale theoretische Grundlage der Arbeit der Denkmalpfleger aufgefasst werden.³⁴²

³³⁹ Vgl. auch Schauer (2007): S. 29.

³⁴⁰ Vgl. SdZ der ASt. Halle, in: Archiv des LfDMPuArch, Akte 3961/I-III.

³⁴¹ Vgl. Henze, Martin: Zu Fragen der städtebaulichen Denkmalpflege II, in: Denkmalpflege in der DDR 4/1977, S. 37.

³⁴² *Hans-Hartmut Schauer*, ehemaliger Verantwortlicher für städtebauliche Denkmalpflege der Arbeitsstelle Halle resümiert aus heutiger Sicht, dass die Empfehlungen zur Erklärung von Denkmalen und Denkmalbereichen in den sdZ zu zurückhaltend gewesen wären. Er stellt diese Erkenntnis allerdings vor den realen baupolitischen Hintergrund in der DDR und vertritt die Auffassung, dass völlig unrealistische Forderungen seitens der Denkmalpflege dem Zweck der sdZ nicht dienlich gewesen wären. Vgl. Schauer (2007): S. 34.

3.3. Praxis der städtebaulichen Denkmalpflege und Reaktionen auf ihre Umsetzung

Trotz der ausgezeichneten gesetzlichen Grundlagen³⁴³ der Denkmalpflege und der zahlreichen vollmundigen offiziellen Äußerungen über ihre Bedeutung für die sozialistische Gesellschaft³⁴⁴ fand städtebauliche Denkmalpflege in der DDR hauptsächlich auf einer theoretischen Ebene statt. Die denkmalpflegerische Praxis stand somit in einem krassen Widerspruch zu der sie ausgestaltenden Gesetzgebung.³⁴⁵ Die Denkmalpflege konnte nur an einem Bruchteil der vorhandenen Denkmale erhaltende Maßnahmen veranlassen und stand dem Verfall und der Vernachlässigung des vorhandenen Bestands größtenteils hilflos gegenüber.³⁴⁶ Auf dem Gebiet der städtebaulichen Denkmalpflege war diese Entwicklung derart gravierend, dass dieser in Anbetracht ihrer tatsächlichen Möglichkeiten nach 1989

³⁴³ Heinrich Magirius bescheinigte der wissenschaftlichen und praktischen Herangehensweise an die Denkmalpflege internationales Niveau. Vgl. Magirius, Heinrich: Zum Schicksal der Bau- und Kunstdenkmäler in der DDR, in: Kunstchronik 6/1990, S. 237.

³⁴⁴ Dabei hat insbesondere der damalige Generalkonservator *Ludwig Deiters* die Pflege von Denkmalen immer wieder als gesellschaftliche Aufgabe höchsten Ranges dargestellt. Er betonte die besondere Rolle der Denkmalpflege für die Entwicklung des sozialistischen Geschichtsbilds. Als authentische Zeugen der Vergangenheit könnten Denkmale Geschichtsbewusstsein schaffen, welches sich wiederum auf den Umgang mit ihnen auswirke. Auch auf die ästhetische Bildung hätten Denkmale Einfluss. Mit der Anerkennung des Denkmalwertes respektiere man die Bauleistungen vergangener Zeiten, dozierte *Ludwig Deiters* 1984 auf einer Konferenz der Gesellschaft für Denkmalpflege anlässlich des 35. Jahrestages der DDR. Auch an der aktiven Mitgliedschaft im ICOMOS (International Council of Monuments and Sites) sei erkennbar, dass die DDR ein gesteigertes Interesse an der Denkmalpflege hätte. Vgl. hierzu z.B. Deiters, Ludwig: Denkmale und Geschichtsbewusstsein, in: Kulturbund der Deutschen Demokratischen Republik/Gesellschaft für Denkmalpflege (Hrsg.): Denkmale und Geschichtsbewusstsein. Referate der Konferenz der Gesellschaft für Denkmalpflege anlässlich des 35. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, Eisenhüttenstadt 14. und 15. Dezember 1984, S. 15ff. und Deiters, Ludwig: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden 1983, S. 3 und 6 sowie Deiters: Denkmale und Geschichtsbewusstsein (1984): S. 8f. und Deiters, Ludwig: Denkmalpflege in der sozialistischen Gesellschaft, in: Denkmalpflege in der DDR 1/1975, S. 14f. und 18. Außerdem: Stelzer, Helmut: Zur internationalen Arbeit der Denkmalpflege der DDR, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 4/1977, S. 55f. und Olschewski, Harri: Zur Kulturpolitik in der DDR und den Aufgaben der Denkmalpflege bei der gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes, in: Denkmale und kulturelle Identität (1984): S. 157. Die Darstellung der „gesamten Breite progressiver Traditionen“ wurde der Denkmalpflege als Ziel zugeordnet. Vgl. Rackwitz, Werner: Denkmalpflege als gesellschaftliche Aufgabe, in: Architektur der DDR 2/1980, S. 77.

³⁴⁵ Vgl. Hammer, Felix: Die Denkmalschutzgesetzgebung der DDR, in: Die geschichtliche Entwicklung des Denkmalrechts in Deutschland, Tübingen 1995, S. 351.

³⁴⁶ Schoder (1991): S. 295. Auf die Schwierigkeiten der Sanierung von Einzeldenkmalen hatte *Hans Berger* bereits 1973 hingewiesen. Gerade der Mangel an sanierungskundigen Facharbeitern führe häufig zu Abrissen von bedeutenden Gebäuden. Die adäquate Baulückenschließung sei aber fast genauso schwierig wie die Sanierung der Gebäude, da sie ebenfalls in traditioneller Bauweise ausgeführt werden müsse, in: Berger, Hans Rekonstruktion und Restaurierung von Baudenkmalern in Wohngebieten, Referat aus: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in: Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 111.

aus den Reihen der ehemaligen Denkmalpfleger gar „größte Versäumnisse“³⁴⁷ sowie institutionelles Versagen attestiert wurden.³⁴⁸

Seitens des Staates schien trotz der erwähnten öffentlichkeitswirksamen Bekenntnisse „kein größeres Interesse an Denkmalpflege“³⁴⁹ zu bestehen. Der letzte amtierende Generalkonservator *Peter Goralczyk* schilderte 1996, dass vom Institut für Denkmalpflege die Zustimmung zu dem Entschluss gefordert wurde, nur wenige historische Stadtkerne tatsächlich zu erhalten.³⁵⁰ Er fand deutliche Worte für die tatsächliche Einstellung des Staates zur Denkmalpflege: „Im Vordergrund der Planungen im Bauwesen stand der Neubau. An eine tatsächliche Berücksichtigung historisch wertvoller Bauten und Raumbildungen wurde kaum gedacht, auch nicht in den unumstrittenen Stadtkernen wie Quedlinburg, Görlitz, Stralsund usw.“³⁵¹

Die übliche Stadterneuerungspraxis – Flächenabriss und Neubebauung mit Neubauten bei Erhaltung einiger „Belegexemplare“³⁵² – wurde offiziell für vereinbar mit denkmalpflegerischen Grundsätzen erklärt. Solange der Erhalt des freilich nicht eindeutig zu definierenden historisch gewachsenen Charakters gewährleistet war, waren umfängliche Abbrüche auch in Denkmalschutzgebieten möglich.³⁵³

Generell sollten hauptsächlich die Bestände der zentralen Denkmalliste gepflegt werden.³⁵⁴ Daher versuchte das Institut für Denkmalpflege, so viele Denkmale wie möglich auf der zentralen oder wenigstens der Bezirksdenkmalliste unterzubringen.³⁵⁵ Diese Intention stieß jedoch häufig auf Widerstand, da sie der Verwirklichung ökonomisch effizienter städtebaulicher Konzepte im Weg stand.³⁵⁶

Auch entwickelte sich der Bestand der Denkmallisten nicht allein nach denkmalpflegerischen Analysen. Gab es nach der Auffassung des Rates einer Stadt

³⁴⁷ In: Schoder, Hans: Denkmalpflege in der früheren DDR 1949-1989, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1991, S. 296.

³⁴⁸ In: Schoder (1991): S. 296.

³⁴⁹ In: Schoder (1991): S. 291.

³⁵⁰ Vgl. Goralczyk (1996): S. 306.

³⁵¹ Goralczyk (1996): S. 306.

³⁵² In: Berger (1991): S. 7.

³⁵³ Deiters, Ludwig: Zur Arbeit der Denkmalpflege nach dem IX. Parteitag der SED, in: Denkmalpflege in der DDR 3/1975, S. 8 und Henze, Martin: Zu Fragen der städtebaulichen Denkmalpflege Teil I, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 4/1977, S. 24f.

³⁵⁴ Berger (1991): S. 7.

³⁵⁵ Goralczyk, Peter: Behindert Kategorisierung die Denkmalpflege? Erfahrungen aus der DDR, Vortrag auf dem Symposium „Nachdenken über Denkmalpflege (Teil 4). Veröffentlicht auf <http://www.kunsttexte.de>, S. 2.

³⁵⁶ Goralczyk (1996): S. 310.

oder eines Kreises zu viele Denkmale, wurde ihre Zahl häufig ohne die Zustimmung des Instituts für Denkmalpflege per Ratsbeschluss reduziert.³⁵⁷

Die Amts- und Mandatsträger in den staatlichen und parteilichen Gremien waren nicht selten der Meinung, dass denkmalpflegerische Aktivitäten keinen Nutzen brächten und zudem Kapazitäten beanspruchten. Trotz ihres zumeist engagierten und wohlwollenden Auftretens vor den Ratsgremien konnten sich die für die Denkmalpflege zuständigen Abteilungen Kultur mit ihren Forderungen hinsichtlich finanzieller Mittel nur selten durchsetzen.³⁵⁸ Ein Sanierungsprojekt war in den Augen der entscheidenden Gremien auch an einem Denkmal häufig vielmehr ein schöpferisch-gestaltender und weniger das Denkmal in seinem Bestand erhaltender Akt.³⁵⁹ Da das Institut für Denkmalpflege diese Auffassung erwartungsgemäß nicht teilte, war seine Mitarbeit etwa bei der Sanierung Fußgängerzonen oftmals nicht erwünscht.³⁶⁰

Dieser Grundeinstellung des Staates gegenüber der Denkmalpflege entsprechend war dem Institut für Denkmalpflege bei städtebaulichen Entscheidungen kein Mitbestimmungs- oder Vetorecht eingeräumt worden. So hatte es keinerlei Handhabe, um denkmalpflegerische Grundsätze durchsetzen zu können.³⁶¹ „[M]an entschied jeweils entsprechend seiner Einstellung sowohl für als auch gegen die Denkmalpflege und häufig gegen das Urteil des Instituts für Denkmalpflege.“³⁶², urteilte ein ehemaliger Mitarbeiter des Instituts für Denkmalpflege im Jahr 1991.

Stattdessen wurde die Umsetzung denkmalpflegerischer Konzepte immer nur dann zugelassen und gefördert, wenn eine „materiell oder politisch effektive Nutzung“³⁶³ des Ergebnisses in Aussicht stand. Dies war beispielsweise der Fall, wenn Jubiläen von Städten oder Ereignissen zur öffentlichkeitswirksamen Inszenierung auserwählt wurden.³⁶⁴ Die bei diesen Gelegenheiten entstehenden Prestigeobjekte, von Zeit zu

³⁵⁷ Vgl. Schoder (1991): S. 292.

³⁵⁸ Vgl. Schoder (1991): S. 293 und Mayer, Hans: Architektur und Städtebau in der DDR, in: Architekt 3/1980, S. 121-125.

³⁵⁹ Vgl. Schoder (1991): S. 295ff.

³⁶⁰ Vgl. Schoder (1991): S. 296f.

³⁶¹ Vgl. Schoder (1991): S. 292.

³⁶² In: Berichte der ehemaligen Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege der DDR, darin: Halle, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1991, S. 42.

³⁶³ In: Goralczyk (1991): S. 13.

³⁶⁴ Vgl. Berger (1991): S. 6. An und für sich hatte sich das Ministerium für Kultur gegen die Jubiläumsdenkmalpflege ausgesprochen. Wie so oft divergierten Theorie und Praxis auch hier. Vgl. Ministerium für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Kulturpolitische Schwerpunkte für die Jahre 1977/1978, Berlin 1976, S. 11.

Zeit in reich ausgestatteten Bildbänden³⁶⁵ abgedruckt, dienten dann ihrerseits der Verbreitung kultur- und denkmalfreundlicher Propaganda.³⁶⁶ Da diese wiederum jedoch die verfügbaren Sanierungskapazitäten über Gebühr beanspruchten, standen für eine flächendeckende Denkmalpflege noch weniger Mittel bereit.³⁶⁷

Ein weiterer Grund für die mangelnde Umsetzung denkmalpflegerischer Grundsätze lag in der stets knappen und kontinuierlich sinkenden Ausstattung mit Finanz- und Sachmitteln für Sanierung und Baureparatur.³⁶⁸ Mit der forcierten Fortführung des Wohnungsbauprogramms und der damit verbundenen Konzentration auf den Neubau wurden die staatlichen Mittel für die Denkmalpflege sukzessive reduziert, zuletzt im Jahr 1988 um 50%. Der Ministerrat ließ außerdem Kontrolleinsätze zur Prüfung der Effizienz denkmalpflegerischer Arbeiten durchführen.³⁶⁹ Überdies hatte die Regierung erwogen, das Denkmalpflegegesetz für ungültig erklären zu lassen.³⁷⁰

Diese denkmalfeindliche Politik zog sich durch alle staatlichen Ebenen. So wurden auch gesetzliche Bestimmungen und Vorschriften häufig missachtet oder bewusst entgegen der ratio legis ausgelegt. Vorgeschriebene Abrissgenehmigungen durch den Minister für Kultur wurden oftmals entweder nicht beantragt, im Fall ihrer Ablehnung ignoriert oder kamen durch Druck mittels ökonomischer Argumentation zustande. Bußgeldvorschriften wurden in den meisten Fällen ebenso wenig beachtet wie es die Möglichkeit einer Verwaltungsklage auf Einhaltung des Denkmalpflegegesetzes gab.³⁷¹ Bauzustandsanalysen waren häufig nicht objektiv, sondern korrigierten den Zustand vieler Gebäude nach unten, so dass Abrissreife bescheinigt werden konnte.³⁷² Die vorgeschriebene aufwändige Prozedur für den Abbruch eines Gebäudes konnte außerdem umgangen werden, indem die staatliche

³⁶⁵ Z.B. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Denkmale der Geschichte und Kultur. Ihre Erhaltung und Pflege in der DDR, Berlin 1976.

³⁶⁶ So war es der DDR gelungen, auf dem Gebiet der Denkmalpflege internationales Ansehen zu erlangen. Besucher aus dem Ausland waren auf auserwählten Vorzeigestrecken durch die Altstädte geführt und von den ruinösen Randbereichen ferngehalten worden, in: Topfstedt, Thomas: Baukultur zwischen Bestandssicherung und Stadterneuerung, In: Jahrbuch für Architektur 1991, Braunschweig 1991, S. 9.

Auch als Gastgeber der ICOMOS-Tagung 1984, die in Rostock und Dresden stattfand, verstanden es die zu Wort kommenden Mitglieder des ICOMOS-Nationalkomitees der DDR, Theorie und Praxis der Denkmalpflege in vorteilhaftem Licht darzustellen. Siehe Deiters (1984): S. 22ff und Olschewski (1984): S. 158.

³⁶⁷ Vgl. Hammer (1995): S. 367.

³⁶⁸ Diese waren in den Haushalten der Bezirke und Kreise enthalten, wogegen der Wohnungsneubau mit staatlichen Geldern realisiert wurde. Goralczyk (1996): S. 309f.

³⁶⁹ Goralczyk (1996): S. 310ff und Goralczyk (1991): S. 13.

³⁷⁰ Goralczyk (1996): S. 312 und Goralczyk (1991): S. 13f.

³⁷¹ Goralczyk (1996): S. 313 sowie Goralczyk (1991): S. 13f.

³⁷² Goralczyk, Peter: Stadterhaltung in der DDR. Stand April 1990, in: Bauwelt 19/1990, S. 943.

Bauaufsicht einen Sicherheitsabbruch anordnete.³⁷³ Die Denkmalpflege konnte dieser Praxis meist nur tatenlos zusehen. Protestierten die Denkmalpfleger zu stark gegen die Zerstörung von Denkmälern, gerieten sie schnell in den Ruf, das Wohnungsbauprogramm zu gefährden. Schon allein, um dies zu vermeiden, sahen sie sich häufiger, als es ihrer Auffassung entsprach, dazu genötigt, Abbrüchen zuzustimmen.³⁷⁴

Angesichts der sich immer weiter zuspitzenden Lage in den Altstädten verschafften sich jedoch zunehmend kritische Stimmen Gehör. Der Generalkonservator *Peter Goralczyk* mahnte 1988, dass für den Stadtumbau nicht allein ökonomische Kriterien entscheidend sein dürften.³⁷⁵ Die Behauptung, mit der gegenwärtigen Stadterneuerungspraxis sei es möglich, die Individualität der Städte zu bewahren, wurde durch die Architekten *Johanna Sellengk* und *Ulrich Hugk* (HAB Weimar) in Frage gestellt.³⁷⁶ Der ehemalige Hallenser Konservator *Hans Berger* schloss sich dieser Meinung an. Die Gestalt der historischen Städte sei durch die gegenwärtigen Planungen in Gefahr und könne sich nur dort bewahren, wo eine sozialistische Umgestaltung nicht angestrebt werde.³⁷⁷ Die durch Neubebauung entstehenden Veränderungen im Stadtbild brächten letztlich ein „*Zerrbild der bisherigen Erscheinung*“³⁷⁸ hervor. Die Körperhaftigkeit der alten Stadt mit ihren Straßen- und Platzräumen werde ersetzt durch die Flächenhaftigkeit der rekonstruierten Stadt, deren Straßen lediglich noch „*Verkehrsbänder*“³⁷⁹ zwischen den weit auseinander stehenden Wohnblöcken seien. In einer solchen Umgebung verkämen die nach der Umgestaltung isoliert stehenden Denkmale und Denkmalbereiche regelrecht zu Fremdkörpern.³⁸⁰ Anstelle dieses „*Totalitätsanspruch[s] des Neuen*“³⁸¹ forderte *Berger* ein neues, altstadtgerechteres Bausystem. An die realen Möglichkeiten des Bauwesens angelehnt sollte neben handwerklicher Rekonstruktion, Lückenschließungen in traditioneller und auch industrieller Bauweise die allerdings

³⁷³ Vgl. Maßnahmen zur Gewährleistung der Bausicherheit, GBl. I, Nr. 26, S. 313.

³⁷⁴ Vgl. Goralczyk (1996): S. 312.

³⁷⁵ Goralczyk, Peter: Denkmalpflege im innerstädtischen Bauen, in: Architektur der DDR 6/1988, S. 8.

³⁷⁶ Vgl. hierzu Hugk/Sellengk (1986): S. 209.

³⁷⁷ Vgl. hierzu Hugk/Sellengk (1986): S. 209.

³⁷⁸ Vgl. Berger, Hans: Gedanken zur Erhaltung der Alten Stadt, in: Denkmale in Sachsen-Anhalt, Weimar 1986, S. 103.

³⁷⁹ Ebenda.

³⁸⁰ Vgl. Berger (1986): S. 103.

³⁸¹ In: Berger (1986): S. 105.

seltenere vorgesehene Neubebauung größerer Komplexe mit flexiblen Elementen zum Einsatz kommen können.³⁸²

Die Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Denkmalpflege in Berlin vertraten indes nicht kompromisslos denkmalfreundliche Ansichten. Auf diese Weise zeigt sich die Ambivalenz jeglicher denkmalpflegerischer Aktivität, die sich in einem fortwährenden Spannungsfeld bewegte, einerseits die eigenen Grundsätze und Interessen zu vertreten und andererseits den Anforderungen des Staates gerecht zu werden. Der grundsätzliche Wert historischer Substanz wurde immer wieder als unermesslich eingestuft und im selben Atemzug die Wichtigkeit der städtebaulichen Denkmalpflege bei der Erneuerung der Städte betont. Oberstes städtebauliches Ziel in den wertvollen historischen Bereichen sei das *„Erkennen und Erhalten der Einmaligkeit [...]“*³⁸³ der gewachsenen Strukturen.

In einem unvertretbaren Gegensatz dazu stand nicht nur die städtebauliche Realität, auf die in diesem und im vorhergehenden Kapitel ausführlich eingegangen wurde, sondern vor allem die offiziell geäußerten Vorstellungen, mit denen das Institut für Denkmalpflege diesem Ziel gerecht werden zu können glaubte. So hieß es, dass die bedeutenden Denkmale des Städtebaus als Dokumente der Kultur und Geschichte zwar zu bewahren seien, aber eine Anpassung an die gegenwärtigen Bedingungen der Gesellschaft unumgänglich sei.³⁸⁴ Diese Forderung ist zunächst nachvollziehbar, da die Stadt als solche in jedem Fall ihrer Funktion nachkommen können muss. Auch die konkreteren Forderungen nach dem Schutz und der Sicherung von Baufluchtlinien, Sichtbeziehungen, topographischen Gegebenheiten und weiteren das Ortsbild prägenden Faktoren (u.a. Silhouette, Dachlandschaft, Stadtkomposition) und Gebäuden im städtebaulichen Denkmal erscheinen folgerichtig und nachvollziehbar.³⁸⁵ Doch schon die Möglichkeit, Einzelstandorte für Wohnungsneubau im unmittelbar geschützten Denkmalensemblebereich zuzulassen³⁸⁶, kann als akzeptierte Maßnahme im Denkmalbereich nicht überzeugen. Nur in den wertvollsten städtischen Bereichen innerhalb eines Denkmalschutzgebietes forderte das Institut für Denkmalpflege den *„weitgehenden Erhalt“*³⁸⁷ und anpassbare Lückenschließungen. Neubauten mussten sich entweder an

³⁸² Sinngemäß nach Berger (1986): S. 105.

³⁸³ In: Henze (1979): S. 5.

³⁸⁴ So Henze (1979): S. 9.

³⁸⁵ Ders.: S. 13 und 21.

³⁸⁶ Ders.: S. 17.

³⁸⁷ In: Henze (1979): S. 25.

den noch vorhandenen Bestand angleichen beziehungsweise ihn bei Ersatz wiederherstellen. In den verbleibenden Bereichen des Denkmalschutzgebietes und damit im größeren Teil des Stadtdenkmals tolerierte das Institut für Denkmalpflege einen „*relativ hohen Umgestaltungsgrad*“³⁸⁸, solange die Hauptlinien gewahrt blieben. Einzeldenkmale sollten einbezogen werden, aber die Einordnung von Neubauten in umfangreicheren Größenordnungen wurde als zulässig angesehen. Unter Neubau verstand man in diesem Bereich nun Gebäude, die sich ihrer Umgebung noch etwas anpassten.³⁸⁹

Mit diesen durch das Institut für Denkmalpflege formulierten Prämissen war definitiv keine denkmalgerechte Altstadterneuerung möglich. Allein diese Tatsache muss jedoch noch nicht verwundern, da auch die Leistungsfähigkeit des Bauwesens nicht ausgereicht hätte, um denkmalgerechteren Forderungen nachzukommen. Dessen ungeachtet stich aus heutiger Sicht die Doppelbödigkeit derartiger Publikationen hervor, auch wenn diese verherrlichende Selbstdarstellung im System der DDR keineswegs unüblich war.

³⁸⁸ In: Henze (1979): S. 25.

³⁸⁹ Ebenda.

4. Städtebauliche Denkmalpflege in den ehemaligen Bezirken Halle und Magdeburg 1970 bis 1989/90. Dargestellt anhand ausgewählter Stadtbeispiele.

4.1. Zur Geschichte Sachsen-Anhalts³⁹⁰

Das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt umfasst den Raum an der Mittelelbe, der unteren Saale und dem Harz. Diese Region zählt zu den ältesten deutschen Geschichts- und Kulturlandschaften. Denkmale sind in besonders konzentrierter Form vertreten. Nimmt man die Gründung des Bistums Halberstadt durch *Karl den Großen* im Jahr 804 als ersten Bezugspunkt, blickt Sachsen-Anhalt zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf eine 1200-jährige Geschichte zurück. Mit den Halberstädter Bistumsgrenzen wurde erstmals ein Territorium markiert, das in der weiteren geschichtlichen Entwicklung stets eine bedeutende Rolle spielen sollte.³⁹¹

Die herausragende Stellung des sachsen-anhaltischen Gebietes in der mittelalterlichen Geschichte ging auf die Wahl des Sachsenherzogs *Heinrich I.* zum deutschen König im Jahr 919 und der damit einhergehenden Verlagerung des politischen Reichsmittelpunkts nach Quedlinburg zurück. *Heinrich* und seine ottonischen Nachfolger entwickelten den Raum zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum des Reiches. *Heinrichs* Sohn *Otto I.* verlagerte das Machtzentrum nach Magdeburg, von wo aus er die konsequente Stabilisierung der königlichen Machtbasis fortsetzte. Im Jahr 986 gründete er das Erzbistum Magdeburg.

Mit der Verlagerung des Königssitzes nach Goslar begann für das heutige Sachsen-Anhalt im 11. Jahrhundert eine wechselvolle Geschichte, die vor allem von territorialen Streitigkeiten und Veränderungen sowie kriegesischen Auseinandersetzungen – hauptsächlich zwischen den späteren Kurfürstentümern Sachsen und Brandenburg – geprägt war.

³⁹⁰ Die Geschichte Sachsen-Anhalts kann und soll an dieser Stelle nicht erschöpfend behandelt werden. Ziel dieses Kapitels ist es vielmehr, in Kürze die wichtigsten Daten und Fakten der Geschichte des Landes zusammenzutragen und diese in einen Kontext zu stellen, der es ermöglicht, das für das Gesamtverständnis der Arbeit nötige Hintergrundwissen im Überblick darzustellen.

³⁹¹ Tullner (2001): S. 9ff.

Seit der Mitte des 12. Jahrhunderts begannen sich die Städte ihre Unabhängigkeit zu erkämpfen, wobei nicht wenige das Stadtrecht erlangten. Die Handelsstädte blühten auf. Vom Ende des 13. bis in das 15. Jahrhundert hinein gehörten unter anderem folgende Städte der Hanse an: Magdeburg, Halle, Halberstadt, Quedlinburg, Merseburg, Aschersleben, Naumburg, Stendal, Tangermünde, Salzwedel und Gardelegen. Die meisten der hier aufgeführten Städte genossen allerdings nicht während des gesamten genannten Zeitraums den Schutz der Städtehanse, die ihnen Rückhalt bei Auseinandersetzungen mit den Stadtherren bot.³⁹²

Bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges gehörte das Gebiet der Altmark zum Kurfürstentum Brandenburg. Merseburg, Naumburg/Zeitz und ab 1423 auch Wittenberg waren Bestandteil des kursächsischen Territoriums unter der Herrschaft der Wettiner³⁹³.

Die Ernestiner gründeten nach der Teilung der wettinischen Besitztümer in die albertinische und ernestinische Linie (Leipziger Teilung 1485) im Jahr 1502 in Wittenberg eine Universität. Von dem dort entstandenen theologischen und geistesgeschichtlichen Zentrum mit *Martin Luther* im Mittelpunkt ging im frühen 16. Jahrhundert die Reformation aus. Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurde für das heutige Sachsen-Anhalt folgende Machtkonstellation beschlossen: Neben den autonom bleibenden Kleinstaaten Anhalts³⁹⁴ wurde der Nordteil mit den Städten Magdeburg, Halle und Stendal Brandenburg und der Südteil Sachsen mit den Städten Wittenberg und Weißenfels zugesprochen.

Da die 1694 durch Kurfürst *Friedrich III.* von Brandenburg gegründete Universität in Halle bedeutende Gelehrte anzog, erhielt die deutsche Aufklärungsbewegung von hier wesentliche Impulse.

Im 18. Jahrhundert erschloss sich der mitteldeutschen Region mit der Salzgewinnung ein nicht unbedeutender Wirtschaftszweig.

³⁹² Tullner 2001, S. 40-45.

³⁹³ Im Jahr 1485 spalteten sich die Wettiner nach einer Streitigkeit in die albertinische und ernestinische Linie auf.

³⁹⁴ Die Kleinstaaten Anhalts (Anhalt-Bernburg, Anhalt-Dessau, Anhalt-Köthen und Anhalt-Zerbst) entwickelten sich relativ konstant, blieben aber aufgrund der starken Zergliederung über die Jahrhunderte weitgehend bedeutungslos. Die kulturelle Entwicklung des absolutistisch geführten Staates Anhalt-Dessau mit seinem wichtigsten Vertreter Leopold III. *Friedrich Franz von Anhalt-Dessau* setzte indes markante Punkte in der Landesgeschichte. Beispielsweise wurde unter seiner Regie das Wörlitzer Gartenreich angelegt. Im ausgehenden 18. Jahrhundert hatte Dessau sich zu einem mitteleuropäischen Zentrum klassizistischer Kultur entwickelt, welches zahlreiche bekannte zeitgenössische Persönlichkeiten anzog. Tullner (2001): S. 31-39 sowie S. 83-87.

Die Beschlüsse des Wiener Kongresses von 1815 ordneten Sachsen-Anhalt politisch und territorial neu. Das Königreich Sachsen musste zahlreiche Gebiete an Preußen abtreten, das diese Gebiete der neu gegründeten Provinz Sachsen zuschlug.³⁹⁵ Diese Territorialordnung blieb bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bestehen.³⁹⁶

Im Zweiten Weltkrieg erlitt Sachsen-Anhalt schwere Zerstörungen in den Städten Dessau, Halberstadt, Magdeburg, Merseburg und Zerbst. Industrieanlagen und die verkehrliche Infrastruktur wurden stark beschädigt.³⁹⁷ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die sowjetische Besatzungszone in Länder gegliedert, deren Namensgebung und Grenzen den heutigen entsprach. Im Jahr 1952 wurde das Land Sachsen-Anhalt nach einer zentralen Gebietsreform aufgelöst und in die Bezirke Magdeburg und Halle aufgeteilt. Der historisch begründete Chemiestandort im Bezirk Halle war für die DDR bis zu ihrem Ende von großer Bedeutung. Die Stadt und der Bezirk Magdeburg hingegen hatten bis 1990 keinen dementsprechenden Stellenwert und wurden vergleichsweise „stiefmütterlich“ behandelt.³⁹⁸

4.2. Zur städtebaulich-architektonischen Entwicklung der Bezirke Halle und Magdeburg

Der Großteil der Städte der ehemaligen Bezirke Halle und Magdeburg entstand im Mittelalter. Diese Stadtgründungen sind auf verschiedene Hintergründe zurückzuführen. Neben Städten, die sich an einem Bischofssitz entwickelten (wie Halberstadt und Magdeburg), wurden auch zahlreiche Siedlungen als Handelszentren an Flüssen gegründet (z.B. Bernburg und Stendal)³⁹⁹. In Städten wie Halle oder Bad Kösen war es die Möglichkeit des Salzabbaus, die zur Besiedlung führte.

Das Bild mehrerer Städte wird unmittelbar durch die umgebende Landschaft geprägt (Stadtanlage auf einem Hochufer, z.B. Naumburg, Magdeburg und Tangermünde oder in einer engen Tallage, z.B. Stolberg).

Der wirtschaftliche Aufschwung des 19. Jahrhunderts bewirkte einen starken Zusammenhalt der preußischen Provinz Sachsen. Tullner (2001): S. 92ff.

³⁹⁶ Ebenda, S. 132f.

³⁹⁷ Ebenda, S. 142.

³⁹⁸ Ebenda, S. 160f.

³⁹⁹ Vgl. auch Zaglmaier (1979): S. 393.

In vielen Gemeinden befinden sich Flächen- und herausragende Einzeldenkmale (insbesondere hochgotische Dombauten in Magdeburg, Halberstadt und Naumburg, sowie zahlreiche Schlösser und Burgen).⁴⁰⁰ Das ab dem Mittelalter aufstrebende Bürgertum demonstrierte seine wachsende Macht mit Stadtpfarrkirchen, prächtigen Rathäusern und Zunftgebäuden, repräsentativen Stadtbefestigungsanlagen sowie der Aufstellung eines Rolands in acht Städten. Der bürgerliche Reichtum ist darüber hinaus an den zahlreichen prächtigen Wohngebäuden (wie in Naumburg, Sangerhausen oder Osterwieck) ablesbar.

Das Bild vieler Städte und Gemeinden ist von der Fachwerkarchitektur geprägt. Qualität und Umfang dieses seit der Spätgotik entstandenen Baustils besitzen überregionale Bedeutung.⁴⁰¹ Insbesondere im Harzraum hat sich ein umfängliches Zentrum des Fachwerkbaus entwickelt.⁴⁰²

Von den insgesamt 22 denkmalgeschützten Altstadtkernen auf der zentralen Denkmalliste der DDR befanden sich sieben in den Bezirken Halle und Magdeburg.⁴⁰³

4.2.1. Zur Geschichte von Denkmalpflege und Städtebau in Sachsen-Anhalt

Die institutionalisierte Denkmalpflege etablierte sich im heutigen Sachsen-Anhalt bereits im frühen 19. Jahrhundert. Sie war wesentlich durch die Ansichten *Karl Friedrich Schinkels* (1781-1841) geprägt, nach dessen Auffassung Denkmale in ihrem originalgetreuen Zustand erhalten werden mussten. Im Jahr 1815 wurde die erste denkmalpflegerische Verfügung in der preußischen Provinz Sachsen erlassen. 1823 folgte eine weitere zum Denkmalschutz. In den Anfangsjahren der Denkmalpflege bestanden ihre Hauptanliegen in der Erforschung und Dokumentation sowie der rein konservierenden Pflege und Erhaltung. 1843 wurde die Stelle eines „Konservators der Kunstdenkmale“ geschaffen und ab 1891 existierten mehrere Provinzialkonservatoren. 1926 wurde eine Restaurierungswerkstatt eingerichtet. Der Leitsatz der Denkmalpflege lautete „*Konservieren statt Restaurieren*“.⁴⁰⁴ Diese

⁴⁰⁰ Vgl. Zuarbeit zur Architekturkonzeption für den Bezirk Halle, in: LfDMPuArch, Akte 3961/IV, S. 1 und Zaglmaier, Harald: Zur Grundlinie der städtebaulich-architektonischen Entwicklung im Bezirk Halle, in: Architektur der DDR 7/1979, S. 393.

⁴⁰¹ Vgl. hierzu Schauer (1986): S. 109f.

⁴⁰² Zaglmaier (1979): S. 393.

⁴⁰³ Vgl. Zentrale Denkmalliste, GBl. 1017, Bekanntmachung der Zentralen Liste vom 25. September 1979, S. 9f.

⁴⁰⁴ Vgl. Berger (1986): S. 12 und 19.

Maxime verlor nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der verheerenden Schäden und Verluste historischer Substanz an Bedeutung. Auch brachte das neue Gesellschaftsbild der DDR den Wunsch nach Umgestaltung hervor. Parallel zur Beseitigung der Kriegsschäden bis etwa 1960 wurden in den Bezirken Halle und Magdeburg aber immer wieder Maßnahmen für die Erhaltung von Einzeldenkmalen ergriffen. Ab 1959 existierte bereits ein Spezialbetrieb für denkmalpflegerische Bauaufgaben in Magdeburg.⁴⁰⁵

Da sich der Zustand der Städte generell jedoch stark verschlechtert hatte, wurden in den 1960er und 1970er Jahren fast ausschließlich – letztlich jedoch unrealisierte – Vorschläge für Flächenberäumung mit anschließender Neubebauung gemacht.⁴⁰⁶ Als eine Art Modellprojekt und Versuch, die sozialistische „Musterstadt“ zu erschaffen, wurde die Umgestaltung von Merseburg durchgeführt. Hier hatte bereits der Zweite Weltkrieg starke Wunden zurückgelassen. Die noch verbliebenen Altstadtbereiche wurden in den 1970er Jahren großteils flächig beräumt und neu gestaltet.⁴⁰⁷ Im Ergebnis zeigt sich Merseburg bis heute mit der gesichtslosen Plattenbauarchitektur in Bezug auf seine ehemalige historische Erscheinung stark verfremdet.

Die Arbeitsstelle Halle des Instituts für Denkmalpflege hatte für die Flächendenkmale in ihrem Zuständigkeitsbereich im Jahr 1976 grundlegende Prämissen der Denkmalpflege festgelegt. Generell wurde für den ab 1981 geplanten innerstädtischen Wohnungsbau eine höhere Qualität als bei den Stadtrandsiedlungen gefordert. Für Denkmalensembles der zentralen Liste wünschte das Institut für Denkmalpflege deutlich höhere Kapazitäten für die Gebäudeerhaltung, damit dort der Großteil der Häuser erhalten werden könne. Nötige Neubauten sollten sich ihrer Umgebung weitgehend anpassen. Die Stadtsilhouette und die Lage in der Landschaft sollten als stadtbildprägende Faktoren erhalten bleiben.⁴⁰⁸

Bei Flächendenkmalen der Bezirkslisten wurden derart „strenge“ Maßstäbe lediglich an die unmittelbar zentralen Bereiche (meist Markt und Zugangsstraßen) angelegt. In den restlichen Gebieten der denkmalgeschützten Fläche wurde hingegen eine Neubebauung nach Flächenabriss unter Beachtung der strukturellen Merkmale gebilligt.⁴⁰⁹

⁴⁰⁵ Vgl. Berger (1986): S. 38ff.

⁴⁰⁶ Vgl. Schauer (1986): S. 115.

⁴⁰⁷ Vgl. Rietdorf (1989): Stadterneuerung, S. 196ff und Architektur der DDR 12/1981.

⁴⁰⁸ Vgl. Zuarbeit zur Architekturkonzeption, S. 1f.

⁴⁰⁹ Ebenda, S. 2.

An Städte der Kreislisten stellte das Institut für Denkmalpflege noch geringere Anforderungen. Solange die für die Stadt charakteristischen Merkmale wie Straßen- und Platzräume, Proportionen, markante Bauwerke, Dominanten und Silhouette erhalten blieben, wäre Ersatzneubau auch im zentralen Bereich der Altstadt möglich gewesen. Lediglich die zu Denkmalen erklärten Gebäude mussten erhalten bleiben.⁴¹⁰ Als die ausbleibende Erneuerung der Altstädte im Verlauf der 1970er Jahre zu immer stärkerem Verfall führte, wurden in den Zentren der größeren Städte gegen den Willen der Denkmalpflege und ihren Bemühungen zum Trotz Flächenabrissplanungen verwirklicht. Dabei, so der ehemalige Leiter der Arbeitsstelle Halle, *Gotthard Voß*, seien die Flächenabrisse in Aschersleben, Halle, Merseburg, Zeitz sowie Quedlinburg nicht zuletzt gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführt worden.⁴¹¹

Zur Ablenkung von Verfall und Flächensanierung, heißt es weiter in der Konzeption des Instituts für Denkmalpflege, wurden in den Hauptgeschäftsstraße der Innenstädte Fußgängerzonen nach einheitlichen Standards gestaltet, die in ihrem vom Verfall gekennzeichneten Umfeld wie Potemkinsche Dörfer wirkten. Die Anlage dieser Fußgängerbereiche wurde von den Konservatoren des Instituts für Denkmalpflege nicht generell verurteilt, zeigte sie doch die Wertschätzung der alten Substanz. Andererseits befürchteten sie zu Recht die totale Vernachlässigung der Stadtkernrandbereiche, in die das Wohnen und der Verkehr nun verdrängt worden waren. Diese Altstadtgebiete wurden entweder mit „*unförmige[n], starre[n] Wohnblocks*“⁴¹² neu geordnet (wie in Halle, Halberstadt und Aschersleben) oder sie verfielen einfach weiter (wie unter anderem in Naumburg und Osterwieck).⁴¹³

Lediglich in den Städten Wernigerode, Tangermünde und Stolberg und einigen anderen Kleinstädten war es den Verantwortlichen gelungen, ein einigermaßen intaktes Stadtbild zu erhalten.⁴¹⁴ Dieser Erhaltungswille äußerte sich auch in einer besseren Zusammenarbeit der Bauämter mit dem Institut für Denkmalpflege als in anderen Städten.⁴¹⁵

⁴¹⁰ Zuarbeit zur Architekturkonzeption, S. 3. Auf den Hintergrund dieser aus heutiger Sicht unzureichend erscheinenden Forderungen wurde bereits an anderer Stelle eingegangen.

⁴¹¹ In: Berichte der ehemaligen Arbeitsstellen (1991): S. 42.

⁴¹² Ebenda.

⁴¹³ Schauer (1986): S. 117f.

⁴¹⁴ Berichte der ehemaligen Arbeitsstellen (1991): S. 42.

⁴¹⁵ Vgl. Schauer, Hans-Hartmut: Salzwedel – Zur Erhaltung und Entwicklung von Struktur und Bild einer Kreisstadt, in: Architektur der DDR 6/1983, S. 337.

In wenigen Städten wie Quedlinburg und Osterwieck, deren Altstädte auf der zentralen Liste vertreten waren, gelang es der Denkmalpflege, die Restaurierung von ausgewählten, besonders wertvollen Ensembles durchzusetzen und anzuleiten.⁴¹⁶

Die Arbeitsstelle Halle des Instituts für Denkmalpflege bezog in ihre in der Konzeption zusammengefassten Vorschläge und Zielstellungen auch die Entwicklung des Leerstands in den Städten ein. In den Jahren 1971-81 vervielfachte sich dieser in den Altstädten allerorten, wie die folgende Tabelle zeigt:

<u>Stadt</u>	<u>Leerstand 1971 in WE</u>	<u>Leerstand 1981 in WE</u>
Aschersleben	70	406
Eisleben	135	437
Halberstadt	161	898
Halle (Saale)	725	3.500
Naumburg	92	280
Quedlinburg	84	606
Wernigerode	61	280
Wittenberg	129	475

Tabelle 1. Leerstandsquoten ausgewählter Städte⁴¹⁷

Diese Zahlen stehen auch für die Einstellung der Verantwortlichen zur historischen Stadtanlage und ihrer Substanz.⁴¹⁸ Deutlich sticht die erschreckende Entwicklung der Stadt Halle (Saale) hervor. Wie in dem diese Stadt betreffenden Kapitel⁴¹⁹ noch differenzierter darzustellen sein wird, war die Bezirkshauptstadt als Standort ambitionierter groß angelegter Neubauprojekte ausersehen. Mit einer auf Leerzug ausgerichteten Wohnungspolitik ließ sich dieses Ziel schneller erreichen.⁴²⁰

Bemerkenswert ist außerdem die unterschiedliche Entwicklung von Städten mit ähnlichen Ausgangsdaten. Obwohl in Aschersleben 1971 weniger Leerstand als etwa

⁴¹⁶ Vgl. Berichte der ehemaligen Arbeitsstellen (1991): S. 40.

⁴¹⁷ Zusammengestellt nach Jebe et al. (1994): Tabelle 9, S. 20.

⁴¹⁸ Zu beobachten war laut Denkmalpfleger *Hans-Hartmut Schauer* auch eine generelle Negativeinschätzung der Fachwerksubstanz, die sich u.a. in der bewusst abwertenden Anfertigung von Falschgutachten äußerte. Bereits seit dem 18. Jahrhundert galten Fachwerkbauten als ärmlich und waren verpönt. Fassaden wurden häufig überstrichen. Gerade für den reichen Fachwerkbestand der Bezirke Halle und Magdeburg war diese Tendenz bedrohlich. Schauer, Hans-Hartmut: Über den Umgang mit Fachwerkhäusern, in: *Architektur der DDR* 9/1984, S. 553f. Aber auch Vertreter des Bauwesens sprachen sich aufgrund des Denkmalwertes für die Erhaltung der Fachwerkhäuser aus: vgl. z.B. Werner, Arnold: Instandsetzung von Fachwerkbauten, in: *Bauzeitung* 5/1976, S. 255f.

⁴¹⁹ Vgl. S. 94ff.

⁴²⁰ Vgl. Jebe et al. (1994) : S. 20.

in Naumburg herrschte, versechsfachte sich dort die Zahl leer stehender Wohnungen im Vergleich zum „nur“ dreifachen Anstieg in der Stadt Naumburg. Der Erhalt der Aschersleber Altstadt in ihrer historischen Gestalt⁴²¹ war nie ernsthaft erwogen worden. Die Entwicklung der Leerstandsquote kann daher nicht verwundern. Der Leerstand in der Stadt Quedlinburg stieg noch deutlich verheerender. Innerhalb von 10 Jahren versiebenfachte sich die Zahl leerstehender Gebäude, was sich wohl mit dem analog dazu rasch ansteigenden Verfall der Häuser erklären lässt.

Im Jahr 1988 schätzte die Arbeitsstelle Halle des Instituts für Denkmalpflege die Lage der Städte in den Bezirken Halle und Magdeburg als problematisch ein. Aufgrund der mangelnden Leistungsfähigkeit des Baureparaturhandwerks würden die vorgesehenen Planzahlen für die Erhaltung vorhandener Gebäude nicht erreicht, wohingegen der Gebäudeverfall jedoch progressiv ansteige. Dieser Prozess beschleunige sich immer mehr und führe in absehbarer Zeit zu massiven Substanzverlusten in den Altstädten, deren wahrscheinlichste Folge der Totalabriss wäre. Diese Tendenz zeige sich in allen Städten in gleichem Maße. Der Einstellung der lokal Verantwortlichen zur Erhaltung ihres historischen Gebäudebestandes wurde allerdings entscheidender Einfluss auf die weitere Stadtentwicklung zugesprochen. Wenn den örtlichen Räten und der ansässigen SED-Leitung am Erhalt des Stadtbildes gelegen sei, wie dies beispielsweise in Naumburg oder Wittenberg der Fall sei, könne man eine gewisse Verlangsamung des Verfalls beobachten. Wo indes der Wunsch nach einer grundlegenden Neugestaltung überwiege, wie etwa in Halle (Saale), habe sich der Ersatzneubau zu einem stadtbildprägenden Faktor entwickelt.⁴²²

4.3. Die Entwicklung ausgewählter Stadtbeispiele aus den ehemaligen Bezirken Halle und Magdeburg im Zeitraum 1970-1989/90

Die Auswahl der im Folgenden untersuchten Städte erfolgte nach ihrem Denkmalwert. So waren die Altstadtkerne von Naumburg, Osterwieck, Quedlinburg, Stolberg, Tangermünde und Wernigerode Positionen der zentralen Denkmalliste. Die

⁴²¹ Vgl. dazu die Ausführungen auf S. 230f.

⁴²² Vgl. Zur Situation ausgewählter Städte im Bezirk Halle, in: LfDMPuArch, Akte 3961/IV, S. 1f.

Altstädte von Aschersleben, Eisleben, Halberstadt, Halle und Wittenberg waren als Denkmalensemble auf den Bezirkslisten und in begrenzten Teilbereichen ebenfalls auf der zentralen Liste verzeichnet. Damit wurden die bedeutendsten Denkmalstädte der ehemaligen Bezirke Halle und Magdeburg zur Untersuchung bestimmt.

Für die Städte Aschersleben, Eisleben und Stolberg existieren für den Untersuchungszeitraum allerdings nur wenige Unterlagen. Zudem wurden in diesen Städten nur wenige städtebauliche Maßnahmen durchgeführt. Aus diesen Gründen wird die städtebauliche Entwicklung Ascherslebens und Eislebens in einem Kapitel zusammengefasst und die Entwicklung Stolbergs aufgrund seines hohen Denkmalwerts separat erörtert.

Der Darstellung der städtebaulichen Entwicklung wird jeweils ein stadtgeschichtlicher Überblick vorangestellt. Anschließend werden das städtebauliche Erscheinungsbild, der Denkmalwert sowie die städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung dargelegt. Im Anschluss daran erfolgt die Schilderung der städtebaulichen Entwicklung der jeweiligen Stadt von 1970 bis zum politischen Umbruch in der DDR.

4.3.1. Halle (Saale)

4.3.1.1. Geschichtlicher Überblick

Auf dem Gebiet der heutigen Stadt wurde erstmals im 9. Jahrhundert eine im Bereich des Domes vermutete Siedlung registriert. Im 10. und 11. Jahrhundert entstanden um den Alten Markt und den Bereich Klausstraße weitere Siedlungen, die auch heute noch im Stadtbild erkennbar sind. Die Ausmaße der heutigen Altstadt waren bereits in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts angelegt. Aus dieser Zeit ist neben einigen Kirchenbauten der Rote Turm auf dem Marktplatz erhalten. Unter Kardinal *Albrecht* (1490-1545) erhielt Halle neben der bischöflichen Residenz zahlreiche bedeutende Renaissancebauten und wurde somit zu einem bedeutenden Zentrum der frühen mitteldeutschen Renaissance. In diese Zeit fällt auch die Anlage des Domplatzes mit dem Dom. Mit dem ebenfalls aus dieser Zeit stammenden Umbau der Moritzburg, der Errichtung der Residenz, der Neumühle und der Wasserkunst wurde die sich

über der Saale erhebende Stadtansicht unter künstlerischen Gesichtspunkten gestaltet.⁴²³

Im Jahr 1694 gründete Kurfürst *Friedrich III. von Brandenburg* in Halle eine Universität, deren Gelehrte (u.a. *Christian Thomasius*) die Aufklärungsbewegung von hier aus wesentlich prägten. Auch *August Hermann Francke*, der mit den Franckeschen Stiftungen ein im Zeichen des Pietismus stehendes, mehrere Schulformen umfassendes Bildungssystem schuf, war für die geistig-kulturelle Entwicklung der Stadt Halle von besonderer Bedeutung.⁴²⁴

Am Ende des 19. Jahrhunderts wurden im Stadtkern einige Straßen verbreitert und begradigt, um das Zentrum den sich verändernden Bedürfnissen einer größeren Stadt anzupassen. Dabei wurden zahlreiche Gebäude abgerissen und durch mehrgeschossige, nunmehr großstädtisch anmutende Wohn- und Geschäftshäuser ersetzt. Im Zuge dieser recht umfangreichen Neugestaltung der halleschen Altstadt wurde im Jahr 1885 ebenfalls die 1868 geschlossene mittelalterliche Saline unterhalb des Marktplatzes abgebrochen. Anstelle des alten Salineviertels entstand hier der Hallmarkt.⁴²⁵ Die zeitgenössische Denkmalpflege hatte diese Abbrüche kritisch bewertet.⁴²⁶

Aber auch die im Folgenden noch zu beschreibenden baulichen Aktivitäten des 20. Jahrhunderts prägten das Bild des Stadtkerns wesentlich.⁴²⁷

4.3.1.2. Das städtebauliche Erscheinungsbild und der denkmalpflegerische Wert Halles

Der innerhalb der ehemaligen Wall- und Befestigungsanlagen liegende Altstadt kern war vor seiner Umgestaltung durch sein verzweigtes Straßennetz, sowie durch verschiedene städtebaulich herausragende Raumfolgen und Ensembles gekennzeichnet. Neben dem Marktplatz besaßen der Domplatz, der Verbindungsweg zwischen diesen beiden Plätzen, der Alte Markt sowie die Plätze Großer und Kleiner Berlin besonderen Denkmalwert. In der Großen Märkerstraße (ehemalige

⁴²³ Städtebaulich-denkmalpflegerische Zielstellung der Stadt Halle, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/I, S. 2f.

⁴²⁴ Zur Situation ausgewählter Städte im Bezirk Halle, in: LfDMPuArch, Akte 3961/IV, S. 77ff.

⁴²⁵ Piechocki, Werner/Gottlieb, Ingo: Halle. Fotografien von gestern und heute, Gudensberg-Gleichen 1995, S. 4f.

⁴²⁶ So Findeisen (1986): S. 207.

⁴²⁷ Ebenda, S. 3.

Professoren- und Gelehrtenstraße⁴²⁸) sowie dem Bereich zwischen Marktplatz und Saale befanden sich besonders viele hochrangige Denkmale. Das kleinteilige Straßengefüge im Kerninneren wurde durch den im späten 19. Jahrhundert bis in die Randbereiche des Stadtzentrums vorgenommenen Stadtumbau ergänzt.⁴²⁹



Abbildung 1. Luftaufnahme von 1939. Das Stadtgefüge war weitgehend ungestört. Die in der Bildmitte befindliche Freifläche wurde durch die Abrisse im Schülershof noch vor dem Zweiten Weltkrieg verursacht.

Der Wert der Altstadt als Flächendenkmal beruhte aus der denkmalpflegerischen Sicht der 1970er Jahre auf mehreren Komponenten. An erster Stelle stand hierbei der erhaltene Stadtgrundriss mit dem noch erkennbaren Ring der Befestigungsanlagen. Das verzweigte Straßennetz mit seinen wertvollen Einzelbauten und städtebaulich bedeutenden Raumfolgen steigerte den Denkmalwert ebenso wie die bereits erwähnten Denkmalensembles (Marktplatz, Alter Markt, Große Märkerstraße/Großer und Kleiner Berlin und der Domplatz mit der Saalefront).⁴³⁰

⁴²⁸ Röntsch, Karin: Halle - Straßennamen mit Erläuterungen, Halle 1994, S. 89.

⁴²⁹ Kröber, Gerhard: Die städtebauliche Konzeption für die Umgestaltung des Stadtzentrums (Halle), in: Architektur der DDR 7/1979, S. 412.

⁴³⁰ Halle/S. Denkmalpflegerische Zielstellung für die Altstadt, in: LfDMPuArch Dokumentation 3961/I, S. 2.

Die im Jahr 1976 erarbeitete städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung forderte, besonders wertvolle städtische Räume komplett zu erhalten und dabei auch deren unmittelbare Umgebung (z.B. bei Neubebauung) zu berücksichtigen. Die sich außerhalb der zu erhaltenden Bereiche befindlichen Baudenkmale dürften bei der Umgestaltung des Gebietes nicht isoliert und ausschließlich von Neubauten umgeben werden.

Bereits entstandene Lücken in geschlossenen Platz- und Straßenfronten müssten bei der weiteren Planung korrigiert werden.⁴³¹

Konkret lautete die städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung für die hallesche Altstadt (vgl. Abbildung 2, S. 98):

Erhalt des Verlaufes der Befestigungsanlagen sowie Erhalt von Grundriss und Proportionen folgender städtebaulicher Räume:

- Verbindung Markt - Domplatz (Entstehung 16. Jahrhundert),
- Verbindung Markt - Moritzkirchhof über den Alten Markt (Entstehung 12./13. Jahrhundert),
- Verbindung Markt – Großer Berlin über Große Märkerstraße und Kleiner Berlin (im Baubestand 16.-19. Jahrhundert)
- Rathausstraße (Entstehung 12. Jahrhundert, Bebauung 16.-20. Jahrhundert)
- Große Ulrichstraße (Entstehung 12. Jahrhundert, Bebauung 19./20. Jahrhundert)
- Universitätskomplex (Neuanlage 19. Jahrhundert)⁴³²

Alle in diesen Bereichen vorhandenen Denkmale forderte die denkmalflegerische Zielstellung zu erhalten. Neubauten sollten sich hier den Straßen- und Platzproportionen unterordnen.

In den restlichen Altstadtbereichen sei sowohl die Aufgabe des vorhandenen Straßennetzes als auch die Veränderung der Gebäudehöhe zugunsten einer Neuplanung denkbar. Die in ihrer Zahl bereits reduzierten Denkmale sollten mindestens erhalten, beziehungsweise vor dem weiteren Verfall bewahrt werden.

⁴³¹ Ebenda.

⁴³² Halle/S., Denkmalflegerische Zielstellung für die Altstadt, in: Dokumentation 3961/I., S. 3 sowie Stelzer, Helmut: Zur Denkmalpflege in der Bezirksstadt Halle, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 348.

Ihre denkmalgerechte Sanierung wurde angesichts der geringen verfügbaren Kapazitäten für die Erhaltung von Gebäuden nicht als dringend erachtet.⁴³³

Als Position der zentralen Denkmalliste war zudem die westlich gewandte charakteristisch durch die Türme der Stadt geprägte Silhouette zu schützen.⁴³⁴

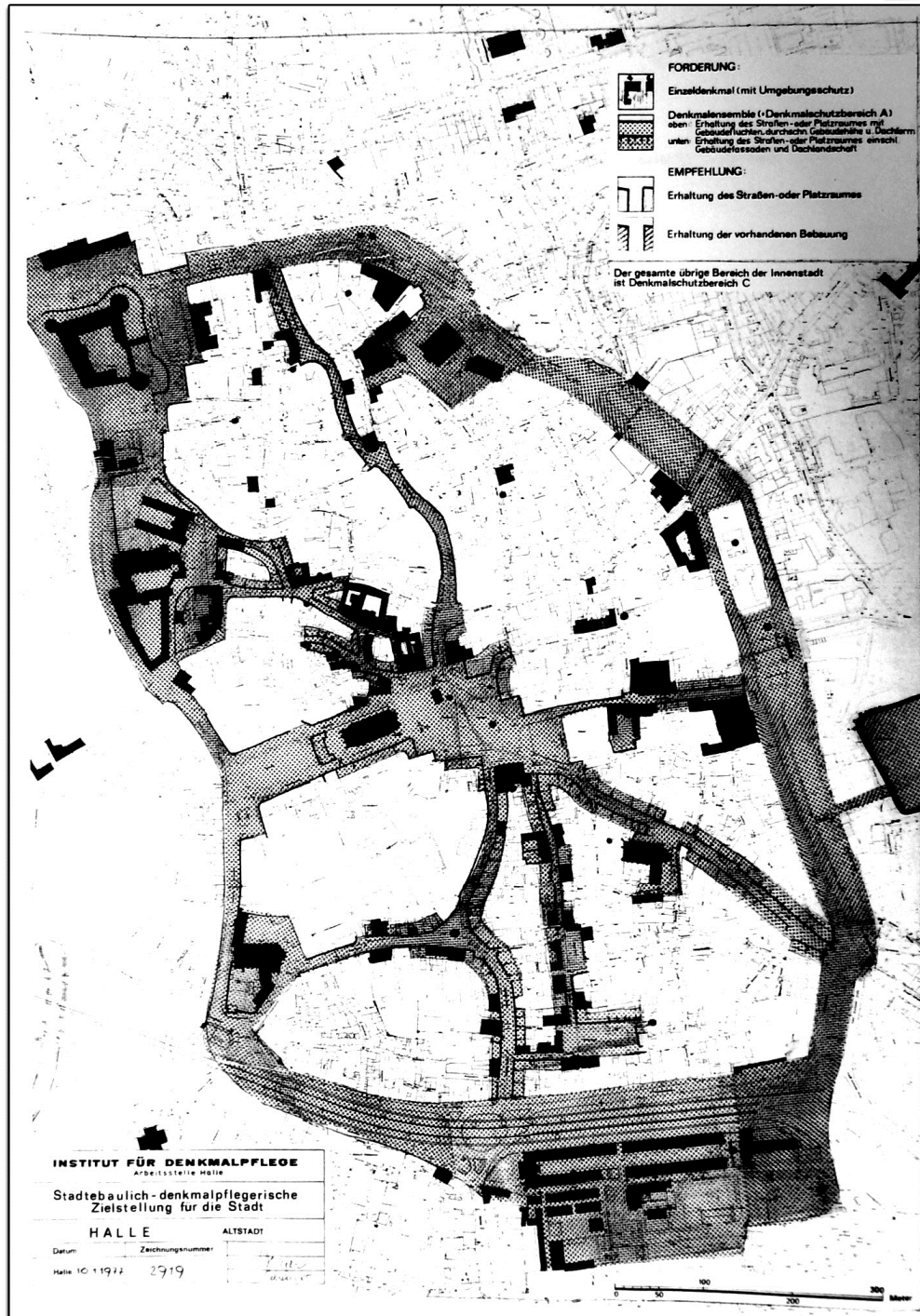


Abbildung 2. Denkmalkarte der Altstadt.

⁴³³ Halle/S., Denkmalflegerische Zielstellung für die Altstadt, S. 4.

⁴³⁴ Ebenda, S. 4 und Kröber (1979): Konzeption, S. 412.

4.3.1.3. Die bauliche Entwicklung des Altstadt-kerns von 1970-1989

Die Zeugnisse der halleschen Stadtgeschichte waren zum Beginn des Untersuchungszeitraums (1970) großteils erhalten, aber durch mangelnde Instandhaltung in schlechtem baulichem Zustand.⁴³⁵ Die auf Stadtumbau durch Flächenabriss angelegte Erneuerungsstrategie führte zum sich stetig verschlimmernden Verfall des vorhandenen Bestandes bis 1989, der wiederum eine Explosion der Sanierungskosten zur Folge hatte. Bis 1989 hatten 5.000 Bewohner der Altstadt den Rücken gekehrt.⁴³⁶

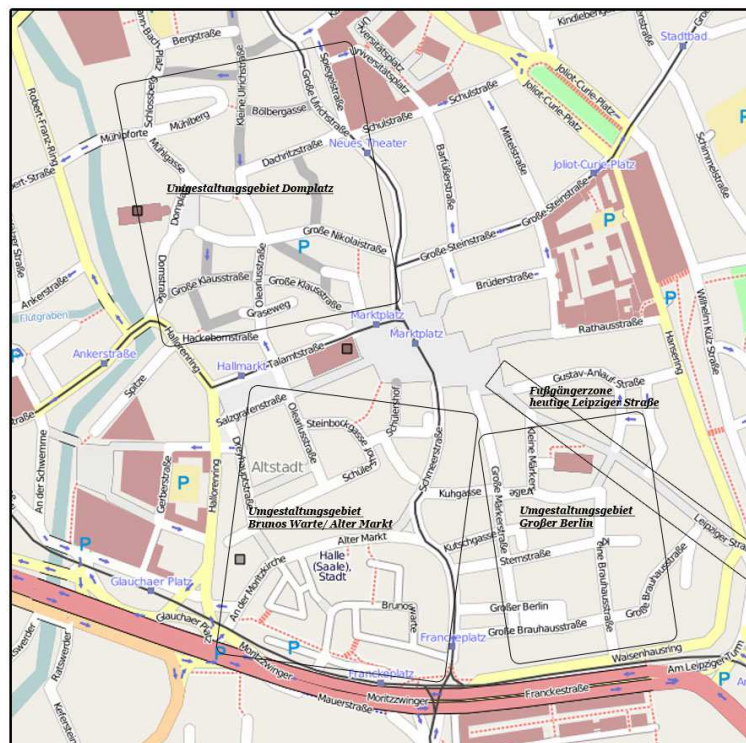


Abbildung 3. Lageplan der halleschen Innenstadt.

So war die städtebauliche Entwicklung der halleschen Altstadt in den 1970er und 1980er Jahre vor allem durch großen Verlust historischer Bausubstanz gekennzeichnet. Diese Tendenz der negativen Sicht auf den Erhalt historischer Substanz zeichnete sich bereits in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg ab.

⁴³⁵ Vgl. Halle/S., Denkmalpflegerische Zielstellung für die Altstadt, in: Dokumentation 3961/I, S. 2f. und Denkmalpflegerische Zielstellung für den nordwestlichen Bereich der Altstadt von Halle, in: LafDMPuArch, Akte Halle Altstadt 1984-1986, Signatur AA 164, S. 1f. Der noch im 16. Jahrhundert vorhandene reiche Fachwerkbestand hatte die Jahrhunderte allerdings nicht überstanden. So Findeisen, Peter: Die Altstadt und ihre Bauten als Denkmal, in: Denkmale in Sachsen-Anhalt, Weimar 1986, S. 218.

⁴³⁶ Sack, Manfred: Riesenplatten und so enge Straßen, in: DIE ZEIT vom 14.10.1988, S. 75.

1948/50 erfolgte der aus heutiger Sicht ungerechtfertigte Abriss des kriegsbedingt teilzerstörten Rathauses.⁴³⁷ Ferner wurde in der Mitte der 1960er Jahre die bis dato geschlossene Platzfront des Marktplatzes durch Abrisse an der Südseite ohne die erforderliche Zustimmung des Instituts für Denkmalpflege geöffnet. Dabei wurden die Gebäude der sich bis zum Alten Markt anschließenden Straßenzüge (Schülershof und Trödel) ebenfalls aufgegeben und bis 1970 teilweise neu bebaut. Es entstanden ein zwölfgeschossiges Hochhaus und vier- beziehungsweise fünfgeschossige Wohnblöcke in industrieller Bauweise. Dabei wurde die bisherige dichte Quartiersstruktur zugunsten des offenen Zeilenbaues aufgegeben.⁴³⁸ Die Abteilung Kultur des Stadtrates, die ebenfalls für die Durchsetzung denkmalpflegerischer Belange zuständig war, erkannte in der Abbruchdiskussion zwar an, dass die alten Gebäude im Straßenzug Trödel dem Typus des alten halleschen Wohnhauses entsprächen, jedoch besäßen sie neben ihrer ohnehin nicht erhaltenswerten Bausubstanz „keinen besonderen Kunstwert“.⁴³⁹

Nach 1970 setzte eine intensive Befassung mit den anstehenden innerstädtischen Bauaufgaben ein. Im historischen Stadtkern wurden dabei im Wesentlichen vier Umgestaltungsgebiete festgelegt. Jedoch wurden in den Jahren bis 1980 vorrangig Pläne angefertigt und Kennziffern festgelegt. Eine Gebäudeerfassung hatte ergeben, dass bereits ein Fünftel aller Häuser in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand waren. Knapp 30% aller Gebäude stammten aus der Zeit vor 1900.⁴⁴⁰

Obwohl von 1970-1980 bereits 2.000 Wohnungen gebaut werden sollten, begann die Umgestaltung erst nach 1980.⁴⁴¹ Der ab Mitte der 1970er Jahre amtierende neue Stadtarchitekt hatte es sich zum Ziel gesetzt, die historische Altstadt mit radikalen

⁴³⁷ Der Abriss erfolgte gegen den Willen der bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat auf Anordnung der SED. Vgl.: Piechocki, Werner/Gottlieb, Ingo: Halle. Fotografien von gestern und heute, Gudensberg-Gleichen 1995, S. 5.

⁴³⁸ Schauer (2007): S. 87 und Bauakademie der DDR: Halle/Saale, Städtebauliche Leitplanung Stadtzentrum – Entwicklung des Wohnungsbaus und der Arbeitsstätten produktiver Bereiche, Juni 1987, S. 2, in: Akte Stadtplako (Stadtplankommission), Signatur 90, 4240.

⁴³⁹ Auch in der später zum Denkmalensemble zählenden Großen Märkerstraße sei aufgrund des schlechten baulichen Zustandes bis auf zwei Gebäude kein weiteres Haus erhaltenswert, heißt es in einer Konzeption für den Marktplatz und die nähere Innenstadt aus dem Jahr 1965, in: Konzeption – Marktplatz und nähere Innenstadt“ vom 29.01.1965, in: LfDMPuArch Akte Halle Altstadt 1964-1973, Signatur AA 168, S. 2.

⁴⁴⁰ In: Akte Stadtplako (Stadtplankommission) Signatur 128, Ordnernummer 115, Vorläufige Nummer 1764, unpaginiert.

⁴⁴¹ In: Akte Stadtplako (Stadtplankommission) Signatur 126, Ordnernummer 113, Vorläufige Nummer 700, unpaginiert.

Abriss- und Neubauvorhaben zu erneuern.⁴⁴² Die bis 1989 durchgeführte Stadterneuerung fand dann auch tatsächlich unter dieser Prämisse statt.

In diesem Sinne nahm auch der Generalbebauungsplan von 1977 wenig Rücksicht auf den gegenwärtig vorhandenen Bestand. Zunächst klärte dieser über Eckdaten der bestehenden Gebäudesubstanz auf: 5% aller Häuser wurden vor 1870 erbaut, 53,6% vor 1919. Die allgemeine Ausstattung der Wohnungen um 1975 war ungenügend.⁴⁴³ 18.600 Wohnungen sollten als Ersatz für aufzugebende Gebäude neu gebaut werden. Etwa im selben Umfang sollten Wohnungen modernisiert werden. Damit war Halle als größter Wohnungsbaustandort des Bezirkes vorgesehen.⁴⁴⁴

Das Baugebiet Brunos Warte/Alter Markt (vgl. Abbildung 3, S. 99.) wurde als erstes umgestaltet. Der sich in diesem Altstadtbereich befindliche Alte Markt war und ist die älteste städtebauliche Anlage Halles. Hier stand das erste Rathaus der Stadt. Die Dreiecksform des Marktes weist auf die Entstehung in einer Zeit vor der Anlage rechteckiger Marktplätze hin. Die Bebauung war vor Beginn der Umgestaltung weitestgehend vollständig erhalten und wies in den unteren Geschossen teilweise noch Bauteile der früheren Gebäude auf.



Abbildung 4. Bebauung am Alten Markt um 1962. Die hier abgebildeten Gebäude sind nur 20 Jahre später teilweise in katastrophalem Zustand.

⁴⁴² Vgl. Brandstädter, Wulf: Zur langfristigen Entwicklung des Stadtzentrums von Halle, in: Bauforschung-Baupraxis Heft 245, Berlin 1989, S. 75. Dennoch sah man sich auch nach erfolgter Umgestaltung gern in der Tradition, die 1025-jährige Geschichte fortzuführen und zu würdigen. Vgl. hierzu Anders, Christoph; Bauen und Planen in der Stadt Halle, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 322.

⁴⁴³ Vgl. Generalbebauungsplan der Stadt Halle-Saale, in: LfDMPuArch 3961/V, ohne Seitenangabe.

⁴⁴⁴ Vgl. Ebenda.

Die Forderungen der Denkmalpflege in diesem Baugebiet beliefen sich auf die komplette Erhaltung des Alten Marktes und der Schmeerstraße als Denkmalensemble sowie der westlichen Bebauung des Moritzkirchhofs und der Rannischen Straße.⁴⁴⁵ Damit diese Auflage realisiert werden konnte, stimmte das Institut für Denkmalpflege dem flächigen Abbruch weiter Teile des Gebietes zu, der schließlich ab 1982 auch erfolgte.

Bis 1986 wurden die Abbruchflächen des Baugebiets mit Wohnblöcken der Serie IW 64-P-Halle neu bebaut.⁴⁴⁶ In halboffener Form mit innen liegenden Hofbereichen entstanden entlang des Moritzzwingers durch eine Straße getrennt zwei quartierähnliche, zwei- beziehungsweise dreiseitige Gebäudekomplexe. Westlich treffen diese Blöcke unmittelbar auf die Moritzkirche. Ohne nachzuahmen sollten sich die neuen Gebäude *„bewußt und diszipliniert [...] am historischen Kontext“*⁴⁴⁷ orientieren. Mit turmartigen Aufbauten wurden die Gebäude als Konzession an die Stadtmauer und ihre Türme, die im Mittelalter entlang der Neubauten verlief, gestaltet.⁴⁴⁸ Außerdem sollten sie in ihrer Lage am Altstadtrand zwischen der Architektur des historischen Marktplatzes einerseits und den modernen Bauten der unmittelbar angrenzenden Hochstraße und der 22-geschossigen Gebäude gegenüber vermitteln. Geplant und auch ausgeführt wurden Läden und gastronomische Einrichtungen im Fußgängerbereich.⁴⁴⁹

Die sechsgeschossigen Blöcke bestehen aus verschiedenen Segmenten, die entweder nach hinten versetzt angeordnet sind oder durch konische Verbinderstücke abgewinkelt wurden. Durch auskragende verglaste Loggien und die Traufhöhe um ein Geschoss nach oben aufbrechende Vorsprünge erhält die Fassade Dynamik. Die über die Traufe hinaus reichende Dachzone der Gebäudevorsprünge ist mit Dachsteinplatten dunkelfarbig abgesetzt. Stehende und liegende Fenster sowie Eckfenster an den Vorsprüngen wechseln sich ab. Die Ecksegmente der Gebäude sind sowohl in der Höhe als auch in der Tiefe gestaffelt ausgeführt, was die Plastizität der

⁴⁴⁵ Vgl. LfDMPuArch Akte Halle Altstadt, Signatur AA 163 und speziell Akteneintrag über die architektonische Gestaltung der Gebäude im Umgestaltungsgebiet Große Märkerstraße/Großer Berlin und Alter Markt/Moritzkirchhof.

⁴⁴⁶ Bauakademie der DDR (1987): Halle/Saale, Städtebauliche Leitplanung, S. 13.

⁴⁴⁷ Rietdorf, Werner: Halle. Brunos Warte, in: Stadterneuerung, 1989, S. 112-115.

⁴⁴⁸ Ebenda.

⁴⁴⁹ Kröber, Gerhard: Wettbewerb „Brunoswarte-Moritzzwinger“ in Halle, in: Architektur der DDR 6/1982, S. 330.

Fassade deutlich erhöht. Die farbige Akzentuierung zur Andeutung eines gedeckten Daches wurde hier auf zwei Geschosse ausgedehnt (vgl. Abbildung 5, S. 103).



Abbildung 5. Die Neubebauung im Baugebiet Brunos Warte.

Trotz der Möglichkeit, geschlossene Ecken auszubilden und die Gebäude auch leicht geknickten Straßenverläufen anpassen zu können, gelang es den Planern und Architekten der Neugestaltung nicht, den Charakter der Altstadt aufzunehmen und fortzuführen. Wenngleich es gelungen ist, die Fassade aufzulockern, zerstört die letztlich unüberwundene Blockhaftigkeit der Gebäude jenes altstädtische Flair, welches einer Altstadt durch die Individualität der einzelnen Häuser innewohnt.⁴⁵⁰ Das vorhandene Straßennetz wurde nicht beachtet, so dass die Neubauten das Quartier komplett neu ordneten.

Mit frenetischem Jubel wurde die Einweihung des Neubauprojekts am Moritzzwinger in der zeitgenössischen Lokalpresse begleitet.⁴⁵¹ Doch auch in der westdeutschen

⁴⁵⁰ Die Möglichkeit der geschlossenen Raumbildung wurde stolz als „Spiel mit bewährten städtebaulichen Mitteln“ präsentiert. Vgl. Brandstädter, Wulf: Innerstädtischer Wohnungsbau Brunos Warte, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 332.

⁴⁵¹ Vgl. z.B. „Freiheit“ vom 22. März 1986, S. 5.

Presse fand dieses Stadterneuerungskonzept wenn nicht befürwortende, so doch in jedem Fall wohlwollende Stimmen. Das Baugebiet Brunos Warte „*macht sich immer noch [...] am besten*“⁴⁵², hieß es 1988 in der Wochenzeitung DIE ZEIT. Weiter liest man dort: „*Verglichen mit dem sonst verbreiteten Wohnungsschund der DDR ist diese Altstadttrand-Siedlung von außergewöhnlicher Vielfältigkeit*“⁴⁵³.

Wenn auch der Detailreichtum und die ungewohnte Vielfalt der Wohnblöcke unbestrittenen sind, bleibt doch die generelle Frage bestehen, ob Stadterneuerung im historischen Stadtkern mit industriellen Baumethoden vonstatten gehen darf.

Die vorgesehenen Rekonstruktionsarbeiten am Alten Markt und am Moritzkirchhof fanden nicht wie vorgesehen zeitgleich im geplanten Umfang statt.⁴⁵⁴ Das führte dazu, dass diese Bereiche weiter verfielen und sich der Zustand ihrer Gebäude zunehmend verschlechterte. Die katastrophale Lage bezüglich der Beschaffung von Materialien und der mangelnden Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte zeigt sich in den Akten nur allzu eindrucksvoll.⁴⁵⁵

Die Umgestaltung am Alten Markt wurde erst in den späten 1980er Jahren abgeschlossen. Die Denkmalpflege hatte zwar zugunsten seines vollständigen Erhalts umfangreichen Abrissen im restlichen Baugebiet zugestimmt, musste dann aber 1984 den Verlust von zehn Gebäuden durch Abbruch hinnehmen. Die Platzsituation wurde durch diesen Eingriff erheblich verfremdet.

⁴⁵² Sack (1988): S. 76.

⁴⁵³ Ebenda. Die angesprochene Vielfalt der Gestaltungs- und Anpassungsmöglichkeiten schreibt der Autor auch der Technologie der Wohnungsbaureihe zu. Ein neuer, variabler Kran habe den Turmdrehkran als „*stählerne[n] Despoten*“ abgelöst und ermögliche flexibleres Bauen. Dass der Architekt somit den „*engen, krummen Gassen [...] Respekt erweisen*“ (Vgl. Sack (1988): S. 76.) kann, muss allerdings in Frage gestellt werden. Sowohl im Baugebiet „Brunos Warte“ als auch an anderen Standorten, wo die Gebäudereihe eingesetzt wurde, ist der Charakter der Straße und Plätze nicht mehr altstädtisch.

⁴⁵⁴ Vgl. Bauakademie der DDR (1987): Halle/Saale, Städtebauliche Leitplanung, S. 13.

⁴⁵⁵ Vgl. bspw. Briefe zwischen Grundstückseigentümern und der Gebäudewirtschaft Halle (GWH) vom November 1981, in: LfDMPuArch Akte Halle Altstadt, AA 163.



Abbildung 6. Zentrum des Alten Marktes vor (1984, oben) und nach der Umgestaltung (1988, unten).

Die teilweise unter Denkmalschutz stehenden Gebäude wurden durch einen mehrere Gebäude umfassenden Neubaukomplex ersetzt. Diese Bebauung unterscheidet sich deutlich von den restlichen Neubauten des Umgestaltungsgebietes, denn sie wurden in einer anpassungsfähigeren Mischbauweise errichtet.

Der Plattenbaukonstruktion wurde jeweils eine gemauerte Fassade vorgeblendet. Gebäudehöhen, Dachausbildung und Fassadengestaltung variieren von Haus zu Haus. Dachgaupen, Erker, Zwerchhäuser oder eine als Risalit herausgearbeitete exponierte Mittelachse tragen in unübersehbar postmoderner Manier dazu bei, der Gebäudegruppe ein abwechslungsreiches Aussehen zu verleihen. Das Ziel, die einzelnen Gebäude individuell zu gestalten, wurde erreicht. Auch, wenn die Neubebauung die historischen Gebäude nicht zu ersetzen vermag, fügt sie sich doch gut in die Platzsituation ein. (vgl. Abbildung 6, S. 105)

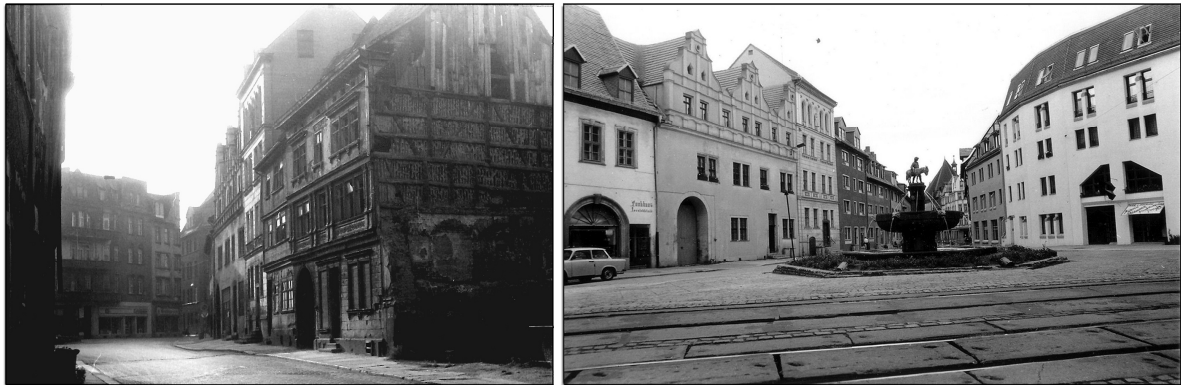


Abbildung 7 Alter Markt Nr. 7-10 (1982, links, Bildmitte) und nach der Neugestaltung (rechtes Bild, 1988, links vom Brunnen). Das restaurierte Renaissancegebäude mit der Tordurchfahrt befindet sich in der linken Fotografie genau in der Bildmitte.

Für die Jahre 1987/88 war die Bebauung der das Gebiet begrenzenden Schmeerstraße mit Neubauten geplant.⁴⁵⁶ Dort blieb es allerdings bei der Planung. Wäre dieser Straßenzug auch noch abgebrochen und mit Plattenbauten bebaut worden, wäre nach der Umgestaltung kaum noch historische Substanz in diesem Baugebiet vorhanden gewesen.

Der Bereich „Großer Berlin“⁴⁵⁷ (vgl. Lageplan der halleschen Innenstadt., S. 99), welcher in der halleschen Altstadt als nächstes umgestaltet wurde, war hauptsächlich von gründerzeitlicher Substanz geprägt. In der später als Fußgängerzone gestalteten Leipziger Straße befanden sich repräsentative Wohn- und Geschäftshäuser aus der Zeit um die Jahrhundertwende. Die Struktur und Bebauung des Quartierinneren wiesen allerdings einen deutlich früheren Siedlungskern aus.⁴⁵⁸ Die Straßenräume Große und Kleine Märkerstraße, sowie die Platzanlagen Großer und Kleiner Berlin gaben in ihrer Enge den Eindruck eines im Mittelalter entstandenen Viertels wieder. Zahlreiche Baudenkmale aus der Renaissance und bedeutsame Gebäude späterer Baupochen ergänzten das Straßenbild.⁴⁵⁹ In der Großen Märkerstraße befanden sich einige der ältesten und wertvollsten Denkmale der Stadt. Repräsentative Patrizierhäuser, sowie großzügig angelegte, meist dreigeschossige Wohnhäuser im Barock- oder Renaissancestil prägten das Bild der Straße. Besonders hervorzuheben

⁴⁵⁶ Bauakademie der DDR (1987): Halle/Saale, Städtebauliche Leitplanung, S. 13.

⁴⁵⁷ Vgl. Lageplan der halleschen Altstadt, S. 100.

⁴⁵⁸ Ebenda, S. 14.

⁴⁵⁹ Ebenda.

sind dabei die Gebäude Große Märkerstraße 5, 10 sowie das Haus mit den Nummern 21/22.⁴⁶⁰

Teilweise waren im Umgestaltungsgebiet bereits in den Jahren zuvor Gebäude aufgrund ihres schlechten Bauzustandes abgerissen worden. Die „Staatliche Vorgabe für das Umgestaltungsgebiet ‚Großer Berlin‘“ vom September 1983 sah aufgrund des hohen Anteils von Gebäuden der Bauzustandsstufen III und IV die Errichtung von Plattenbauten in den Bereichen Kleine und Große Brauhausstraße und Großer Berlin vor. Dazu mussten weitere historische Gebäude weichen. Die restlichen Straßenzüge sollten in ihrem Bestand erhalten bleiben. Eine größere Anzahl von Gebäuden (vor allem in der Großen Märkerstraße) war für die Rekonstruktion vorgesehen. Bis zum geplanten Baubeginn im April 1984 sollte der Abbruch vollzogen und bis zum Jahr 1986 die Umgestaltung des Gebietes inklusive der Rekonstruktion abgeschlossen sein.⁴⁶¹ Das Institut für Denkmalpflege stimmte dieser Planung zu. Lediglich die Geschosszahl der Neubauten am Platz Großer Berlin wurde auf drei begrenzt. Außerdem wurde angeregt, die bisherigen Baufluchten stärker in die Konzeption für die neue Bebauung einzubeziehen und die zum Platz zeigenden Fassaden ohne Balkone zu gestalten.⁴⁶²

Die bereits für das Baugebiet Brunos Warte modifizierte Gebäudereihe IW 64 P-Halle kam auch hier, allerdings in einer weniger aufwändigen Gestaltung, zum Einsatz.⁴⁶³

⁴⁶⁰ Das sogenannte Schleiermacherhaus (Wohnhaus des an der halleschen Universität lehrenden Theologen Schleiermacher von 1704-1707) mit der Nummer 21/22 ist das größte Wohnhaus der Stadt und wurde 1560/61 errichtet. Der seit seiner Sanierung nach 1990 lang gestreckte dreigeschossige, samt Hof vierseitig angelegte Bau, bestand Anfang der 1970er Jahre noch aus zwei Gebäuden. Bis auf das säulengeschmückte barocke Portal (Kopie von 1930), die leicht ornamentierte profilierte Laibung der Tordurchfahrt und die mit Renaissancegewänden eingefassten Fenster waren beide Häuser schmucklos. An der Hofseite befand sich ein exponierter Treppenturm mit einem zum Belvedere ausgebildeten obersten Geschoss. Bei der Sanierung nach der politischen Wende wurde anstelle des Belvederes ein Renaissance-Turmhelm aufgesetzt. Außerdem wurden beide Gebäude zu einem vereinigt. Die Große Märkerstraße 10, das Christian-Wolff-Haus, wurde um 1558 errichtet. Das Gebäude besitzt ein pilastergeschmücktes Portal und weiß abgesetzte, profilierte Fenstereinfassungen. Zur Großen Märkerstraße hin zeigen drei mit Pilastern und Okuli versehene Spitzgiebel. Zum Platz Kleiner Berlin weist ein ebenfalls mit Pilastern verzierter Schweifgiebel.

Vgl. Akteneintrag über die architektonische Gestaltung der Gebäude im Umgestaltungsgebiet Große Märkerstraße/Großer Berlin, in: Akte Halle Altstadt, Signatur AA 163, unpaginiert und Piechocki: Die Große Märkerstraße (1995), passim.

⁴⁶¹ Staatliche Vorgabe für das Umgestaltungsgebiet „Großer Berlin“, in: Akte „Standortgenehmigungsverfahren STG 114, Stadtplako (Stadtplankommission)“, Signatur 131, Ordner 118, Vorläufige Nummer 1781, S. 1-11.

⁴⁶² In: „Baugebiet Großer Berlin“ vom 03.09.1982, Akte AA 163, unpaginiert.

⁴⁶³ Bauakademie der DDR: Halle/Saale, Städtebauliche Leitplanung (1987), S. 15. Manfred Sack sprach in der ZEIT 1988 davon, dass diese Gebäude die „Sparvariante“ der Wohnungsbaureihe zugunsten „exponierter Objekte wie am Alten Markt“ seien. (Sack 1988, S. 76.) Ebenfalls

Die städtebauliche Situation am Platz Großer Berlin wurde durch die dreiseitige Neubebauung stark verändert. Auch die Große Brauhausstraße verlor durch die Umgestaltung ihr mittelalterliches Straßenbild. An einigen der zu rekonstruierenden Gebäude hatten im geplanten Umgestaltungszeitraum ab 1984 Bauarbeiten begonnen, die meisten der geplanten Sanierungen fanden jedoch nicht statt.⁴⁶⁴ Da die alten Häuser zunehmend unbewohnt waren, schritt der Verfall schneller voran. War die Standfestigkeit nicht mehr gegeben, verfügte die staatliche Bauaufsicht den Abriss. In der ehemals geschlossenen Bebauung entstanden immer mehr Lücken. So wurden neben einem denkmalgeschützten Barockhaus (Große Märkerstraße 17) in diesem Straßenzug drei weitere Gebäude ohne Zustimmung des Instituts für Denkmalpflege abgerissen und so der Wert des einstmals geschlossen erhaltenen Denkmalensembles erheblich geschmälert.⁴⁶⁵

Die Bauleistungen des für die Rekonstruktion und Modernisierung zuständigen kreislichen Bauwesens konzentrierten sich in der zur Fußgängerzone umgestalteten Leipziger Straße. Die straßenseitigen Fassaden der Gebäude wurden instand gesetzt und die gotische Ulrichskirche in den Jahren 1975/76 zur Konzerthalle umgebaut.⁴⁶⁶

Das folgende, ausführlich besprochene Schicksal eines Gebäudes soll exemplarisch verdeutlichen, auf welche Weise keineswegs abbruchreife Baudenkmale der geforderten Baufreiheit weichen mussten. In der ebenfalls zum Baugebiet „Großer Berlin“ gehörenden Rannischen Straße stand ein wertvolles denkmalgeschütztes Bürgerhaus, welches gemeinsam mit seinem Nachbargebäude gegen den heftigen Widerstand von Denkmalpflegern und Einwohnern durch einen Neubau ersetzt wurde. Ursprünglich sollte es jedoch rekonstruiert werden. Durch umfangreiche Eigenleistungen eines Bewohners war das Gebäude kontinuierlich instand gehalten worden, so dass dieser nach eigenen Angaben noch Jahrzehnte dort hätte wohnen können. Durch denkmalpflegerische Untersuchungen aus dem Jahr 1984 kam außerdem eine aus dem 16. Jahrhundert stammende, in Halle sehr seltene (dem Niedersächsischen Fachwerk zuzuordnende), gut erhaltene Fassadenfassung zu Tage.

ökonomische Gründe wurden als Begründung angegeben, da nicht allen städtebaulichen Forderungen bezüglich der Anpassung der Dachneigung nachgekommen worden war. Vgl. Schaller, Sigrid: Umgestaltung des innerstädtischen Baugebietes Großer Berlin in Halle, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 345.

⁴⁶⁴ Piechocki: Die Große Märkerstraße (1995), S. 175.

⁴⁶⁵ Vgl. Eingabe eines halleischen Bürger an den Generalkonservator der DDR vom 17.07.1984, S. 2, in: LafDMPuArch, Akte Halle Altstadt 1984-1986, Signatur AA 164.

⁴⁶⁶ Vgl. Bauakademie der DDR (1987): Halle/Saale, Städtebauliche Leitplanung, S. 14.

Der Bewohner hatte das Haus mit der Aussicht, nach der geplanten Rekonstruktion seine Wohnung wieder beziehen zu können, verlassen. Da sich die anschließend veranschlagten Kosten als zu hoch herausstellten und die Aufwandspauschale der Kosten je Wohneinheit überschritten worden wäre, bevorzugte das Stadtbauamt nun unerwartet die Variante des Abbruchs. Allein durch den Bauzustand war der Abriss des Gebäudes jedoch nicht zu rechtfertigen. Auch waren nach Ansicht des mit dem Haus vertrauten letzten Bewohners die Kosten für die Sanierung zu hoch angesetzt. Auf diese Weise musste der Eindruck entstehen, dass der Erhalt des Gebäudes nie ernsthaft in Betracht gezogen worden war.⁴⁶⁷ Dem Antrag auf Denkmalsaberkennung hatte der Minister für Kultur unter Erteilung der üblichen Auflagen (Dokumentation des Gebäudes, Erhalt wertvoller Bauteile, sofortige Neubebauung nach Abriss) zugestimmt, so dass dem Abbruch nichts mehr im Weg stand. Die Neubebauung erfolgte mit einem etwas angepassten Bau aus dem Sortiment der bereits vorgestellten Großplattenbauten.

Das nächste Umgestaltungsgebiet in Halle war die nordwestliche Altstadt um den Domplatz. Im März 1984 begannen die Planungsarbeiten. Für die Denkmalpflege war dieser Bereich von besonderer Bedeutung, da sich dort Denkmale in großer Zahl konzentrierten.⁴⁶⁸ Das Gebiet zeichnete sich durch sein erhaltenes Netz historischer Straßen- und Platzräume mit wertvollen Einzeldenkmalen und Denkmalensembles aus. Teilweise stammten die Gebäude aus dem 16. Jahrhundert, der Großteil wurde jedoch in der Mitte des 19. Jahrhundert erbaut. Die der Saale zugewandte Front herausragender Baudenkmale (Dom, Residenz, Neumühle, Moritzburg) verkörpert den städtebaulich bedeutendsten Akzent des Quartiers.⁴⁶⁹ Um den Dom gruppierte sich ein mittelalterliches Platzensemble.⁴⁷⁰

Die Stadtansicht über der Saale sowie die wertvollsten Straßenzüge (die dem Hallmarkt zugewandte Seite, die Kleine Klausstraße, die Große Nikolaistraße mit dem

⁴⁶⁷ Vgl. Eingaben von halleschen Bürgern an den Generalkonservator der DDR (17.07.1984) und den Minister für Kultur (18.07.1984), sowie Stellungnahmen des Leiters des Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle an den Oberbürgermeister der Stadt Halle und an die Stadträtin für Kultur vom 12.9.1984 bzw. an den Rat für Kultur im Rat des Bezirkes Halle vom 29.06.1984, in: LfDMPuArch, Akte Halle Altstadt 1984-1986, Signatur AA 164.

⁴⁶⁸ Vgl. Brief des Instituts für Denkmalpflege an den Stadtbaudirektor vom 20.11.1983, in: Akte Halle Altstadt 1984-1986, Signatur AA 164, unpaginiert.

⁴⁶⁹ Vgl. Städtebauliche Leitplanung Baugebiet 4 Domplatz März 1984, in: Akte Standortgenehmigungsverfahren Stadtplako (Stadtplankommission), Signatur 613, Ordner 528, Vorläufige Nr. 4017, S. 1 und Rietdorf (1989): S. 118.

⁴⁷⁰ Vgl. Thäder, Rüdiger: Umgestaltung des innerstädtischen Baugebietes Domplatz, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 346.

Händlerhaus und dem Stadtpalast „Kühler Brunnen“, sowie die das gesamte Gebiet bis zum Altstadtring durchquerende Olearius- beziehungsweise Kleine Ulrichstraße in Teilen) sollten erhalten werden.⁴⁷¹ Auf diese Weise war die Erhaltung der wichtigsten Verbindungswege vom Domplatz zum Markt in ihrer historischen Anmutung sichergestellt. Der Denkmalwert dieser Folge kurzer Straßen, die bei jeder Biegung den Blick auf eine neue Gebäudegruppe mit davor liegenden kleinen Plätzen freigab, wurde durch die Denkmalpflege sehr hoch bewertet.⁴⁷² Einige Gebäude am Domplatz und ein Großteil der Bebauung aller restlichen Straßen und Plätze wurden von der Bauakademie für nicht erhaltenswert befunden.⁴⁷³

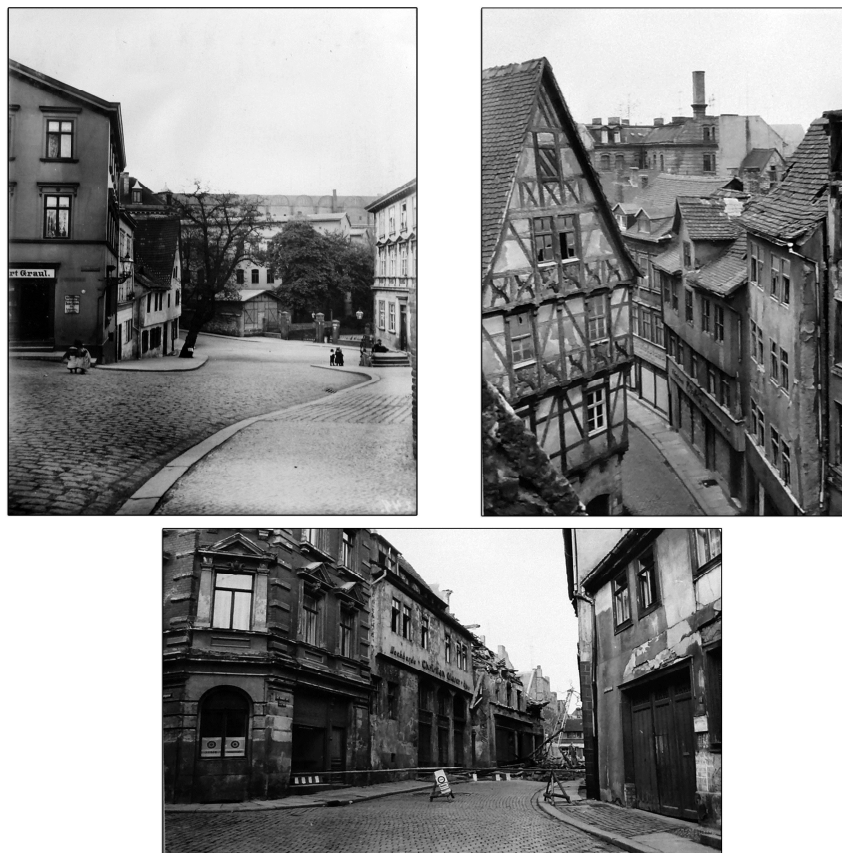


Abbildung 8. Das Baugebiet Domplatz vor seiner Umgestaltung. Oben links der Schlossberg mit Blick auf den Dom und oben rechts und unten die Große Klausstraße in der Mitte der 1970er Jahre.

⁴⁷¹ Vgl. Städtebauliche Leitplanung Baugebiet 4 Domplatz März 1984, in: Akte Standortgenehmigungsverfahren Stadtplako (Stadtplankommission), Signatur 613, Ordner 528, Vorläufige Nr. 4017, S. 1 und Rietdorf (1989): S. 118.

⁴⁷² Vgl. Denkmalpflegerische Zielstellung für den nordwestlichen Bereich der Altstadt von Halle, in: LfDMPuArch, Akte Halle Altstadt, Signatur AA 163, S. 3.

⁴⁷³ Rietdorf (1989): S. 118.

Die städtebauliche Leitplanung des Baugebietes Domplatz erklärte die *„Pflege und Wahrung des historischen Erbes“*⁴⁷⁴ zum Ziel der Umgestaltung, wofür die über Jahrhunderte gewachsene Struktur prinzipiell beibehalten werden sollte.⁴⁷⁵ Für die konkrete Umgestaltung des Gebietes und insbesondere die Entwicklung der zu errichtenden Neubebauung wurde ein städtebaulicher Wettbewerb ausgeschrieben. Dieser schrieb folgende Bedingungen vor: Die städtebaulich-historischen Räume und denkmalpflegerischen Belange waren zu berücksichtigen. Die neuen Gebäude sollten sich am historisch überlieferten Maßstab der bisherigen Bebauung orientieren. *„Um das typische Hallesche Straßenbild weitestgehend zu erhalten“*, forderte der Wettbewerb, die Baudenkmale in das Konzept einzubeziehen und ihre Fassaden zu rekonstruieren.⁴⁷⁶

Die Denkmalpflege stimmte dieser Konzeption zu, verwies aber darauf, dass die zu erhaltende und instand zu setzende *„historische Substanz zwischen den Neubaukomplexen als gerade noch ausreichend erscheint, die städtebauliche und historische Kontinuität [...] zu wahren.“*⁴⁷⁷ Zugunsten des Erhalts der wenigen denkmalwerten Bürgerhäuser des 16. und 18. Jahrhunderts in diesem Altstadtteil und der Verbindung Domplatz-Markt wurde auch in diesem Baugebiet der flächige Verlust der restlichen Bebauung in Kauf genommen.⁴⁷⁸

Nachdem durch flächige Beräumung die nötige Baufreiheit geschaffen worden war, entstanden 633 Wohnungen in einer auf Grundlage des ausgeschriebenen Wettbewerbes modifizierten Bauweise der bereits in den anderen Baugebieten angewandten halleschen Gebäudereihen IW 64-P-Halle A 77 beziehungsweise IW 84-P-Halle IB. Die neuen Gebäude vermochten die alten Straßenverläufe annähernd nachzuzeichnen. Folgende Gestaltungsmerkmale sollten ihr quartiersspezifisches Erscheinungsbild unterstreichen: Der Drempeel und die letzten Geschosse waren teilweise mit Keramikfliesen belegt. An Gebäudeecken und –versätzen kam eine konische Eckloggia zum Einsatz, um *„[...] innerstädtische Raumfolgen [...]“*

⁴⁷⁴ Vgl. Städtebauliche Leitplanung Baugebiet 4 Domplatz März 1984, in Akte Standortgenehmigungsverfahren Stadtplankommission, Signatur 613, Ordner 528, Vorläufige Nr. 4017, S. 2.

⁴⁷⁵ Ebenda, S. 1f.

⁴⁷⁶ Bauakademie der DDR (Hrsg.): Halle/Saale Städtebauliche Leitplanung Stadtzentrum Entwicklung des Wohnungsbaus und der Arbeitsstätten prod. Bereiche, Berlin 1987, in: Akte Stadtplako Sig 90, Vorläufige Nr. 4240.

⁴⁷⁷ Vgl.: Brief des Chefkonservators der Arbeitsstelle Halle des Instituts für Denkmalpflege an den Bürgermeister der Stadt Halle, in: LfDMPuArch, Akte Halle Altstadt 1984-1986, AA 164.

⁴⁷⁸ Denkmalpflegerische Zielstellung für den nordwestlichen Bereich der Altstadt von Halle, in: LfDMPuArch Akte Halle Altstadt, AA 163, S. 3.

*harmonisch [herauszubilden]*⁴⁷⁹. Die obersten Geschosse erhielten mit abgeschrägten Giebelelementen und schrägen Stahlbetonlamellen ausgestattete Dachterrassen. An exponierten Stellen verwendete man ein Krüppelmansarddach, ansonsten wurde der Dachbereich turmartig gestaffelt.⁴⁸⁰ Die Fenster konnten variabel angeordnet werden und in unterschiedlicher Größe zum Einsatz kommen.⁴⁸¹ Im Baugebiet wurden bis zu zehn verschiedene Gebäudesegmente verwendet.⁴⁸²



Abbildung 9. Neubebauung im Baugebiet Domplatz (2008). Trotz ihrer detailreichen Gestaltungsvarianten bleibt die Wirkung der Gebäude blockhaft. Ebenso ging der Charakter der historischen Straßenräume verloren.

⁴⁷⁹ In: Bauakademie der DDR (1987): Halle/Saale, Städtebauliche Leitplanung, S. 17.

⁴⁸⁰ Ebenda, S. 15ff.

⁴⁸¹ Vgl. Klein, Gerhard: Neue Wohnungsbaureihe PHalle/IW84-IB für innerstädtisches Bauen, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 324.

⁴⁸² Vgl. Klein, Gerhard: Innerstädtisches Bauen im Bezirk Halle, in: Bauzeitung 6/1986, S. 247.

Dank dieser Modifizierungen sei der „domplatzspezifische[s]“ Charakter der Gebäude gesichert, hieß es in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Architektur der DDR“ vom September 1989. Weiterhin wurde der Umgestaltung bescheinigt, die wesentlichen Straßen- und Platzstrukturen erhalten und zugleich die stadthygienischen Verhältnisse auf das Niveau der Zeit gebracht zu haben.⁴⁸³ Die Beibehaltung der *wesentlichen* Quartiersstrukturen lassen sich freilich mit modernen stadthygienischen Anforderungen recht unproblematisch in Einklang bringen, da diese Minimalforderung eine gewisse Aufweitung der Straßen toleriert.

Auch die im genannten Artikel angeführte Aussage, dass mittels der Plattenbauweise ein „[...]sich maßstäblich [...] in [die] gewachsene Substanz [einfügendes] ortstypisches Ensemble“⁴⁸⁴ geschaffen wurde, verlangt nach kritischer Betrachtung. Es darf nicht aus dem Blick verloren werden, dass die Bebauung ganzer Straßenzüge durch die Neubauten ersetzt wurde, wodurch das Gepräge des Quartiers stark verändert wurde. So verfälschen die Neubauten auf der Nordwestseite des Domplatzes seinen ursprünglichen Charakter stark.



Abbildung 10. Domplatz (2008). Die historische Platzsituation wird durch die Neubebauung stark verfremdet.

⁴⁸³ Brandstädter, Wulf: Innerstädtisches Bauen am Domplatz in Halle, in: Architektur der DDR 9/1989, S. 17f.

⁴⁸⁴ Ebenda.

Zur Einschätzung, dass es sich bei der Erneuerung des Baugebietes Domplatz um den „angestrengte[n] Versuch“⁴⁸⁵ handle, den historischen Maßstab zu bewahren, gelangte der westdeutsche Autor Manfred Sack. Um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen, seien allerdings die Mittel der Plattenbauweise aufgrund des dominierenden Plattenformats wenig geeignet. Das Bemühen, der alten Vielfalt mittels einer modernen architektonischen Formensprache zu entsprechen, scheitere am inflationären Einsatz der Details. Zudem erscheine die Auswahl der gestaltenden Elemente beliebig und wahllos, da sie ohne Bezug zum Ort nicht zur Identitätswiederherstellung des Quartiers beitragen können.⁴⁸⁶

Im gesamten Baugebiet wurden lediglich das Fachwerkgebäude Ecke Graseweg/Große Klausstraße rekonstruiert und der Stadtpalast „Kühler Brunnen“ teilweise saniert. „Stehen erst einmal die Häuser, hat das andere Zeit“⁴⁸⁷, bringt Sack das Resultat der Altstadtsanierung in der ZEIT auf den Punkt.

Die Erneuerung des Gebietes „Mittelstraße“ (nordöstliche Altstadt) wurde ab Januar 1985 zwar noch geplant, aber nicht mehr realisiert. Im Wesentlichen sollte hier ähnlich wie in den anderen Quartieren vorgegangen werden. Mehr als die Hälfte der Gebäude war in sehr schlechtem Bauzustand und sollte ersetzt werden. Für die aus städtebaulicher Sicht bedeutende Große Ulrichstraße war die Sanierung mit dem Fließstreckenprinzip vorgesehen. In den Nebenstraßen sollte auch die bereits verwendete hallesche Gebäudereihe P Halle IW-84 zum Einsatz kommen.⁴⁸⁸ Der geplanten Umgestaltung kam die politische Wende im Herbst 1989 zuvor.

Neben den Kirchen waren bereits im Jahr 1984 in der halleschen Innenstadt nur zwölf Denkmale (teils durch Rekonstruktion) in gutem baulichem Zustand. An vier besonders wertvollen Denkmalen fanden darüber hinaus Erhaltungsarbeiten statt (darunter das Geburtshaus *Georg Friedrich Händels* und das sog. „Schleiermacherhaus“).⁴⁸⁹ Diese Zahlen belegen das Ausmaß der Zerstörung auch durch Unterlassung jeglicher Erhaltungsmaßnahmen der historischen Substanz mehr als deutlich.

⁴⁸⁵ Sack (1988): S. 76.

⁴⁸⁶ Ebenda.

⁴⁸⁷ Sack (1988): S. 76.

⁴⁸⁸ Akte Standortgenehmigungsverfahren STG 114, Stadtplako (Stadtplankommission) Signatur 131, Ordnernummer 118, vorläufige Nummer 1828, S. 1-4 und vorläufige Nummer 1830, o.S.

⁴⁸⁹ Vgl. Eingabe eines halleschen Bürgers an den Generalkonservator der DDR (17.07.1984).

4.3.1.4. Zusammenfassung

Die Wahrung denkmalpflegerischer Interessen und Ziele gestaltete sich in Zeiten, in denen das Gesicht der Stadt Halle die damalige Zeit und damit auch den Sozialismus⁴⁹⁰ widerspiegeln sollte, als äußerst schwierig. Warnungen der Denkmalpfleger, dass der Wert der Altstadt bei weitest gehendem Ersatz der vorhandenen Bebauung und lediglich der Erhaltung einzelner Denkmäler verloren gehe⁴⁹¹, hatten keinen Einfluss auf die Planung. Nach außen hin stets um die Zurschaustellung einer guten Zusammenarbeit mit dem Institut für Denkmalpflege bemüht,⁴⁹² konfrontierte das Stadtbauamt im Jahr 1983 die Denkmalpflege mit dem Vorstoß, die Denkmalpositionen auf der Stadtdenkmalliste reduzieren zu wollen.⁴⁹³ Im Jahr 1984 kritisierte der Chefkonservator der halleschen Arbeitsstelle des Instituts für Denkmalpflege beim Bezirksrat für Kultur „die Großzügigkeit[,...] mit der noch brauchbare Substanz der totalen Neubebauung [ge]opfert [wird].“⁴⁹⁴ Immer wieder versuchten die Denkmalpfleger Denkmäler zu retten, was in aller Regel nicht gelang. Die gesetzlichen Vorgaben des Denkmalschutzgesetzes wurden häufig übergangen und Abrisse ohne Genehmigung durchgeführt. Den nachträglich gestellten Anträgen zur Streichung von der entsprechenden Denkmalliste wurde zumeist zugestimmt.⁴⁹⁵ Alle drei Teilbereiche der halleschen Altstadt, in denen sich wertvolle, zum Teil noch geschlossen erhaltene Bausubstanz befand, wurden vor 1990 erneuert. Dabei kam es zu großen Verlusten an den vorhandenen Gebäuden, welche den Gesamtwert der gewachsenen Altstadt erheblich schmälerten.

Als westdeutscher Architekturkritiker formulierte Manfred Sack seine Sichtweise folgendermaßen: Die in Halle durchgeführte Stadterneuerung sei einerseits „besonders ambitioniert“ (da variablere Wohnungsbautypen als die DDR-weit übliche WBS 70 entwickelt worden waren) und andererseits so „unausweichlich wie verzweiflungsvoll“. Der Autor erkannte als eines der größeren Dilemmata, dass in

⁴⁹⁰ Vgl. Schauer (2007): S. 88.

⁴⁹¹ Vgl. Brief des Chefkonservators der Arbeitsstelle Halle des Instituts für Denkmalpflege an den Bürgermeister der Stadt Halle, in Akte Halle Altstadt 1984-1986, AA 164.

⁴⁹² Vgl. Brandstädter, Wulf: Zur städtebaulichen Planung der Stadt Halle, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 327-329, S. 329.

⁴⁹³ Vgl. Brief des Chefkonservators der Arbeitsstelle Halle des Institut für Denkmalpflege an den Generalkonservator der DDR vom 18.11.1983, in: Akte Halle Altstadt, AA 163.

⁴⁹⁴ Vgl. Brief des Chefkonservators der Arbeitsstelle Halle des Institut für Denkmalpflege an den Rat des Bezirkes, Abt. Kultur vom 29.06.1984, in Akte Halle Altstadt 1984-1986, AA 164.

⁴⁹⁵ Vgl. Akte Halle Altstadt 1984-1986, AA 164.

Halle „Stadt, Staat, Partei“⁴⁹⁶ als im Bauwesen allein Entscheidungsbefugte dem industriellen Bauen den absoluten Vorrang einräumen. Auch, dass sich der Beginn jeglicher Sanierungsarbeiten bis in die Mitte der 80er Jahre verzögert hatte, stellte Sack als problematisch dar. Der hallesche Stadtarchitekt Wulf Brandstädter indessen trat 1988 im Interview mit Manfred Sack ausdrücklich für die Stadterneuerung mit der Plattenbauweise ein. Dass gemauerte Häuser der Ausnahmefall blieben, hielt er bei einem erwünschten Anteil von 95% Plattenbauten am Gesamtbauvolumen für den richtigen Weg.⁴⁹⁷

Die ausgebliebene Sanierung der verbliebenen Altbebauung wurde nach dem Zusammenbruch der DDR-Regierung schnellstmöglich begonnen.

Heute zeigt sich Halles Stadtzentrum von zwei Seiten. Die historische Ringbebauung, der Marktplatz und seine Zugangsstraßen (die zugleich die Hauptgeschäftsstraßen sind) sowie der Hallmarkt zeigen sich in neuem Glanz und rege belebt. Die Neubauten der 80er Jahre jedoch sind bereits von Verwitterung gekennzeichnet. Lücken in ehemals geschlossenen Straßenfronten zeigen die der Stadt zugefügten Wunden. In Sichtweite des Marktplatzes harren unsanierte und unbewohnte Gebäude ihrem Schicksal, darunter ein stark verfallenes, gesichertes Fachwerkhaus (Große Klausstraße/Ecke Graseweg) und das wertvolle Baudenkmal des aus der Renaissance stammenden Stadtpalais „Kühler Brunnen“.

⁴⁹⁶ Alle bisherigen Zitate dieses Absatzes: Ebenda.

⁴⁹⁷ Ebenda.

4.3.2. Halberstadt

4.3.2.1. Geschichtlicher Überblick

Die im Harzvorland liegende Stadt Halberstadt blickt heute auf eine über 1200-jährige Stadtgeschichte zurück. Im Jahr 804 erstmals als Bischofsstadt erwähnt, erlebte die im Mittelalter zeitweilig der Hanse angehörende Stadt im Lauf der Jahrhunderte eine wirtschaftliche Blüte, die sich unter anderem im Entstehen zahlreicher prachtvoller Bürgerhäuser äußerte. Auch Industrialisierung und Gründerzeit des 19. Jahrhunderts gaben der Stadtentwicklung Halberstadts entscheidende Impulse. Größere Industriebetriebe wurden gegründet sowie eine für kleinere Städte wie Halberstadt eher untypische Straßenbahn eingeführt. Der Anschluss an das Schienennetz der Eisenbahn erfolgte bereits 1843.⁴⁹⁸

Bis zu seiner Zerstörung durch die britische Royal Air Force am 8. April 1945 war Halberstadt ein herausragendes Zeugnis mittelalterlichen Städtebaus⁴⁹⁹, welches sich im Besonderen durch eine geschlossene Fachwerkbauweise im Zentrum und in der sogenannten Unterstadt⁵⁰⁰ auszeichnete. Durch den Luftangriff wurde das Zentrum mit sämtlichen Stadtstrukturen nahezu vollständig zerstört, während die Unterstadt weitestgehend erhalten blieb. Nach Kriegsende erfolgte der Wiederaufbau des Stadtzentrums in aufgelockerter Bauweise vorwiegend unter dem Einsatz industrieller Baumethoden.⁵⁰¹

⁴⁹⁸ Westphal, Jürgen (Red.): Das Modell Halberstadt. Aus alten Wurzeln zu neuem Leben. Eine bildhafte Reportage zur Stadtentwicklung, Quedlinburg 1998, S. 9-24 passim und Fabich, Matthias: Die historische Entwicklung Halberstadts, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung – Landesgruppe Niedersachsen-Bremen (Hrsg.): Stadterneuerung Halberstadt. Vorbereitender Bericht zur Jahrestagung der DASL 1994 in Erfurt, Bremen 1994, S. 7-9.

⁴⁹⁹ Halberstadt als Denkmal des Städtebaus, in: Akte AA 127, S. 2.

⁵⁰⁰ Als Unterstadt wird der Stadtteil Halberstadts bezeichnet, welcher nördlich des Doms etwa sieben Meter unter dem Niveau des Stadtzentrums liegt.

⁵⁰¹ zur Nedden, Felix: Aufbau und Umbau – Entwicklung in der DDR 1945-1989, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung – Landesgruppe Niedersachsen-Bremen (Hrsg.): Stadterneuerung Halberstadt. Vorbereitender Bericht zur Jahrestagung der DASL 1994 in Erfurt, Bremen 1994, S. 11f.

Die bis 1989 umgesetzte Neugestaltung des Zentrums muss allerdings als unbefriedigend eingeschätzt werden. Vgl. Meibeyer, Wolfgang: Aufbau und Umgestaltung in der Halberstädter Innenstadt – Eine stadtgeographische Fallstudie ihrer Entwicklung seit 1945, in: Berliner Geographische Abhandlungen, Heft 53, Berlin 1990, S. 131f.

4.3.2.2. Stadtbild und Denkmalwert

Der Halberstädter Domberg war als herausragendes Zeugnis der Städtebaugeschichte Bestandteil der zentralen Denkmalliste.⁵⁰² Die Anlage des Domplatzes mit dem Dom und der vis à vis gelegenen Liebfrauenkirche wurde von prächtigen barocken Kurien und anderen wertvollen Einzelgebäuden wie der Dompropstei eingerahmt.

Die sich nördlich des Domplatzes erstreckende Unterstadt galt und gilt trotz der im Folgenden zu beschreibenden Umgestaltung auch heute noch als Zentrum niedersächsischen Fachwerkbaus.⁵⁰³ Die Unterstadt barg im Jahr 1967 noch 681 Fachwerkgebäude, von denen über 85% vor 1870 erbaut wurden.⁵⁰⁴ Noch um 1970 zeigte sich das Straßenbild durch mittelalterliche Straßenstrukturen, zwei- und dreigeschossige, traufständige Bauten mit Steildach und unregelmäßig angelegte Quartiere geprägt. Parallele Baufluchten waren aufgrund des organischen Wachstums im Lauf der Jahrhunderte selten.⁵⁰⁵ Strukturelle Unterschiede zeigten sich in der großzügigen Anlage breiter Straßenzüge wie der Voigtei oder der Gröperstraße im Gegensatz zu viel schmalere Straßen wie beispielsweise der Judenstraße. Weiterhin trug die vielgestaltige Dachlandschaft dazu bei, der Unterstadt eine unverwechselbare Identität zu verleihen.⁵⁰⁶ In ihrer Gesamtheit war die Unterstadt ein in dieser Geschlossenheit selten anzutreffendes Zeugnis mittelalterlichen Städtebaus. Straßen- und Hofräume hatten sich über die Jahrhunderte im Originalzustand erhalten. Teile der Unterstadt enthielten Hinweise auf sehr frühe menschliche Ansiedlungen.⁵⁰⁷ Ringartig legten sich ineinander übergewende Straßenzüge um den Dombezirk. An diesen Straßen und der nach Norden hin ausfallenden Gröperstraße befanden sich die wertvollsten Fachwerkgebäude, hier zumeist dreigeschossig und häufig als Ackerbürgerhaus

⁵⁰² Bereich IV Denkmale des Städtebaus und der Architektur, 3. Begrenzte Bereiche und Ensembles, Position 12, in: Bekanntmachung der zentralen Denkmalliste, GBl. Sonderdruck 1017, S. 11.

⁵⁰³ Vgl. Städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung für die Stadt Halberstadt – Unterstadt, in: LAFDMPuArch Akte 3961/II, S. 2. Vor der Umgestaltung war der Fachwerkbestand der Unterstadt vergleichbar mit dem von Fachwerkstädten wie etwa Quedlinburg, Stolberg und Osterwieck.

⁵⁰⁴ Vgl. Büro für Städtebau, Architektur und Prognose des Bauwesens des Bezirkes Magdeburg (Hrsg.): Halberstadt – Studie zur Umgestaltung der Altstadt Mai 1973, unpaginiert, unsigniert, S. 2f.

⁵⁰⁵ Vgl. Büro für Städtebau (Hrsg.): Städtebauliche Leitplanung Umgestaltung Altstadt Halberstadt Beispielplanung, Dezember 1975, S. 4.

⁵⁰⁶ Vgl. Meibeyer (1990): S. 133.

⁵⁰⁷ Westphal (1998): S. 9.

ausgeführt. An den Nebenstraßen fanden sich hingegen nur vereinzelt wertvolle Häuser.⁵⁰⁸



Abbildung 11. Die Gröperstraße mit Blick auf den Dom im Jahr 1974. Trotz des stärkeren Verfalls einiger Gebäude ist das Stadtgefüge noch intakt.

Der Wert des Flächendenkmals Unterstadt, das 1977 in die Denkmalliste des Bezirkes Magdeburg aufgenommen wurde, ergab sich nicht nur aus seinem reichen Bestand des Niedersächsischen Fachwerks und seiner Geschlossenheit. In der Kleinteiligkeit und oftmals auch Bescheidenheit ihrer Bebauung umgab die Unterstadt den Domberg mit seinen monumentalen sakralen Bauwerken nach Norden, Westen und Süden mit „maßstäblich wohltuender städtischer“ Bebauung.⁵⁰⁹ In dieser Funktion sah das Institut für Denkmalpflege den hauptsächlichen denkmalpflegerischen Wert der Unterstadt. Zudem sei der dortige Bestand das letzte verbleibende Dokument der Entwicklung Halberstadts vor 1945 überhaupt.

Ihr Mitte der 1970er Jahre noch weitgehend intaktes Erscheinungsbild einer geschlossen erhaltenen Fachwerkstadt im vorwiegend Niedersächsischen Stil müsse

⁵⁰⁸ Vgl. Städtebaulich-denkmalpflegerische Zielstellung für die Stadt Halberstadt – Unterstadt, in: LafDMPuArch Akte 3961/II, S. 3.

⁵⁰⁹ Vgl. sdZ für die Stadt Halberstadt – Unterstadt, S. 3.

daher erhalten bleiben, hieß es deshalb in der städtebaulich-denkmalflegerischen Zielstellung für Halberstadt von 1977.⁵¹⁰



Abbildung 12. Luftbild des Unterstadtgebietes vor der Umgestaltung (in der Bildmitte der Johannesbrunnen, links die Straße Voigtei)

Diese denkmalflegerische Zielstellung forderte zunächst, die durch die zahlreichen Kirchtürme geprägte Stadtsilhouette von störenden Neubauten freizuhalten. Eine deutsch-sowjetische Gemeinschaftsstudie hatte die Möglichkeiten untersucht, diesem Ziel gerecht zu werden.⁵¹¹ Die dieser Analyse folgenden Forderungen und Ergebnisse wurden in die städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung aufgenommen.

⁵¹⁰ Halberstadt als Denkmal des Städtebaus, in: LfDMPuArch, Akte AA 127, S. 1.

⁵¹¹ Vgl. Schöne, Rainer: Stadtbilduntersuchungen in Halberstadt, in: Denkmalflege in der Deutschen Demokratischen Republik, 6/1979.

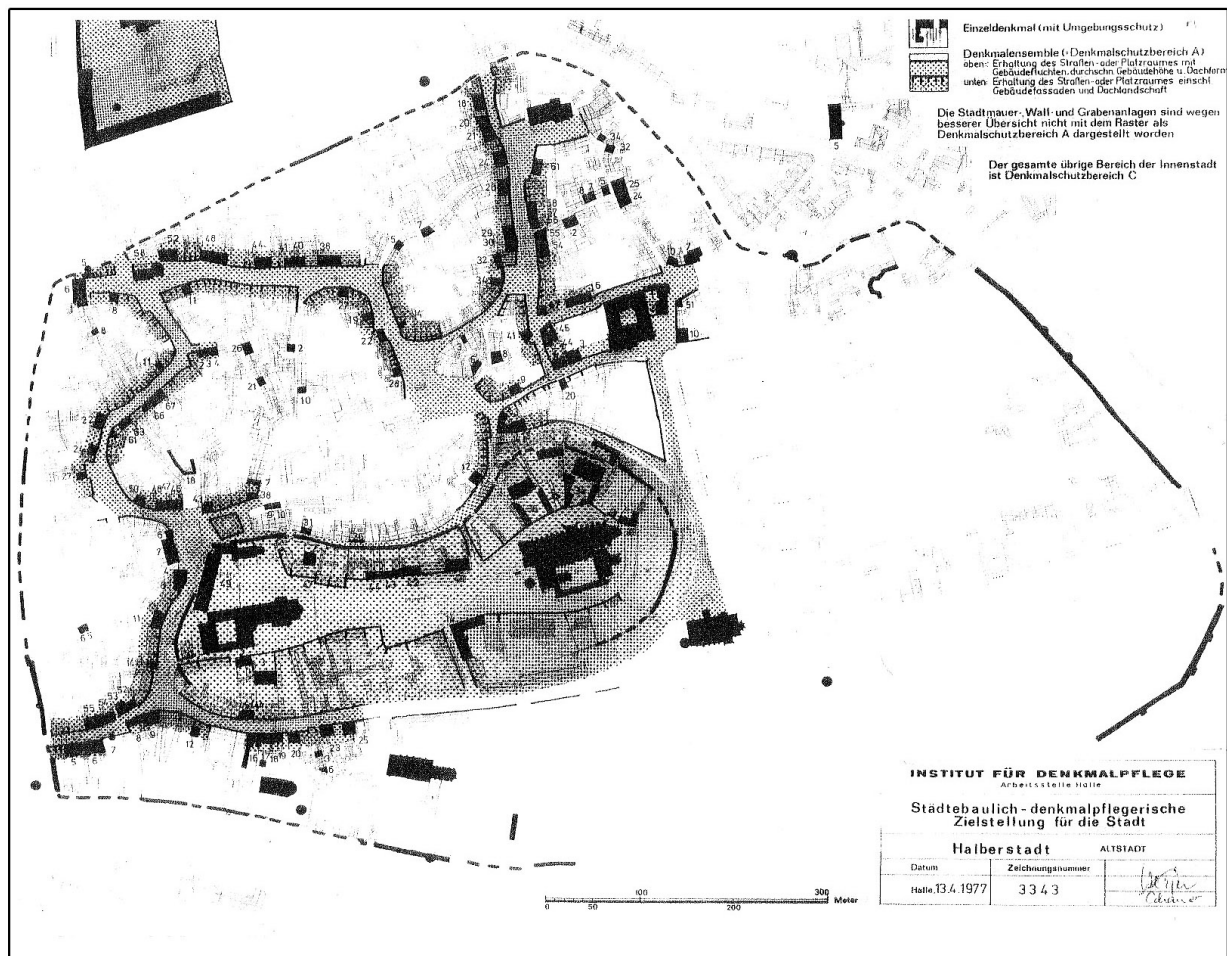


Abbildung 13. Denkmalkarte der Unterstadt.

So sollte der Stadtgrundriss unter Berücksichtigung der bisherigen Straßenbreiten im Wesentlichen erhalten bleiben. In unmittelbar geschützten Denkmalensemblebereichen sollten Fluchtlinien und Platzräume beachtet und beibehalten werden. Für alle Baudenkmale wurden Erhalt und Instandsetzung sowie eine geeignete Einordnung in ihre Umgebung gefordert. In den restlichen Bereichen wurde die Einbeziehung der Gebäudehöhen bei weitgehender Beachtung des Stadtgrundrisses gefordert. Außerhalb des Denkmalschutzbereiches zeigte sich das Institut für Denkmalpflege auch der Neuanlage eines Stadtteilzentrums aufgeschlossen. Der Durchgangsverkehr sollte um das Unterstadtgebiet herumgeführt werden.⁵¹² (vgl. Denkmalkarte der Unterstadt, Abbildung 12, S. 121)

⁵¹² SdZ, in: LfDMPuArch 3961/II, S. 3.

Die Analyse von Daten aus dem Jahr 1971 offenbarte grob dargestellt folgendes Bild: Ungefähr 58% aller Gebäude befanden sich in gutem (54,5%) beziehungsweise sehr gutem (3,2%) Zustand. In der Unterstadt wurden 92 denkmalwerte und 181 erhaltenswerte Gebäude in die Kategorie *„besonders wertvoller und dichter Denkmalbestand“* eingeordnet.⁵¹⁷ In den Gebäuden wohnten noch 6.301 Menschen, das entsprach circa 15% der gesamten Halberstädter Bevölkerung. Da die sanitärtechnische Ausstattung sowie die Wasser- und Stromversorgung unzureichend waren, stand eine umfassende Sanierung des Gebietes außer Frage. Auf Basis dieser Analyse und von acht Planungsgrundsätzen, die unter anderem die Anbindung an das Stadtzentrum, die Anlage eines öffentlichen Naherholungsgebietes und die Errichtung gesellschaftlicher Zentren und Gebäude beinhalteten, wurden drei konkrete Varianten vorgestellt.

Die erste Variante ging von einem maximalen, die zweite von einem mittleren Erhalt der vorhandenen Substanz aus. Die dritte Version sah einen minimalen Erhaltungsgrad vor. Die Entscheidung fiel per Stadtratsbeschluss zugunsten der dritten Planungsvariante. Damit waren 647 Gebäude zum Abriss und 125 Objekte zum Erhalt vorgesehen. Das vorhandene Altstadtgebiet wurde in sechs Wohnquartiere eingeteilt, welche einzeln zu planen und zu realisieren waren. *„Die präzise Nachzeichnung alter Baufluchten ist nicht beabsichtigt“*, hieß es in der Planung. Sie sah lediglich die Berücksichtigung wichtiger Strukturmerkmale (wie die Lage des Raums im Gebiet) vor. Der alte Maßstab sei annäherungsweise anzuwenden, wobei *„unbedeutende Gebiete“*⁵¹⁸ zur kompletten Neugestaltung freigegeben werden könnten. Insgesamt sollte durch die Erneuerung ein Wohngebiet für maximal 10.000 Einwohner mit 3.200 Wohneinheiten entstehen, davon 2.100 in Plattenbauweise. Kontinuität im Erscheinungsbild von Alt- und Neubauten wurde angestrebt. Besonders die Erdgeschosszone und der obere Gebäudeabschluss der Neubauten sollten sich denen der vorhandenen Substanz anpassen. Die Ausführung von geschlossenen Ecken und Abwinklungen wurde zugunsten der Assimilierung alter und neuer Gebäude ebenso wie die angepasste Fassadengestaltung angestrebt.⁵¹⁹

⁵¹⁷ Vgl. Städtebauliche Leitplanung, S. 4f.

⁵¹⁸ Vgl. Städtebauliche Leitplanung, S. 6.

⁵¹⁹ Vgl. Städtebauliche Leitplanung, S. 7.

Diese Leitplanung war in den folgenden neun Jahren die Grundlage für die Umgestaltung der Wohnquartiere I-III (siehe Abb. 14).

Da die aus der Zeit von 1870-1900 stammende Bausubstanz des Quartiers I (vgl. Lageplan der Unterstadt, S. 122) mit verhältnismäßig geringem Aufwand repariert und modernisiert werden konnte, wurden hier nur drei Gebäude abgebrochen. Im Zuge der Sanierung (1976-78) wurden die Höfe entkernt und die auf diese Weise entstehenden Freiflächen neu gestaltet.⁵²⁰

In den Quartieren II und III (vgl. Lageplan der Unterstadt, S. 122) brachte die Sanierung hingegen eine deutliche Veränderung des Erscheinungsbildes mit sich. Insgesamt waren nur etwa zehn Objekte zur Erhaltung vorgesehen⁵²¹, darunter drei Gebäude der Kreisdenkmalliste.

Zwischen 1976-78 wurde das Quartier II saniert.⁵²² Hier war lediglich der Erhalt des Hotels St. Florian von 1578 (Gerberstraße 10) und der Gebäude Hoher Weg 48a und 51 vorgesehen. Außer diesen drei Objekten wurde die gesamte Substanz in den Jahren 1976 und 1977 abgebrochen. Die Gebäude zur Baulückenschließung und die Übergänge zur neuen Bebauung wurden in traditioneller Bauweise ausgeführt. Die Errichtung der Neubauten erfolgte in „0,8 Mp-Großblockbauweise Typ Brandenburg“ (siehe Abbildung 15, S. 125) und Mischbauweise. Die Höfe wurden entkernt und einheitlich überformt.⁵²³

⁵²⁰ Vgl. Investitionsvorentscheidung für die Komplexreparaturen, S. 2ff., in: Büro für Städtebau und Architektur Magdeburg (Hrsg.): Halberstadt, Altstadt: Wohnquartier III, Bebauungs- und Gestaltungskonzeption, Halberstadt Dezember 1984, unpaginiert, unsigniert.

⁵²¹ „Erhalt“ bedeutete in den meisten Fällen nicht etwa Rekonstruktion, sondern Belassen des Zustandes mit dem Vorsatz der späteren Sanierung.

⁵²² Schöne, Rainer: Umgestaltung in der Altstadt von Halberstadt, in: Bauakademie der DDR (Hrsg.), Architektur der DDR, Heft 11, 1980, S. 657.

⁵²³ Ebenda.



Abbildung 15. Bebauung des Wohnquartiers II (2004). Links das Gebäude "Hotel St. Florian", rechts daneben das traditionell ausgeführte Übergangshaus und im Anschluss daran die Großblockbebauung.

Da das Wohnquartier II den Übergangsbereich zwischen den Neubauten der Oberstadt und der Altbausubstanz der Unterstadt darstellte, wurde großer Wert auf eine differenzierte Baukörper- und Fassadengestaltung gelegt. So gelangten variierende Traufhöhen, Erker, Loggien, Verbinder, Durchgänge, verschiedene Dachtypen und rhythmisierende Fassadendetails zum Einsatz. Dach- und Erdgeschosse orientierten sich in Gestaltung und Funktion (Ansiedlung von Geschäften im Erdgeschoss und Ausbildung von Dachgauben) an der Vorgängerbebauung. Vormalige First- und Traufhöhen wurden weitergeführt. Die Fassaden erhielten durch farbig akzentuierte Betongesimse Dynamik. Diese Bemühungen um die Erschaffung einer vielgestaltigen Ersatzbebauung sind in jedem Fall anerkennenswert. Dennoch gelang es nicht, dem Quartier altstädtischen Charakter zu verleihen.

Erst ab 1984 fanden umfassende Arbeiten im Wohnquartier III statt. Diese Verzögerung wirkte sich durch den zunehmenden Verfall auf die ursprünglich anvisierte Zahl zu erhaltender Gebäude sehr negativ aus.



Abbildung 16. Gebäude Lichtengraben 13 im Jahr 1982. Ursprünglich sollte diese Fassade entnommen und an anderer Stelle eingesetzt werden.⁵²⁴

Noch im Jahr 1969 war etwa die Bebauung des Lichtengrabens komplett vorhanden, weshalb die erste Planung von 1975 den weitgehenden Erhalt dieser Straße vorsah. Mitte der 1980er Jahre war der Verfall jedoch bereits so weit fortgeschritten, dass aus Sicht der Planer die Zahl der zu erhaltenden Gebäude auf ein Mindestmaß reduziert werden musste. Der Ersatzneubau erfolgte auch hier in Großblockbauweise. Der standardisierte Gebäudetypus wurde dank planerischer Bemühungen etwas an seine historische Umgebung angepasst. So wurden beispielsweise die Dachneigung von 37° auf 50° verändert, ehemalige Trauf- und Firsthöhen weitergeführt sowie horizontale und vertikale Elemente zur Fassadengliederung eingearbeitet.⁵²⁵ (vgl. Abbildung 17, S. 127)

⁵²⁴ Wohnquartier III, Bebauungs- und Gestaltungskonzeption (1984): S. 3.

⁵²⁵ Vgl. Schöne (1980): S. 658.



Abbildung 17. Großblockbau im Lichtengraben (2004).

Auch diese Neubauten besitzen zweifellos eine höhere städtebauliche Qualität als die für die sich anschließende Erneuerung verwendeten Großplattenbauten. Die beabsichtigte Wiederherstellung historischer Straßenräume muss dennoch als missglückt gewertet werden. Dieses Ergebnis ist dem Umstand geschuldet, dass Halberstadt seitens der DDR-Regierung im Gegensatz zu den wenig entfernten Harzstädten Quedlinburg und Wernigerode nicht für den Erhalt historischer Bausubstanz vorgesehen war. Halberstadt konnte aus dieser Quelle folglich nur minimale Mittel erwarten.

Ab 1981 wurden verstärkt Entwicklungspläne für die Unterstadt entworfen und diskutiert. Dabei zeigte sich immer wieder die eindeutig negative Haltung der örtlichen Staats- und Parteiorgane zum historischen Bestand. Mit Verweis auf die zu geringen Sanierungskapazitäten wurde die Erklärung zum Flächendenkmal der Bezirksdenkmalliste in Frage gestellt. Im Falle der Erneuerung der Halberstädter Unterstadt müsse man sich vielmehr auf einzelne Objekte und Straßenzüge konzentrieren.⁵²⁶

⁵²⁶ In: Protokoll über die Beratung zur Erhaltung denkmalgeschützter Objekte im Wohnquartier IV am 12.11.1981, in: LfDMPuArch Akte 3961/V, S. 1f.

Eine Studie zur Umgestaltung vom März 1982 sah den Abbruch wertvoller Denkmale und Ensembles vor, die in der denkmalpflegerischen Zielstellung jedoch zur Erhaltung bestimmt worden waren. Das Institut für Denkmalpflege stimmte dieser Planung ergo nicht zu und schlug stattdessen eine sich an den tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten orientierende Vorgehensweise vor.⁵²⁷

In Vorbereitung einer zweiten konkreten städtebaulichen Leitplanung wurde im Jahr 1983 eine grundlegende Leitlinie für die weitere Umgestaltung festgelegt. Da die Erfahrungen der Vergangenheit zeigten, dass das für die Sanierung vorgeschriebene Aufwandsnormativ meist deutlich überschritten worden war, sollte die industrielle Bauweise künftig einen größeren Umfang annehmen. Statt der bisher vorgesehenen 2.500 Wohnungen waren nun nur noch 800-900 Wohnungen zum Erhalt bestimmt. 900-1.000 Wohnungen sollten in Plattenbauweise entstehen. Für die schrittweise Umsetzung der Neugestaltung wurden die nötigen Abbrüche geplant. Die Räumung noch bewohnter abzubrechender Gebäude sollte durch die „[...] *gezielte wohnpolitische Arbeit des örtlichen Rates* [...]“⁵²⁸ realisiert werden. Ebenso sollte die Kreisdenkmalliste „überarbeitet“ werden, wobei die euphemistische Sprachwahl kaum zu verschleiern vermochte, dass eine Bereinigung der Liste intendiert war.⁵²⁹ Die dieser Tendenz zuzuschreibende steigende Zahl von Abbruchanträgen aus Halberstadt an den Rat des Bezirkes Magdeburg veranlasste die halesche Arbeitsstelle des Instituts für Denkmalpflege, sich erneut für den Erhalt der „*einst großartigen Fachwerkstadt*“⁵³⁰ einzusetzen und eine grundlegende Aussage des Ministers für Kultur über die weitere Vorgehensweise in Halberstadt zu erbitten. Reaktionen auf diese vielfältigen Bemühungen finden sich in den Akten jedoch nicht. Im Jahr 1982 wurde ein Wettbewerb für den Bereich Johannesbrunnen ausgeschrieben, dem zukünftigen Zentrum der Unterstadt. Ziel dieses Wettbewerbs war die Entwicklung eines altstadtgerechten Bautypus, der an die mittelalterlichen Straßen- und Platzstrukturen angepasst werden konnte. Die unregelmäßige mittelalterliche Quartierstruktur des Bereichs um den Johannesbrunnen sollte unter

⁵²⁷ Vgl. Korrespondenz zwischen dem Institut für Denkmalpflege und dem BfS Magdeburg vom 22.11.1982, in: LfDMPuArch Akte 3961/V, S.1f.

⁵²⁸ Gemeint ist gezieltes „Freiziehen“ der zum Abbruch vorgesehen Gebäude. Vgl. Protokoll der Beratung am 05.04.1983 beim Vorsitzenden des Rates des Kreises Halberstadt über die Aufgaben des Städtebaus in der Altstadt Halberstadt bis 1990 unter Beachtung denkmalpflegerischer Aspekte, in: LfDMPuArch Akte 3961/V, S. 2.

⁵²⁹ Ebenda, S. 3.

⁵³⁰ In: Korrespondenz des Instituts für Denkmalpflege mit dem RdB Magdeburg, Abt. Kultur, in: LfDMPuArch Akte 3961/V.

Verwendung eines an die zwei- und dreigeschossige Bebauung und die mittelalterliche Dachlandschaft anpassbaren Bausystems erneuert werden. Grundlage dieser neuen Baureihe war die WBS 70.⁵³¹

Die historische Straßen- und Quartierstruktur sollte für die Neugestaltung weitgehend maßgeblich sein. Aus stadthygienischen, verkehrstechnischen und bautechnologischen Gründen konnte eine Korrektur der Baufluchten jedoch nicht prinzipiell ausgeschlossen werden. Die Quartierinnenräume sollten entkernt und die auf diese Weise entstehenden Freiflächen funktionell und gestalterisch aufgewertet werden.

Folgende Anforderungen wurden an den neuen Bautypus gestellt:⁵³²

- Variabilität der Gebäudelängen zwischen 9,60 m und 14,40 m, vier Geschosse, Vermeidung einer durchgehenden Trauflinie;
- Gebäudeecklösungen und Gebäudeabwinklungen durch konische Gebäudeteile;
- Verwendung eines Flachdachs mit Mansardcharakter;
- variable Fassadengliederung durch Erker, eingezogene Loggien, Gebäudeversätze und Vorsprünge sowie Funktionsunterlagerung;
- hohe Kombiniertfähigkeit der Segmente und verschiedenen Geschosshöhen;
- öffentliche Gebäudedurchgänge;
- generelle Beachtung der Kleinteiligkeit von Fachwerkbauten bei der Fassadengestaltung;
- stehende Fensterformate;
- kontrastierende, farblich abgesetzte Spaltklinker zur Plattenumrandung, Plattenfläche glatt mit einem hellen Farbanstrich und möglichst ohne Besplittung.

Auf Grundlage dieses Wettbewerbs wurde im Wohnungsbaukombinat Magdeburg die WBS-M-86⁵³³ entwickelt. Auf der Grundlage der WBS 70 entstand so ein Gebäudetypus mit Mansarddachausführung, der die angeforderten Kriterien im Wesentlichen erfüllte. Der Versuch der Anpassung an einen altstadtgerechten Maßstab ist erkennbar, ebenso die Bemühungen um eine kleinteilige

⁵³¹ In: Akte Halberstadt Altstadt, Wettbewerb Johannesbrunnen (variable Gebäudelösungen), Standort: Stadtarchiv Halberstadt, ohne Jahresangabe, S. 2.

⁵³² Akte Halberstadt Altstadt, Wettbewerb Johannesbrunnen, S. 2f.

⁵³³ WBS-M-86: Wohnungsbauserie-Mansarddach-(19)86.

Fassadengestaltung (Akzentuierung durch verschiedenfarbige Keramik, Gebäudevorsprünge). Unterschiedliche – wenn auch nicht signifikant verschiedene – Gebäudetypen standen bereit. Funktionsunterlagerungen im Erdgeschoss sollten den altstädtischen Charakter unterstützen und die ursprüngliche Gestalt des Gebietes aufnehmen.

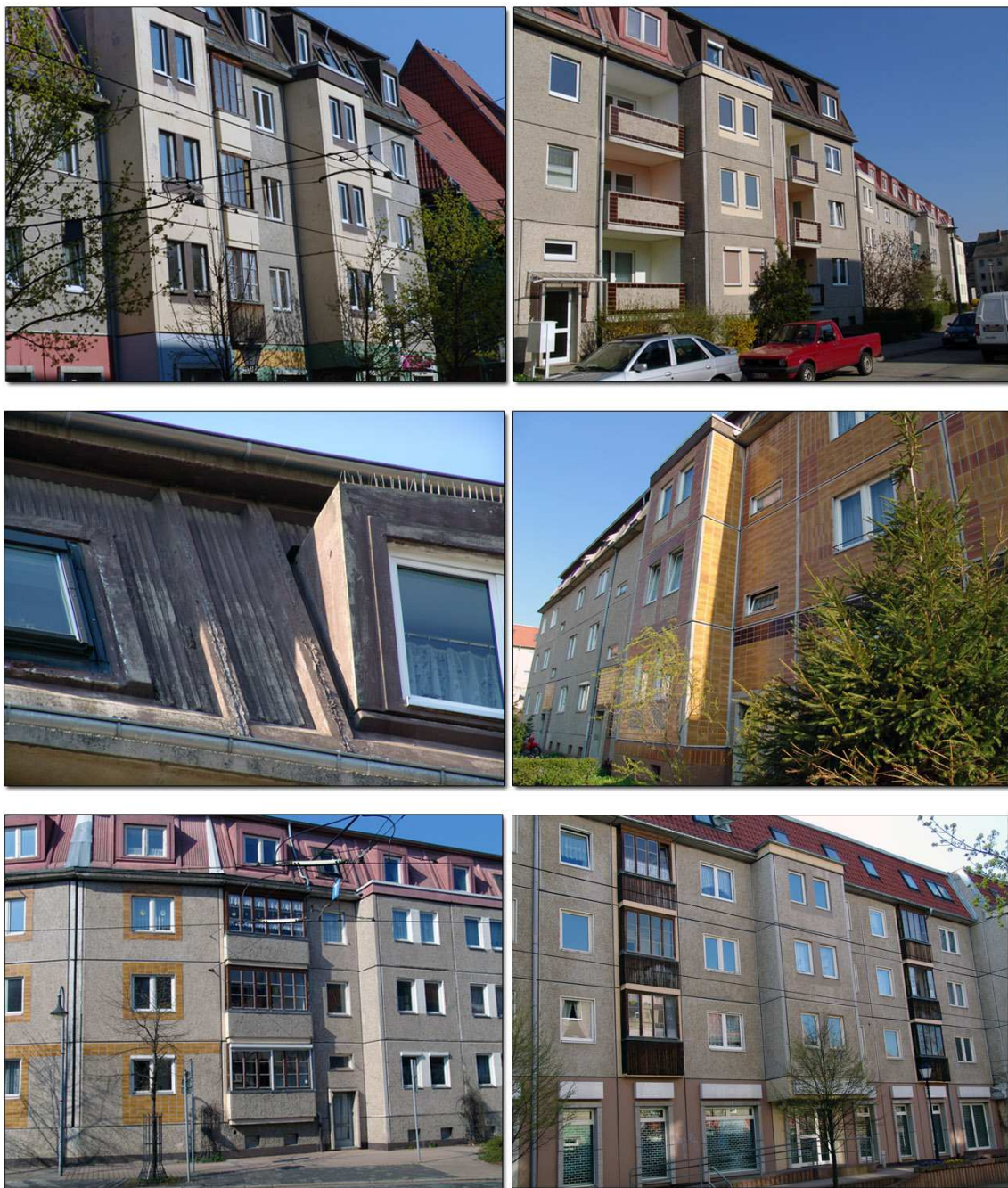


Abbildung 18. Die verschiedenen Gestaltungsvarianten der WBS-M-86 (2004).

Im Jahr 1984 gab das Büro für Städtebau Magdeburg eine zweite städtebauliche Leitplanung heraus, die auf den Ergebnissen des Wettbewerbs basierte. Für die Altstadtsanierung in Halberstadt sollte fortan die Gebäudeserie WBS-M-86 verwendet werden. In der Einleitung der zweiten städtebaulichen Leitplanung wurden die Veränderungen im Unterstadtgebiet zusammengefasst: In drei Quartieren wurden sechs Wohneinheiten in Fachwerkgebäuden saniert.⁵³⁴ Die vorhandene Bausubstanz befand sich generell in einem zunehmend schlechten Zustand. Der Verschleiß der Gebäude schritt unaufgehalten voran. Eine zunehmende Zahl von Wohnungen konnte nicht mehr genutzt werden. Viele Gebäude wurden mit der Begründung der *„Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“*⁵³⁵ abgebrochen. Die angestrebte Erhöhung des Bautempos konnte nach Auffassung der Verantwortlichen nur unter der Verwendung industrieller Baumethoden bewerkstelligt werden. Die Leitplanung von 1975 wurde überarbeitet: Nun war eine *„[...] Orientierung auf einen weitgehenden Ersatz der vorhandenen Wohnungsbausubstanz und auf die Konzentration der Rekonstruktionsmaßnahmen auf wenige ausgewählte Objekte, Straßen- und Platzräume“*⁵³⁶ vorgesehen. Durch den unumgänglich gewordenen Abbruch, heißt es, sei die Wahrung der mittelalterlichen Stadtstruktur nicht mehr gewährleistet. Knapp die Hälfte (46,9%) der Gebäude befand sich nunmehr in der Bauzustandsstufe IV. Der Rückgang der genutzten Wohnungen wurde mit 41% beziffert. Das Wohnumfeld wurde durch die wachsende Zahl der Baulücken und unbewohnten Gebäude sowie Ruinen zunehmend negativ bewertet. Die stadthygienischen Verhältnisse seien durch unzureichende Besonnung und Belüftung unzumutbar.⁵³⁷ Industrielle Methoden sollten schnellstmöglich vor allem auch in den kleineren Seitenstraßen zum Einsatz gelangen. 1.779 Wohneinheiten, darunter 1.583 in Plattenbauweise, sollten neu gebaut, 196 Wohneinheiten traditionell oder in Blockbauweise errichtet und 377 Wohneinheiten in vorhandenen Gebäuden insgesamt erhalten werden. 1.022 Wohneinheiten waren zur *„Aussonderung“* bestimmt.⁵³⁸ Trotz der Unterschützstellung des gesamten Gebietes im Jahr 1977 standen laut der

⁵³⁴ Büro für Städtebau und Architektur Magdeburg (Hrsg.): Leitplanung zur städtebaulichen Entwicklung der Altstadt 1984, S. 2.

⁵³⁵ Leitplanung (1984): S. 2.

⁵³⁶ Leitplanung (1984): S. 3.

⁵³⁷ Leitplanung (1984): S. 4 ff.

⁵³⁸ Leitplanung (1984): S. 6 f.

Leitplanung keine finanziellen und materiellen Mittel zur Verfügung, um der denkmalpflegerischen Zielstellung entsprechen zu können. Da die Sicherung von Einzelobjekten der industriellen Neubebauung im Weg stünde, war als Konsequenz der Vorschlag zu lesen, die Rekonstruktion auf wenige ausgewählte Bereiche zu konzentrieren. Genannt wurden hierfür die Gröperstraße, der Domberg sowie die Straßenzüge Voigtei und Westendorf. Aus den Abbruchgebäuden entnommene Fassaden sollten in diesen zu erhaltenden Gebieten Verwendung finden.

Das Umgestaltungsgebiet wurde nun in 17 Quartiere unterteilt. Im Zeitraum von 1986 bis 1990 wurde der Bau von 1.500 Neubauwohnungen und die Rekonstruktion von 300 Wohnungen zum Ziel erklärt.⁵³⁹



Abbildung 19. Modell der Altstadt nach der zukünftigen Umsetzung der städtebaulichen Leitplanung von 1984.

Für das Wohnquartier IV (vgl. Lageplan der Unterstadt, Abbildung 14, S. 122), dessen Entwicklung an dieser Stelle beispielgebend genauer betrachtet werden soll, fanden ab dem Jahr 1984 erste Planungsarbeiten statt. In diesem Gebiet sollten die ersten Sanierungsmaßnahmen unter Verwendung der Ergebnisse des bereits geschilderten Wettbewerbs und der WBS-M-86 durchgeführt werden. Der Zustand der

⁵³⁹ Leitplanung (1984): S. 24.

vorhandenen Bausubstanz des Wohnquartier IV wurde 1984 als schlecht beziehungsweise sehr schlecht eingestuft: Von 49 Gebäuden waren 38 der Bauzustandsstufe IV zugeordnet. Über 50% aller Objekte waren leerstehend. Gleichzeitig befanden sich 20 Gebäude auf der Kreisdenkmalliste. Die Bebauung an der Gröperstraße stand geschlossen unter Schutz und war bisher in allen Planungen für erhaltenswert befunden worden.⁵⁴⁰ Nun wurde die Umgestaltung des Wohnquartiers auf der Grundlage der städtebaulichen Leitplanung von 1984 projektiert. Der vorhandene Gebäudebestand sollte weitestgehend durch die WBS-M-86 in viergeschossiger Ausführung ersetzt werden. An einigen Stellen waren Baulückenschließungen in traditioneller Bauweise vorgesehen, da vorhandene Häuser in die Planung einbezogen werden mussten. Von den insgesamt 49 vorhandenen Gebäuden des Umgestaltungsgebietes wurden für 18, im Wesentlichen in der Gröperstraße gelegene Gebäude Werterhaltungsmaßnahmen geplant. Die restlichen 31 Häuser waren zum Abriss bestimmt. Sieben dieser abzubrechenden Gebäude standen auf der Kreisdenkmalliste.⁵⁴¹



Abbildung 20. Dachlandschaft der Gröperstraße vor ihrer Umgestaltung.

⁵⁴⁰ Akte Halberstadt Altstadt Wohnquartier IV, unsigniert, ohne Jahresangabe, S. 2f.

⁵⁴¹ Büro für Städtebau Magdeburg: Halberstadt Altstadt Wohnquartier IV – Arbeitsunterlagen zur Erarbeitung des Informationsangebots, 1984, in: Akte: Halberstadt Altstadt Wohnquartier IV, unsigniert, ohne Jahresangabe, S. 5f.

Das Institut für Denkmalpflege lehnte diese Bebauungskonzeption zunächst ab und verwies auf die für den Abbruch der Denkmale nötige Zustimmung des Ministers für Kultur. Der Halberstädter Bürgermeister beharrte hingegen auf der Rechtsverbindlichkeit der bereits durch die zuständigen Räte beschlossenen Umgestaltung. Mit der Begründung, dass sich die Unterstadt nicht auf der zentralen Denkmalliste der DDR befände, bestand er auf der Einhaltung ökonomischer Vorgaben. Darüber hinaus hätte auch die zukünftige Bewohnerschaft der zu errichtenden Neubauten kein Interesse an der Wahrung der historischen Strukturen. Von einer „*Halberstädter Tradition*“⁵⁴² würden die Bürger nichts wissen und stattdessen vielmehr modern wohnen wollen. Zu guter Letzt durfte der Hinweis auf die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms nicht fehlen, die auch in der Stadt Halberstadt als verbindliches Ziel definiert sei.⁵⁴³ Die Denkmalpflege litt einmal mehr an ihrer Machtlosigkeit.

Die vorgesehenen Abbrucharbeiten (darunter zwei Denkmale, deren Abbruch nicht wie vorgesehen durch den Minister für Kultur legitimiert wurde), waren bereits im Jahr 1984 größtenteils abgeschlossen. Die Sicherung der zum Erhalt vorgesehenen Objekte fand hingegen nicht statt. Darüber hinaus wurden die Häuser vorzeitig geräumt und Gebäudeteile so abgebrochen, dass einige der verbleibenden Gebäude gänzlich einzustürzen drohten.⁵⁴⁴

1987 ging dem Institut für Denkmalpflege eine neue Planung für den Straßenraum Gröperstraße zu. Nach dieser Planung sollten bis auf drei Gebäude alle restlichen Objekte abgebrochen werden. Dazu findet sich folgender Aktenvermerk vom Institut für Denkmalpflege: „[...] *Durch vorzeitiges Leerziehen der Gebäude und unzureichende Sicherung sind die Bauschäden an diesen Häusern sehr groß geworden. Durch zu aufwendige Arbeiten an den Häusern der Dominikanerstraße, Lichtengraben und Gröperstraße 54/55 reichen die vorhandenen Baukapazitäten in Halberstadt nicht mehr aus. [...] Nach einer Zustimmung zu diesem Vorschlag ist dann auch die Gröperstraße kein Denkmalbereich mehr.*“⁵⁴⁵ Doch in diesem Fall hob der Minister für Kultur den Denkmalschutz für die zum Abriss vorgesehenen

⁵⁴² Vgl. Korrespondenz zw. RdS HBS und dem Institut für Denkmalpflege vom 11.7.1984, in: LAfDMPuArch Akte 3961/V.

⁵⁴³ Ebenda.

⁵⁴⁴ Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle: Stellungnahme zu Halberstadt, Planung für das Wohnquartier IV, in: Akte AA 127, ohne Jahresangabe, S. 1.

⁵⁴⁵ Aktenvermerk, in: Akte AA 128: Halberstadt Altstadt, unpaginiert.

Gebäude nicht auf. Die Fachwerkhäuser wurden daraufhin ohne die erforderliche Zustimmung mit der Begründung, die öffentliche Sicherheit sei gefährdet, abgebrochen.



Abbildung 21. Die Gröperstraße im letzten Stadium der Neubebauung 1990.

In der Folgezeit stimmte das Kultusministerium immer mehr Abbrucharträgen zu. Auch die zum Wohnquartier V gehörende Westseite der Gröperstraße wurde weitestgehend abgerissen und mit Neubauten der WBS-M-86 umgestaltet.⁵⁴⁶ Die im umgestalteten Bereich dieser Straße verbliebenen zwei Fachwerkgebäude wirkten in ihrer durch die industriell erschaffenen Wohnhäuser gestalteten Umwelt wie Fremdkörper und erschienen wie ein „*nostalgisches Feigenblatt [einer] sich auf Traditionsbezug bedacht gebende[n] Stadtgestaltung*“⁵⁴⁷.

⁵⁴⁶ Akte AA 128, unpaginiert.

⁵⁴⁷ In: Meibeyer (1990): S. 134.



Abbildung 22. Straßenraum Ochsenkopfstraße 1977 vor der Sanierung (links) und im Jahr 2004.

Weitere Quartiere und Straßenzüge wurden in den 1980er Jahren analog der hier beschriebenen Sanierung des Quartiers IV fertig gestellt. Dabei wurde nicht mehr streng nach der Quartiereinteilung vorgegangen. Auch verschwanden zwei kleine Straßenzüge komplett aus dem Stadtgrundriss.⁵⁴⁸ Da die Technologie der Bauweise generell nicht ohne eine Begradigung und Verbreiterung der Straßenverläufe auskam, konnte sie den Stadtgrundriss nur vergrößert abbilden. Folglich muss auch die minimalste Anforderung an die Umgestaltung, die Erhaltung des Stadtgrundrisses, als unerfüllt gelten. Die Neubauten veränderten die historisch überlieferte Gebietsstruktur stark. Im Gebiet unmittelbar unterhalb der Domburg kam der Errichtung von Großplattenbauten nach dem flächigen Abriss die politische Wende im Herbst 1989 zuvor.



Abbildung 23. Gebiet Johannesbrunnen vor und nach der Sanierung.

⁵⁴⁸ Vgl. Meibeyer (1990): S. 136.

Dass eine industriell gefertigte Gebäudeserie nicht zur Sanierung mittelalterlicher Altstadtviertel geeignet ist, dafür liefert auch die Erneuerung der Halberstädter Unterstadt einen eindrucksvollen Beleg. Obwohl gekrümmte Straßenfluchten in etwa nachgezeichnet werden konnten und das obere Geschoss der WBS-M-86 an ein Mansarddach erinnerte, gelang es nicht, den ursprünglichen Charakter des Gebiets zu wahren. Die für den Montagebau erforderliche Verbreiterung und Begradigung der Straßen waren die Grundlage und die standardisierten Gebäudeblöcke das Mittel der Strukturzerstörung. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich das Mansarddach als farbig gestrichene, geneigt eingesetzte Betonplatte, ohne dass Dachziegel Verwendung gefunden hätten. Die Wirkung des stehenden Fensterformates wird durch das Fehlen von altstadttypischen Fenstersprossen in T-Form zunichte gemacht. Die Dachlandschaft wirkt gleichförmig und genormt, da jeweils einer gesamten Blocklänge eine Traufhöhe zugeordnet wurde.⁵⁴⁹ Normierung und Standardisierung sind für die Sanierung eines ehemals mittelalterlich anmutenden Viertels keine geeignete Grundlage.⁵⁵⁰

Bei der städtebaulichen Entwicklung der Halberstädter Unterstadt zwischen 1975 und 1990 muss von einem besonders unrühmlichen Beispiel für die Altstadterneuerung gesprochen werden. Die seinerzeit politisch Verantwortlichen ließen nahezu jeglichen Erhaltungswillen gegenüber dem kulturhistorisch wertvollen Erbe ihrer Altstadt vermissen. Das Interesse an städtebaulichen Fragen scheint in Halberstadt mit der Zielstellung, die quantitativen Vorgaben des Wohnungsbauprogramms zu erreichen, erschöpft gewesen zu sein. Der 1995 amtierende Bürgermeister *Matthias Gabriel* sprach von „*Betonköpfen in der SED*“⁵⁵¹,

⁵⁴⁹ Diese Wertung bezieht sich allerdings ausschließlich auf die architektonisch-städtebauliche Qualität der Neubauten aus heutiger Sicht. Immer wieder muss auf den bereits aufgeführten Zusammenhang zu den Vorgaben des zentralen Bauwesens hingewiesen werden. Nur dem außerordentlichen Engagement der lokal verantwortlichen Planer ist es beispielsweise zuzuschreiben, dass für die Altstadtsanierung in Halberstadt überhaupt ein modifizierter Typus der WBS 70 entwickelt wurde. Auch dass die Ausführung mit einer geringeren Geschosshöhe (vier Etagen inklusive Dachgeschoss) als der landesweit genormten fünf Etagen stattgefunden hat, ist auf den Einsatz der Mitarbeiter des für Halberstadt zuständigen Büros für Städtebau Magdeburg zurückzuführen.

⁵⁵⁰ Ähnlich Thomas Topfstedt: Baukultur zwischen Bestandssicherung und Stadterneuerung, in: Jahrbuch für Architektur 1991, Braunschweig 1991, S. 11: „*Die erschreckende räumliche Verödung de[s] Stadtkern[s] von Halberstadt [...] hätte schon in den frühen 50er und vor allem 60er Jahren den anschaulichen Beweis dafür liefern können, daß industrielles Bauen im denkmalgeschützten Altstadtbereich eine grundsätzlich ungeeignete Lösung ist, weil stets die historische Identität des Ortes zerstört wurde, ohne nur annähernd gleichwertige neue Identität zu schaffen.*“

⁵⁵¹ In: Westphal (1998): S. 49.

die Zerstörungsarbeiten in Auftrag gegeben haben sollen. Um den flächigen Abriss zu ermöglichen, wurde *„mitunter [...] der Zustand der Verschlossenheit tatkräftig herbeigeführt“*⁵⁵². Die statt der Altbauten errichteten Neubaublöcke zwingen dem ehemals einzigartigen urbanen Gefüge die ihrer Bauweise geschuldete gesichtslose Identität jedes beliebigen Neubaugebietes der DDR auf. Doch schon die nach dem Wendeherbst gewählte Stadtverwaltung setzte sich zum Ziel, das Halberstädter Stadtbild zu retten. 1990 wurde ein Sofortprogramm zur Rettung der verbliebenen Altstadtteile beschlossen. Das benachbarte Bundesland Niedersachsen stand Halberstadt mit Baumaterialien und konkreter Anleitung bei Sanierungsvorhaben zur Seite. Im Frühjahr 1990 wurde Halberstadt dank der Bemühungen von Verantwortlichen aus dem städtischen Bauamt und des neu gewählten Stadtpräsidenten in das Modellstadtprogramm des Bundes⁵⁵³ aufgenommen. Neben finanzieller Unterstützung der Sanierungs- und Umgestaltungsvorhaben bot das Programm professionelle fachliche Hilfe in Form von regelmäßigen Seminaren, Wissenstransferveranstaltungen und Arbeitstreffen. Mit der Niedersächsischen Landesentwicklungsgesellschaft mbH (NILEG) wurde Halberstadt ein erfahrener Sanierungsträger zugeordnet, welcher die Realisierung anvisierter Ziele vor Ort verfolgte und begleitete. Als Ziele der Stadtsanierung wurden die Revitalisierung der Altstadt, die Wiedererlangung der zentralörtlichen Bedeutung und die Wiederherstellung der Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt definiert. Um diese Ziele zu erreichen, wurde folgende Entwicklung angestrebt: Die verbliebene Fachwerkssubstanz sollte komplett erhalten und die Baulücken in der Altstadt geschlossen werden. Unter Wahrung der historischen Stadtstruktur galt es, eine

⁵⁵² Vgl. ebenda. Eine solche Vorgehensweise schien auch in anderen Städten der DDR üblich zu sein. Über die Stadt Altenburg (bis 1990 Bezirk Leipzig, heute Bundesland Thüringen) wird berichtet, dass mutwillig Brände und Wasserrohrbrüche in leerstehenden Häusern verursacht wurden, damit diese zum Abriss freigegeben werden konnten. Vgl. hierzu: Kröber, Kathrin/Jahn, Eva-Maria/Reuchsel, Steffen/Wolke, Iris: Die baugeschichtliche Entwicklung der Stadt Altenburg. Praktikumsarbeit an der Technischen Hochschule Leipzig (Typoskript), Januar 1989, Teil IV, S. 17, zitiert in: Topfstedt, Thomas: Zwischen Vergangenheit und Zukunft: das Stadtdenkmal Altenburg/Thüringen, in: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Schönen Künste 07/1993.

⁵⁵³ Unter den Beiträgen zum Modellstadtprogramm sind besonders hervorzuheben:
Bote, Peter/Kaune, Heinz-Clemens: Zwei Jahre Modellstadtprogramm. Stand und erste Ergebnisse, in: Bundesbaublatt 10/1992, S. 737-741.
Bote, Peter/Krautzberger, Michael: Neue Bundesländer – Modellvorhaben der Stadterneuerung, in: Bundesbaublatt 8/1992, S. 577-589.
Rosenkranz, Christa: Erfahrungen aus den Modellvorhaben der Stadterneuerung in den neuen Bundesländern, in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Planungerleichterungen in den neuen Bundesländern. Ergebnisse der Zwischenbilanzkonferenz im Dezember 1991 in Berlin. Materialien zur Raumentwicklung, Bonn 1992, S. 54-57.

qualitätsvolle, maßstäbliche zeitgenössische Bebauung auf vorhandenen Freiflächen und im eigentlichen Zentrum zu schaffen. Die Sanierung der Gesamtstadt war von dem Leitgedanken geprägt, einen „*harmonischen Stadtorganismus*“⁵⁵⁴ aufzubauen. Die einzelnen Stadtteile sollten ihren Charakter bewahren beziehungsweise wiedererhalten. Die Nachkriegsbauung konnte keine geschlossene Innenstadt schaffen und die Beziehungen zu den anderen Stadtteilen nicht klar darstellen. Alt- und Neu- beziehungsweise Unter- und Oberstadt galt es in ein Verhältnis zu setzen, welches die Stadtstrukturen zu revitalisieren vermochte. Einkaufszentren vor den Toren der Stadt wurden nicht genehmigt, damit sich der Einzelhandel im entstehenden Stadtzentrum ansiedeln würde. Das Überkommene zu erhalten und zu nutzen sowie das Neue in einer mit der vorhandenen Bebauung harmonisierenden zeitgenössischen Architektur zu gestalten, wurden als grundlegende Prinzipien verankert.⁵⁵⁵ Von 1990 bis 1993 wurden aus Mitteln des Modellstadtprogramms in Halberstadt 65 Millionen DM verbaut. Die Aufnahme in das Modellstadtprogramm des Bundes ist für die Stadtentwicklung in jeder Hinsicht als positiv zu bewerten. Sowohl für das Untersuchungsgebiet als auch für das neu zu bebauende Stadtzentrum bot die finanzielle und fachliche Hilfe eine einmalige Chance zur nachhaltigen Strukturverbesserung. Diese Chance wurde genutzt, um der Stadt, der noch 15 Jahre vorher der städtebauliche Gesichtsverlust drohte, Individualität und Profil zu verleihen. Die maßstäbliche, sich an den Vorkriegsbauten orientierende Zentrumsbebauung trägt ebenso wie die verbliebenen, bereits großteils sanierten Altstadtgebiete zur neuen städtebaulichen Qualität Halberstadts bei.

4.3.3. Naumburg

4.3.3.1. Geschichte und Charakteristik der Stadt

Die erstmalige Erwähnung der auf einer Terrasse im Saaletal gelegenen Stadt Naumburg geht auf das Jahr 1000 zurück. Im Schutz der durch den Meißener Markgrafen *Ekkehardt I.* errichteten Burg entstand eine Siedlung. Seit dem 11. Jahrhundert existierte am Standort des heutigen Doms ein erster Vorgängerbau. Der

⁵⁵⁴ In: Westphal (1998): S. 75.

⁵⁵⁵ Westphal (1998): S. 76-79 und Gehrke, Wilhelm: Schwerpunkte der Stadtbaupolitik seit 1989, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung – Landesgruppe Niedersachsen-Bremen (Hrsg.): Stadterneuerung Halberstadt. Vorbereitender Bericht zur Jahrestagung der DASL 1994 in Erfurt, S. 19f. sowie Gercke, Friedrich (1991): Halberstadt, ein Modell für die Stadterneuerung?, S. 325.

Dom, die sich anschließende Klausur, die Dreikönigskapelle und die Marienkirche bildeten das Zentrum des als Domfreiheit bezeichneten Viertels. Um den Dom gruppierten sich die Kurien der Domherren. Das unregelmäßige gitterförmig angelegte Straßennetz der Domfreiheit mit der zum Marktplatz führenden Hauptachse des Steinweges hat sich über die Jahrhunderte hinweg bis heute erhalten.

In der östlich des Domgebietes gelegenen sogenannten Ratsstadt entstand ein von Kaufleuten gegen Ende des 12. Jahrhunderts gegründeter zweiter Siedlungskern. Unter Einbeziehung bereits vorhandener besiedelter Gebiete (Marien- und Jakobsquartier) legten die Bürger hier ihre Stadt um einen rechteckigen Marktplatz an. Mit zunehmendem wirtschaftlichen Aufschwung versuchten sich die Bürger mehr und mehr dem Einfluss des in der Domfreiheit ansässigen Bischofs zu entziehen, was sich auch äußerlich im Bau einer Mauer mit Graben zwischen den bis dahin nicht voneinander getrennten Stadtbereichen im Jahr 1358 manifestierte. Die Macht des Bischofs und der Landesherren war jedoch größer. So konnten sie unter anderem im Jahr 1433 den Rückzug Naumburgs aus der Städtehanse nach nur einjähriger Mitgliedschaft erzwingen. Als wichtiger Markt- und Handelsplatz hatte Naumburg im Mittelalter überregionale Bedeutung. Außerhalb der Stadtmauer bildeten sich zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert Vorstädte heraus. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts stagnierte die räumliche Ausdehnung und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt aufgrund der Bevorzugung Leipzigs durch die herrschenden Landesfürsten. In den 1830er Jahren wurden die Domfreiheit und die Ratsstadt vereinigt. Um 1870 erweiterte sich die Stadt um ausgedehnte Villenviertel.⁵⁵⁶

4.3.3.2. Stadtbild und Denkmalwert Naumburgs

Die Bebauung der Domfreiheit bestand neben den aus dem 16.-18. Jahrhundert stammenden, teilweise noch früher zurückreichende Gebäudeteile enthaltenden Domkurien am Domplatz aus massiv errichteten, meist dreigeschossigen Traufenhäusern. Im Vergleich zu den Gebäuden der Ratsstadt war ihr Erscheinungsbild weitaus bescheidener.⁵⁵⁷ Glatt geputzte, teilweise gegliederte und sparsam mit Fachwerk versehene Fassaden sowie gauben- oder zwerhdachbesetzte

⁵⁵⁶ Vgl. Städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung für die Stadt Naumburg/Saale, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/II, 1978, S. 1.

⁵⁵⁷ Ebenda, S. 2.

Dächer prägten das Straßenbild. Die Kurien der Domherren waren im Gegensatz dazu prächtig gestaltet und demonstrierten den höheren gesellschaftlichen Status ihrer Besitzer gegenüber dem der Beamten, Handwerker und Landarbeiter, deren Häuser sich in den Nebenstraßen befanden.⁵⁵⁸



Abbildung 24. Luftblick vom Turm der Wenzelskirche (Topmarkt) über Ratsstadt und Domfreiheit zum Dom.

Der Grundriss der planmäßig angelegten Ratsstadt entsprach einem aufgrund der Lage der Domfreiheit schräg abgeschnittenen Quadrat. Die geraden breiten Straßenzüge der rechtwinklig in die vier Ecken des Marktplatzes einmündenden Hauptstraßen prägten das Stadtbild. Die Nebenstraßen waren wesentlich schmaler. Die Gebäude dieses Altstadtbereiches stammten aus der Zeit nach den großen Stadtbränden von 1517, 1532, 1714 und 1716, die zum Teil verheerende Schäden anrichteten. Die Hauptstraßenzüge und der Marktplatz waren mit repräsentativen Gebäuden der mitteldeutschen Renaissance, aber auch späterer Epochen bebaut. Die massiven dreigeschossigen Traufenhäuser besaßen oftmals eine reiche Ausstattung (z.B. verzierte Erker oder Portale und Dachaufbauten wie Zwerchgiebel oder

⁵⁵⁸ Vgl. LfDMPuArch, Dokumentation IV/403 Naumburg, 1975, S. 14.

Gauben). Insoweit sind vor allem das Rathaus mit seinem an den Zwerchgiebeln angebrachten spätgotischen Maßwerk und das ihm gegenüberliegende Gebäude (Markt 10, ähnliche Ausstattung der Zwerchgiebel) zu nennen. Das Gebäude Markt 16, bekannt als „Hohe Lilie“, ist eines der ältesten Gebäude der Stadt. Es besitzt einen spätgotischen Staffelgiebel mit Maßwerkbänden. Der Erker des Nachbarhauses Markt 17 zeigt reiches Barockdekor aus dem 18. Jahrhundert. Aus dem Jahr 1568 stammt das Relief mit der Darstellung der Taufe Christi am Gebäude Markt 15. Die sich östlich an den Markt anschließende Jakobstraße (vgl. Abbildung 25, S. 142) ist die repräsentativste der auf den Markt zuführenden Straßen. Hier finden sich zahlreiche Gebäude aus dem 16. Jahrhundert, darunter das Einzeldenkmal „Zu den Drei Schwanen“, ein Gebäude mit schlichter Renaissancefassade und Schweifgiebel.⁵⁵⁹



Abbildung 25. Jakobstraße mit dem Denkmal "Zu den Drei Schwanen" (Bildmitte) im Jahr 1980.

In der Ratsstadt spiegelte sich die mittelalterliche Ständeordnung in den Gebäuden und ihrer Anordnung ebenfalls wider. Am Markt und in den vier Hauptstraßen waren die Häuser prächtiger und größer und im Vergleich dazu in den Nebenstraßen bescheidener und kleiner. In den Vorstädten außerhalb des Altstadtringes befanden sich die kleinsten Gebäude.⁵⁶⁰

⁵⁵⁹ Kieling, Uwe/Priese, Gerd: Historische Stadtkerne. Städte unter Denkmalschutz, Berlin/Leipzig 1990, S. 221-226 passim.

⁵⁶⁰ Akte IV/403 Naumburg, S. 14.

Laut der zentralen Denkmalliste der DDR stand der historische Stadtkern Naumburgs mit folgenden Quartieren unter Denkmalschutz: „Altstadt mit ehem. Befestigungsring einschl. Domfreiheit, Moritz- und Othmarsvorstadt mit Dom, Wenzelskirche, Rathaus, Marientor.“⁵⁶¹

Die im 13. Jahrhundert angelegte und im 15. Jahrhundert verstärkte Stadtbefestigung ist bis heute noch in Teilen erhalten. Von den ehemals fünf Toren der Stadtmauer existiert allerdings nur noch das Marientor.⁵⁶²

Der denkmalpflegerische Wert Naumburgs wurde im Jahr 1978 an zwei Faktoren festgemacht: Naumburg wies ein gut erhaltenes Stadtbild mit einer geschlossenen Bebauung und wertvollen Einzeldenkmalen auf. Dieses ergänzte den unverändert erhaltenen Stadtgrundriss als wertvolles Dokument der Geschichte.

Um diesen Wert erhalten zu können, formulierte das Institut für Denkmalpflege in der städtebaulich-denkmalpflegerischen Zielstellung von 1978 folgende Auflagen für Planungen und Maßnahmen: Die besonders durch die Türme von Dom und der Stadtkirche St. Wenzel geprägte Stadtansicht sollte erhalten und nicht durch unmaßstäbliche Neubauten beeinträchtigt werden. Veränderungen des Stadtgrundrisses billigte das Institut für Denkmalpflege ausschließlich im Randbereich des denkmalgeschützten Gebietes und nur bei Vorliegen triftiger Gründe. Im gesamten Altstadtbereich durfte das bisherige Straßen- und Platzbild einschließlich des Straßenbelages nicht verändert werden. Die Othmars- und Moritzvorstadt sollten in städtebaulichen Planungen die Proportion ihrer Anlage weitgehend beibehalten. Sämtliche Denkmale waren instand zu setzen und entsprechend ihrer Eignung zu nutzen. Erforderliche Neubauten sollten sich in Fassadengliederung und -aussehen, Breite, Höhe und sonstigen Proportionen inklusive der Dachgestaltung den vorhandenen Gegebenheiten anpassen.⁵⁶³

⁵⁶¹ Bekanntmachung der zentralen Denkmalliste vom 25. September 1975, GBl. Sonderdruck Nr. 1017, Position Nr. 9 unter IV: Denkmale des Städtebaus und der Architektur, 2. Stadtkerne, S. 9.

⁵⁶² Vgl. SdZ für die Stadt Naumburg/Saale, S. 2.

⁵⁶³ SdZ für die Stadt Naumburg/Saale, S. 4f.



Den Zweiten Weltkrieg hatte Naumburg ohne nennenswerte Schäden überstanden.⁵⁶⁴ Bis zum Jahr 1965 waren außerhalb des Altstadtrings über das gesamte Stadtgebiet verteilt etwa 1.300 Wohnungen neu erbaut worden. Im Stadtkern hatten keine umfassenden Erhaltungsarbeiten stattgefunden. Erst gegen Ende der 1960er Jahre setzte ein Prozess ein, der sich mit der weiteren Verfahrensweise hinsichtlich der mittelalterlichen Altstadt beschäftigte.

⁵⁶⁴ In: Naumburg/Saale Städtebaulich-denkmalflegerische Analyse als Beitrag zur sozialistischen Rekonstruktion der Stadt, in: LfDMPuArch, Akte AA 298 1965-1978, S. 3.

24,5% aller Bauten an. Die Ausstattung aller Wohnungen mit sanitären Einrichtungen oder modernen Heizsystemen war überdurchschnittlich schlecht.⁵⁶⁵

Bereits im Jahr 1967 war eine städtebauliche Planung erarbeitet worden, die im Falle ihrer tatsächlichen Realisierung verheerende Folgen für das Denkmalensemble der Naumburger Altstadt gehabt hätte. Lediglich der Domplatz, die Verbindungsstraße zwischen Dom- und Marktplatz und die drei anderen zum Markt führenden Hauptstraßen einschließlich des Holzmarktes wären bis zum Jahr 1970 umfassend instand gesetzt worden. Die restlichen Altstadtgebiete, wären in sieben Bauabschnitten „*saniert und neu gestaltet*“ worden, was im Jargon der DDR-Fachsprache bedeutet hätte, dass nach dem flächigen Abbruch eine Neubebauung erfolgt wäre. Werterhaltungsmaßnahmen größeren Umfangs waren für diese Bereiche nicht mehr vorgesehen.⁵⁶⁶ Diese Pläne blieben jedoch unausgeführt.

1975 wurden an der HAB Weimar Studien zur Umgestaltung des Naumburger Stadtzentrums durchgeführt, deren Hauptziel in der Stadterneuerung und Etablierung sozialistischer Wohn- und Gesellschaftsverhältnisse⁵⁶⁷ lag. Dafür sollten die vorhandenen Gebäude großteils durch in Gebäudehöhe und –länge sowie in Fassaden- und Dachgestaltung flexible Neubauten ersetzt werden.⁵⁶⁸ Nur im unmittelbar denkmalgeschützten Raum waren die Sanierung von Gebäuden in größerem Umfang sowie die Schaffung eines Fußgängerboulevards geplant.⁵⁶⁹ Indem man den Dom und seine unmittelbare Umgebung, das Marktensemble mit seinen Zugangsstraßen und die Stadtbefestigung erhielt, sah man das „*charakteristisch unverwechselbare Antlitz*“ Naumburgs gesichert.⁵⁷⁰

⁵⁶⁵ Übersicht über Bauzustand, -alter und Ausstattung der Wohneinheiten, Aktentitel Generalbebauungsplanung Naumburg 1976-1980, Signatur 75190, unpaginiert.

⁵⁶⁶ Vgl. Akte 1737 „Erste Konzeption zur Erarbeitung eines Generalbebauungsplans und zur Altstadtsanierung unter Berücksichtigung der Verkehrsentwicklung in der Stadt Naumburg“, 1967, Standort Stadtarchiv Naumburg.

⁵⁶⁷ Konkret sollte das Niveau der Wohnungen in der Altstadt bzgl. der sanitärtechnischen Ausstattung, des Bauzustandes und der stadthygienischen Bedingungen angehoben werden.

⁵⁶⁸ Vgl. Studien zur Umgestaltung Stadtzentrum Naumburg, Weimar 1975, LfDMPuArch, Dokumentation IV/295, Punkt 4.3., o.S.

⁵⁶⁹ Vgl. Studien zur Umgestaltung 1975, Punkt 4.4., o.S.

⁵⁷⁰ Vgl. Studien zur Umgestaltung 1975, Punkt 4.6., o.S.

Die Studien wurden von *Peter Doepler* geleitet. In den einleitenden Worten trifft man wie auch schon in seiner 1967 veröffentlichten Dissertation (vgl. Literaturverzeichnis) auf die Annahme, dass vor dem Jahr 1918 errichtete Bausubstanz generell nicht rekonstruktionswürdig sei. Für diesen Gebäudebestand sah *Doepler* stets Ersatzneubau vor. 1975 ging er bei den fraglichen Gebäuden in Naumburg von einer Restnutzungsdauer von 10-15 Jahren aus. Bei Bauvorhaben an einem Stadtzentrum ersten Ranges, als welches Naumburg zu werten ist, erscheint seine Sichtweise mehr als problematisch.

Drei Bebauungsvarianten zeigten konkrete Vorschläge für die Umgestaltung. Jede der drei Studien ging davon aus, eine größere Anzahl von Gebäuden zu ersetzen als zu erhalten. Variante 2 sah nur die Erhaltung der Achse Dom-Markt und des Großteils der Häuser ihrer Zugangsstraßen vor. In einer geschlossenen quartierähnlichen Form sollten auf den beräumten Flächen 1.587 Wohneinheiten unter Verwendung der WBS 70 entstehen. Im Vergleich dazu waren für die Sanierung und Modernisierung lediglich 440 Wohnungen vorgesehen. Die maximale Abbruchquote von 1.147 Wohneinheiten erklärten die Bearbeiter mit dem „*relativ schlechten*“⁵⁷¹ Bauzustand der Gebäude der Naumburger Altstadt. Die beiden anderen Bebauungsvarianten unterschieden sich in Details, ähnelten sich aber bezüglich der Relation Erhalt-Abbruch-Neubau (810 beziehungsweise 850 Wohneinheiten Abbruch und 1.376 beziehungsweise 1.300 Wohnungen Neubau – beide ebenfalls auf der Grundlage der WBS 70).⁵⁷²

Aus heutiger Sicht müssen sich die Autoren der Studien den Vorwurf gefallen lassen, sich insgesamt zu stark an ökonomischen Kriterien und zu wenig am kulturellen und künstlerischen Wert der erhaltenen Stadtanlage orientiert zu haben. Für eine wissenschaftliche Studie fehlt zumindest eine Variante, die von einer größeren Anzahl zu erhaltender Gebäude ausgeht oder im Mindesten traditionelle Bauverfahren für die Ersatzbebauung vorschlägt. Angesichts des hohen kulturellen und denkmalpflegerischen Wertes Naumburgs erscheinen alle drei vorgestellten Varianten als ungeeignet. Trotz aller Bemühungen, die WBS 70 flexibler zu gestalten und beispielsweise die Gebäudefluchten dem Straßenverlauf anzupassen, wären die quaderförmigen Baukörper ohne Dach im Stadtgefüge immer Fremdkörper geblieben.

Der Chefkonservator der zuständigen Arbeitsstelle Halle des Instituts für Denkmalpflege äußerte sich in einem Aktenvermerk vom 8. Juli 1975 zurückhaltend über die Ergebnisse der Studien. Er betonte die bei der offiziellen Präsentation der Arbeiten dargelegte Position des Bezirksarchitekten. Dieser vertrat die Meinung, die Studien enthielten zwar wichtige Impulse für die endgültige Planung, kämen aber in dieser Form, insbesondere vor dem Hintergrund des neuen Denkmalpflegegesetzes, als Grundlage für die Altstadterneuerung nicht in Frage. Der damals amtierende

⁵⁷¹ Studien zur Umgestaltung 1975, Punkt 2.2., o.S.

⁵⁷² Studien zur Umgestaltung 1975, Punkt 2.2. und 2.3., o.S.

Naumburger Bürgermeister sprach sich hingegen in derselben Fragestellung für den Entwurf mit der geringsten Erhaltungsquote aus.⁵⁷³

Eine verbindliche Generalbebauungsplanung wurde ab 1974 erarbeitet⁵⁷⁴ und im Jahr offiziell 1976 vorgestellt. Als Hauptziel formulierte der Generalbebauungsplan neben dem Erhalt der Stadtsilhouette und des Innenstadtringes die Instandsetzung der herausragenden Gebäude und Ensembles. Für die geplanten Neubauvorhaben in Naumburg sei *„das derzeitige Erzeugnisangebot des Wohn- und Gesellschaftsbaus nicht einsatzfähig.“*⁵⁷⁵ Vielmehr würden variable und *„anpassungsfähige Erzeugnisse der Bauindustrie“*⁵⁷⁶ benötigt. Neue Höhendominanten dürften nur in Baugebieten zugelassen werden, in denen sie die Silhouette der Altstadt nicht beeinträchtigen.⁵⁷⁷

Das Gebiet der Domfreiheit sei bereits von der ältesten Substanz *„befreit“*⁵⁷⁸, weswegen dort ein großer Teil (80%) aller Häuser rekonstruiert werden könnte. In der Ratsstadt waren laut Plan durchschnittlich 25% der Gebäude abrisswürdig.⁵⁷⁹ Innerhalb des Altstadtringes wurden zunächst vier und mit fortschreitender Planung sechs Sanierungs- beziehungsweise Umgestaltungsgebiete festgelegt. Die städtebaulich und baukünstlerisch wertvollsten Straßen- und Platzensembles innerhalb dieser Gebiete sollten saniert beziehungsweise modernisiert werden.

⁵⁷³ Aktenvermerk vom 8. Juli 1975, in: LAFDMPuArch, Akte AA 298 Naumburg Altstadt 1965-1978, unpaginiert.

⁵⁷⁴ Ebenda. Die GBP war zwar offiziell und theoretisch verbindlich, wurde aber in den meisten Fällen trotz umfangreicher und aufwändiger Erstellung nicht wie geplant umgesetzt.

⁵⁷⁵ In: Akte Generalbebauungsplanung Naumburg 1976-1980, Signatur 75190, S. 29.

⁵⁷⁶ Ebenda.

⁵⁷⁷ Ebenda.

⁵⁷⁸ Akte Generalbebauungsplan Naumburg 1976, Signatur 75191, S. 5.

⁵⁷⁹ Ebenda.



Abbildung 27. Bauzustands- und Gebäudealterkarte aus dem Generalbebauungsplan 1976 (von Verf. nachträglich koloriert).

Dabei handelte es sich um den Marktplatz, die Herrenstraße, die Jakobstraße mit dem Topfmarkt, die Salzstraße, die Engelgasse, die Fischstraße, die Marienstraße, den Marienplatz und den die Altstadt umschließenden Lindenring. Als wichtigste Instandsetzungsgebiete wurden die Jakobstraße mit dem Holzmarkt, der Markplatz mit dem Topfmarkt sowie die Herrenstraße festgelegt. Alle erhaltenswerten Gebäude wurden nach Baualter und -zustand (siehe Karte, Abbildung 27) in vier Gruppen eingeteilt. Die Sanierung sollte zügig erfolgen, da sich die Kosten der Instandsetzung bei einer Bauverzögerung von zehn Jahren verdoppeln würden.⁵⁸⁰ Für die Jahre 1976/77 waren jeweils 50.000 Mark an Beihilfen aus dem Denkmalflegfonds für Naumburg vorgesehen.⁵⁸¹

In den restlichen Gebieten sollten nach ihrer flächigen Beräumung Ersatzneubauten in industrieller Bauweise errichtet werden.⁵⁸² Die dortige „überalterte Bausubstanz“ müsse nach dem Jahr 1980 schrittweise ersetzt werden.⁵⁸³ Da sich im Sanierungsgebiet Jakobsgasse die am schlechtesten erhaltene Bausubstanz (86% aller Gebäude vor 1870 erbaut, 83% in den Bauzustandsstufen III und IV) befand, sollte dort mit der Umgestaltung begonnen werden. Anschließend waren die Bereiche Neustraße, Marienstraße/Rosengarten sowie Reußenplatz für die Umgestaltung vorgesehen.⁵⁸⁴

Die Arbeitsstelle Halle des Instituts für Denkmalpflege äußerte bereits im Jahr 1975 Zweifel an den Entwürfen zur Generalbebauungsplanung, da diese den kulturellen Wert der Stadt Naumburg zu wenig berücksichtige. Insbesondere seitdem die Städteplaner mit der HAB Weimar unter der Leitung von *Prof. Peter Doepler* zusammenarbeiteten, sähe die Planung für Naumburg immer mehr Neubauf Flächen vor.⁵⁸⁵

Parallel zur Erarbeitung des Generalbebauungsplans wurde seit 1974 anlässlich des 950-jährigen Stadtjubiläums im Jahr 1978 die Sanierung der Altstadt vorbereitet und ab dem Jahr 1975 realisiert. In den Jahren 1975 und 1976 wurden die Achse Dom-Markt und die Jakobstraße in eine Fußgängerzone umgestaltet. Obwohl die

⁵⁸⁰ Vgl. Akte Generalbebauungsplan Naumburg 1976, Signatur 75191, S. 4 sowie Akte Generalbebauungsplanung Naumburg 1976-1980, Signatur 75190, S. 12f. und 59ff.

⁵⁸¹ Vgl. LfDMPuArch, Akte AA 298 „Naumburg Altstadt 1965-1978“, unpaginiert.

⁵⁸² Vgl. Akte Generalbebauungsplanung Naumburg 1976-1980, Signatur 75190, S. 12f.

⁵⁸³ In: Akte Generalbebauungsplanung Naumburg 1976-1980, Signatur 75190, S. 34.

⁵⁸⁴ Vgl. Akte Generalbebauungsplanung Naumburg 1976-1980, Signatur 75190, S. 47.

⁵⁸⁵ Vgl. Brief des Konservators *Hans Berger* an die Abt. Kultur des Rates des Bezirkes Halle vom 05.02. 1975 und an den Generalkonservator *Prof. Dr. Ludwig Deiters* ebenfalls vom 05.02.1975, in: LfDMPuArch, Akte AA 298, Naumburg Altstadt 1965-1978, unpaginiert.

zuständigen Mitarbeiter der halleschen Arbeitsstelle des Instituts für Denkmalpflege ihre Hilfestellung angeboten hatten, liefen diese Arbeiten ohne Projektierung an. Als eine Konzeption vorlag, stellte sich heraus, dass denkmalpflegerische Ziele in zu geringem Maße berücksichtigt worden waren. Im Oktober 1975, wenige Monate nach dem Erlass des Denkmalpflegegesetzes, wurde seitens des Instituts für Denkmalpflege der Hinweis nötig, dass der Abbruch von Denkmalen genehmigungspflichtig sei. Aber auch bei der Ausführung der Gebäuderestaurationen erfolgte die Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege nicht im erforderlichen Maße. Der damals amtierende Stadtbaudirektor zog sich auf den Standpunkt zurück, dass die Koordination von Planung und Ausführung mit dem zuständigen Büro für Städtebau abgestimmt sei. Damit missachtete er die Tatsache, dass die denkmalpflegerischen Behörden den gesetzlichen Vorschriften zufolge in die restauratorischen Arbeiten einbezogen werden mussten. Die im Jahr 1978 von den zuständigen Denkmalpflegern vorgelegte städtebaulich-denkmalpflegerische Zielstellung lehnte der Stadtbaudirektor teilweise ab, da er eine Veränderung des Stadtgrundrisses für unumgänglich hielt.⁵⁸⁶

Ab dem Jahr 1980 befand sich das Umgestaltungsgebiet „*Marienmauer*“ in der Phase der Planung und Realisierung. Flächenabbrüche wurden entgegen den Aussagen des Generalbebauungsplans weder geplant noch durchgeführt. Stattdessen sah die für die Umgestaltung durch das Büro für Städtebau Halle angefertigte städtebauliche Studie die Entkernung der häufig stark überbauten Hinterhöfe sowie eine geringe Zahl abzubrechender Gebäude vor. Im Zuge der Erneuerung sollten Industrie- und Handelsbetriebe in das Quartier eingegliedert werden.⁵⁸⁷ Statt der notwendigen umfassenden Sanierung der verbleibenden Häuser wurden jedoch lediglich deren Fassaden instand gesetzt. Die Durchführung der geplanten Arbeiten verlief aus der Sicht der zuständigen Denkmalpfleger nicht optimal. Bemängelt wurde vor allem die fehlende Systematik bei der Umgestaltung des Gebiets.⁵⁸⁸

In den restlichen Umgestaltungsgebieten der historischen Altstadt fanden bis 1989 keine weiteren größeren Baumaßnahmen statt, obwohl der Generalbebauungsplan dies vorsah. Stattdessen überließ man die meisten Gebäude dem natürlichen Verfall.

⁵⁸⁶ LfDMPuArch, Akte AA 298 „Naumburg Altstadt 1965-1978“, unpaginiert.

⁵⁸⁷ Vgl. Akte „Generalbebauungs- und Verkehrsplanung Stadt Naumburg 1976-1989, Signatur 15968a, unpaginiert.

⁵⁸⁸ Vgl. Akte „1979-1985 Naumburg Altstadt“, Signatur AA 298, unpaginiert.

Immer wieder mussten die Denkmalpfleger feststellen, dass ungenehmigte Abbrüche stattgefunden hatten oder Absprachen und Vereinbarungen nicht eingehalten wurden. So verschwanden 1982 etwa zahlreiche Gebäude in der Marien- und Neustraße sowie am Reußenplatz mit der erst auf Nachfrage bekannt gegebenen Begründung des „Sicherheitsabbruchs“. Die nötigen Sicherungsarbeiten zur Verhinderung weiterer Schäden an den Gebäuden blieben meist aus. Die Verbindung vom Markt zum Domplatz (Herrenstraße beziehungsweise Steinweg inkl. Domplatz) wurde in der ersten Hälfte der 1980er Jahre durch die sogenannte technologische Linie Dach-Fassade saniert.⁵⁸⁹ Da ab 1981 ein Neubauwohngebiet außerhalb der Altstadt zur Verfügung stand, leerten sich die Gebäude der Innenstadt zunehmend.⁵⁹⁰ 1985 kam es erneut zu zahlreichen ungenehmigten Abbrüchen. Als der Stadtbaudirektor mit der Frage nach den ungesetzlichen Abbrüchen konfrontiert wurde, antwortete er, dass die Bauarbeiter von derzeit aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen geschlossenen Baustellen eben anderweitig beschäftigt werden müssten.⁵⁹¹ In der Marienstraße wurden 1985 zum einen auf drei zusammenhängenden Grundstücken ein viergeschossiger Neubau in Montagebauweise und zum anderen an der Nordseite der Einmündung zum Markt ein ebenfalls viergeschossiger, sich recht gut einfügender Neubau errichtet.⁵⁹²

⁵⁸⁹ Ebenda.

⁵⁹⁰ In: Schauer (2007), S. 96f.

⁵⁹¹ Vgl. Aktenvermerk Betr. Abrisse in Naumburg vom 08.02.1985, in: LfDMPuArch, Akte AA 298, „1979-1985 Naumburg Altstadt“, unpaginiert.

⁵⁹² In: Schauer (2007): S. 95f.



Abbildung 28. Jakobsgasse im Jahr 1991.

Da es auch in den Jahren 1985-87 immer wieder vorkam, dass ungenehmigte Abbrüche durchgeführt und Absprachen nicht eingehalten wurden, sprach das Kreisbauamt 1987 gegenüber der Naumburger Baubehörde eine Verwarnung aus. Darin forderte die übergeordnete Instanz die örtlichen Verantwortlichen auf, bei Abbrüchen von Gebäuden zukünftig den gesetzlich vorgeschriebenen Weg einzuhalten.

In den Jahren bis 1989 änderte sich an der beschriebenen Situation nicht viel. Die Baubehörde veranlasste weiterhin den Abbruch zahlreicher Gebäude, ordnete aber zur Vermeidung zu großer Lücken aller vier bis fünf Abbruchgebäude den Verbleib einer Hausgruppe an.

Im Jahr 1989 fielen sämtliche Beihilfen aus dem Denkmalflegfonds für Naumburg weg.⁵⁹³

Im Oktober 1989 wurde die erste Fassung eines neuen Generalbebauungsplans vorgelegt. In Anbetracht des schlechten baulichen Zustandes der Altstadt bot er in

⁵⁹³ Vgl. Akte 1987-1991, Signatur AA 298, unpaginiert.

diesem Stadium der Ausarbeitung noch keine konkreten Lösungen. Die stark überalterte Substanz sei in einem schlechten Bauzustand und weise einen geringen Ausstattungsstandard sowie hohe Leerstandsquoten auf, heißt es in einer einleitenden Analyse des Altstadtgebietes.⁵⁹⁴ 28,5% aller Wohnungen besaßen kein Innen-WC und 79% waren nicht mit einem modernen Heizsystem ausgestattet. In weiteren Abschnitten dieser ersten Entwurfsfassung wird zwar davon gesprochen, dass die wertvolle Altstadt erhalten werden müsse, dennoch sei in weiten Teilen die *„komplexe Einordnung aller Reproduktionsformen erforderlich“*⁵⁹⁵. Mit dieser Forderung, auch flächige Abbrüche und Ersatzbebauung in industrieller Weise in Betracht zu ziehen, machte man auch vor den wertvollsten Bauensembles wie dem Marktplatz nicht halt. Betont wurde an mehreren Stellen, dass die Bevölkerung in die Erneuerung der Altstadt einbezogen werden müsse.⁵⁹⁶

Mit den Ereignissen der politischen Wende im Herbst 1989 wurde das Verfahren zur Aufstellung eines neuen Generalbebauungsplans gestoppt. So schnell wie möglich sollte mit der Sanierung des historischen Stadtkerns begonnen werden. Die in einem städtebaulichen Rahmenplan im Jahr 1991 veröffentlichte Bestandsaufnahme zeichnete folgendes Bild: Von 1.068 Gebäuden der Altstadt wurden 500 mit erhöhtem Instandsetzungsaufwand gezählt. Bei 318 Häusern war mit einem mittleren Instandsetzungsaufwand zu rechnen. 73 Gebäude waren in gutem bis sehr gutem Zustand und von 177 abbruchreifen Bauten wiesen 62 wertvolle Substanz auf.⁵⁹⁷ Einige der bedeutendsten Denkmale, darunter die Gebäude „Hohe Lilie“ und „Drei Schwanen“, waren in ihrem Bestand gefährdet und nur mit sehr hohem Aufwand zu erhalten. Das Jakobsviertel, laut Generalbebauungsplan von 1976 als erstes umzugestaltendes Gebiet vorgesehen, befand sich ebenso wie das Marien- und Fischstraßenquartier aufgrund der unterlassenen Instandhaltung von Struktur und Substanz in einem sehr schlechten Zustand. Selbiges traf auch auf den Reußenplatz zu. Die Bebauung der Salz- und Wenzelsstraße war ebenfalls in ihrem Bestand gefährdet. Lediglich im Bereich Herrenstraße/Engelgasse war die Bausubstanz dank

⁵⁹⁴ Vgl. Akte „Generalbebauungs- und Verkehrsplanung Stadt Naumburg 1976-89“, Signatur 15986a, unpaginiert.

⁵⁹⁵ Vgl. Akte „Generalbebauungs- und Verkehrsplanung Stadt Naumburg 1976-89“, Signatur 15986b, S. 6.

⁵⁹⁶ Ebenda.

⁵⁹⁷ Vgl. Architekturbüro Welter & Partner Naumburg: Stadtsanierung Naumburg. Bericht Vorbereitende Untersuchung/Städtebaulicher Rahmenplan, Naumburg 1991, Übersicht über den Bauzustand der Gebäude S. 71.

in den 1980er Jahren durchgeführter Teilsanierungen grundsätzlich in einem besseren Zustand.⁵⁹⁸ Ebenfalls im Jahr 1991 wurde Naumburg in das Modellstadtprogramm des Bundes aufgenommen. Somit konnte die Altstadtanierung mit finanzieller und fachlicher Unterstützung vorangetrieben werden.⁵⁹⁹

Wie in vielen anderen Städten der DDR differierten städtebauliche Planung und Ausführung auch in Naumburg sehr stark. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in den letzten beiden Jahrzehnten der Existenz der DDR zwar keine Flächenabbrüche stattgefunden haben, gleichwohl aber tiefgreifende und umfassende Sanierungsarbeiten ausgeblieben sind.⁶⁰⁰ Am Beispiel der Stadt Naumburg wird deutlich, dass für die erfolgreiche Praktizierung städtebaulicher Denkmalpflege vor allem die örtlich Verantwortlichen den Denkmalwert ihrer Stadt verinnerlicht haben mussten.

4.3.4. Quedlinburg

Die wie Halberstadt im Harzvorland gelegene Stadt Quedlinburg gehört zu den bedeutendsten aller Fachwerkstädte und gilt als eines der größten Flächendenkmale Deutschlands.⁶⁰¹ Vor der Wiedervereinigung war Quedlinburg die größte Fachwerkstadt in der DDR und besaß aufgrund ihres kulturellen Wertes neben Stralsund und Görlitz einen Sonderstatus.

4.3.4.1. Geschichtlicher Überblick

Im Jahr 922 wurde Quedlinburg erstmalig erwähnt. König *Otto III.* verlieh der Äbtissin des auf dem Burgberg ansässigen Damenstifts 994 das Marktrecht.⁶⁰² Die Kauf- und Handelsleute der sich parallel zum Kloster entwickelnden Altstadt erlangten das Marktrecht 1038.⁶⁰³ Dank der enormen Bedeutung des Reichsstifts

⁵⁹⁸ Vgl. Architekturbüro Welter & Partner Naumburg (1991): S. 26ff.

⁵⁹⁹ Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern : Entwicklungspotential, Investitionsprojekte und Flächennutzung; eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 16. Juni 1992 in Potsdam/Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschaftspolitik. [Electronic ed.], Bonn 1992, S. 23.

⁶⁰⁰ Vgl. Architekturbüro Welter & Partner Naumburg (1991): Übersicht über den Bauzustand der Gebäude S. 71.

⁶⁰¹ <http://www.unesco.de/308.html?&L=0>

⁶⁰² In: Schauer, Hans-Hartmut: Quedlinburg. Fachwerkstadt, Weltkulturerbe, Berlin 1999, S. 9f.

⁶⁰³ Vgl. Städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung für die Stadt Quedlinburg, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/II, 1978, S. 2.

konnte sich Quedlinburg auch abseits der Fernhandelsstraßen gut entwickeln und erlebte seit der Unabhängigkeit vom Stift im 14. Jahrhundert auch noch im darauffolgenden Jahrhundert eine Zeit der wirtschaftlichen und kulturellen Blüte. Neben der Mitgliedschaft in der Städtehanse war Quedlinburg in verschiedenen weiteren Städtebündnissen vertreten.⁶⁰⁴ Andauernde Auseinandersetzungen zwischen der Bürgerschaft und dem Stift⁶⁰⁵ endeten im Jahr 1477 mit der Unterwerfung der Bürger unter das Stift. Trotz der daraus folgenden politischen Machtlosigkeit der Bürgerstadt nach der Zerstörung des Rolands und der Beschneidung der bürgerlichen Rechte war die wirtschaftliche Kraft ungebrochen, was sich in einer großen Zahl an reich geschmückten Fachwerkhäusern zeigte.⁶⁰⁶ Nachdem 1698 die Schutzherrschaft an Brandenburg-Preußen überging, zerstörte Preußen durch den der Stadt aufoktroyierten Absolutismus die zunftgebundene Wirtschaftsweise. Die Entwicklung der Stadt stagnierte. Dennoch wurden weiterhin viele Fachwerkhäuser erbaut, auch wenn sich der Handel nur langsam erholte. Nach dem Wiener Kongress geriet Quedlinburg endgültig an Preußen. Im 19. Jahrhundert setzte auch hier die Industrialisierung ein.⁶⁰⁷

⁶⁰⁴ Vgl. Schauer (1999): S. 12.

⁶⁰⁵ SdZ, S. 3.

⁶⁰⁶ Schauer (1999): S. 13.

⁶⁰⁷ Schauer (1999): S. 14ff.



Abbildung 29. Vom Turm des Doms in Richtung Marktplatz (rechts über Bildmitte) aufgenommenes Luftbild, 1980er Jahre.

4.3.4.2. Stadtbild und Denkmalwert Quedlinburgs

Der Grundriss der Quedlinburger Altstadt wurde in seiner heute noch bestehenden Form bereits um 1200 angelegt.⁶⁰⁸ Sie gliedert sich mit der Alt- und Neustadt sowie dem Burg- und dem Münzenberg im Wesentlichen in drei Bereiche. Das die Stadtsilhouette prägende Ensemble des Burg- und des Münzenberges liegt oberhalb der Altstadt. Die Bebauung des Münzenberges ist nicht vorrangig von Einzeldenkmalen geprägt, besitzt in ihrer Gesamtheit aber Denkmalwert. Das Zentrum der sich unterhalb des Burg- und des Münzenberges befindlichen Altstadt ist der Marktplatz mit dem Rathaus aus dem frühen 14. Jahrhundert. Viele wertvolle Einzeldenkmale säumen die engen, winkligen Straßen der den Markt umschließenden Altstadt. Die dortige Bebauung ist meist zwei- und dreigeschossig. Die Traufstellung der Gebäude zur Straße ist vorherrschend.⁶⁰⁹ Die Altstadt wurde

⁶⁰⁸ Vgl. Schauer (1999): S. 24ff. und sdZ, S. 5 und städtebauliche Direktive, S. 8.

⁶⁰⁹ Vgl. Schauer (1999): S. 50.

zwar bereits um 1330 mit der Neustadt vereinigt, doch verleiht die strukturelle Anlage der Neustadt ihr bis heute ein eigenes Gesicht.⁶¹⁰ Mit dem Mathildenbrunnen im Zentrum entstand sie bereits ab dem 13. Jahrhundert, wurde aber im 17. und 18. Jahrhundert großzügig in regelmäßigen Rechteckstrukturen erweitert.⁶¹¹



Abbildung 30. Marktplatz 1985 mit Blick auf das Rathaus.

Zu Beginn der 1970er Jahre präsentierte sich Quedlinburg dominiert von Fachwerkhäusern aus sechs Jahrhunderten in noch fast vollständig erhaltenen historischen Strukturen. Die Dachlandschaft wurde von ziegelgedeckten Steildächern bestimmt.⁶¹² Insgesamt standen 20% aller Gebäude unter Denkmalschutz.⁶¹³

⁶¹⁰ SdZ, S. 2 und 5.

⁶¹¹ Vgl. Schauer (1999): S. 24ff. und sdZ, S. 5 und städtebauliche Direktive, S. 8.

⁶¹² Vgl. Büro für Städtebau Halle: Städtebauliche Direktive zur Rekonstruktion der Stadt Quedlinburg, Juli 1977, in: LfDMPuArch, Akte AA 328, S. 8.

⁶¹³ Ausgewählte Daten zur Charakterisierung, in: Akte 3961/IV, Tabelle 1.



Abbildung 31. Am Fuße des Schlossberges 1971.

Zum Quedlinburger Fachwerkbestand und seiner Ausführung seien an dieser Stelle einige Worte verloren. Man unterscheidet die folgenden Stilepochen: Bis etwa 1534 prägte die Gotik die Fachwerkbauweise, danach schließt sich der Niedersächsische Stil von 1535 bis ca. 1620 an. Im „barocken“ oder „Quedlinburger Sonderstil“ wurden die Gebäude zwischen 1621 und 1750 errichtet, im Anschluss waren bis ca. 1830 klassizistische Einflüsse vorherrschend.⁶¹⁴ Das Quedlinburger Fachwerk ist baukünstlerisch besonders wertvoll. Sein Bestand verfügt im Vergleich mit den Fachwerkstädten Halberstadt, Wernigerode, Stolberg und Osterwieck über eine herausragende geschichtliche Aussagekraft.

Der denkmalpflegerische Wert setzte sich auch im Falle Quedlinburgs aus mehreren Komponenten zusammen. Die Komplexität der Quedlinburger Erscheinung verkörpert einen enormen Kunst- und Geschichtswert: So wurde der erhaltene Stadtgrundriss durch den geschlossenen Bestand der Fachwerkbauten ergänzt, welcher wie beschrieben die Entwicklung des Niedersächsischen Fachwerks vom 15. bis zum 20. Jahrhundert dokumentiert und herausragende Einzelbauten besaß. Die

⁶¹⁴ Meie, Hans-Jürgen: Weltkulturerbe Quedlinburg, Goslar 1998, S. 65.

wertvollen romanischen Bauwerke des Stiftsberges vervollkommen das Bild des Stadtdenkmals.⁶¹⁵

Die städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung von 1978 beinhaltete allerdings lediglich Minimalforderungen an den Erhalt des städtebaulichen Denkmals. Damit schloss sie sich einem im Jahr 1974 zwischen dem Generalkonservator, dem Rat der Stadt Quedlinburg und dem Rat des Bezirkes Halle ausgehandelten Kompromiss an, über den an späterer Stelle noch ausführlich zu berichten sein wird.

Mit ihrer Minimalforderung stimmte die Denkmalpflege großflächigen Abbrüchen im Altstadtkern unter Beachtung bestimmter Auflagen zu. Der Stadtgrundriss und die Dachlandschaft sollten unverändert erhalten bleiben. Der Erhalt vorhandener Raumfolgen, Blickbeziehungen, Linienführungen war ebenso Bestandteil dieser Auflagen wie die Forderung, Haupt- und Nebenstraßen kenntlich zu machen und die Straßennamen als Bestandteil des Gesamtdenkmals beizubehalten.⁶¹⁶ Die zu errichtenden Ersatzbauten sollten Gebäudehöhen und -fluchten einhalten können sowie in ihrer Fassadengestaltung variabel sein. Zudem wurden die Ausbildung voller Gebäudeecken und der Anbau von Erkern sowie die Möglichkeit vorkragender Obergeschosse gefordert.⁶¹⁷

⁶¹⁵ SdZ, S. 5 sowie Stelzer, Helmut: Rekonstruktion von Fachwerkbauten in Quedlinburg, in: Architektur der DDR 7/1977, S. 412.

⁶¹⁶ SdZ, S. 6ff. Auch wenn eine denkmalgerechte Sanierung mehr zu erhaltende Gebäude einbezogen hätte, hätte eine derartige Forderung einen erneuten Affront gegen den bereits geschlossenen Kompromiss bedeutet.

⁶¹⁷ SdZ, S. 10.



Abbildung 32. Denkmalkarte der Altstadt von Quedlinburg.

4.3.4.3. Städtebaulich-denkmalflegerische Entwicklung 1970-1989

Der Quedlinburger Fachwerkbestand hat seit dem Zweiten Weltkrieg stark abgenommen. Von den nach 1945 bestehenden 1.820 Gebäuden sind heute nur noch ca. 1.300 vorhanden. Die Verluste traten erst seit dem Jahr 1965 ein und stiegen bis Ende 1989 von Jahr zu Jahr progressiv an.⁶¹⁸

Zwischen 1975 und 1987 sank der Gesamtgebäudebestand von 1.780 auf 1.611. Unter den 169 in diesem Zeitraum verloren gegangenen Häusern befanden sich neun

⁶¹⁸ Meie, Hans-Jürgen: Weltkulturerbe Quedlinburg, Goslar 1998, S. 72 und Zur Situation ausgewählter Städte im Bezirk Halle, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/IV, 1988, S. 1 und Ausgewählte Daten zur Charakterisierung der Besonderheiten des Bestandes im Rahmen der Ermittlungen des Gefährdungsgrades städtebaulicher Denkmale der Zentralen Denkmalliste der DDR – Stand Dezember 1987, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/IV, Tabelle 1.

Einzeldenkmale. Im Jahr 1987 waren 256 Gebäude (15,9%) akut in ihrem Bestand gefährdet, das Stadtbild wurde bereits von 130 Baulücken geprägt.⁶¹⁹

Der Bauzustand der Altstadtgebäude Quedlinburgs war bereits im Jahr 1972 schlechter als in vergleichbaren Städten des Bezirks Halle.⁶²⁰ 65% der gesamten Substanz war in schlechtem beziehungsweise sehr schlechtem Bauzustand, davon 20% abbruchreif. Die Häuser waren teilweise sehr stark überbelegt und der Stadtorganismus völlig überlastet. Der Verfall griff nach Abbrüchen häufig auf benachbarte Gebäude über. In einem Vorschlag für die sozialistische Rekonstruktion der Stadt Quedlinburg der Arbeitsstelle Halle des Instituts für Denkmalpflege aus dem Jahr 1972 hieß es, wenn nun keine Erhaltungsarbeiten einsetzten, wäre die Altstadt in ihrem jetzigen Bild in 25-30 Jahren verloren. Neben den komplizierten Besitzverhältnissen, den auf den Grundstücken lastenden Hypotheken und mangelnden Ausweichquartieren für die Zeit der Sanierung würden Projektierungskapazitäten fehlen, um die Rettung des Altstadtkerns zeitnah zu fokussieren. Die zur Verfügung stehenden Mittel für die Sanierung würden bislang zu ungezielt eingesetzt. Um die Altstadt Quedlinburgs als Stadtdenkmal bewahren zu können, schlug die Denkmalpflege den Erhalt von 52% aller Gebäude vor. Wenn die entsprechenden Auflagen beachtet würden, stünde sie dem Abbruch und der Neubebauung des restlichen Altstadtgebiets nicht im Wege.⁶²¹

1973 legte der Rat der Stadt Quedlinburg eine „Konzeption [...] zur möglichen Erhaltung der Denkmale [...]“ vor, in der es hieß, dass die komplette Erhaltung der Altstadt mit den für die Baureparatur zur Verfügung stehenden Mitteln unmöglich sei. Eine Reduktion des Gebäudebestands wäre daher unvermeidlich. Die von der Denkmalpflege gestellte Forderung, 52% des Bestandes zu erhalten, wurde zurückgewiesen. Stattdessen lautete der Vorschlag des Stadtrates, einen zum Stiftsberg führenden „*abgerundeten Erlebnisbereich*“⁶²² mit dem Marktplatz als

⁶¹⁹ Ausgewählte Daten zur Charakterisierung, in: Dokumentation 3961/IV, Tabelle 1. Die Gründe für den starken Verlust sah das Institut für Denkmalpflege vor allem in den Flächenabrissplanungen und der politisch-ideologisch motivierten Absicht, den historischen Bestand weiterhin flächig zu dezimieren. Außerdem verschlechterte sich der Bauzustand durch die Umsiedlung der Altstadtbewohner in Neubaugebiete bei ausbleibender Sicherung der leerstehenden Gebäude. Vgl. Zur Situation ausgewählter Städte (1988): S. 2.

⁶²⁰ Vgl. Generalbebauungsplan Quedlinburg 1974, in: LHA S-A, Archivnummer 20953/116 Quedlinburg, S. 17.

⁶²¹ Zur sozialistischen Rekonstruktion der Stadt Quedlinburg, Bezirk Halle, in: LfDMPuArch, Akte AA 329 Quedlinburg 1972-1974 Altstadt, S. 2ff.

⁶²² Konzept als Stellungnahme zur möglichen Erhaltung der Denkmale in der Stadt Quedlinburg auf der Grundlage der Bestätigung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates für Kultur

Mittelpunkt zu schaffen. Dafür sollten 177 Gebäude, darunter ungefähr die Hälfte Denkmale, erhalten bleiben.⁶²³

Da sich diese beiden Positionen unversöhnlich gegenüber standen, musste eine Lösung gefunden werden. Der Konflikt zwischen den Räten der Stadt und des Bezirkes einerseits und der Denkmalpflege andererseits hatte sich bereits seit den 1950er Jahren abgezeichnet, wobei beide Parteien jeweils auf ihrer Position beharrten.⁶²⁴ Der Rat der Stadt hatte im Lauf der Jahre mehrfach betont, dass der umfassende Erhalt der Altstadt die derzeitigen Möglichkeiten übersteige und daher nicht realisierbar sei.⁶²⁵ Das Ministerium für Kultur und das Institut für Denkmalpflege setzten sich auf der hingegen stets für den größtmöglichen Erhalt des wertvollen Stadtensembles ein. Aufgrund des enormen kulturellen Wertes und der internationalen Bedeutung des Stadtdenkmals Quedlinburg war auch das Ministerium für Kultur in den Prozess der Altstadterneuerung involviert.

Der ab dem Jahr 1974 erarbeitete Generalbebauungsplan bediente sich der üblichen wohlfeilen Floskeln, ohne diesen mit seinen Forderungen jemals gerecht werden zu können. So sollte das *„wertvolle Stadtdenkmal“*⁶²⁶ ebenso bewahrt werden wie die *„Gesamtheit der kulturhistorischen Werte und stadtbildprägenden Elemente“*⁶²⁷. Der Plan sprach von 400 Gebäuden, die bis 1990 durch die örtlichen Baubetriebe bei realistischer Betrachtungsweise saniert werden könnten. Zwar seien von den insgesamt 1.590 Gebäuden 40% Denkmale und davon 20% besonders wertvoll, aufgrund des Bauzustands sei aber dennoch der Abbruch des größten Teils der Altstadt erforderlich. Da für die Sanierung der Quedlinburger Altstadt – anders als bis dato angenommen – keine besonderen Mittel bereitgestellt wurden, könne der

und Erziehung Prof. Dr. Pischner vom 2.1.1962 und des GBl. Teil II Nr. 72 vom 23.10.1961, in: LfDMPuArch, AA 329 Quedlinburg 1972-1974 Altstadt, S. 2.

⁶²³ Vgl. Konzept als Stellungnahme, S. 1ff.

⁶²⁴ 1962 wurden drei Varianten zur Sanierung vorgestellt. Die erste Variante ging vom größtmöglichen Erhalt aus, die zweite Variante beinhaltete eine mittlere Erhaltungsquote. Variante 3 sah nur den Erhalt weniger Gebäude und den großflächigen Abriss weiter Teile der Altstadt mit anschließender Neubebauung mit zeitgenössischen Bauten vor. Obwohl die dritte Variante mit veranschlagten 145.100 Mark am teuersten war, wurde sie bevorzugt betrachtet. Vgl. Akte Quedlinburg Generelle Stadtplanung Vorschläge zur Sanierung und Rekonstruktion des Zentrums, in: LHA S-A, Archivnummer 20978/H/9Z und Schauer (1999): S. 91.

⁶²⁵ Vgl. bspw. Schauer (1999): S. 91 und Konzept als Stellungnahme, S. 1.

⁶²⁶ GBP Quedlinburg, in: LfDMPuArch, Akte AA 321 1975-1976 Quedlinburg Altstadt, S. 1.

⁶²⁷ Ebenda.

Großteil der vorhandenen Gebäude nicht erhalten bleiben, heißt es in den Unterlagen des Generalbebauungsplans.⁶²⁸

Dieser beschäftigte sich auch mit den Gründen für den damaligen schlechten Zustand der Altstadt. Zum einen verschleißte das im Fachwerkbau verwendete Holz nach 200 Jahren. Zum anderen sei die gesamte Substanz jahrzehntelang vernachlässigt worden und die Hausbesitzer seien nicht bereit, in den Erhalt ihrer Gebäude zu investieren. Insgesamt fehle es an verbindlichen staatlichen Zusagen und Vereinbarungen, Planungskapazitäten und Baumaterialien sowie ausführenden Betrieben. Zur Verfügung stehende Reparaturkapazitäten würden überdies im Neubau eingesetzt. Die örtlichen Behörden forderten zu einseitig den großflächigen Ersatzneubau, da für diesen staatliche Mittel in Anspruch genommen werden könnten.⁶²⁹

Um der Situation Herr werden zu können, schlug der Plan folgende Strategie vor: Ab dem Jahr 1981 sollte in Teilgebieten der Altstadt mit dem Wohnungsneubau begonnen werden. Die vom Wohnungsbaukombinat Halle zu entwickelnden Neubauten sollten sich in ihrer Erscheinungsform dem Bild der historischen Altstadt anpassen. 70% der Gebäude waren viergeschossig und der Rest dreigeschossig zu errichten.

Das Ministerium für Kultur sowie das Institut für Denkmalpflege lehnten diese Planung ab, obwohl ein entsprechender Ratsbeschluss vorlag.⁶³⁰ Diese viele Jahre dauernde und ausgesprochen unfruchtbare Debatte wurde schließlich im Dezember 1974 mit einem zwischen dem Generalkonservator, den Räten des Kreises und der Stadt sowie dem Büro für Städtebau des Bezirkes Halle geschlossenen Kompromiss beendet. Die Beteiligten legten fest, dass nunmehr 680 Gebäude zu erhalten seien. Davon sollten bis 1990 370 Häuser, einige danach oder von anderen Planträgern saniert werden. Für die geplante Erhaltung wurde ein besonderer Fonds mit insgesamt 40 Millionen Mark (Start mit 1,5 Millionen Mark jährlich, danach jährliche Zuwachsraten von 5-7%) bereitgestellt. Außerdem wurde der Aufbau eines VEB

⁶²⁸ Die zuständige Bezirksplankommission wollte davon allerdings nichts wissen: „Zusätzliche Baukapazitäten für die Modernisierungsarbeiten durch die Bereitstellung von Bauleistungen [...] sind nicht möglich. Der Kreis Quedlinburg sollte sich darüber Gedanken machen, wie die vorhandene kreisliche Baukapazität optimal gesteigert werden kann.“ In: GBP Quedlinburg 1974, in: LHA S-A Archivnummer 20953/116 Quedlinburg, S. 5-10.

⁶²⁹ Vgl. GBP Quedlinburg 1974, in: LHA-SA 20953/116 Quedlinburg, S. 25.

⁶³⁰ GBP Quedlinburg, in: Akte AA 321, S. 1ff sowie GBP Quedlinburg 1974, in: LHA S-A Archivnummer 20953/116 Quedlinburg S. 5 und Beschlussvorlage 440-5/74 des RdB, in: Stellungnahme zur Flächenausweisung für den komplexen Wohnungsbau 1981/90 in Quedlinburg vom 31.12.1975, in: LfDMPuArch, Akte AA 321.

Werterhaltung mit ca. 400 Mitarbeitern beabsichtigt, damit dem zuständigen Kreis Quedlinburg das für die Sanierung erforderliche Baupersonal zur Verfügung gestellt werden konnte. Der Umfang des geplanten Ersatzneubaus belief sich auf 2.500-4.500 Wohnungen in der Altstadt.⁶³¹ Diese Änderungen wurden mit einer Beschlussvorlage durch den Rat des Bezirkes nachträglich in den Generalbebauungsplan aufgenommen.⁶³²

Indes versuchte der Rat des Bezirkes erneut, eine Variante mit geringerer Gebäudeerhaltung durchzusetzen und forderte vorrangig viergeschossige Neubauten und den Verzicht auf zu erhaltende Einzelgebäude im Umgestaltungsgebiet.⁶³³ Das Institut für Denkmalpflege reagierte darauf mit dem Verweis auf den aktuellen Beschluss, welcher nun auch erhöhte Finanzmittel des Kreises Quedlinburg für die Sanierung von Gebäuden vorsah.⁶³⁴

Diesen Planungen stand allerdings nur ein geringes Ausmaß tatsächlich umgesetzter Baumaßnahmen gegenüber. Seit Anfang der 1970er Jahre wurde der polnische Denkmalpflegebetrieb PKZ Tórun mit der Sanierung von Fachwerkgebäuden beauftragt.⁶³⁵ Jahr für Jahr wurden auf diese Weise ca. drei bis fünf Gebäude denkmalgerecht saniert.⁶³⁶

Für das Jahr 1976 sah der Volkswirtschaftsplan erste Rekonstruktionsarbeiten an 17 Gebäuden vor. Die hierfür bereitgestellten Mittel (10,3 Millionen Mark aus dem Volkswirtschaftsplan und 100.000 Mark aus dem Denkmalpflegefonds)⁶³⁷ wurden mangels qualifizierten Personals und ernsthaften Erhaltungswillens nicht vollständig investiert.⁶³⁸ So hatte sich die Quedlinburger SED-Kreisleitung dafür ausgesprochen,

⁶³¹ Quedlinburg: Festlegung der Umgestaltungsgebiete in der Altstadt vom 13.12.1974, in: LfDMPuArch, Akte AA 329, S. 1ff.

⁶³² Beschlussvorlage 725-17/1975, in: LfDMPuArch, Akte AA 321.

⁶³³ Stellungnahme zur Flächenausweisung, in: LfDMPuArch, Akte AA 321 1975-1976 Quedlinburg Altstadt.

⁶³⁴ Vgl. Stellungnahme des Gen. Renner vom 26.03.1976, in: LfDMPuArch, Akte AA 321 1975-1976 Quedlinburg Altstadt.

⁶³⁵ Vgl. Meie (1998): S. 73 und Schauer, Hans-Hartmut: Instandsetzung und Modernisierung von Fachwerkhäusern in Quedlinburg, in: Architektur der DDR 7/1979, S. 430.

⁶³⁶ Die Mittel für diese Arbeiten sanken 1988 um mehr als die Hälfte auf ca. 1 Million Mark. Das Bauministerium teilte mit, dass die gestrichenen Gelder in den Bau von Atomkraftwerken fließen sollten. Daran zeigt sich einmal mehr, dass in den letzten Jahren der SED-Diktatur den alten Städten nicht nur ideologische Vorbehalte zum Verhängnis zu werden drohten, sondern auch die maroden Staatsfinanzen sonderbar anmutende Entschlüsse nach sich zogen.

⁶³⁷ Vgl. LfDMPuArch, AA 328, unpaginiert.

⁶³⁸ Aktenvermerk Betreff Rekonstruktion der Altstadt von Quedlinburg am 22.12.1976, in: LfDMPuArch, AkteAA 328 1976-1978.

bis 1990 lediglich 25 Gebäude fachgerecht im denkmalpflegerischen Sinn zu rekonstruieren.⁶³⁹

Im Jahr 1972 war auch in der Quedlinburger Altstadt eine Fußgängerzone eingerichtet worden, wobei die Fassaden der betreffenden Straßen gestrichen und die Läden modernisiert wurden. Ab 1974 begann die Umgestaltung des Marktplatzes, bei welcher stellenweise Betonplatten das einheitliche Straßenpflaster ersetzten und unverhältnismäßig große Lampen installiert wurden.⁶⁴⁰



Abbildung 33. Sanierte Gebäude in der Nähe des Marktplatzes (1986).

Neben der in den folgenden Jahren nur schleppend vorangehenden Sanierung von Fachwerkgebäuden entspann sich eine Debatte über die geplanten Neubauten im Stadtkern. Das Bauwesen im Bezirk Halle und die Bauakademie der DDR forderten kompromisslos den Einsatz der Plattenbauweise im Denkmalbereich als „Grundprinzip“. 1977 gelang es dem damaligen Bezirksarchitekten *Richard Paulick* jedoch, für Quedlinburg die Anwendung der in ihrer Ausführung flexibler an lokale Gegebenheiten anpassbaren Halleschen Monolithbauweise durchzusetzen.⁶⁴¹ Damit sie für die Anwendung in Quedlinburg geeignet war, bedurfte diese Bauweise der

⁶³⁹ Siehe Innerbetrieblicher Vermerk über eine Beratung am 01.03.1977 zum Thema „Entwicklung der Halleschen Monolithbauweise (HMB) für Klein- und Mittelstädte, Erstanwendung bei der Umgestaltung der Stadt Quedlinburg“, in: LfDMPuArch, Akte AA 328 1976-1978.

⁶⁴⁰ Vgl. Schauer (1999): S. 95.

⁶⁴¹ Vgl. Schauer (1999): S. 96f.

Weiterentwicklung. Zugleich kam diesem Vorhaben Pilotprojektcharakter zu, da geprüft werden sollte, inwieweit die HMB generell für den Einsatz im Altstadtbereich geeignet war.

Nachdem die Bezirksleitung der SED 1974 das Büro für Städtebau zur Zusammenarbeit mit der Bauakademie aufgefordert hatte, um den Generalbebauungsplan umzusetzen⁶⁴², wurde in der Bauakademie eine Abteilung mit der Bezeichnung „Umgestaltung zur städtebaulichen Rekonstruktion Quedlinburgs“ gebildet. Diese legte im Jahr 1977 folgende Stellungnahme vor: Da Quedlinburg die einzige noch im Ganzen existierende Fachwerkstadt der DDR sei, müsse die maximale Erhaltung des Stadtkerns gefordert werden. Die für die Altstadtsanierung ansonsten übliche Vorgehensweise des komplexen Wohnungsbaus sei in Quedlinburg unmöglich. Notwendige Ersatzbauten sollten sich maximal an die Gestaltung der vorhandenen Gebäude annähern. Bei ihrer städtebaulichen Einordnung müssten die örtlichen Gegebenheiten bezüglich Breite und Disposition von Plätzen und Straßen, Höhe und Anzahl der Geschosse im größtmöglichen Maß beachtet werden. Weiterhin forderte dieses Expertenteam die Übertragung der Verantwortlichkeiten für die Sanierung von Quedlinburg an den Ministerrat der DDR, *„[...] denn es hand[le] sich hier um mehr als das Wohnungsbauprogramm“*⁶⁴³. Der vorgestellte Entwurf des Büros für Städtebau würdige den Wert der Altstadt nicht und werde ihm somit nicht gerecht. Würde er wie geplant ausgeführt, nähme man neben der Verbreiterung der Straßenräume eine *„[...] völlige Veränderung des räumlichen Erscheinungsbildes und der vorhandenen Fassadenstrukturen durch eine vergrößerte und versimplifizierte ‚Nachbildung‘ vorhandener räumlicher Strukturen [...]“*⁶⁴⁴ in Kauf. Die im Entwurf geäußerte Absicht, 70% der Altstadt mit Ersatzbauten neu zu gestalten, führe dazu, dass Quedlinburg den Status einer Fachwerkstadt verlöre und auf einen sanierten Fußgängerbereich reduziert würde. *„Die Behauptung, mit den vorgeschlagenen Maßnahmen Quedlinburg in seinem Charakter zu erhalten, die [...] gegenüber dem gesellschaftlichen Auftraggeber vertreten wird, kommt einer irreführenden Information gleich.“*⁶⁴⁵ urteilte die Stellungnahme über die

⁶⁴² Aktennotiz über eine Beratung im BfS Halle vom 07.04.1977, in: LfDMPuArch, Akte AA 328 1976-1978.

⁶⁴³ Stellungnahme der Abteilung Umgestaltung zur städtebaulichen Rekonstruktion Quedlinburgs der Bauakademie, in: LfDMPuArch, Akte AA 328 1976-1978, S. 4.

⁶⁴⁴ Ebenda.

⁶⁴⁵ Stellungnahme, in: LfDMPuArch, Akte AA 328, S. 5.

angefertigten Planungen. Stattdessen sollte die zu erhaltende Substanz ein „*eindeutiges Übergewicht*“⁶⁴⁶ erhalten.⁶⁴⁷ Die Abteilung unterbreitete den Vorschlag, 800 Gebäude zu sanieren. Bei den 500 neu zu errichtenden Häusern sollten ausschließlich traditionelle Bauweisen ohne moderne Elemente in Frage kommen.⁶⁴⁸ Auch außerhalb der Stadtmauer forderte die Untersuchungsgruppe eine Zone mit Baubeschränkung. Insgesamt empfahl sie, sich in Quedlinburg weniger auf die Modernisierung als vielmehr auf Konservierung und Erhalt zu konzentrieren.⁶⁴⁹

Diese für die Denkmalpflege unerwartete Rückendeckung kam bedauerlicherweise nicht über den Status einer Empfehlung hinaus. Das Büro für Städtebau blieb bei seiner ursprünglichen Planung, lediglich 680 Gebäude zu erhalten. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, dass die Forderungen der Arbeitsgruppe der Bauakademie in Anbetracht der verfügbaren Sanierungskapazitäten mit großer Wahrscheinlichkeit unrealistisch waren – und damit ebenso undurchführbar wie sich letztlich auch die tatsächliche Planung erweisen sollte.

Im Juli 1977 legte das Büro für Städtebau Halle mit der „Städtebaulichen Direktive zur Rekonstruktion der Stadt Quedlinburg“ eine konkretere Planung vor, die vorrangig von der zentralen Forderung ausging, bis 1990 die Wohnungsfrage zu lösen. Mittlerweile waren 85% aller Altstadtgebäude zu mehr als 50% schadhaft und der Großteil der Wohnungen nach wie vor unzeitgemäß ausgestattet.⁶⁵⁰

Als generelle Zielstellung beinhaltete diese Direktive den „*Erhalt der wertvollen Bereiche*“ und die „*Neugestaltung der Restgebiete als moderne Wohngebiete unter Berücksichtigung der vorhandenen Struktur*“.⁶⁵¹ Von den 680 zu erhaltenden Gebäuden sollte lediglich ein Bruchteil (25-30 Häuser) originalgetreu restauriert werden. Für die verbleibenden über 600 Gebäude war der Erhalt der äußeren Erscheinung geplant.

Baulücken sollten nach individueller Projektierung in traditioneller Bauweise geschlossen werden. Die Neubauten waren auf Grundlage der Halleschen Monolithbauweise in einer speziell für Quedlinburg zu entwickelnden Variation

⁶⁴⁶ Ebenda.

⁶⁴⁷ Vgl. Stellungnahme, in: LfDMPuArch, Akte AA 328, S. 3ff.

⁶⁴⁸ Vgl. Aktennotiz, in: LfDMPuArch, Akte AA 328.

⁶⁴⁹ Vgl. Stellungnahme, in: LfDMPuArch, Akte AA 328, S. 5f.

⁶⁵⁰ Vgl. Städtebauliche Direktive zur Rekonstruktion der Stadt Quedlinburg, in: LfDMPuArch, Akte AA 328, S. 4.

⁶⁵¹ Vorangegangene drei wörtliche Zitate in: Städtebauliche Direktive, in: LfDMPuArch, Akte AA 328, S. 9.

geplant.⁶⁵² An diese Ersatzneubauten stellte die städtebauliche Direktive sehr hohe Anforderungen: Die Gebäude sollten vorwiegend drei Geschosse und durch eine flexible Gestaltung Einzelhauscharakter besitzen. Rote Ziegeldächer mit variabler Neigung und Gaupen waren ebenso vorgesehen wie Erker und eine abwechslungsreiche Fassadengestaltung mit möglichen Gebäudeversätzen nach jeder Sektion und freier, zum Teil als Fachwerk ausführbarer Giebelgestaltung. Ebenso wurde das fachwerktypische Vorkragen der Obergeschosse gefordert. Die Hauseingänge sollten individuell gestaltbar sein. Für die Nachbildung von Straßenkrümmungen oder Kreuzungssituationen wurden Keilsegmente und ein volles Ecksegment vorgesehen. Aus Abbruchgebäuden ausgebaute Teile sollten wiederverwendet werden.⁶⁵³

Von den 1.500 noch erhaltenen Gebäuden sollte die Hälfte der Abrissbirne geopfert werden. Ab 1980 sollten in der Altstadt auf zehn Jahre verteilt 3.000 Wohnungen in der geforderten Bauweise neu errichtet werden.⁶⁵⁴

Der Bezirksarchitekt des Bezirks Halle, *Harald Zaglmaier*, würdigte die Konzeption 1979 mit den Worten, die historische Stadtstruktur und die städtebaulichen Räume würden mit der vorgelegten Planung weitgehend beibehalten werden.⁶⁵⁵

Die Bauakademie, das Wohnungsbaukombinat Halle, das VEB Kreisbaubetrieb Quedlinburg und das Institut für Denkmalpflege entwickelten in der Folgezeit die Gebäudeserie HMB/Q. In diesem Zusammenhang wurde eine Typologie erstellt, die sämtliche Gebäude der Altstadt aus der Zeit zwischen 1400 und 1800 erfasste. Danach ließen sich alle Gebäude in fünf verschiedene Haustypen einteilen, die bei der Gestaltung der HMB/Q berücksichtigt wurden. Bei der Entwicklung der Gebäudeserie wurden im Wesentlichen die Forderungen der städtebaulichen Direktive von 1977 umgesetzt.

Der Baubeginn im ersten Umgestaltungsgebiet erfolgte am 4. Mai 1984 in der nordöstlich des Marktplatzes gelegenen Schmalen Straße. Die dortigen Gebäude

⁶⁵² Vgl. Städtebauliche Direktive, in: LfDMPuArch, Akte AA 328, S. 9ff.

⁶⁵³ Städtebauliche Direktive, in: LfDMPuArch, Akte AA 328, S. 13ff.

⁶⁵⁴ Städtebauliche Direktive, in: LfDMPuArch, Akte AA 328, S. 4f.

⁶⁵⁵ Zaglmaier, Harald: Vorbereitung der Umgestaltung in der Altstadt von Quedlinburg, in: Architektur der DDR 7/1979, S. 431.

gehörten zu den ältesten der Stadt.⁶⁵⁶ (Vgl. Abbildung 35, S. 169) Ein Jahr später waren 100 Wohnungen fertiggestellt und 33 Wohnungen saniert.⁶⁵⁷



Abbildung 34. Baugebiet vor der Umgestaltung. Bild links und rechts unten aus dem Jahr 1975 und rechts oben vor Baubeginn im Jahr 1984.

Für die Neubauten standen acht kombinierbare Gebäudeteile zur Verfügung, von denen letztlich jedoch nur sechs zum Einsatz kamen. Sieben verschiedene Geschosshöhen trugen der Anforderung nach individueller Gestaltung der Gebäude Rechnung.⁶⁵⁸ Sockelhöhe und Gebäudelänge waren variabel. Es standen konvex und konkav geformte Keilsegmente zur Verfügung, um Gebäudeecken ausbilden zu können. Die roten, ziegelgedeckten Steildächer konnten durch Zwerchgiebel erweitert werden. Horizontale und vertikale Gebäudeversätze waren möglich. Insgesamt wurde bei der Gestaltung darauf geachtet, die vertikale Gliederung, zum Beispiel durch den Einsatz von Erkern, zu betonen, um den Einzelhauscharakter zu bewahren. Die

⁶⁵⁶ Vgl. Khurana, Satish C.: Innerstädtisches Bauen in Quedlinburg, in: Architektur der DDR 8/1988, S. 19.

⁶⁵⁷ Vgl. Morscher, Gebhardt: Stadterneuerung in Klein- und Mittelstädten der DDR, GhK, Fachbereich 13: Stadtplanung und Landschaftsplanung, Kassel 1990, S. 12-16.

⁶⁵⁸ Vgl. Morscher (1990): S. 16.

oberen Geschosse wurden teilweise vorkragend ausgebildet. Die Fassadenausführung gestaltete sich aufgrund verschiedener Materialien (bspw. Holz in angedeuteter Fachwerkkonstruktion als Gefacheraahmen), differenzierter Farbgebung und Gliederung deutlich individueller als dies bei den Plattenbauten der WBS 70 möglich gewesen wäre.



Abbildung 35. Baugebiet nach der Umgestaltung. Bild oben 1988, Bilder unten 2008.

Das bei den industriellen Gebäuden unübliche Verputzen der Außenwände trug ebenfalls dazu bei, sich dem Charakter der historischen Bebauung anzunähern. Der

Einbau erhaltener Türen und anderer geborgener Bauteile der vorherigen Bebauung zeigte das Bemühen, den Charakter des Altstadtgebietes zu bewahren.⁶⁵⁹

Letztendlich mussten allerdings die ursprünglich geplanten wandgroßen Holztafeln durch gemauerte Fassaden ersetzt werden, da kein Holz zur Verfügung stand. Außerdem war aufgrund der Baustelleneinrichtung die Verbreiterung der ehemals tatsächlich schmalen „Schmalen Straße“ unumgänglich.⁶⁶⁰

Diese im Gebiet „Schmale Straße“ umgesetzte Variante der HMB/Q darf dank ihrer Variabilität DDR-weit als gelungenster und anpassungsfähigster industrieller Ersatzbau gewertet werden.⁶⁶¹ Die gestalterischen Möglichkeiten dieser Bauweise waren wesentlich vielfältiger als bei der WBS 70. Aufgrund der Bautechnologie entfielen zudem Herstellung und Transport von im Plattenwerk des Wohnungsbaukombinats vorgefertigten Bauteilen, weswegen sie möglicherweise sogar ökonomisch effizienter war.⁶⁶² Auch das Institut für Denkmalpflege sprach von einer „*unbestreitbar gute[n] Gestaltqualität*“⁶⁶³ der Neubauten. Dennoch hatte diese für Quedlinburg durchgesetzte Sonderlösung viele Gegner: Der Bezirksarchitekt musste das Projekt immer wieder gegen die Kritik der SED verteidigen. 1987 forderte der Bezirksbaudirektor, die Neubebauung in der Quedlinburger Altstadt mit den im Aschersleber Plattenwerk hergestellten Fertigteilen fortzusetzen.⁶⁶⁴ Auch das Stadtplanungsamt schien kein ausgewiesener Befürworter der HMB/Q gewesen zu sein. Der Einbau von Originaltüren wurde als zu teuer bemängelt. Bei einem Besuch des Bauministers *Wolfgang Junker* im Jahr 1985 stellte dieser die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms an oberste Stelle. Außerdem sprach er sich dafür aus, in den Randbereichen der Altstadt die Plattenbauweise einzusetzen.⁶⁶⁵

⁶⁵⁹ Vgl. Khurana (1988): S. 17ff.

⁶⁶⁰ Vgl. Schauer (1999): S. 97ff.

⁶⁶¹ Vgl. Schauer (1999): S. 99.

⁶⁶² Besonders im Vergleich zu der in der halleschen Innenstadt eingesetzten modifizierten Plattenbauweise erschien die Verwendung der HMB/Q rentabel. Vgl. Khurana (1988): S. 20.

⁶⁶³ In: Zur Situation ausgewählter Städte (1988), in: LfDMPuArch, Akte 3961/VI, S. 2.

⁶⁶⁴ Vgl. Schauer (1999): S. 97.

⁶⁶⁵ Vgl. Aktennotizen und Berichte, in: LfDMPuArch, Akte AA 330, unpaginiert.

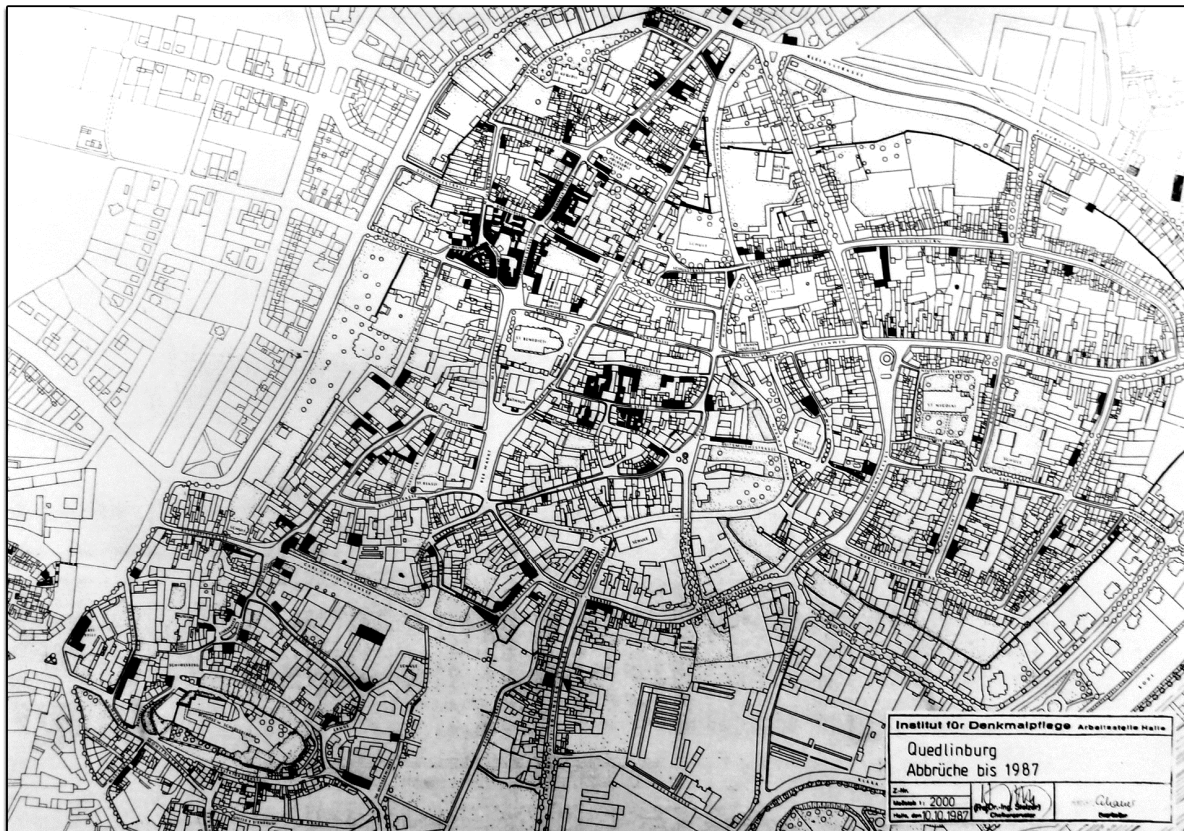


Abbildung 36. Bis zum Jahr 1987 durchgeführte Abbrüche im denkmalgeschützten Kern Quedlinburgs. Die Verdichtung von Abbrüchen links oben markiert das Umgestaltungsgebiet „Schmale Straße“.

Im Kern des Altstadtbereiches war das Baugebiet „Schmale Straße“ mit den umliegenden Quartieren (teilweise Neubebauung von drei Straßenzügen: Schmale Straße, Marschlinger Hof, Neuendorf) bis 1990 das Einzige, in dem nach flächigem Abriss Neubauten errichtet wurden. Nach der Fertigstellung des Wohngebietes wurden Forderungen nach Aufwandssenkungen laut.⁶⁶⁶

Das an den Südrand des historischen Stadtkerns verlagerte Projekt der HMB/Q sollte nun Erker, Zwerggiebel, Auskragungen und Holz reduzieren, um weniger Material einzusetzen.⁶⁶⁷ Zwischen 1986 und 1989 wurden im Baugebiet „Rosengarten“ 400 Wohnungen in einer „abgespeckten“ Variante errichtet.⁶⁶⁸

⁶⁶⁶ Vgl. Khurana (1988): S. 19.

⁶⁶⁷ Ebenda.

⁶⁶⁸ Vgl. Schauer (1999): S. 99.

Wäre nun auch in der Mitte des Stadtkerns das begonnene Werk vollendet worden, hätte die sich mit fortdauerndem Einsatz der Bauweise unausweichlich einstellende Monotonie das historische Bild des Stadtkerns zerstört.⁶⁶⁹

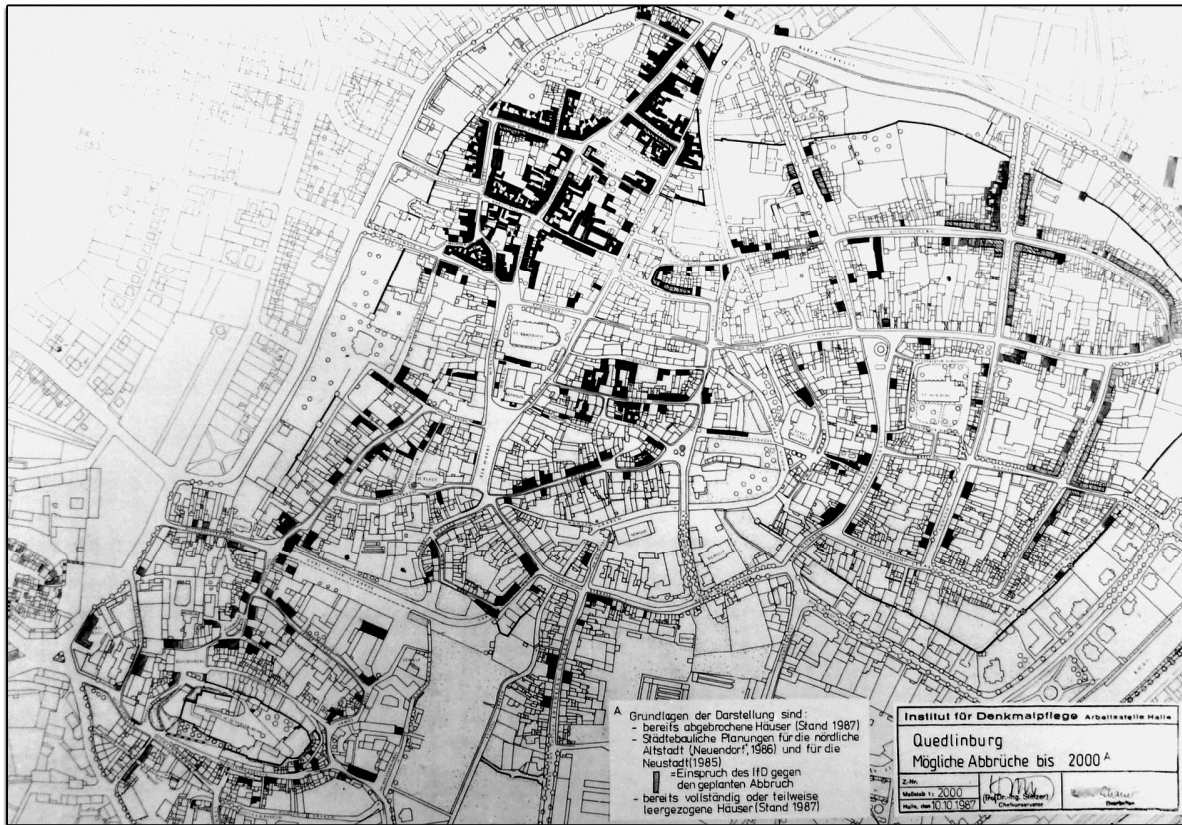


Abbildung 37. Mögliche Abbrüche bis zum Jahr 2000. Berechnung aus dem Jahr 1987.

Da für die Erneuerung des Großteils der Quedlinburger Altstadt Neubau nach flächigem Abriss beschlossen wurde, stellte die HMB/Q eine gute Lösung für den zu errichtenden Ersatzneubau dar. Aus denkmalpflegerischer Sicht ist jedoch die grundsätzliche Entscheidung zugunsten der flächigen Vernichtung von Teilen eines hochrangigen historischen Stadtdenkmals in Frage zu stellen. Die Arbeitsstelle Halle des Instituts für Denkmalpflege bemängelte, dass die HMB-Neubauten nicht wie vorgesehen zur Lückenschließung eingesetzt wurden, sondern nun nach großflächiger Beräumung ein Neubaviertel unter Einbeziehung einiger Altbauten bildeten.⁶⁷⁰ Diese Entwicklung schmälere den Denkmalwert Quedlinburgs erheblich, da er kaum über die alleinige Wahrung des Stadtgrundrisses hinausginge. Des Weiteren wurde in

⁶⁶⁹ Vgl. auch Schauer (1999): S. 99.

⁶⁷⁰ In: Zur Situation ausgewählter Städte (1988), in: LfDMPuArch, Dokumentation Akte 3961/IV, S. 2.

Frage gestellt, ob sich die Verwendung der HMB/Q unter Berücksichtigung der entstehenden Abbruchkosten gegenüber der alternativen Option der kompletten Erhaltung und Sanierung schlussendlich überhaupt als wirtschaftlicher herausstellen kann.



Abbildung 38. 1988 erstellte, aber unausgeführt gebliebene Planung für Sanierungsgebiete. Die historischen Strukturen werden zwar nicht komplett aufgegeben, aber dennoch stark vergrößert.

Der Großteil der noch vorhandenen Gebäude der Quedlinburger Altstadt konnte nach 1989 gerettet werden. Viele Straßenzüge strahlen heute in neuem Glanz. Auf der anderen Seite machen sich bei einem Gang durch die Altstadt sowohl die Substanzverluste als auch die jahrzehntelange Vernachlässigung des Gebäudebestands durch Baulücken oder noch sanierungsbedürftige Häuser bemerkbar.

4.3.5. Wernigerode

4.3.5.1. Stadtgeschichtlicher Überblick

Wernigerode wurde erstmalig im Jahr 1121 erwähnt. Die ältesten Siedlungsstrukturen befinden sich um den Klint, einen hinter dem Rathaus

gelegenen Hügel. Um 1229 wurde Wernigerode das Stadtrecht verliehen. Die von Ackerbürgern besiedelte Neustadt war ab 1279 bekannt. Auf dem Gebiet der ehemaligen Altstadt östlich des Marktplatzes siedelten Kaufleute und Handwerker, wohingegen nordwestlich des Marktes die Bevölkerung der ärmeren Schichten wohnte. Im Spätmittelalter erlebte Wernigerode dank des Handels, Handwerks und Bergbaus einen starken wirtschaftlichen Aufschwung. Die Lage an einer Handelsstraße kam dieser Entwicklung zusätzlich zugute. Auch wenn die Stadt die grundsätzlich angestrebte Unabhängigkeit vom Grundherrn nicht erreichen konnte, gelang dem Stadtrat häufig die Durchsetzung seiner Interessen gegenüber den die Grundherrschaft ausübenden Grafen von Wernigerode (bis 1429) und zu Stolberg. Dank des erlangten Reichtums waren die Handelsleute im ausgehenden 15. Jahrhundert in der Lage, sich ein „Speelhus“, das spätere Rathaus, zu erbauen. Um 1528 wurden Alt- und Neustadt zu einer administrativen Einheit verschmolzen. Im selben Jahr zerstörte der erste von drei großen Stadtbränden, die in Wernigerode in den darauffolgenden Jahrhunderten ausbrachen, 470 von 554 Gebäuden, darunter auch das „Speelhus“. Die Reformation und der Dreißigjährige Krieg brachten für Wernigerode politische Unruhen und den wirtschaftlichen Niedergang mit sich, so dass die Stadt im 18. Jahrhundert über den Status einer Ackerbürgerstadt nicht mehr hinaus kam. Ein weiterer schwerer Stadtbrand vernichtete 1751 zwei Drittel aller vorhandenen Häuser. Daraufhin wurde Wernigerode ein weiteres Mal wieder aufgebaut. Im 19. Jahrhundert bescherten die Industrialisierung und der Tourismus der Stadt einen erneuten Aufschwung. Ein letzter großer Stadtbrand sorgte im Jahr 1847 für verheerende Zerstörungen. Dieser konnte jedoch ebenso wenig wie die Kriegszerstörungen aus dem Jahr 1944 den Wiederaufbauwillen der Wernigeröder Bürger brechen.⁶⁷¹

4.3.5.2. Stadtbild und Denkmalwert

Das Stadtbild Wernigerodes ist durch eine besonders einheitlich und geschlossen wirkende Erscheinung gekennzeichnet. Um den Markt und südlich davon befinden sich die älteren und zugleich wertvolleren Denkmale.⁶⁷²

⁶⁷¹ Vgl. Lagatz, Uwe: Wernigerode. Geschichte Architektur Kunst, Wernigerode 2000, S. 9-27 passim.

⁶⁷² Zusammenfassung über Wernigerode, in: LAFDMPuArch, Akte AA 437, unpaginiert.



Abbildung 39. Marktplatz mit Rathaus (links) und dem sogenannten Gothischen Haus (rechts).

Neben einigen herausragenden Einzeldenkmalen befanden sich in der Altstadt vorrangig zwei- und dreigeschossige Fachwerkgebäude des 18. Jahrhunderts in guter farblicher und architektonischer Gestalt.⁶⁷³ Da die meisten Häuser bestimmten Gebäudetypen folgten, ergaben sie ein einheitliches Straßenbild.⁶⁷⁴ Dieses Bild wurde durch die in allen Bereichen der Altstadt ähnliche kleinteilige Quartiersbebauung verstärkt.⁶⁷⁵



Abbildung 40. Mittelstraße 1979.

⁶⁷³ Vgl. Städtebauliche Leitplanung zur Umgestaltung der Altstadt Wernigerode, in: Stadtarchiv Wernigerode WR III 1664, S. 6.

⁶⁷⁴ Vgl. sdZ, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/III, S. 2.

⁶⁷⁵ Vgl. Städtebauliche LP, S. 7.

Die Bezeichnung „bunte Stadt am Harz“ hat Wernigerode den farbigen Fassadenfassungen zu verdanken, um deren Erhaltung sich die Hausbesitzer stets bemühten. Die Fassaden wurden von rhythmisch angeordneten Fenstern dominiert. Vorkragungen waren – sofern überhaupt vorhanden – schwach ausgebildet.⁶⁷⁶

Die Struktur des Stadtkerns unterschied zwischen dem rasterförmigen Grundriss der Altstadt und der um sie später ringförmig angelegten Neustadt.⁶⁷⁷ Beide Teile sind heute jedoch zu einer in sich geschlossenen städtebaulichen Einheit verschmolzen. Der zentrale Innenstadtbereich (Breite Straße/Westernstraße, Markt, Burgstraße und Nicolaiplatz) prägen das Stadtbild entscheidend.⁶⁷⁸



Abbildung 41. Auch in Randbereichen (Bild links: Schöne Ecke) war die Altstadt in den 70er Jahren gepflegt. Das rechte Bild zeigt eine Straße in „schlechterem Bauzustand“.

In der Mitte der 1970er Jahre zählte die Altstadt 863 Gebäude. Über die Hälfte stammte aus der Zeit vor 1870. Etwa 40% der Häuser wurden von 1870 bis 1918 erbaut.⁶⁷⁹

Der historische Stadtkern Wernigerodes war Bestandteil der zentralen Denkmalliste der DDR.⁶⁸⁰ Der größte Wert des Altstadt-kerns bestand aus denkmalpflegerischer Sicht im geschlossen und gut erhaltenen Bild der Bebauung. So forderte die denkmalpflegerische Zielstellung von 1981 neben der Beibehaltung des Stadtgrundrisses vor allem den Erhalt der bereits genannten wichtigsten Straßen-

⁶⁷⁶ Vgl. sdZ, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/III, S. 2.

⁶⁷⁷ Vgl. Städtebauliche LP, S. 6.

⁶⁷⁸ Vgl. Städtebauliche LP, S. 7f.

⁶⁷⁹ Städtebauliche LP, S. 6 und 9.

⁶⁸⁰ Position 22, Kategorie IV der Bekanntmachung der zentralen Denkmalliste vom 25. September 1979, GBl. Sonderdruck Nr. 1017, S. 10 sowie Wenzel, Klaus Christian: Die Gestaltung der innerstädtischen Bereiche in Wernigerode und Blankenburg, in: Architektur der DDR 7/1984, S. 422.

und Platzräume sowie der Bebauung am Klint. Dabei war zur Wahrung dieses Wertes nicht die Erhaltung sämtlicher Straßen erforderlich, wenngleich sich die Denkmalpflege immer für die möglichst umfassende Bewahrung historischer Strukturen einsetzte.⁶⁸¹

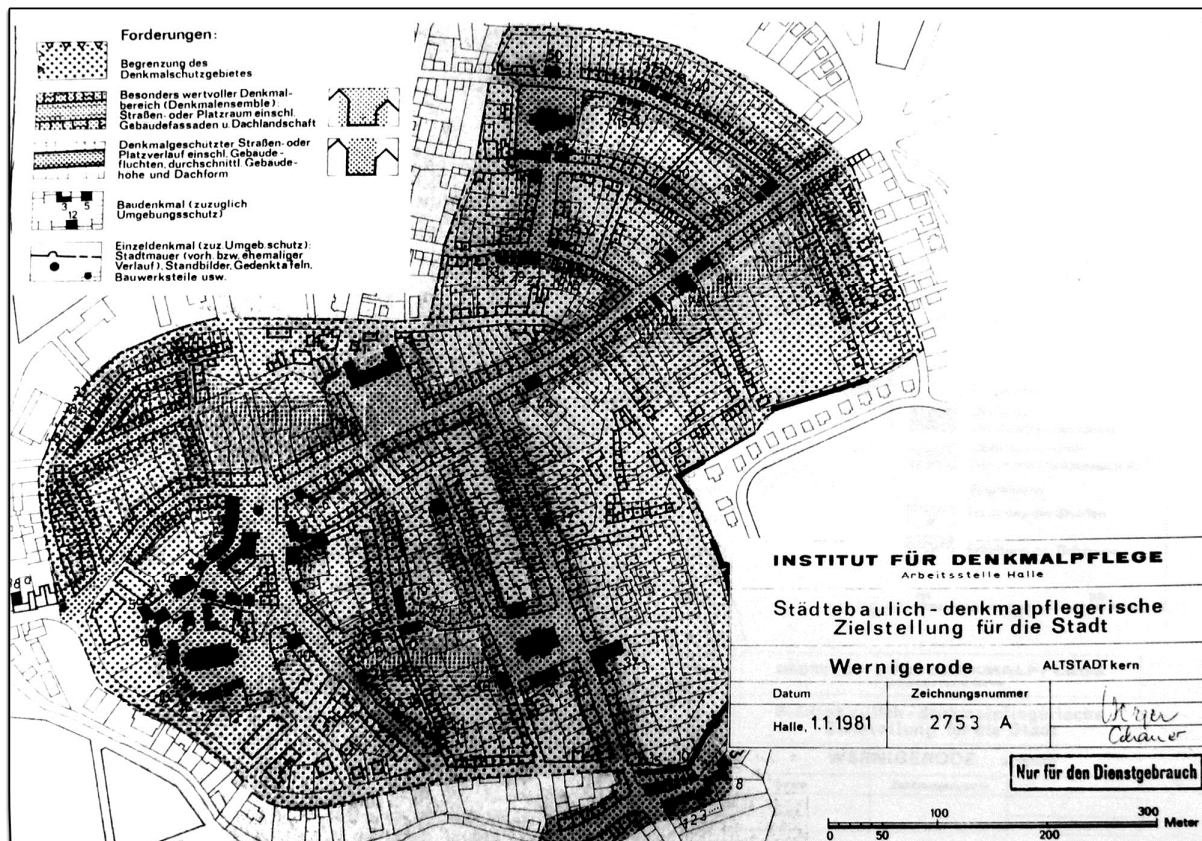


Abbildung 42. Denkmalkarte der Stadt Wernigerode.

4.3.5.3. Städtebauliche Entwicklung des Denkmalbereiches in der Wernigeröder Altstadt 1970-1989

Die Erneuerung der Wernigeröder Altstadt war bereits seit den 1960er Jahren eine wesentliche Aufgabe des Stadtbauamtes. Der Stadtbaudirektor setzte sich nachdrücklich für die Umsetzung der planmäßig vorgesehenen Modernisierungsarbeiten ein, auch wenn Materialmangel diese Bemühungen stets erschwerte. Durch die konsequente Wiederverwertung von Rohstoffen aus Abbruchgebäuden konnte der Ressourcenknappheit jedoch entgegengewirkt

⁶⁸¹ SdZ, S. 2f.

werden.⁶⁸² Die bis 1970 angefertigten Planungen lassen eine positive Einstellung zum Wert der historischen Altstadt erkennen. So sollte die Innenstadt nach 1975 saniert und in größtmöglichen Maß erhalten werden.⁶⁸³ Obwohl auch Wernigerode größere Neubaugebiete außerhalb des historischen Kerngebiets erhielt, blieb die Einwohnerzahl der Altstadt konstant.⁶⁸⁴

Die heute in den Akten nur unvollständig erhaltene „Langfristige städtebauliche Entwicklungskonzeption Stadt Wernigerode“ aus dem Jahr 1975 sah demgegenüber neben dem Erhalt der bedeutendsten Bereiche des Zentrums (bereits oben genannte Straßenräume) vor allem für die späten 80er Jahre umfangreiche Abbrüche in der Altstadt vor.⁶⁸⁵ So planten etwa die für die Planerstellung zuständige Bezirksplankommission und das Büro für Städtebau, in der Altstadt über 4.100 beziehungsweise 3.500 Wohnungen abreißen zu lassen. Außerdem sollten u.a. Neubauten für die SED-Kreisleitung, ein Möbelhaus und eine Kaufhalle im Stadtzentrum eingeordnet werden.⁶⁸⁶ Diese bei Ausführung für die Altstadt von Wernigerode verheerende Planung basierte nicht etwa auf dem schlechten Bauzustand der Gebäude, sondern auf der Berechnung der Restnutzungsdauer⁶⁸⁷ der Gebäude. Das Institut für Denkmalpflege, die Stadtverwaltung und die Abteilung Kultur beim Rat des Kreises legten gegen diese Konzeption Widerspruch ein. Anfang des Jahres 1977 lehnte auch die SED-Kreisleitung diese Planung ab.⁶⁸⁸ Nachdem auch in Medien der BRD über diese Abrisspläne berichtet worden war, wurden sie endgültig fallengelassen.⁶⁸⁹

Im Jahr 1977 legte das Büro für Städtebau in Magdeburg eine überarbeitete Fassung der städtebaulichen Leitplanung vor, die nunmehr den umfassenden Erhalt der Altstadt befürwortete. Auch in allen späteren Planungen ging das Büro für Städtebau Magdeburg auf Distanz zu seinen ursprünglichen Abrissplanungen.⁶⁹⁰

⁶⁸² Vgl. Analyse über die Materialsituation im Stadtgebiet Wernigerode 1965, in: Stadtarchiv Wernigerode, WRIII 1629 Werterhaltung 1964/65.

⁶⁸³ Vgl. Generalbebauungsplanstudie mit Kartenmaterial, in: Stadtarchiv Wernigerode WRIII 1664.

⁶⁸⁴ Vgl. Schauer, Hans-Hartmut: Historische Altstadt und „sozialistische Umgestaltung“. Städtebauliche Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt bis 1990, 2007, S. 125.

⁶⁸⁵ Vgl. Schauer (2007): S. 126.

⁶⁸⁶ Langfristige städtebauliche Entwicklungskonzeption Stadt Wernigerode, in: Stadtarchiv Wernigerode WRIII 1664, S. 9-15.

⁶⁸⁷ Definition Restnutzungsdauer siehe Kapitel 1, S. 19.

⁶⁸⁸ Vgl. Schauer (2007): S. 126.

⁶⁸⁹ Vgl. Schneider, Rolf: Ruinen schaffen ohne Waffen, in: Merian EXTRA DDR, Hamburg 1990, S. 64.

⁶⁹⁰ Vgl. Schauer (2007): S. 126.

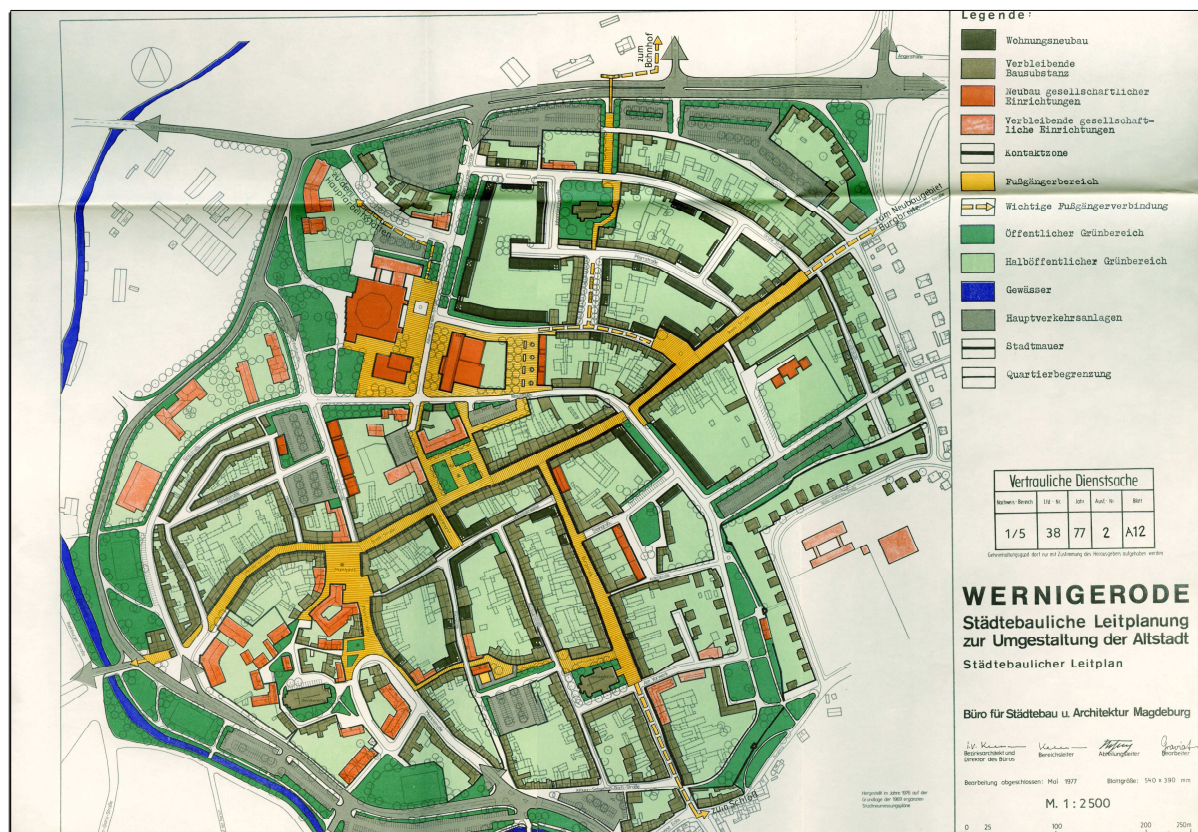


Abbildung 43. Städtebauliche Leitplanung zur Umgestaltung der Altstadt.

Die in diesem Rahmen durchgeführte Substanzanalyse offenbarte, dass die Hälfte der Gebäude schwere Schäden aufwies. Andererseits waren über 40% aller Häuser in gutem, einige in sehr gutem, aber rund 5% auch im abbruchreifen Zustand.⁶⁹¹

Die Leitplanung sah vor, die Stadtstruktur in den wichtigsten Bereichen zu erhalten, stellte zugleich aber die denkmalpflegerische Forderung in Frage. Vielmehr sollte die Sanierung auf die zentralen und damit besonders bedeutenden Bereiche konzentriert werden. So schlug die Leitplanung vor, die Breite beziehungsweise Westernstraße, den Markt, die Burgstraße und den Nicolaipplatz in eine Fußgängerzone umzuwandeln, wobei die dazugehörige Bebauung instand gesetzt werden sollte. Im Zuge der Erneuerung wurde zudem aus stadthygienischer Sicht die Entkernung der Innenhöfe für nötig erklärt. Ersatzneubau sollte in maximal dreigeschossiger Ausführung auf den „*unbedingt nötige[n] Umfang*“⁶⁹² und auf die Schließung von Baulücken reduziert werden.

⁶⁹¹ Städtebauliche LP, S. 8f.

⁶⁹² In: Städtebauliche LP, S. 16.

Von den 2.326 vorhandenen Wohnungen sollten langfristig 1.708 erhalten bleiben. Kurz- und mittelfristig waren weitere 583 Wohneinheiten derzeit unverzichtbar. Langfristig sollten aber außerhalb des denkmalgeschützten Bereiches Neubauten mit etwa 600 Wohnungen entstehen.⁶⁹³ Mit diesen Vorgaben erklärte sich die Denkmalpflege im Wesentlichen einverstanden.⁶⁹⁴

In der ersten Hälfte der 1970er Jahre standen pro Jahr etwa 4 Millionen Mark für die Rekonstruktion von Altstadtgebäuden zur Verfügung.⁶⁹⁵ Diese Mittel stiegen aufgrund der erhöhten Erhaltungsquote in der Altstadt auf 8,5 Millionen Mark.⁶⁹⁶ So wurden jährlich etwa 120 Wohngebäude instand gesetzt.

Anlässlich der 750-Jahrfeier im Jahr 1979 wurde die Breite Straße ab 1977 zur Fußgängerzone umgestaltet.⁶⁹⁷ Außerdem wurden anlässlich des Stadtjubiläums vor allem durch Bewohnerinitiativen viele Fassaden repariert und in Eigenregie umfangreiche Arbeiten an den Häusern vorgenommen.⁶⁹⁸ Die ein- und zweigeschossigen Häuser der ehemaligen ärmeren Bevölkerung im Nordosten und Nordwesten der Altstadt waren dank der engagierten Instandhaltung durch ihre Bewohner um 1980 in besonders gutem Zustand.⁶⁹⁹ Die Arbeitsgemeinschaften „Werterhaltung“ und „Innenstadt“ verfolgten die Ziele der Altstadterhaltung in regelmäßigen Beratungen und setzten sich für die zeitnahe Lösung anstehender Probleme ein.⁷⁰⁰ In Eigenregie und durch ehrenamtlichen Einsatz hatten engagierte Bürger ein auffälliges Gebäude nahe dem Marktplatz nach denkmalpflegerischen Grundlagen saniert. Nach seiner Fertigstellung wurde es als Kunst- und Kulturzentrum genutzt.⁷⁰¹

Da sich der Rat der Stadt regelmäßig und nachhaltig für die Stadterneuerung einsetzte, wurde auch in den 1980er Jahren kontinuierlich an der Rekonstruktion von vielen Gebäuden gearbeitet. Die Mitarbeiter der zuständigen Arbeitsstelle des Instituts für Denkmalpflege in Halle zeigten sich mit der Praxis der Stadterneuerung meistens zufrieden.

⁶⁹³ Städtebauliche LP, S. 16ff.

⁶⁹⁴ In: LfDMPuArch, Akte AA 437, unpaginiert.

⁶⁹⁵ Vgl. Sekretariatsvorlage zum 25.03.1976, in: Bauarchiv Wernigerode, unpaginiert, unsigned.

⁶⁹⁶ In: LfDMPuArch, Akte AA 437, unpaginiert.

⁶⁹⁷ Vgl. WR III 1669, in: Stadtarchiv Wernigerode.

⁶⁹⁸ In: Vermerk über Beratungen am 29.08.1979 in Wernigerode, in: LfDMPuArch, Akte AA 437, unpaginiert.

⁶⁹⁹ Zusammenfassung über Wernigerode, in: LfDMPuArch, Akte AA 437, unpaginiert.

⁷⁰⁰ In: WR III 1669, in: Stadtarchiv Wernigerode.

⁷⁰¹ Vgl. hierzu Schneider (1990): S. 64.

Bis 1987 sollten jährlich 10-15 Häuser rekonstruiert werden. Im Jahr 1988 bekam auch Wernigerode den von der DDR-Regierung verordneten Sparzwang zu spüren, denn die staatlich vorgesehenen Finanzmittel für die Rekonstruktion sanken.

Der in ersten Entwürfen verbliebene Generalbebauungsplan von 1989 sah den komplexen und kompletten Erhalt der Altstadt vor. Zahlen über den Bauzustand der Gebäude bleibt der Entwurf ebenso schuldig wie konkretere Konzepte.

Im Sommer des Jahres 1989 sollte nach eilends gefassten Beschlüssen die südwestliche Bebauung des Marktplatzes einschließlich des 1425 erstmalig erwähnten, durch eine Patrizierfamilie errichteten „Gothischen Hauses“ abgebrochen werden. An dieser Stelle war ein Devisenhotel⁷⁰² geplant, dessen Fassade mit Teilen der vorherigen Bebauung gestaltet werden sollte. Wieder waren es westdeutsche Medien, die die Zerstörung dieses kulturhistorisch bedeutenden Ensembles verhindern konnten. Der mediale Aufruf informierte detailliert über den geplanten Abriss und Neubau und sprach von „*Fahrlässigkeit aus blindwütigem Kommerzdenken*“.⁷⁰³ Nach der Veröffentlichung des Artikels fanden öffentliche Versammlungen von Wernigeröder Bürgern statt und der Abriss wurde mehrfach verschoben. Schließlich beschlossen das Ministerium für Kultur der DDR und das SED-Politbüro einen substanzschonenderen Kompromiss, der allerdings bis zum Ende der DDR nicht mehr realisiert wurde.⁷⁰⁴ Der Umbau des „Gothischen Hauses“ erfolgte nach 1990.

Die hier dargestellte städtebauliche Entwicklung Wernigerodes in den 70er und 80er Jahren ist ein anschauliches Beispiel für einen Prozess, bei dem sämtliche Beteiligten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf das gemeinsame Ziel hinarbeiteten, das historische Stadtbild bestmöglich zu erhalten. Dabei wurden weit mehr Kräfte mobilisiert, als die staatliche Mittelzuteilung hergegeben hätte. Die Wernigeröder wollten sich anscheinend nicht mit dem zufriedengeben, was der Staat und seine Pläne in puncto Altstadtsanierung ermöglichen konnten.

Die Altstadt von Wernigerode wird auch heute noch vorbildlich gepflegt. Bürger und Stadtverwaltung kennen den Wert ihrer Stadt und können zu Recht stolz auf die Leistungen zurückblicken, die vor und nach 1989 dazu beigetragen haben, dass sich Wernigerode noch heute im geschlossenen Stadtbild präsentiert.

⁷⁰² Hotel für westeuropäische Gäste zur Beschaffung von Devisen (Anm. d. Verf.).

⁷⁰³ Zitiert nach Schneider (1990): S. 68.

⁷⁰⁴ Ebenda.

4.3.6. Osterwieck

4.3.6.1. Geschichtlicher Überblick und Stadtbild Osterwiecks

Die erstmalige urkundliche Erwähnung von „Ostrewic“ geht auf das Jahr 1073 zurück.⁷⁰⁵ Von weitaus größerer Bedeutung für die Stadt ist jedoch das Jahr 974: Der unter dem Namen Salingenstede (Seligenstadt) ersten urkundlich erwähnten Siedlung auf dem Gebiet des heutigen Osterwieck wurde in diesem Jahr durch Kaiser *Otto II.* (955-983) das Münz- und Zollrecht verliehen. Ab diesem Zeitpunkt berechnen die Osterwiecker Chronisten heute das Alter von Osterwieck. Die Verleihung des Marktrechts fiel ebenfalls in die Herrschaftszeit *Ottos des II.*, ist zeitlich aber nicht genau bekannt.⁷⁰⁶ Mit dem Betreiben des Marktes konnte sich die Stadt dank der günstigen Lage an einer Handelsstraße als Handelsplatz etablieren. Im Jahr 1215 erhielt Osterwieck das Stadtrecht.

Die ältesten Siedlungsstrukturen lassen sich in der nordwestlichen Altstadt nachweisen. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts erweiterte sich die Stadt in östlicher und südlicher Richtung.

Im 15. Jahrhundert verlor Osterwieck als Handelsstandort an Bedeutung, da der Verlauf des Handelswegs verändert wurde. Stattdessen etablierte sich von nun an der Ackerbau.⁷⁰⁷

Ein heute noch beachtlicher Gebäudebestand zeugt von einer regen Bautätigkeit zwischen 1520 und 1630. Mit Beginn des Dreißigjährigen Krieges ging die Bautätigkeit in Osterwieck jedoch stark zurück. Dabei hatte die feindliche Belagerung im Krieg keine nennenswerten Gebäudeschäden zur Folge. In den folgenden Jahrhunderten siedelten sich in Osterwieck Brauerei- und Leineweberinnungen an.⁷⁰⁸

Im Zuge der Industrialisierung wurden weitere Gewerbe gegründet.⁷⁰⁹

⁷⁰⁵ In: Schauer, Hans-Hartmut: Die Fachwerkstadt Osterwieck. Eine Analyse der Baugeschichte der Stadt und ihrer Werte sowie ein Bericht über denkmalpflegerische Arbeiten bis 1990, Berlin 1997, S. 11.

⁷⁰⁶ Vgl. Gille, Theo: Stadtführer Osterwieck, Braunschweig 2001, S. 11.

⁷⁰⁷ Schauer, Hans-Hartmut: Fachwerkbauten in Sachsen-Anhalt, in: Schauer, Hans-Hartmut/Ehrhardt, Günter (Hrsg.): Fachwerkbauten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen: Untersuchungen zur Bau- und Formenentwicklung des Fachwerks und zum heutigen Bestand in den fünf neuen Bundesländern, Berlin/München 1992, S. 133.

⁷⁰⁸ Gille (2001): Stadtführer, S. 27ff.

⁷⁰⁹ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 15.

Im Jahr 1884 vernichtete ein Stadtbrand 44 Gebäude, an deren Stelle sich ins Stadtbild einfügende Neubauten errichtet wurden.⁷¹⁰ Von weiteren großflächigen Zerstörungen blieb Osterwieck bis heute verschont.

Die Stadt besteht im historischen Kern aus einem komplett erhaltenen Fachwerkensemble, dessen Ausdehnung etwa 600 Meter beträgt. Hier konzentriert sich eine geschlossene Bebauung, die sich in einheitlichem Bild präsentiert.⁷¹¹ Der Gesamtbestand Osterwiecks zählt 328 Gebäude, von denen mehr als die Hälfte vor 1870 erbaut wurden. Das älteste Haus stammt aus dem Jahr 1480. Die Häuser stehen nahezu ausnahmslos in Traufstellung zur Straße und wurden in der ganzen Funktionsbreite städtischer Gebäude gestaltet. Dreistöckige Kaufmannshäuser finden sich an den Hauptstraßen, Ackerbürgerhäuser mit ihren Tordurchfahrten in den Zufahrtsstraßen und die Gebäude kleinerer Gewerbetreibender in den Randlagen der Altstadt.⁷¹² Die Mehrzahl aller Häuser wurde nur zweigeschossig erbaut. Über 100 Gebäude weisen mit ihrer großen Breite, den Zwerchhausaufbauten und Tordurchfahrten stilistische Merkmale des sogenannten Ackerbürgerhauses auf. 20% der Osterwiecker Altstadtgebäude sind mit straßenseitigen Holzschnitzereien verziert.⁷¹³

Der Grundriss der Altstadt ist unregelmäßig und legt Zeugnis über die frühe Geschichte Osterwiecks ab. Radial angelegte Straßen führen mit scharfen Abknickungen vor der Einmündung auf den Marktplatz, der das Zentrum der Altstadt darstellt.⁷¹⁴

Neben den sich in der Überzahl befindlichen Fachwerkbauten bestimmen auch verkleidete und massiv errichtete Gebäude das Stadtbild.

⁷¹⁰ Gille (2001): Stadtführer, S. 42.

⁷¹¹ Schauer (1992): Fachwerkbauten, S. 135.

⁷¹² Schauer (1992): Fachwerkbauten, S. 138.

⁷¹³ Schauer (1997): S. 21 und 30.

⁷¹⁴ Schauer (1992): Fachwerkbauten, S. 135.



Abbildung 44. Die Altstadt Osterwiecks (2008). Rechts oben im Bild das sogenannte Eulenspiegelhaus, welches als eines von zwei Initialbauten⁷¹⁵ für den Niedersächsischen Fachwerkbau gilt. Das linke Haus im unteren Bild zeigt die für Osterwieck typischen tief ausgehöhlten Schiffskehlen.

Der Osterwiecker Fachwerkbau wird von fünf Epochen geprägt. Die wenigen Gebäude, deren Entstehungsdatum in den Zeitraum von 1450 bis 1525 fällt, weisen gotische Elemente auf. Diese Gebäude sind relativ schmucklos und zeigen Treppen-, Trapez- und Bügelfries sowie Birnstab-Balkenköpfe.

Der Formenkanon des Niedersächsischen Stils erschien erstmals in Osterwieck und gehörte zwischen 1525 und 1580 zum festen gestalterischen Repertoire der hier tätigen Baumeister. Die charakteristischen Fächerrosetten, die Schiffskehlen sowie der Balkenkopf in Walzenform traten ab 1530 an zahlreichen Gebäuden in Erscheinung.⁷¹⁶ Die Schwellen und Brüstungsfelder wurden mit Wellen- oder Flechtbändern, symbolhaften Schnitzereien sowie Friesen und Ornamenten verziert.

⁷¹⁵ Neben dem Gebäude Niedergasse 19 in Stolberg/Harz.

⁷¹⁶ Vgl. Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 41.

Eine nur in Osterwieck auftretende Besonderheit sind die an mehreren Gebäuden anzutreffenden auffallend tief ausgehöhlten Schiffskehlen. Ab etwa 1549 wurden die Fächerrosetten auf das gesamte Brüstungsfeld geschnitzt, später jedoch wieder streng zwischen den Ständern angeordnet. Vereinzelt tauchten auf den Schwellen bereits Spruchbänder auf.

Ab etwa 1580 verdrängten Renaissanceformen den reinen Niedersächsischen Stil. Das charakteristischste Gestaltungsnovum waren die Blendarkaden, die in der Übergangszeit auch parallel mit Fächerrosetten an einem Gebäude erschienen.⁷¹⁷ Häufig finden sich nun verschnörkelte Inschriften auf der Schwelle, oft in Kombination mit dem sogenannten Zauberknoten. Die Brüstungsfelder, sofern ohne Blendarkaden, wurden mit Beschlagwerk oder bildlichen Elementen beschnitzt sowie mit Schriften oder dem Zauberknoten bemalt. Taustab, Schiffskehle und Zahnschnitt zieren die Schwellen der in dieser Phase erbauten Häuser.



Abbildung 45. Spruchband mit Zauberknoten über detailreich gearbeiteten Schiffskehlen. (Schulzenstraße, 2008)

Mit Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges war die Hochphase des Fachwerkbaus in Osterwieck schlagartig beendet. Die Gestaltung der nach dieser Zäsur errichteten Bauten folgte keiner regional begrenzten Formensprache mehr. Zwischen 1640 und 1730 schlossen sich barocke Elemente an, danach dominierten klassizistische Einflüsse die Bautätigkeit.⁷¹⁸ Die Beschnitzung der Hölzer trat gegenüber der grafischen Gestaltung der Fachwerkfassade mit Kreuzen, Rauten, Halbe-Mann-Figuren stark zurück. Knaggen und Konsolen wichen gänzlich. Balkenköpfe und Schwellen zeigten sich im Karniesprofil. Die Vorkragung der Obergeschosse bildete sich bis 1700 völlig zurück.

Im 18. Jahrhundert wurden die Gebäude noch einfacher und rationeller gestaltet. Bis auf geschosshohe Streben zu den Eckständern waren die Fassaden schmucklos.

⁷¹⁷ Vgl. Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 41 und (1992): Fachwerkbauten, S. 136.

⁷¹⁸ Gille, Theo: Osterwieck, die Fachwerkstadt am Nordharz, in: Thiele, Klaus (Hrsg.): 1200 Jahre Bistum Halberstadt. Osterwieck, frühe Mission und frühprotestantische Bildwelten, Wernigerode und Berlin 2005, S. 51.

Außerdem wurden viele Häuser aus Angst vor Bränden mit Schieferplatten verkleidet, was das Stadtbild bis heute prägt. Nach dem Stadtbrand 1884 kam die volle Massivbauweise auf.⁷¹⁹

Osterwieck vertritt mit dem umfangreichsten Gebäudebestand aus der Zeit zwischen 1520 und 1620 von allen Fachwerkstädten des Harzes die niedersächsische und die Stilepoche der Renaissance am repräsentativsten.⁷²⁰

4.3.6.2. Denkmalwert und denkmalpflegerische Forderungen

Der denkmalpflegerische Wert Osterwiecks besteht vor allem im geschlossenen und weitgehend ungestört erhaltenen Ortsbild einer kleinen Fachwerkstadt. Wertvolle Einzelgebäude und -denkmale aus der Blütezeit des Osterwiecker Fachwerks ergänzen dieses Bild (insbesondere der außergewöhnlich umfangreiche Bestand an Gebäuden des Niedersächsischen Fachwerkbaus) und tragen so ebenfalls maßgeblich zum Denkmalwert bei. In konkreten Zahlen ausgedrückt heißt dies, dass sich im Jahr 1975 noch 112 Einzeldenkmale und zwölf denkmalwerte Straßenzüge in der Osterwiecker Altstadt befanden.⁷²¹ Die Lage der Stadt in der umgebenden Landschaft im Ilsetal am Harzrand rundete den Wert des städtebaulichen Ensembles gelungen ab, so dass Osterwiecks Altstadt in der zentralen Denkmalliste der DDR verzeichnet war.⁷²²

Die im August 1978 vorgelegte städtebaulich-denkmalpflegerische Zielstellung forderte die weitgehende Erhaltung der Stadt in ihrem Erscheinungsbild. Aufgrund der Lage und der bestehenden harmonischen Einheit von Stadt und Landschaft sollte die räumliche Ausdehnung Osterwiecks begrenzt werden. Die von allen Seiten sichtbare, besonders durch die beiden markanten Kirchtürme geprägte Stadtsilhouette durfte nicht durch Bauten mit mehr als drei Geschossen gestört und verändert werden. Weiterhin forderte die Denkmalpflege den unveränderten Erhalt des unregelmäßigen Stadtgrundrisses einschließlich der Pflasterung im Bereich des Denkmalschutzgebietes. Das Bild der Straßen und Plätze im unmittelbaren

⁷¹⁹ Vgl. Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 47-58 passim.

⁷²⁰ Schauer (1992): Fachwerkbauten, S. 84.

⁷²¹ Vgl. Scholle, Anneliese/Ramke, Gerhard: Osterwieck – ein Beispiel für Bürgerinitiative in der Denkmalpflege, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 2/1975, S. 22.

⁷²² Vgl. Position 11 im Bereich IV: Denkmale des Städtebaus und der Architektur, in: sdZ für die Stadt Osterwieck, Kreis Halberstadt, S. 4, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/2.

Kernbereich der Altstadt sollte in seinem Bestand vollständig erhalten bleiben. Diese Forderung schloss die Erhaltung der Fassaden und Dächer ebenso ein wie die Schließung vorhandener und eventuell entstehender Baulücken, so dass die Geschlossenheit der Quartiere als wesentliches Element des Stadtbildes bewahrt bliebe. Die Zielstellung forderte zudem die zeitnahe Sanierung der Baudenkmale. Darüber hinaus sollten möglichst viele Altstadtgebäude erhalten bleiben. Dabei wurde auf die Wahrung der fachwerktypischen Konstruktion Wert gelegt. Für erforderliche Neubauten waren orts- und regionaltypische Materialien und Bauweisen vorgesehen.⁷²³

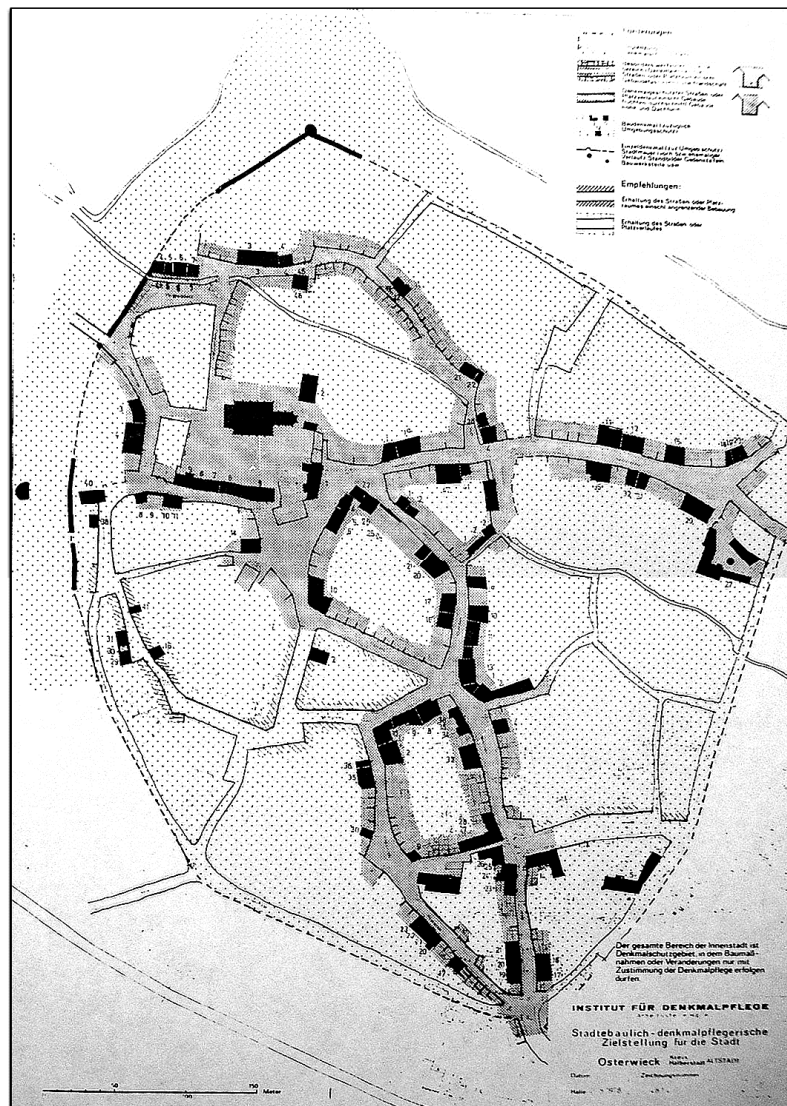


Abbildung 46. Denkmalkarte der Altstadt von Osterwieck.

⁷²³ Vgl. sdZ Osterwieck, S. 4ff.

4.3.6.3. Städtebauliche Entwicklung des Denkmalensembles Altstadt Osterwieck

Zu Beginn des Untersuchungszeitraums befanden sich innerhalb des ehemaligen Befestigungsringes von Osterwieck etwa 400 Gebäude, davon ca. 100 Einzeldenkmale. 180 Häuser zählten zum Denkmalensembelbereich. 90% aller Gebäude waren als Fachwerkbau ausgeführt, davon allerdings 20% verkleidet oder verschiefert. Obwohl der Anteil an Massivbauten bis zum Beginn der 1980er Jahre zunahm, hatten diese bis dahin auf das Stadtbild noch keinen störenden Einfluss.⁷²⁴

Eine die gesamte Altstadt erfassende Bestands- und Bauzustandsanalyse gab es bis 1990 nicht. Dem ehemaligen Stadtbaumeister *Gerhard Ramke* zufolge war der Großteil der historischen Gebäude um 1970 in gutem bis mittlerem Zustand. Die größten Schäden zeigten sich an den Dächern und den Rückfronten der Häuser.⁷²⁵

Konkrete Entwicklungsplanungen für die Gesamtstadt gab es bis 1990 ebenfalls nicht. Ab 1975 beschäftigte sich der Stadtrat mit einer städtebaulichen Perspektive für die Gesamtstadt. Neben der Erweiterung der Kanalisation sollten ab dem Jahr 1980 den Beschlüssen des zentralen Bauwesens der DDR folgend im Stadtzentrum Neubauwohnungen entstehen. Da sich die Fertigstellung des Neubauwohngebietes außerhalb der Altstadt immer weiter verzögerte, fehlten jedoch die Mittel für die innerstädtische Erneuerung durch Neubau.⁷²⁶ Der Stadtrat bemühte sich indes mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, den historischen Bestand Osterwiecks zu erhalten.

Zur 1.000-Jahrfeier der Stadt im Jahr 1974 kam es zu einer groß angelegten Anstrichaktion der Fassaden in der Innenstadt. 180 Gebäude erhielten auf diese Weise eine erneuerte Farbfassung.⁷²⁷

Außerdem hatte der Stadtbaumeister *Ramke* im Jahr 1979 die Gründung einer sogenannten Denkmalpflegebrigade initiiert, die zwar dem VEB Denkmalpflege Magdeburg angegliedert, aber ausschließlich in Osterwieck tätig war. Mit dieser fünf

⁷²⁴ Osterwieck, Kreis Halberstadt: Überlegungen zur Erhaltung der Altstadt, in: Planarchiv des LfDMPuArch, Signatur 44F.

⁷²⁵ Interview mit *Gerhard Ramke* am 01.04.2008 in Osterwieck. Für die Hofseite der Gebäude wurde häufig weniger hochwertiges Holz in die Fachwerkkonstruktion verarbeitet, weswegen der rückseitige Gebäudezustand meist deutlich schlechter war. *Ramke* amtierte von 1970 bis in die Mitte der 1980er Jahre als Stadtbaumeister der Stadt Osterwieck.

⁷²⁶ Brief der Bürgermeisterin an das BfS Magdeburg vom 05.11.1975, sowie Folgekorrespondenz (Brief vom BfS Magdeburg an RdS Osterwieck vom 28.11.1975), aus: Materialsammlung des Stadtbauamtes Osterwieck.

⁷²⁷ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 119.

Arbeitskräfte umfassenden Einheit war es möglich, unabhängig von den zugewiesenen personellen Kapazitäten des kreislichen Bauwesens zu agieren.⁷²⁸ Das Institut für Denkmalpflege zeigte sich mit der Ausführung der Arbeiten hoch zufrieden. Es würden vorbildliche denkmalpflegerische Leistungen erbracht. Besonders positiv wurde hervorgehoben, dass Materialien aus Abbruchgebäuden systematisch gesammelt und sortiert wurden.⁷²⁹ Pro Jahr konnte durch die Brigade ein kleines Fachwerkhaus wiederhergestellt werden. Darüber hinaus wurden gefährdete Gebäude gesichert sowie Dächer und Fassaden repariert.⁷³⁰ Bei kleinsten Schäden konnte umgehend reagiert werden. Undichte Dächer wurden sofort repariert. Mit Stützbalken konnten Fassaden vor dem Einsturz gerettet werden. Obgleich die Kapazitäten der Denkmalpflegebrigade für die anfallenden Sanierungsarbeiten nicht ausreichten, konnte der fortschreitende Verfall durch Witterungseinflüsse eingedämmt werden.⁷³¹

Dennoch verschlechterte sich der Bauzustand aufgrund diverser Probleme bei der Durchführung von Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten zusehends, so dass letztlich pro Jahr etwa ein bis zwei Gebäude abgebrochen werden mussten. Dem Bild der Altstadt wurden so im Lauf der Jahre empfindliche Schäden zugefügt. Problematisch war beispielsweise die Tatsache, dass die für Osterwieck zusätzlich zur Denkmalpflegebrigade zuständigen kreislichen Baureparaturbetriebe häufig in der benachbarten Kreisstadt Halberstadt oder ab 1986 in Berlin eingesetzt wurden. Zudem war die SED-Leitung des Kreises Halberstadt generell eher prestigeträchtigeren Neubauprojekten als der Sanierung der historischen Stadtkerne zugetan⁷³², wie auch *Gerhard Ramke* im Interview bestätigte. Als Stadtbaumeister habe er sich immer wieder gegen den Widerstand der SED-Kreisleitung für den Erhalt der Altstadt Osterwiecks eingesetzt.⁷³³ Außerdem gehörten Holz sowie Dachziegel und Ziegelsteine zur Mangelware. Letztlich führte dies dazu, dass

⁷²⁸ Interview am 01.04.2008.

⁷²⁹ In: „Einschätzung der Leistungen der Komplexbrigade Wiegmann des VEB Denkmalpflege Magdeburg“ vom 19.09.1979, in: Archiv des LfDMPuArch, Akte AA 313 Osterwieck Altstadt 1974-1981, unpaginiert.

⁷³⁰ Vgl. Osterwieck, Kreis Halberstadt. Aufgabenstellung zur Erhaltung der Altstadt, 1. Entwurf, in: LfDMPuArch, Akte AA 310 Osterwieck Altstadt 1975-1981, S. 5.

⁷³¹ Interview am 01.04.2008. Der Ortschronist *Theo Gille* stellt jedoch fest, dass aufgrund der geringen Mitgliederzahl der Denkmalpflegebrigade eine grundlegende Verbesserung des katastrophalen Zustands der Altstadt nicht möglich gewesen sei. Vgl. Gille (2001): Stadtführer, S. 59.

⁷³² Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 117.

⁷³³ Äußerungen in dem Stil, dass „die alten Buden zusammengeschoben werden müssten“, seien häufiger gefallen: Interview vom 01.04.2008.

Hauswände mit Betonsteinen gemauert, schadhafte Wände großflächig mit Asbest oder Kunststoff verkleidet wurden und Dachgauben bei Baufälligkeit ersatzlos wegfallen mussten. Da nur Typenfenster verfügbar waren, mussten die Fensteröffnungen an die Maße dieser Fenster angepasst werden. Trotz all dieser negativen Umstände wertet der damals für Osterwieck zuständige Denkmalpfleger *Hans-Hartmut Schauer* „die damaligen Umbauten und Erneuerungen [...] [als] einzige Möglichkeit [...], die Häuser in Osterwieck zu erhalten und weiterzunutzen.“⁷³⁴

Über die Höhe der für die Altstadtsanierung und die Denkmalpflege eingesetzten Gelder finden sich in den Quellen verschiedene Angaben.⁷³⁵ Fest scheint zu stehen, dass im Jahr 1984 der Anteil der Werterhaltungskapazitäten stark anstieg (von 40.000 auf 700.000 Mark).⁷³⁶ Diese Gelder wurden jedoch aufgrund des fehlenden Materials zunehmend in Malerarbeiten investiert. Für die Sanierung Berlins wurden zur Vorbereitung der 750-Jahrfeier im Jahr 1987 ab 1986 dann wieder Gelder abgezogen. Obwohl der Verfall der Altstadt gegen Ende der 1980er Jahre immer verheerendere Ausmaße annahm, sanken die zur Verfügung stehenden Mittel kontinuierlich.⁷³⁷

In den Jahren bis 1990 gab es in der Altstadt verschiedene kleinere Sanierungsprojekte. In der zentral gelegenen und für das Zentrum bedeutenden Mittelstraße wurde eine Lücke geschlossen, die nach dem Abriss eines Fachwerkhauses entstanden war. Da die beiden sich rechts anschließenden Häuser bereits seit Jahren baufällig und somit sanierungsbedürftig waren, wurden sie mit der zu schließenden Baulücke in einer Sanierungseinheit zusammengefasst. Eine vorab durchgeführte Studie kam zu dem Schluss, dass weder die tragende Konstruktionen noch die Dachstühle der noch bestehenden Gebäude erhaltungswürdig waren. Die Fassaden sollten jedoch nicht aufgegeben, sondern nach ihrer Sanierung massiven Neubaukonstruktionen vorgeblendet werden.

⁷³⁴ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 114ff., Zitat: S. 119.

⁷³⁵ Schauer geht von einem Betrag von 260.000 Mark im Jahr 1986 und von 500.000 Mark im Jahr 1990 aus. In: Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 108. In einem offenen Brief der Osterwiecker Bürger ist jedoch von 510.000 Mark im Jahr 1987 sowie 265.000 Mark im Jahr 1989 und 150.000 Mark im Jahr 1990 die Rede. Vgl. „Rettet unsere Stadt. Offener Brief der unterzeichneten Bürger von Osterwieck an alle, die es angeht!“, in: LAFDMPuArch, Akte AA 313 1987-1991, Osterwieck Altstadt, unpaginiert.

⁷³⁶ „Vermerk über Beratungen und Besichtigungen am 26.10.1983 in Osterwieck, Krs. Halberstadt“, in: LAFDMPuArch, Akte AA 313 Altstadt Osterwieck 1982-1987, unpaginiert.

⁷³⁷ Vgl. „Rettet unsere Stadt. Offener Brief der unterzeichneten Bürger von Osterwieck an alle, die es angeht“, in: LAFDMPuArch, Akte AA 313 Osterwieck 1987-1991, unpaginiert.

Für den Lückenschließungsbau standen ausschließlich massive Bauweisen zur Verfügung.⁷³⁸ Damit er sich möglichst harmonisch in das bestehende altstädtische Straßenbild einfügen konnte, war er in traditioneller Bauausführung geplant. Das Erdgeschoss sollte sich andersfarbig akzentuiert von den übrigen Stockwerken und dem Sockel abheben. Die Obergeschosse waren laut Planung vorkragend auszuführen. Die Fenster sollten die Fassade in einem Band angeordnet gliedern. Weiterhin war an der linken Gebäudeseite eine ebenerdige Tordurchfahrt in den Hof sowie eine etwas veränderte Fassadengestaltung vorgesehen. Ein in seiner Höhe an die Nachbarbebauung angepasstes ziegelgedecktes Steildach rundete den Entwurf ab.⁷³⁹

In nur wenig veränderter Weise erfolgte letztlich die Bauausführung in der Zeit von 1976 bis 1978⁷⁴⁰. Gegenüber dem Entwurf ist lediglich die linksseitige Akzentuierung anders realisiert worden. Die leicht zurückgesetzte Fassade erstreckt sich nur über das Erd- und das erste Geschoss. Wenngleich die Gestaltungsmittel zur Auflockerung der unverhältnismäßig lang gezogenen Fassade und zur Anpassung an die historische Umgebung gewürdigt werden müssen, fällt der Lückenschließungsbau dem Betrachter sofort als Fremdkörper im Straßenbild ins Auge. Vor allem das Fehlen einer wenigstens vorgeblendeten Fachwerkkonstruktion oder zumindest einer wesentlich ausgeprägteren Fassadengliederung macht sich schmerzlich bemerkbar.

⁷³⁸ *Gerhard Ramke* berichtete, dass bei Lückenbebauungen Fachwerkkonstruktionen nicht möglich waren. Auch wenn das vorherige Gebäude eine Fachwerkfassade besaß, durfte wegen des ständig bestehenden Holzmangels in der Bauindustrie für den Ersatzbau kein Holz verwendet werden.

⁷³⁹ Vgl. Akte Osterwieck Mittelstraße 23, 24, 25 Studie zur Baulückenschließung, Variante 1, in: LfDMPuArch (Planarchiv), IV/36, Textteil S. 4f und Planmaterial Straßenansicht.

⁷⁴⁰ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 112.



Abbildung 47. Neubaublock Mittelstraße (2008). Rechts neben dem Block Massivbau mit vorgeblendeter Fachwerkfassade.

Die Umgestaltung der unter Beibehaltung der historischen Fassade massiv neu errichteten benachbarten Gebäude (in Abbildung 48 rechts neben dem Neubau dargestellt) stellt indes eine bemerkenswerte Lösung dar. Sie repräsentieren das Engagement und den Wunsch der Verantwortlichen vor Ort, das Stadtbild zu bewahren. Auch wenn der Umbau aufgrund des Verlustes der historischen Originalsubstanz aus denkmalpflegerischer Sicht als Kompromiss gewertet werden muss, ist er für das Stadtbild und die gesamte Erscheinung des städtebaulichen Denkmalensembles eine durchaus vertretbare und gute Variante.

Das hier beschriebene Projekt band in den Jahren 1976-78 – jedoch in Neubauleistungen umgewandelt – sämtliche für die Stadt Osterwieck zur Verfügung gestellten Reparaturkapazitäten.⁷⁴¹ Das bedeutete, dass durch staatliche Baubetriebe in der gesamten Altstadt im genannten Zeitraum an keinem einzigen weiteren Objekt Werterhaltungsarbeiten durchgeführt werden konnten.

⁷⁴¹ In: Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 112.

Lediglich die südöstliche Altstadt (Gebiet *Wietholz* und Quartier *Rosmarien-/Neukirchenstraße*, sowie *Damm/Stobenplatz*) war bis zur politischen Wende 1989 Gegenstand umfangreicherer Planungen.⁷⁴²

In dem zum Altstadtkern gehörenden Gebiet *Wietholz* gab und gibt es nur wenige Einzeldenkmale. In der Mitte der 1970er Jahre war der Großteil der dort befindlichen ein- bis zweigeschossigen Einfamilienhäuser in schlechtem baulichen Zustand.⁷⁴³ Außerdem entsprachen die Gebäude nach damaliger Ansicht nicht den Anforderungen an moderne Wohnbedingungen (beispielsweise zu geringe Geschosshöhen, zu schmale Straßen, zu wenig Belichtung). Sieben Häuser waren 1978 bereits unbewohnt und baupolizeilich gesperrt.⁷⁴⁴ Der Stadtrat sah sich außerstande, das *Wietholz* in absehbarer Zeit mit den zugeteilten personellen und materiellen Kapazitäten aus dem Fonds des kreislichen Bauwesens zu sanieren. Deshalb zeigte sich auch der Stadtbaumeister den vom Büro für Städtebau Magdeburg vorgeschlagenen Umgestaltungsvarianten aufgeschlossen.⁷⁴⁵

Die durchgeführten Studien gingen von einem großflächigen Abriss der vorhandenen historischen Bebauung aus. Lediglich entlang der Straßen, die das *Wietholz* zum restlichen Altstadtgebiet hin abgrenzen, zeigen die Pläne den Erhalt der Gebäude. Ohne Rücksicht auf die vorhandenen und gewachsenen Strukturen und Fluchtlinien wurden Reihenhäuser oder lange Wohnblöcke in offener, aufgelockerter Bebauung vorgesehen.⁷⁴⁶

⁷⁴² Osterwieck – Umgestaltungsgebiet *Wietholz* – Studie, LfDMPuArch (Planarchiv), Signatur IV/82, S. 2.

⁷⁴³ Eine genaue Bauzustandsanalyse liegt nicht vor und wurde höchstwahrscheinlich auch nicht durchgeführt. Die „sozialistische Umgestaltung“ des Gebietes war aufgrund fehlender Mittel für die Sanierung von Anbeginn nur auf der Grundlage eines flächigen Abrisses der historischen Bebauung vorgesehen. Der tatsächliche Zustand der einzelnen Gebäude wird aus diesem Grund zweitrangig gewesen sein. Bereits mit der Übergabe der Planungshoheit an das Büro für Städtebau war der Weg „Abriss-Neubau“ eingeschlagen. Die umfassende Sanierung wäre aus Mitteln des kreislichen Bauwesens zu bewerkstelligen gewesen. In diesem Fall hätte das BfS von dem Vorgang überhaupt keine Kenntnis erlangt.

⁷⁴⁴ Osterwieck – Umgestaltungsgebiet *Wietholz* – Studie, LfDMPuArch (Planarchiv), IV/82, S. 3 und S. 5.

⁷⁴⁵ Interview mit *Gerhard Ramke* am 01.04.2008.

⁷⁴⁶ Osterwieck – Umgestaltungsgebiet *Wietholz* – Studie, LfDMPuArch (Planarchiv), Signatur IV/82, Karte „*Wietholz* Studie Variante I“.



Abbildung 48. Umgestaltungsgebiet *Wietholz*. Studien zur Neuplanung des Wohnquartiers. Der hier abgebildete Vorschlag ordnete das Quartier radikal neu.

Letztendlich wurde das *Wietholz* nicht wie in den Studien geplant umgestaltet. Die Fläche wäre für die Kranmontage zu klein und die maximal dreigeschossigen Gebäude wären unrentabel gewesen.⁷⁴⁷ 1982 erfolgte der Abriss einiger Gebäude innerhalb des Gebietes.⁷⁴⁸ Im Randbereich entstanden entlang der östlichen Altstadtbegrenzung in den frühen 1980er Jahren zwei dreigeschossige Neubaublöcke.⁷⁴⁹ Die Denkmalpflege setzte die Dacheindeckung mit roten Ziegeln, einen weißen Glattputz sowie breite dunkle Fensterfaschen durch.⁷⁵⁰ Trotz ihres Steildaches und den Bemühungen nach gestalterischer Anpassung werden die lang gestreckten Blöcke immer ein Fremdkörper im Stadtgefüge bleiben.

⁷⁴⁷ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 124.

⁷⁴⁸ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 113.

⁷⁴⁹ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 125.

⁷⁵⁰ Briefwechsel zwischen Institut für Denkmalpflege, ASt. Halle und dem HAG für den Wohnungs- und Gesellschaftsbau Halberstadt: „Wohnungsneubauten in Osterwieck, Mauerstraße“ vom 28.03.1980, in: LfDMPuArch, Akte AA 310 1975-1981 Osterwieck Altstadt, unpaginiert.



Abbildung 49. Neubaulöcke in der Mauerstraße am Rand des Umgestaltungsgebietes *Wietholz* (2008). Die ursprüngliche, den denkmalpflegerischen Forderungen (rote Dachziegel, dunkle Fensterfaschen) angepasste Gestaltung wurden im Zuge der Sanierung verändert.

Durch diese wenig bestandsschonenden Studien angeregt, hatte das Institut für Denkmalpflege bereits 1981/82 Überlegungen zur Erhaltung der Altstadt Osterwiecks formuliert. Nach der Auflistung aller gefährdeten Gebäude wurden diese in Kategorien eingeteilt und anschließend dargelegt, dass die Durchführung der nötigen baulichen Maßnahmen bei guter Organisation und Verteilung der Mittel bis zum Jahr 1990 bei allen genannten Gebäuden möglich sei.⁷⁵¹ Im ersten Entwurf dieser Überlegungen wurde angeregt, dass sämtliche für Osterwieck vorgesehenen bezirklichen Bauleistungen in Kapazitäten für die Instandhaltung der historischen Bausubstanz umgewandelt werden sollten.⁷⁵² Dieses Schriftstück blieb jedoch unbeachtet.⁷⁵³

Auch für das benachbarte Viertel um die Rosmarien-/Nikolai-/Neukirchenstraße wurde die „sozialistische Umgestaltung“ geplant. Hauptgegenstand der Planungen waren eine 1985 entstandene Baulücke über drei Gebäude in der Neukirchenstraße sowie die Häuser an der Kreuzung Rosmarien-/Neukirchenstraße. Die Gebäude des zu erneuernden Gebietes waren teilweise unbewohnt und bauaufsichtlich gesperrt. Bereits seit der Mitte der 1970er Jahre beschäftigte sich eine eigens für diesen Zweck gegründete Arbeitsgruppe „Altstadtsanierung“ mit der nötig gewordenen Erneuerung dieses Ensembles. Die Bauzustandsanalyse der einzelnen Gebäude beruhte auf

⁷⁵¹ Osterwieck, Kreis Halberstadt: Überlegungen zur Erhaltung der Altstadt, in: Planarchiv des LfDMPuArch (Planarchiv), 44F, S. 1ff.

⁷⁵² Vgl. Osterwieck, Kreis Halberstadt. Aufgabenstellung zur Erhaltung der Altstadt, 1. Entwurf, in: LfDMPuArch, Akte AA 313 Osterwieck Altstadt 1974-1981, S. 7.

⁷⁵³ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 126.

Einschätzungen dieser Arbeitsgruppe und orientierte sich nicht an den gängigen Eingruppierungen nach Bauzustandsstufen. Fünf Gebäude stammten aus dem 16. oder vom Anfang des 17. Jahrhunderts. Die meisten (acht von elf) Gebäude wiesen laut dieser Bewertung sehr starke bauliche Mängel auf oder wurden gar zum Abriss vorgeschlagen. Insgesamt befanden sich unter den genannten Häusern sechs Einzeldenkmale.⁷⁵⁴



Abbildung 50. Neukirchenstraße (Westseite). Oben: Bestand 1985, unten: Planung (unausgeführt).

Der Bebauungsvorschlag ist insgesamt von Behutsamkeit gekennzeichnet. Zum Großteil waren bauwerkserhaltende Maßnahmen vorgesehen. Die grundsätzliche städtebauliche Gestalt einschließlich der Traufen, Dachneigung und Baufluchten sollte unverändert erhalten bleiben. Allerdings war mit dem geplanten Abbruch und Ersatz des stadtbildprägenden Eckhauses Rosmarien-/Neukirchenstraße ein empfindlicher Eingriff in das quartierbildende Gefüge vorgesehen. Die Höfe wollte man entkernen und funktionsgerecht neu gestalten.⁷⁵⁵

Drei Gebäude, deren Bauzustand als relativ gut bewertet worden war, bedurften lediglich der Modernisierung. Hier sollten Bäder eingebaut und die Wohnungsgrundrisse bei Bedarf verändert werden. Für vier weitere Gebäude wurde

⁷⁵⁴ Akte „Sozialistische Umgestaltung Nikolai-Rosmarien-Neukirchenstrasse“, in: LfDMPuArch (Planarchiv), IV/16, Textteil, S. 1-10.

⁷⁵⁵ Akte „Sozialistische Umgestaltung Nikolai-Rosmarien-Neukirchenstrasse“, in: LfDMPuArch (Planarchiv), IV/16, Textteil, S. 11.

die komplette Sanierung bei teilweiser Erneuerung der Außenwände oder Beibehaltung wertvoller Fachwerkarchitektur vorgesehen. Alle restlichen Häuser sollten nach ihrem Abriss neu erbaut werden. Beim Baudenkmal Nikolaistraße 2 war zu überprüfen, inwieweit die erhaltene Fachwerkfassade und die Holzkonstruktion in die Gestaltung des Neubaus einbezogen werden konnten.⁷⁵⁶

Den größten Verlust an historischen Bauwerken hätte laut Planung ein vier Gebäude ersetzender Neubaublock an der Westseite der Neukirchenstraße bedeutet. Dieser sollte durch die Verwendung vorhandener Fachwerkschmuckelemente in seiner strengen Gestaltung aufgelockert werden. Ein Steildach mit Gaupen und ein Erdgeschossbereich mit großformatigen Schaufenstern⁷⁵⁷ sollten dem Bau zwar einen gewissen Grad an Individualität verleihen, aber der Haupteindruck eines Fremdkörpers in historischer Umgebung blieb. (vgl. Abbildung 51, S. 197)

Der Abbruch der Gebäude war für das Jahr 1985 vorgesehen. Die Denkmalpflege setzte sich für den Erhalt des Eckgebäudes ein. Grundsätzlich sei es in einem Zustand, der einen Abriss nicht rechtfertige.⁷⁵⁸ Nach der Abnahme der Schieferverkleidung stellte sich heraus, dass der Wert der darunter verborgenen Fassade größer als zunächst angenommen war. Der geplante Abriss konnte verhindert werden. Auch die weitere Umgestaltung des Quartiers wurde immer wieder verschoben und letztlich bis 1990 nicht durchgeführt.⁷⁵⁹

Ein weiteres Erneuerungsprojekt wurde in den 1980er Jahren in der Neukirchenstraße geplant. Mit dem Aufbrechen der bis dato geschlossenen Fassadenfront an der Ostseite dieser Straße musste ein weiterer empfindlicher Eingriff in das Stadtbild hingenommen werden. Hier wurden 1985 die Gebäude mit den Nummern 6-8 abgerissen.⁷⁶⁰ Die Baulücke sollte alsbald geschlossen werden. Ob

⁷⁵⁶ Akte „Sozialistische Umgestaltung Nikolai-Rosmarien-Neukirchenstrasse“, in: LfDMPuArch (Planarchiv), IV/16, Textteil, S. 13ff.

⁷⁵⁷ Akte „Sozialistische Umgestaltung Nikolai-Rosmarien-Neukirchenstrasse“, in: LfDMPuArch (Planarchiv), IV/16, Textteil, Fassadenabwicklung Neukirchenstraße.

⁷⁵⁸ Konversation zwischen Institut für Denkmalpflege und RdS Osterwieck, in: Materialsammlung des Stadtbauamtes Osterwieck.

⁷⁵⁹ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 126. Das ursprünglich abzureißende Eckgebäude erstrahlt heute ohne Schieferverkleidung saniert in neuem Glanz. Die sich in der Rosmarienstraße anschließenden, ebenfalls dem Abriss geweihten wertvollen Denkmale aus dem 17. Jahrhundert sowie die sogenannte Alte Post (Nikolaistraße 2) harren der Einschätzung der 1970er Jahre zum Trotz bis heute gesichert, aber unbewohnt ihrem Schicksal. Dass diese Häuser trotz der unterbliebenen Sanierung noch immer stehen, ist nicht zuletzt dem Eingreifen der Denkmalpflegebrigade zu verdanken, welche z.B. den Gebäudekomplex Rosmarienstraße 8/9 durch eine Sicherung der hofseitigen Mauer vor dem Einsturz bewahrte. (Interview mit Gerhard Ramke am 01.04.2008.)

⁷⁶⁰ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 126.

der Abriss tatsächlich nötig war, lässt sich aus heutiger Sicht zwar nicht ermessen, aber dem optischen Eindruck folgend erschienen die Gebäude unmittelbar vor ihrem Abbruch standfest und sicher. Für die geplante Lückenschließung wurden mehrere Varianten erarbeitet. (Vgl. Abbildung 52, S. 200)

Das Büro für Städtebau Magdeburg erstellte hierfür verschiedene Entwürfe. Einerseits wurde ein horizontal und vertikal gegliederter Block zur Schließung der Lücke auf ihrer gesamten Länge konzipiert. Auch wenn das Steildach, die durch Sockelzone, zwei Holzeingangstüren, horizontale Bänder und Lisenen sowie die variable Fensteranordnung rhythmisierte Fassade den Bau in seiner Gesamtheit⁷⁶¹ auflockern sollten, kann er nicht als adäquater Ersatz für die vorherige Bebauung gewertet werden. Der über drei Grundstücke reichende Block ist zu starr und nimmt den Charakter seiner Umgebung nur unzureichend auf.

Ambitionierter erscheint eine Variante, die augenscheinlich auf der Grundlage der bereits in Quedlinburg verwendeten Tunnelschalbauweise HMB/Q erarbeitet wurde. Der äußerlich zwei Gebäude darstellende Entwurf ist deutlich individueller als die obige Variante. Vorkragende Obergeschosse, Lisenen und Dachgaupen grenzen den linken Bau deutlich vom Nachbargebäude ab, an dem die Traufe ein Geschoss tiefer liegt. Ein vortretender Erker sollte bei der Fassadengestaltung einen kräftigen Akzent setzen. Weiterhin verhilft der geplante Einbau der Originaltüren dem Entwurf zu deutlich mehr städtebaulicher Authentizität in Bezug auf die historische Umgebung. (Vgl. Abbildung 52, S. 200)⁷⁶² Dennoch stellt sich auch bei diesem Entwurf die generelle Frage, ob für die vorgesehenen Neubauaufwendungen der Bauzustand der Gebäude nicht wesentlich hätte verbessert werden können.

⁷⁶¹ Fassadenabwicklung Neukirchenstraße 6-8, aus: Materialsammlung des Stadtbauamtes Osterwieck.

⁷⁶² Entwurf Neukirchenstraße 6-8, aus Materialsammlung des Stadtbauamtes Osterwieck.



Abbildung 51. Neukirchenstraße 6-8. Links: Bestand bis 1985, rechts: Neubebauungsstudie mit der Bauweise HMB/Q.

Zur Ausführung gelangte allerdings keiner der beiden Entwürfe. Die Schließung der Baulücke wurde Jahr um Jahr verschoben. Auch heute noch erinnert die Freifläche in der Neukirchenstraße an den städtebaulich schmerzlichen Verlust.

Die 1986 vom Büro für Städtebau Magdeburg vorgestellte letzte städtebauliche Leitplanung für Osterwieck sah keine einer sozialistischen Umgestaltung dienenden Abrisse mehr vor. Stattdessen entstanden Entwürfe für die Schließung von Baulücken und Freiflächen. Im Sinne der größtmöglichen Substanzerhaltung enthielt die Leitplanung Hinweise für die nötige Sanierung.⁷⁶³

Für den Bereich *Kapellenstraße/Damm/Stobenplatz* wurden Ersatzbauvorschläge entwickelt. Durch gestalterisch differenzierte Details sollten Individualität und Einzelhauscharakter der Neubauten unterstützt werden. Variierende Trauf- und Firsthöhen sowie Dachgaupen bereicherten die Gestaltung der Dachzone. Die Fassaden waren durch vertikale und horizontale Elemente gegliedert. Die vorspringenden Obergeschosse des mittleren Gebäudeteils sowie die dort farblich abgesetzte Rahmung der Fenster hätten bei Ausführung dieses Entwurfs dazu beigetragen, den Gebäudekomplex gestalterisch aufzulockern. Die Möglichkeit, die Erdgeschosse mit Geschäftsräumen zu gestalten sowie die Originaleingangstüren wieder zu verwenden⁷⁶⁴, müssen als Bemühung anerkannt werden, die Neubauten ihrer altstädtischen Umgebung anzupassen. Dennoch fällt auch bei diesen Entwürfen

⁷⁶³ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 128.

⁷⁶⁴ LAFDMPuArch (Planarchiv), 44F Osterwieck.

besonders negativ ins Gewicht, dass selbst in Fachwerkstädten kein Holz für die Fassadengestaltung von Ersatzneubauten verwendet werden durfte.

Osterwieck hat die Jahre der SED-Diktatur relativ glimpflich überstanden. Zum einen war der industrielle Wohnungsbau in den Randgebieten der DDR nicht rentabel, da die Entfernung zu den Plattenwerken zu groß war. Folglich wurden für Osterwieck keine Umgestaltungen geplant, welche auf Grundlage der Plattenbauweise basierten. Im Gegensatz zu Halberstadt oder Quedlinburg war die Stadtverwaltung in Osterwieck an der Erhaltung des Stadtkerns interessiert. Mit dieser Haltung wurden durch rasches unbürokratisches und oftmals Improvisationstalent beweisendes Handeln Denkmäler und andere Gebäude vor dem Einsturz oder weiteren Verfall gerettet. Mit der Denkmalpflegebrigade war flexibles Agieren ohne die starren Bauleistungszuweisungen des Plans möglich. So waren hier die Verluste an historischen Gebäuden geringer als in anderen Städten.⁷⁶⁵ Ohne die politische Wende hätte Osterwiecks Stadtbild trotz aller Bemühungen nicht mehr erhalten werden können. Durch die Aufnahme in das Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ konnte die Altstadt gerettet werden.⁷⁶⁶

Dennoch ist der Eindruck, den Osterwieck im Jahr 2010 vermittelt, bedrückend. Viele Gebäude in der Altstadt sind ungenutzt. Die Fußgängerzone ist menschenleer und wenig einladend gestaltet. Leider bleibt das (touristische) Potential, welches die Stadt Osterwieck aufgrund ihres historisch wertvollen Gebäudebestandes hat, nahezu vollständig ungenutzt.

4.3.7. Stolberg

4.3.7.1. Stadtgeschichte, Stadtbild und Denkmalwert

Die Kleinstadt Stolberg im Südharz entwickelte sich unterhalb einer Burg zunächst als Ansiedlung von Bediensteten der Burgherren. Die Grafen dieser Burg wurden erstmals um 1210 urkundlich erwähnt. Im 14. Jahrhundert konnte sich Stolberg dank des Bergbaus auch abseits der Handelsstraßen günstig entwickeln. Die Ansiedlung breitete sich den landschaftlichen Gegebenheiten folgend in die Täler aus, die so den

⁷⁶⁵ Schauer (1997): Fachwerkstadt, S. 108 und Interview 01.04.2008.

⁷⁶⁶ Osterwieck am Harz 1991-2006 15 Jahre Altstadtanierung – Herausgegeben von der Stadt Osterwieck (Broschüre).

Stadtgrundriss wesentlich bestimmen. Das 15. Jahrhundert brachte ein weiteres Aufblühen als unmittelbare Folge des Silber- und Kupferbergbaus mit sich. Die repräsentativen Bauten dieser Zeit und die überregional bekannt gewordene Stolberger Münzprägung bezeugen diese Entwicklung. Mit der Niederlage der Bauern im Bauernkrieg wurden 1525 empfindliche Bußgelder für die Stadt fällig. Der Bergbau blieb neben der Bier- und Branntweinherstellung und der Mühlenwirtschaft der Haupterwerbszweig. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nahm die touristische Bedeutung Stolbergs zu. Der Anschluss an das Eisenbahnnetz erfolgte im Jahr 1923.⁷⁶⁷

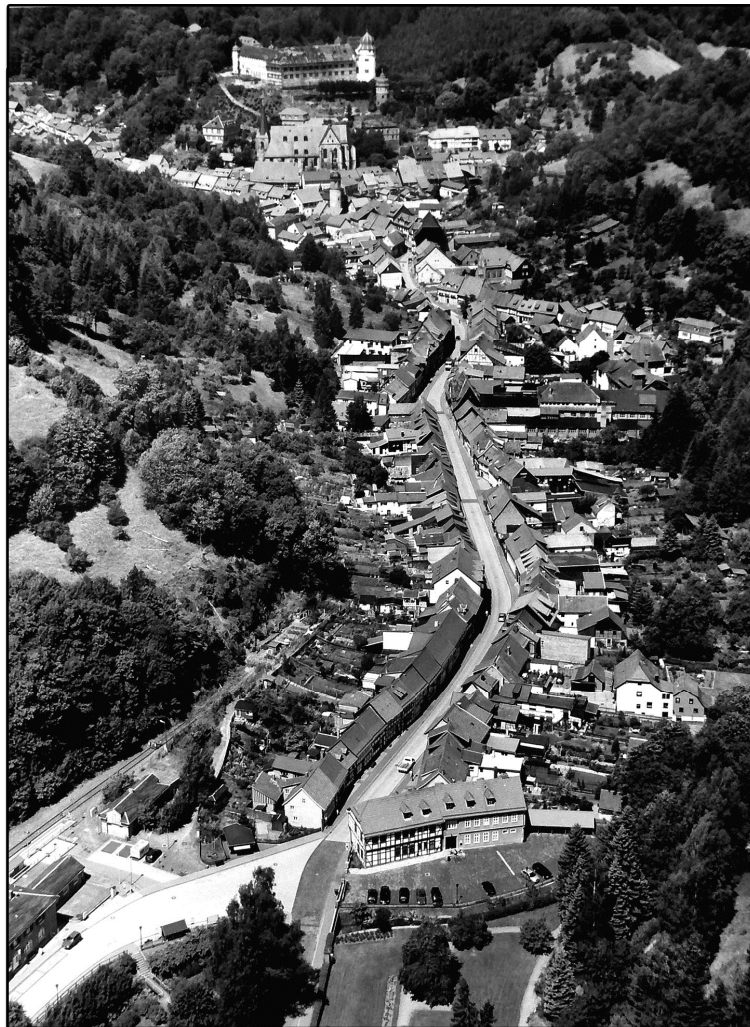


Abbildung 52. Luftbild von Stolberg mit Schloss (oberer Bildrand) und Marktplatz (unterhalb des Schlosses).

⁷⁶⁷ SdZ für die Stadt Stolberg/Harz, Kreis Sangerhausen, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/III, S. 2.

Der Marktplatz ist die einzige größere Platzfläche der Stadt. Am dortigen Zusammenlauf der Täler weiten sich die Straßen zu einer dreieckigen Platzanlage auf. Hier findet sich das städtebaulich eindrucksvolle Ensemble der übereinander gestaffelten Ansicht von Rathaus, Stadtkirche und Schloss.⁷⁶⁸ Die Bebauung ist am Markt mit drei Geschossen höher als im restlichen Gebiet der Stadt. Drei Hauptstraßen zweigen vom Markt ab. Nebenstraßen konnten nur dort angelegt werden, wo das Gelände dies zuließ. Die Geschlossenheit der die Straßenzüge säumenden Bebauung trägt wesentlich zum städtebaulichen Wert der Stadt bei. Die Gebäude stehen in Traufstellung zur Straße. In der Rittergasse und einem Teil der Niedergasse tragen die Erker häufig Dachaufbauten in Form von Zwerchhäusern. Der Großteil der Bebauung stammt aus dem 17. bis 19. Jahrhundert und wurde in Fachwerkbauweise errichtet. Nur die repräsentativen Bauten sind vollständig oder zumindest im Unterstock massiv.



Abbildung 53. Rittergasse Richtung Marktplatz (April 2008).

⁷⁶⁸ SdZ, S. 2.

Der denkmalpflegerische Wert Stolbergs ergibt sich aus der einzigartigen Einheit der städtebaulichen Anlage mit der sie umgebenden Landschaft. Die „*außergewöhnlich ungestört[e]*“⁷⁶⁹ Geschlossenheit der Bebauung, deren Einzeldenkmale und Dominanten (Rathaus, Schloss, Stadtkirche) das Stadtbild abrunden, tragen zudem wesentlich zum Denkmalwert Stolbergs bei. Die gesamte Stadt war auf der zentralen Denkmalliste der DDR verzeichnet.⁷⁷⁰

⁷⁶⁹ SdZ, S. 3.

⁷⁷⁰ Position 16 unter IV: Denkmale des Städtebaus und der Architektur, 2. Stadtkerne. GBl. Sonderdruck 1017, Bekanntmachung der zentralen Denkmalliste, S. 10.

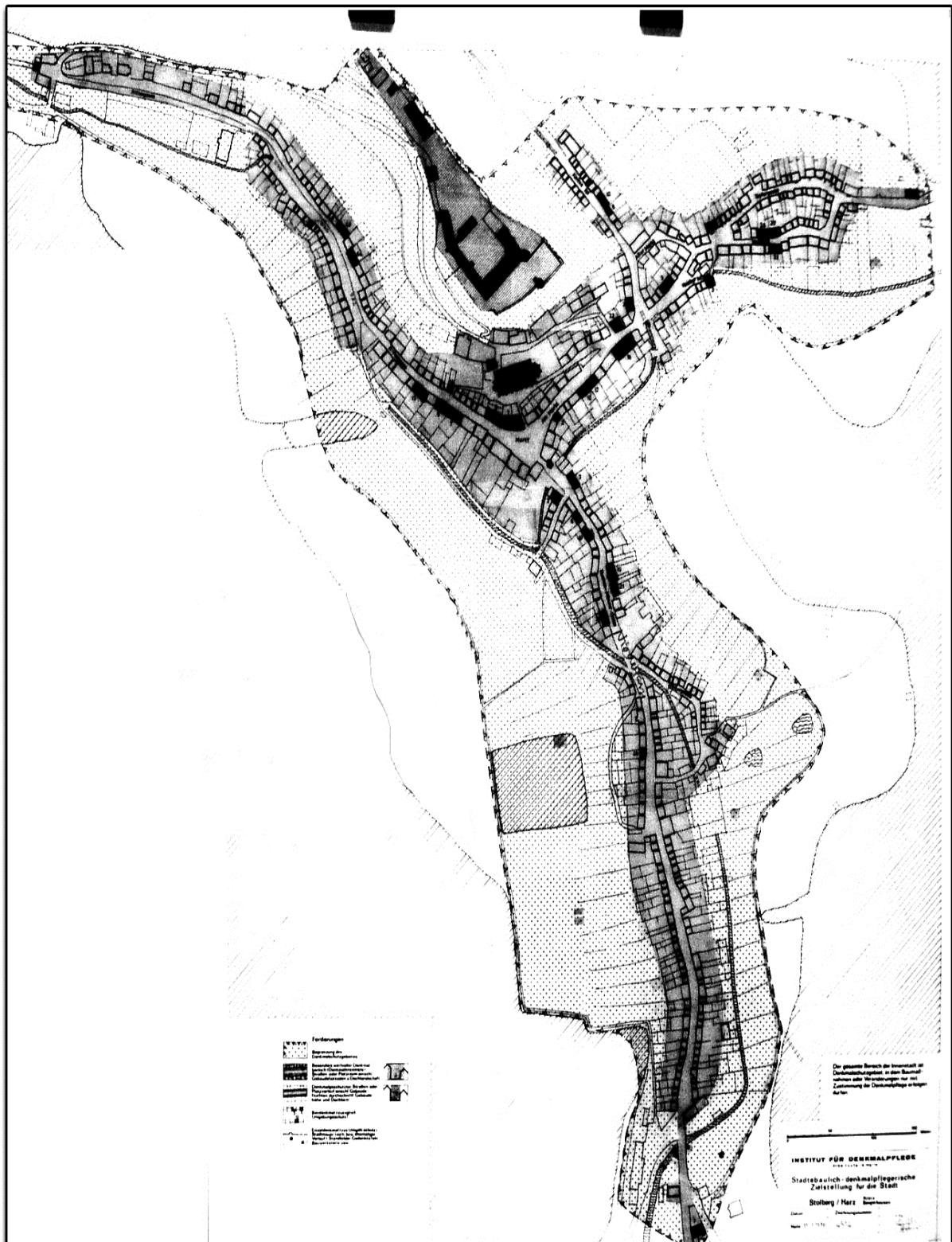


Abbildung 54. Denkmalkarte der Stadt Stolberg.

In Stolberg findet man im Vergleich zu den in dieser Arbeit behandelten Fachwerkstädten die größte Anzahl früher Fachwerkbauten überhaupt.⁷⁷¹ Das älteste Gebäude in der Ritterstraße 14 stammt etwa aus dem Jahr 1450. Eine Stolberger Besonderheit sind die zur Entlastung der Knaggen an den Ständer angeformten Stützknäufe.⁷⁷²



Abbildung 55. Bei diesem Gebäude (Niedergasse 18) sind die sogenannten Stützknäufe an den Ständern besonders gut erkennbar (direkt unterhalb der Knaggen).

Nach dem Jahr 1535 errichtete Gebäude tragen die streng über den Ständern angeordnete Fächerrosette.⁷⁷³ Als eines der ersten überhaupt im Niedersächsischen Stil errichteten Gebäude darf das Haus Niedergasse 19 gelten.⁷⁷⁴



Abbildung 56. Links: Eines der ältesten Gebäude (Am Markt 2) mit weit vorkragenden Obergeschossen und geschnitzten Ornamenten der Gotik auf den Schwellen. Rechts: Das Haus Niedergasse 19 gilt als einer der Initialbauten für den Niedersächsischen Stil (beide Aufnahmen April 2008).

⁷⁷¹ Schauer (1992): Fachwerkbauten, S. 84.

⁷⁷² Schauer (1992): Fachwerkbauten, S. 132.

⁷⁷³ Ebenda.

⁷⁷⁴ Schauer (1997): Die Fachwerkstadt Osterwieck, S. 41.

Als Wappentiere tauchten im Schnitzwerk die Forelle oder der Hirsch auf. Später kamen als Fassadenschmuck Andreas- und Rautenkreuze sowie Halbe-Mann-Figuren hinzu. Seltener traten flache Schnitzereien in den Brüstungsfeldern auf. Beschnittene Brüstungsbohlen gibt es kaum, was darauf zurückzuführen sein dürfte, dass die Stolberger Bürger nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügten, ihre Häuser repräsentativ zu verzieren.⁷⁷⁵ Das Haus Rittergasse 37 trägt Quedlinburger Pyramiden als Balkenkopfabschluss. Die Mehrzahl der Gebäude in der Niedergasse stammt aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Mit ihrer einfachen schmucklosen Konstruktion lehnen sie sich an die Gestaltung der ältesten Häuser der Stadt an.

4.3.7.2. Entwicklung Stolbergs zwischen 1970 und 1989

Stolberg hat die DDR-Zeit weitgehend schadlos überstanden. Durch seine geringe Größe und seine Lage fernab größerer Städte ist das Städtchen nie in den Fokus des zuständigen Büros für Städtebau gerückt. Stadtgrundriss und -struktur machten die üblichen Planungen auf der Grundlage des industriellen Neubaus unmöglich. Da sich der Bauzustand des Gebäudebestands allgemein positiv entwickelte, waren groß angelegte Erneuerungskonzeptionen ohnehin überflüssig. Stolberg und seine Bewohner haben es durch die Jahre hindurch verstanden, die Stadt und ihre Bausubstanz zu pflegen und erhalten.

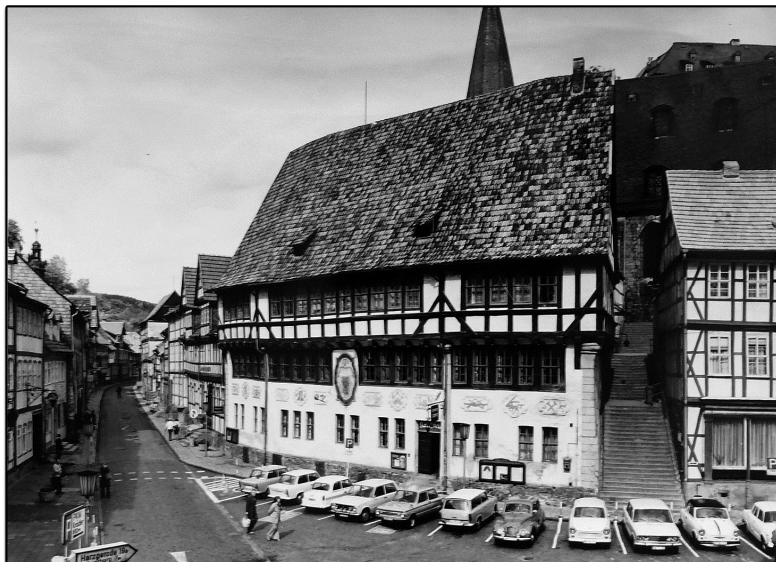


Abbildung 57. Marktplatz und Blick in die Rittergasse in den 1970er Jahren.

⁷⁷⁵ In: Schauer (1992): Fachwerkbauten, S. 133.

Trotz dieser generell positiven Haltung des Stadtrates zur Bausubstanz wurde bis in die 1970er Jahre hinein der städtebauliche und denkmalpflegerische Wert Stolbergs von den Räten der Stadt, des Kreises und des Bezirkes unterschätzt. Insbesondere mangelte es am Bewusstsein, dass das Stadtbild in seiner Komplexität schützenswert sei. Unter anderem waren Straßenverbreiterungen und Abbrüche zur Verbesserung der verkehrlichen Situation im Gespräch, die aber letztlich nicht weiter diskutiert wurden. Für einzelne Gebäude waren durch den Stadtrat Abriss- und Neubaugenehmigungen erteilt worden. Weiterhin verloren durch unsachgemäß durchgeführte Bauarbeiten einzelne Gebäude ihre Standfestigkeit und wurden daraufhin abgerissen.

Die bis etwa 1975 jährlich zugeteilten Gelder für die Altstadtsanierung in Höhe von 50.000 Mark waren bei weitem nicht ausreichend. Die Bürgermeisterin *Noack* hielt eine Steigerung des Fonds auf mindestens 175.000 Mark für unbedingt erforderlich.⁷⁷⁶

In den folgenden Jahren konnten dringende Sanierungsarbeiten häufig nicht ausgeführt werden, da keine Bauhandwerker zur Verfügung standen oder die dem kreislichen Bauwesen zugehörigen Betriebe den Weg in das abseits gelegene Städtchen scheuten. Teilweise mussten Bauarbeiten aus diesem Grund über Jahre verschoben werden.⁷⁷⁷

Erst nachdem sich im Jahr 1977 ein interessierter Stolberger Bürger beim Institut für Denkmalpflege und beim Ministerium für Kultur über den Umgang des Stadtrates mit einzelnen Gebäuden beschwert hatte⁷⁷⁸, fanden Beratungen statt. Der Rat der Stadt forderte in städtebaulich-denkmalpflegerischen Fragen größere Unterstützung durch das Institut für Denkmalpflege.⁷⁷⁹ Obwohl das Bewusstsein für den Wert des Stadtensembles nun geschärft war, wurden die Probleme kaum geringer. Die zur Verfügung gestellten Gelder für die Sanierung konnten 1978 nicht komplett abgefordert werden, da erneut keine Bauhandwerker für die Ausführung der Arbeiten zur Verfügung standen. 1979 stiegen die verfügbaren Mittel auf 100.000 Mark. Da

⁷⁷⁶ Siehe hierzu Aktenvermerk vom Februar 1975, in: LfDMPuArch, Akte AA 407 Stolberg 1970-1982, unpaginiert.

⁷⁷⁷ Siehe hierzu LfDMPuArch, Akte 407 Stolberg 1970-1982, unpaginiert.

⁷⁷⁸ In einem Brief an das Ministerium für Kultur vom 18.09.1977 beklagte dieser, dass laut Aussagen des Stolberger Stadtrates ökonomische Überlegungen sowie die fehlende Unterstützung übergeordneter weisungsbefugter Gremien in Einzelfällen geltende Denkmalbestimmungen außer Kraft setzten. Vgl. Briefe vom 23.09.1977 an das Institut für Denkmalpflege und vom 23.09.1977 an das MfK, in: LfDMPuArch, Akte AA 407 Stolberg 1970-1982.

⁷⁷⁹ Bspw. war die Genehmigungspflicht für Abrisse von Denkmälen teilweise nicht bekannt.

jedoch keine tatsächlichen Bauleistungen bilanziert und somit nicht verfügbar gemacht wurden, verfielen auch diese Gelder. Im folgenden Jahr wurden daraufhin für Stolberg von staatlicher Seite weder personelle noch materielle Kapazitäten bereitgestellt.⁷⁸⁰

Weitere Probleme wie das im Folgenden geschilderte erschwerten die Durchführung von Sanierungsarbeiten anhaltend. So konnte die zuständigen Betriebe für die nötigen Dachreparaturarbeiten etwa nur blaue Betondachsteine (sog. Beton-Doppelrömer) bereitstellen. Da die Verwendung dieser Steine eine unzulässige Veränderung des denkmalgeschützten Stadtbildes nach sich gezogen hätte, akzeptierte der Stadtrat diese nicht. Daraufhin verweigerten die Betriebe die Ausführung der Dachdeckerarbeiten.⁷⁸¹

Die Durchsetzung und Vermittlung denkmalpflegerischer Forderungen und Gesetze gegenüber einigen Bürgern, die an ihren Häusern Veränderungen oder Erneuerungen vornehmen wollten, war für den Stadtrat teilweise schwierig: Einerseits bewiesen die Hauseigentümer Engagement und waren durchaus willens, ihre Gebäude zu erhalten. Da jedoch die benötigten Materialien zum Beispiel für die Ausfachung oder Erhaltung der Fachwerkkonstruktion nicht verfügbar waren, sahen sich viele Hauseigentümer außerstande, ihre Gebäude im Sinne der Denkmalpflege zu sanieren. So wurde mit lediglich vorgeblendetem oder aufgemaltem „Pseudo-Fachwerk“ häufig der Versuch unternommen, das ursprüngliche Bild der Gebäude zu bewahren. Der Rat der Stadt ging mit Unterstützung des Instituts für Denkmalpflege gegen diese nicht denkmalgerechten Umgestaltungen mit Ordnungsstrafen vor.⁷⁸² Als Position der zentralen Denkmalliste wurde Stolberg aus Sicht des Instituts für Denkmalpflege zu wenig ernst genommen.⁷⁸³

Trotz dieser teilweise negativ erscheinenden Entwicklung darf man nicht aus dem Blickfeld verlieren, dass den meisten Stolbergern im Zeitraum bis 1990 viel daran lag, ihre Häuser in Eigenleistung instand zu halten, was ihnen auch gelang. Daher zeigte

⁷⁸⁰ Vgl. Korrespondenz zwischen dem Institut für Denkmalpflege und der Abt. Kultur des RdB Halle vom 10.04.1980, in: Akte Nr. 490.000, Stolberg, Schriftverkehr allgemein, Standort Landkreis Mansfeld – Südharz, Bauordnungsamt, untere Denkmalschutzbehörde Sangerhausen.

⁷⁸¹ Vgl. Korrespondenz zwischen dem Institut für Denkmalpflege und der Abt. Kultur des RdB Halle vom 10.04.1980, in: Akte Nr. 490.000, Stolberg, Schriftverkehr allgemein, Standort Landkreis Mansfeld – Südharz, Bauordnungsamt, untere Denkmalschutzbehörde Sangerhausen.

⁷⁸² Vermerk zum Stadtbild in Stolberg, Kr. Sangerhausen vom 11.10.1983, in: Akte Nr. 490.000, Stolberg, Schriftverkehr allgemein, Standort: Landkreis Mansfeld-Südharz, Bauordnungsamt, untere Denkmalschutzbehörde Sangerhausen.

⁷⁸³ In LfDMPuArch, Akte AA 407 Stolberg 1970-1982, unpaginiert und Interview mit dem Stolberger Bürgermeister *Ulrich Franke* am 12.03.2009.

sich Stolberg auch noch zu einem Zeitpunkt intakt, als in anderen Städten mit vergleichbarer Gebäudesubstanz Flächenabrissplanungen umgesetzt wurden. Die Versorgungslage mit Baumaterialien verschlechterte sich allerdings von Jahr zu Jahr, so dass immer häufiger Ersatzmaterialien wie Dachsteine aus Beton anstelle von Dachziegeln zum Einsatz gelangten. Oft resultierten Folgeschäden aus derartigen Lösungen, da sich beispielsweise das Gewicht der Dachbetonsteine durch aufgenommenes Regenwasser erhöht und die Fachwerkkonstruktionen zusätzlich belastet.⁷⁸⁴

Diese unsachgemäßen Erneuerungen wurden nach der Wende weitgehend rückgängig gemacht. Dank der nun ausreichend zur Verfügung stehenden denkmalgerechten Baumaterialien zeigt sich Stolberg heute in sehr gut erhaltenem Zustand. Die geschlossenen Straßenfronten präsentieren zumeist sanierte und gut erhaltene Gebäude.

4.3.8. Lutherstadt Wittenberg

4.3.8.1. Geschichtliche Entwicklung und Stadtbild

Die Stadt Wittenberg wurde im Jahr 1180 erstmals urkundlich erwähnt und erhielt 1293 das Stadtrecht.⁷⁸⁵ Aufgrund ihrer Lage auf einer flachen Terrasse über dem rechten Elbufer in der Nähe eines Flussübergangs und an der Kreuzung zweier Handelsstraßen konnte sich Wittenberg frühzeitig günstig entwickeln. Der Status als Residenzstadt des sächsisch-wittenbergischen Herzogtums wirkte sich zusätzlich positiv auf die Entwicklung der Stadt aus.⁷⁸⁶

Unter der Herrschaft *Friedrich III.* (1463-1525) erlebte die Stadt eine Blütezeit. So wurden etwa im 15. Jahrhundert die bis dahin vorhandenen Fachwerkhäuser der Stadt durch Ziegelbauten ersetzt. Anstelle der Burg ließ *Friedrich III.* 1490-99 das Schloss erbauen und initiierte im Jahr 1502 die Gründung der Universität.⁷⁸⁷ Durch die von der Universität ausgehende Reformationsbewegung ließ sich in der Stadt eine intellektuelle Bürgerschaft nieder, die zahlreiche Bürgerhäuser und das neue Rathaus

⁷⁸⁴ Auskünfte des Stolberger Bürgermeisters *Ulrich Franke* am 12.03.2009.

⁷⁸⁵ Akte Wittenberg – Vorschlag zur Umgestaltung des innerstädtischen Bereiches GBP (BfS Halle) Stand Oktober 1977, LfDMPuArch, Akte IV/79, S. 4.

⁷⁸⁶ Vgl. Altstadt Wittenberg, sdZ LfDMPuArch, Akte 3961/III, S. 1.

⁷⁸⁷ Akte Wittenberg – Vorschlag zur Umgestaltung 1977, S. 4.

errichten ließ.⁷⁸⁸ Die den Stadtgrundriss beherrschende Angeranlage stammt aus der Zeit von 1523 bis 1530.⁷⁸⁹

Nachdem die Stadt 1814 Preußen und wenig später (1817) die Wittenberger der halleschen Universität angegliedert wurde, sank Wittenberg zur Provinzstadt herab. Da die im 13./14. Jahrhundert um die Altstadt errichtete Stadtbefestigung erst in den 1870er und -80er Jahren geschleift wurde, erhielt sich der Stadtgrundriss in seiner ursprünglich angelegten Form.⁷⁹⁰ Bis dahin lag Wittenberg aufgrund der starken Befestigung in seiner Entwicklung hinter aktuellen baulichen und wirtschaftlichen Strömungen zurück. Im späten 19. Jahrhundert begann sich die Stadt räumlich auszudehnen.⁷⁹¹

Heute wird das Stadtbild durch die bedeutenden Bauten des Schlosses, der mit ihm verbundenen Schlosskirche und der Stadtkirche dominiert. Außerdem ist die Lage am Fluss für die Stadtsilhouette ein prägendes Kennzeichen. Die den mittig liegenden Marktplatz beidseitig flankierenden Straßenzüge haben sich im Laufe der Zeit als Hauptgeschäftsstraßen herausgebildet. An der Collegienstraße befinden sich die bedeutendsten Bauten der Stadt (Luther-, Cranach- und Melanchthonhaus, Rathaus, Fridericianum). Teilweise reich geschmückte Renaissance- oder Barockbürgerhäuser ergänzen die ansonsten eher schlichte, aber dennoch abwechslungsreich gestaltete Bebauung. Später hinzugekommene Gebäude der Gründerzeit fügen sich meistens harmonisch in das geschlossene Bild der Straßen ein.

⁷⁸⁸ Akte Wittenberg – Vorschlag zur Umgestaltung 1977, S. 4.

⁷⁸⁹ Ebenda.

⁷⁹⁰ Vgl. Altstadt Wittenberg sdZ LfDMPuArch, Dokumentation 3961/III, S. 2. An anderer Stelle wird die Stadtanlage als bedeutende Leistung spätromanischer Baukunst gewürdigt, vgl. Akte Wittenberg – Vorschlag zur Umgestaltung 1977, S. 5.

⁷⁹¹ Akte Wittenberg – Vorschlag zur Umgestaltung 1977, S. 4 und Altstadt Wittenberg sdZ, S. 1.



Abbildung 58. Marktplatz Wittenberg, vermutlich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre.

4.3.8.2. Denkmalwert

Der denkmalpflegerische Wert Wittenbergs besteht vordergründig darin, dass die mittelalterliche Stadtanlage dank der Befestigung in ihrer Gestalt seit dem 16./17. Jahrhundert bis heute erhalten geblieben ist. Weiterhin lässt sich am heutigen Stadtbild der wirtschaftliche und kulturelle Aufschwung ablesen, den die Stadt in Folge der Universitätsgründung und Reformation erlebt hat. In der Gesamtheit mit den herausragenden Einzeldenkmälern (Schloss, Schlosskirche, Rathaus, Stadtkirche) ergibt sich so ein einzigartiges städtebauliches Ensemble, welchem bereits in der DDR umfassender Denkmalschutzstatus zuerkannt wurde. Der sich innerhalb der ehemaligen Stadtmauer befindliche Bereich (historische Angeranlage) befand sich seit 1975 auf der zentralen Denkmalliste unter der Rubrik „Denkmale des Städtebaus“.⁷⁹²

⁷⁹² Altstadt Wittenberg sdZ LfDMPuArch, Dokumentation 3961/III, S. 2, Bereich IV Denkmale des Städtebaus und der Architektur, 3. Begrenzte Bereiche und Ensembles, Position 32, S. 12, GBl. Bekanntmachung der zentralen Denkmalliste, Sonderdruck 1017.

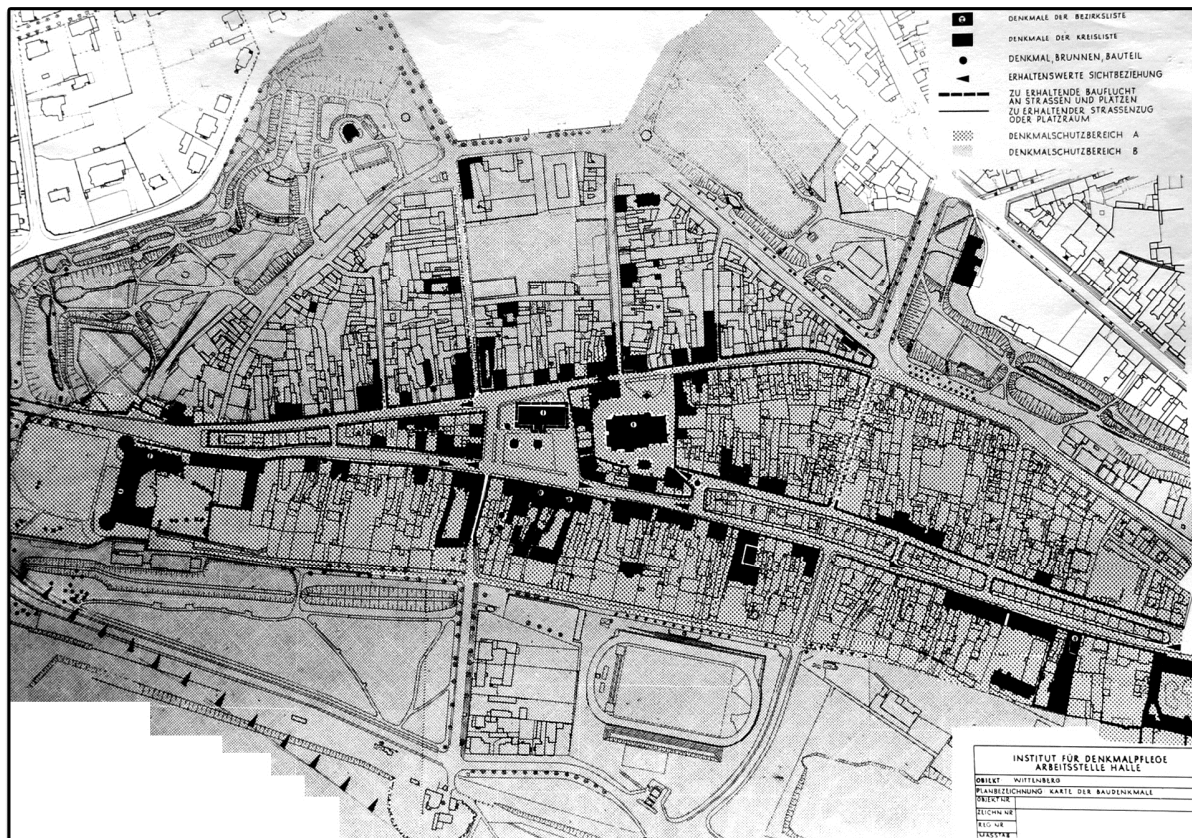


Abbildung 59. Denkmalkarte der Stadt Wittenberg aus dem Jahr 1976.

Die städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung für Wittenberg wurde im Jahr 1976 erarbeitet (vgl. Abbildung 60, S. 213). Grundsätzlich sah diese den Erhalt des Stadtgrundrisses und der Stadtansicht von der Elbe aus vor. Bauten, die die kleinteilige Dimension der Altstadt störten, wurden abgelehnt. In der Hauptsache forderte die Zielstellung den kompletten Erhalt des Kernbereiches, der als Ensemble den Schutz der zentralen Denkmalliste genoss. Konkret wurden die Straßenzüge Schlossstraße, Collegienstraße, Mittelstraße, Coswiger Straße, Judenstraße sowie der Schloss-, Markt- und Kirchplatz und der Holzmarkt als besonders schützenswert genannt. Alle zugehörigen Gebäude sollten in ihrem Erscheinungsbild und Einzeldenkmale in ihrer Gesamtheit einschließlich ihrer Hofbebauung erhalten und instand gesetzt werden. Im Einzelfall sollte allerdings auch ein Abbruch bei umgehender und adäquater Lückenschließung (Anpassung des Neubaus an Gebäudehöhe, Straßenflucht, Dachausbildung und Fassadengestaltung) möglich sein.

Die nicht genannten, vorrangig im Norden gelegenen Teile der Altstadt wurden für Abbruch und Neubebauung freigegeben.⁷⁹³

Obwohl diese Zielstellung Abbrüchen größeren Umfangs in den Randbereichen des historischen Stadtkerns Tür und Tor öffnete, reagierte sie mit realistischem Blick auf die städtebaulichen und bauwirtschaftlichen Gegebenheiten der 1970er Jahre. Mit Sicherheit hätten sich die Denkmalpfleger auch für Wittenberg umfassendere Möglichkeiten des Erhalts gewünscht. Jedoch lag angesichts des Bauzustands der Altstadt und den zur Verfügung stehenden Mitteln die Erkenntnis auf der Hand, nur die bedeutendsten Bereiche überhaupt erhalten zu können. Die bereits als Kompromiss zu verstehenden Forderungen und Ziele wurden mit Nachdruck verfolgt und verteidigt. So stellte beispielsweise das Institut für Denkmalpflege in der denkmalpflegerischen Zielstellung klar, dass der Abbruch einer Häuserzeile aus dem 16. Jahrhundert zwischen den beiden Hauptachsen des Zentrums (Schloßbeziehungsweise Collegienstraße und Coswiger beziehungsweise Judenstraße) aus denkmalpflegerischer Sicht nicht in Frage käme.⁷⁹⁴ Obwohl eben dieser Vorschlag in den Planungen von 1977 auftaucht⁷⁹⁵, konnte sich die Denkmalpflege in diesem Punkt durchsetzen.

4.3.8.3. Städtebauliche Entwicklung der Wittenberger Altstadt

Das Büro für Städtebau Halle hatte sich in den Jahren 1976/77 mit den erforderlichen städtebaulichen Maßnahmen im Altstadtzentrum befasst. Eine umfängliche Bauzustandsanalyse wurde nach heutigen Erkenntnissen dabei nicht angefertigt. Anhand der Einordnung in Baualtersgruppen kann man höchstens Vermutungen über den allgemeinen Zustand der Altstadt anstellen, wobei an dieser Stelle alle vor 1900 erbauten Häuser in einer Gruppe zusammengefasst wurden. Daher ist es weitestgehend unmöglich, den Zustand der historischen Altstadt realistisch einzuschätzen.

Als gesichert gilt, dass man die um 1976 vorhandenen 3.899 Wohneinheiten aus der Zeit vor 1900 nach 1990 auf 7% ihres ursprünglichen Bestands reduzieren wollte.⁷⁹⁶ 2.448 Wohnungen sollten bis zum Jahr 1990 abgerissen und 2.100 Ersatzwohnungen

⁷⁹³ Altstadt Wittenberg sdZ LfDMPuArch, Dokumentation 3961/III, S. 3.

⁷⁹⁴ Vgl. Altstadt Wittenberg sdZ LfDMPuArch, Dokumentation 3961/III, S. 3.

⁷⁹⁵ Vgl. Akte Wittenberg – Vorschlag zur Umgestaltung 1977, S. 13.

⁷⁹⁶ Akte GBP Wittenberg Fortschreibung 1976, LfDMPuArch, Akte IV/25, S. 12.

geschaffen werden.⁷⁹⁷ Im Zuge der geplanten Sanierungsarbeiten sollte auch der Belag des Marktplatzes verändert werden. Der bis dato mit Kopfsteinen, sogenannten Katzenköpfen gepflasterte Platz sollte mit kreisförmigen Betonelementen zwischen kleineren Pflasterstreifen neu gestaltet werden.⁷⁹⁸

Generell erhielten die hier genannten Planungen die Zustimmung des Instituts für Denkmalpflege. Es wurden allerdings einige Einwände erhoben, deren Berücksichtigung zur Bedingung für die Zustimmung zum geplanten Umbau des Stadtzentrums gemacht wurde. Neubauten sollten sich im Denkmalschutzgebiet unterordnen und ihre Unumgänglichkeit in jedem Fall gründlich geprüft werden. Die vorgesehene Umgestaltung des Marktplatzes lehnte das Institut für Denkmalpflege ab. Der Kontrast zur Gestalt der Collegienstraße sei zu groß, hieß es in der Begründung. Zur bereits erwähnten Aufgabe des vorhandenen Häuserblocks zwischen den beiden dominierenden Straßen des Altstadt-kerns wurde mit dem Hinweis, dass an einen Neubau hohe Anforderungen gestellt würden, Stellung bezogen.⁷⁹⁹



Abbildung 60. Häuserzeile zwischen den beiden zum Markt führenden Straßen.

⁷⁹⁷ Akte GBP Wittenberg Fortschreibung 1976, S. 12 und 6.

⁷⁹⁸ Akte GBP Wittenberg Fortschreibung 1976, LfDMPuArch, Akte IV/25, Abbildung o.S.

⁷⁹⁹ LfDMPuArch, Akte AA 446, Wittenberg, o.S.

Auch der 1977 durch das Büro für Städtebau erarbeitete Vorschlag zur Umgestaltung des innerstädtischen Bereiches geht vom hauptsächlichen „Ersatzneubau unter Berücksichtigung denkmalwerter Substanz“⁸⁰⁰ aus. Die historische Bausubstanz sei demnach in überdurchschnittlich schlechtem Zustand und unzureichend ausgestattet.⁸⁰¹

Mit dieser städtebaulichen Planung sah man sich vor allem in der Verantwortung, tatsächlich auch realisierbare Lösungsvorschläge anzubieten. Daher ging sie von folgenden Prämissen aus: Neben den denkmalgeschützten Einzelgebäuden sollte lediglich die historische gewachsene Struktur des Stadtzentrums mit ihren städtebaulichen Räumen und Sichtbeziehungen erhalten bleiben. Unbrauchbare Gebäude waren durch Lückenschließungen zu ersetzen beziehungsweise durch flächigen Abriss aufzugeben. Neubauten sollten überwiegend durch moderne Bauverfahren wie die HMB entstehen. Besonders in den Randbereichen des historischen Stadtkerns waren Abriss und Ersatzneubau und teilweise ersatzloser Abriss von alten Gebäuden vorgesehen.⁸⁰²

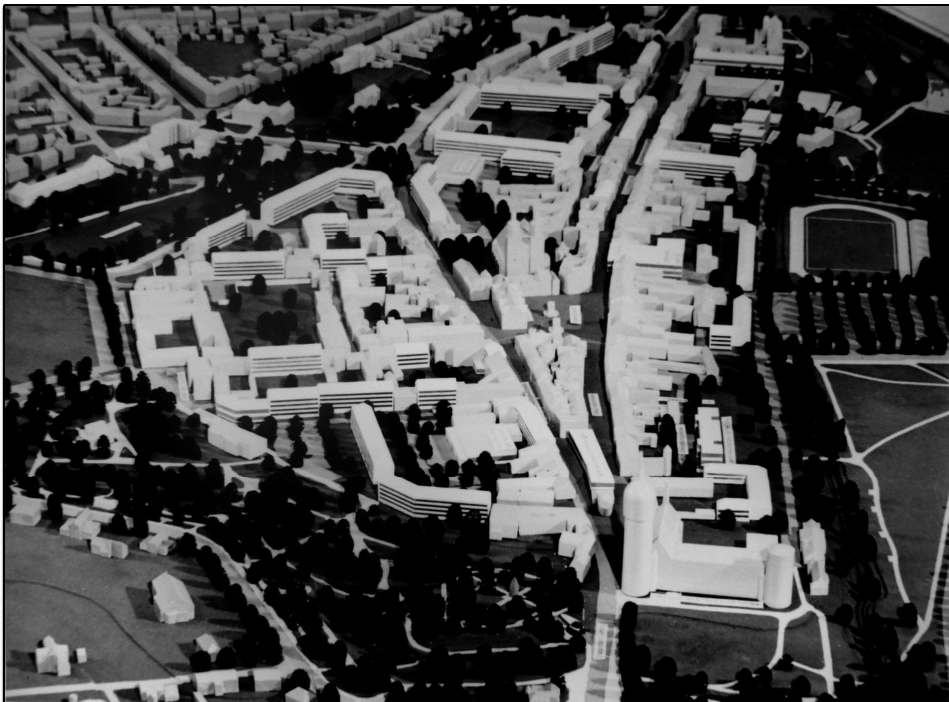


Abbildung 61. Planung der Umgestaltung des Stadtkerns aus dem Jahr 1977. Nur die Kernbereiche waren zur Erhaltung vorgesehen. Die geplanten Neubauten in den Randbereichen wurden ebenso wenig errichtet wie die zu erhaltenden Bereiche umfassend saniert wurden.

⁸⁰⁰ Akte Wittenberg – Vorschlag zur Umgestaltung 1977, S. 7.

⁸⁰¹ Akte Wittenberg – Vorschlag zur Umgestaltung 1977, S. 7.

⁸⁰² Akte Wittenberg – Vorschlag zur Umgestaltung 1977, S. 12.

Der unmittelbare Kernbereich mit der städtebaulich wichtigsten Achse der Collegien-/Schlossstraße an deren westlichem Ende sich das Schloss befand, sollte nahezu vollständig erhalten bleiben. Dieses Gebiet entsprach auch dem auf der zentralen Denkmalliste der DDR verzeichneten Denkmalschutzgebiet. Hier waren ein Fußgängerbereich und die Aufwertung der Plätze der innerstädtischen Kommunikation geplant.⁸⁰³

Auch zu dieser Neufassung der Umgestaltungspläne erteilte das Institut für Denkmalpflege seine generelle Zustimmung, da fast alle Denkmale zur Erhaltung vorgesehen waren. Dass auch die denkmalgeschützten Straßenräume weitgehend unverändert bleiben sollten, wertete die Denkmalpflege positiv. Für unvermeidliche Neubauten im umzugestaltenden Bereich wurde in diesem Zusammenhang eine Dachneigung von 45° für Neubauten ebenso gefordert wie die Beibehaltung der bisherigen Geschosshöhe. Weiterhin erstreckten sich die Forderungen auf die Ausbildung voller Gebäudeecken. Sämtliche Abbrüche wurden kritisch hinterfragt und sollten – sofern nötig und genehmigt – erst unmittelbar vor der Neubebauung durchgeführt werden. Der Entkernung der Höfe stimmte das Institut für Denkmalpflege nicht zu, da es sich hierbei um bedeutende Zeugnisse der Wohnkultur des 16.-18. Jahrhunderts handele.⁸⁰⁴

Der Anfang der 1980er Jahre erstellte Gestaltungsvorschlag für die Collegien-/Schlossstraße fand nicht die Zustimmung des Instituts für Denkmalpflege, da er aufgrund der eingefügten Neubauten die bisherige Struktur zu wenig berücksichtigte.⁸⁰⁵ Nachdem diese Planung ab 1986 überarbeitet wurde, stimmte das Institut für Denkmalpflege ihr zu.⁸⁰⁶

Der größte Teil der Umgestaltungspläne wurde nicht verwirklicht. Weder erhielt der Marktplatz den vorgesehenen Betonplattenbelag noch wurden größere Neubauvorhaben realisiert. Lücken in den Hauptgeschäftsstraßen wurden regelmäßig und auch der Umgebung weitgehend angepasst geschlossen. Mit dem Anstreichen der Fassaden in den Hauptgeschäftsbereichen in den Jahren 1977/78⁸⁰⁷ konnte der optische Eindruck der dortigen Gebäude verbessert werden, wenngleich umfassende

⁸⁰³ Akte Wittenberg – Vorschlag zur Umgestaltung 1977, S. 12.

⁸⁰⁴ RdS Wittenberg an IfD vom 06.02.1978, in: LfDMPuArch, Akte AA 446 Wittenberg, o.S.

⁸⁰⁵ IfD an RdS Wittenberg vom 30.11. 1981, in: LfDMPuArch, Akte AA 446 Wittenberg, o.S.

⁸⁰⁶ Vgl. LfDMPuArch, Akte AA 446 Wittenberg, o.S.

⁸⁰⁷ Brief des RdS Wittenberg an das IfD vom 22.02.1977, in: LfDMPuArch, Akte AA 446 Wittenberg, o.S.

Sanierungen ausblieben. Dafür stieg die Anzahl der Abbruchanträge, denen das Institut für Denkmalpflege in der Regel zustimmen musste.⁸⁰⁸ Der Zustand der Gebäude in den Nebenstraßen des Stadtzentrums verschlechterte sich zusehends, was dazu führte, dass immer mehr Häuser abgerissen wurden. Die auf diese Weise entstandenen Lücken stören das Stadtbild bis heute empfindlich.

Das Institut für Denkmalpflege erkannte zwar die vorbildlichen Bemühungen der Stadt um den Erhalt von Struktur und Bild der Stadt an, kritisierte aber zugleich die durch den zunehmenden Verfall rasch ansteigenden Abbruchzahlen.⁸⁰⁹

Mit der ab dem Jahr 1989 geplanten intensivierten Sanierung des Gebäudebestands⁸¹⁰ wurde nicht mehr begonnen. Da nahezu jegliche nachhaltige Sanierung somit ausgeblieben war, hätte auch der historische Kern Wittenbergs die bisherige städtebauliche Praxis nicht mehr lange ohne größere Substanzverluste verkraftet.

Der Kernbereich Wittenbergs hat sich seit 1990 dank des touristischen Interesses an den Wirkungsstätten *Martin Luthers* zu einem ansprechenden städtebaulichen Ensemble entwickelt. Zahlreiche Nebenstraßen befinden sich indes bis heute in einem verbesserungswürdigen Zustand.

4.3.9. Tangermünde

4.3.9.1. Geschichte und Stadtbild

Die Stadt Tangermünde liegt im Nordosten Sachsen-Anhalts in der Altmark. Obwohl sie heute zum Bundesland Sachsen-Anhalt gehört, ist ihre kulturhistorische Entwicklung stark durch die Geschichte Brandenburgs geprägt.

Die Burg als frühes Siedlungszeugnis, die in ottonischer Zeit auf einer Hochfläche an der Mündung des Tangers in die Elbe errichtet wurde, diente dem Schutz vor den Slawen. Im Jahr 1009 wurde sie erstmals urkundlich erwähnt. Unter dem Namen „*Tongere muthi*“ war bereits vor 1009 eine Ansiedlung bekannt. Allerdings lässt sich der erste Erwähnungszeitpunkt heute nicht mehr rekonstruieren.⁸¹¹

Die Kirche St. Stephan wurde ab 1185 erbaut. Der Kirchenbau wurde mit der offensichtlich planmäßigen Anlage der Stadt im frühen 13. Jahrhundert in die sich

⁸⁰⁸ Vgl. AA 446 Wittenberg, LfDMPuArch, o.S.

⁸⁰⁹ Vgl. Zur Situation ausgewählter Städte, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/IV, S. 4.

⁸¹⁰ Aktenvermerk vom 09.11.1988, in: LfDMPuArch, Akte AA 446 Wittenberg, o.S.

⁸¹¹ SdZ für die Stadt Tangermünde, Kreis Stendal, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/III, S. 2.

seit dem späten 12. Jahrhundert entwickelnde Siedlung einbezogen. Die heute noch fast vollständig erhaltene Stadtbefestigung stammt ebenfalls von circa 1300.⁸¹²

Das 14. und 15. Jahrhundert darf als die Blütezeit Tangermündes bezeichnet werden. Durch die günstige Lage am Fluss entwickelte sich die Stadt zu einem wichtigen Ort des Handels und des Schiffsverkehrs. Seit 1368 war Tangermünde Hansestadt. Kaiser *Karl IV.* (1316-1378) ließ sich die Burg zu seiner Nebenresidenz ausbauen. Die bedeutendsten Bauwerke der Stadt, zu denen das Rathaus, die Stephanskirche und Stadttore zählen, entstanden während dieser Blütezeit.

Ab 1415 residierten die brandenburgischen Kurfürsten in der Stadt. Da sich nach und nach Handelswege herausbildeten, zu denen die Stadt keinen Zugang hatte, sank die wirtschaftliche Bedeutung Tangermündes. Nach dem Bierziese-Aufstand⁸¹³ (1488) ging Tangermünde zudem städtischer Privilegien verlustig. Das 17. Jahrhundert brachte durch Stadtbrände (1617 und 1678) sowie den Dreißigjährigen Krieg große Zerstörungen mit sich. Der Wiederaufbau geschah nach kleinstädtischer Art in einfachen, zumeist schmucklosen Bauweisen, häufig Fachwerk.⁸¹⁴

Die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts bedeutete für Tangermünde einen wirtschaftlichen Aufschwung. Hauptwirtschaftszweige waren bis in das 20. Jahrhundert hinein die Schifffahrt und die Zuckerraffinerie.⁸¹⁵ Die Zucker- und die seit dem frühen 20. Jahrhundert betriebene Schokoladenfabrik stellten allerdings nach der politischen Wende 1989 ihr Geschäftstätigkeit ein.

⁸¹² SdZ für die Stadt Tangermünde, Kreis Stendal, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/III, S. 2.

⁸¹³ Hintergrund des Aufstandes war eine Streitigkeit um die Besteuerung von Bier, in der sich schließlich der brandenburgische Kurfürst *Cicero* gegenüber den Städten durchsetzte.

⁸¹⁴ SdZ für die Stadt Tangermünde, S. 2.

⁸¹⁵ SdZ für die Stadt Tangermünde, S. 2.



Abbildung 62. Luftaufnahme Richtung Marktplatz (links) und Neustädter Tor.

Die Tangermünder Altstadt befindet sich auf einem Hochuferplateau 15 Meter über dem Tanger unweit seiner Mündung in die Elbe. Aufgrund dieser exponierten Lage stellt sich die Stadtsilhouette im ansonsten flachen Gelände sehr eindrucksvoll dar.

Eine noch nahezu komplett erhaltene Stadtbefestigung inklusive historischer Toranlagen umschließt die Altstadt im regelmäßigen Rechteck. Das Stadtbild wird dominiert von einer Doppelstraßenanlage, deren bebauter Mittelstreifen durch den Marktplatz unterbrochen wird. Um diese angerartige Anlage gruppieren sich Nebenstraßen, die vor allem Wirtschaftszwecken dienen und welche durch schmale Querstraßen mit den beiden Hauptstraßen verbunden sind. Die repräsentativen Gemeinschaftsbauten (ehemalige Stadtkirche St. Nikolai, Rathaus und die Stephanskirche) befinden sich im Bereich der über die Länge der Altstadt innerhalb der Stadtmauern reichenden Mittelachse. Die Straßen zeigen sich geschlossen. Ihr Bild wird bestimmt von einer harmonischen Aneinanderreihung von Fachwerk- und Massivbauten.

An den Hauptstraßen befinden sich neben schlichten, zumeist zweigeschossigen Häusern reich verzierte Fachwerkgebäude des 17. und 18. Jahrhunderts, wobei Giebel- und Traufstellung unregelmäßig alternieren. In den Nebenstraßen dominiert der einfach ausgeführte ein- und zweigeschossige Fachwerkbau. Das spätmittelalterliche Rathaus im Stil der Backsteingotik zählt zu den schönsten

mittelalterlichen Profanbauten Norddeutschlands. Besonders bemerkenswert ist die ostwärts gerichtete, 24 Meter hohe dreiachsige Schauwand. Vor den Toren der Stadtmauer befinden sich die Vorstädte: westlich die Neustadt, östlich die Hühnerdorfer Vorstadt.



Abbildung 63. Nebenstraße der Altstadt 1976 (oben links) und Lange Straße 2008 (eine der beiden Hauptachsen, oben rechts). Unten: Schauseite des Rathauses 2008.

4.3.9.2. Denkmalwert und Zielstellung

Der innerhalb der Stadtmauern gelegene Altstadt kern und die Burganlage waren als städtebauliches Ensemble von herausragender Bedeutung auf der zentralen

Denkmalliste verzeichnet.⁸¹⁶ Der denkmalpflegerische Wert beruht bis heute auf der städtebaulichen Ausstrahlung der Silhouette mit ihren Höhendominanten. Das einheitliche und harmonische Stadtbild trägt ebenso wie die großteils noch erhaltene Stadtbefestigung maßgeblich zum Denkmalwert bei.⁸¹⁷

Die städtebaulich-denkmalpflegerische Zielstellung (vgl. Abbildung 65, S. 223) sah daher den umfassenden Erhalt der Stadtgestalt und der ihre Wirkung unterstützenden Komponenten vor. Die Stadtsilhouette über dem Tal des Flusses Tanger war von jeglicher störenden Bebauung freizuhalten. Ebenso durfte sie nicht durch Gebäude mit mehr als fünf Geschossen beeinträchtigt werden. Die Verbindungen von der Stadt zum Fluss sollten nicht bebaut werden.⁸¹⁸ Ebenso war der Stadtgrundriss unverändert beizubehalten. Die Straßenverläufe durften in ihrer Gestalt einschließlich der Fassaden- und Dachlandschaft nicht aufgegeben werden. Mögliche Ausnahmen von dieser Vorgabe wurden auf die Randbereiche der Altstadt beschränkt. Dort wären dann allerdings auch größere Neubauvorhaben möglich gewesen. Das Bild der Straßen und Plätze im Denkmalensemble sollte nicht durch leichtfertige Abrisse beeinträchtigt werden. Nach unumgänglichen Einzelabbrüchen wurden an die Fassadengestaltung der Ersatzbebauung hohe Ansprüche gestellt: Entweder sollte die Originalfassade wieder verwendet werden oder ein sich in seine Umgebung einfügender moderner Ersatzbau entstehen. Generell war der Anteil von Neubauten der vorhandenen Bebauung quantitativ unterzuordnen. Sämtliche Einzeldenkmale waren zu erhalten und einer entsprechenden Nutzung unterzuordnen. Selbiges galt für die Stadtmauertürme und die erhaltenswerte Architektur der zahlreich vorhandenen Speichergebäude.⁸¹⁹

⁸¹⁶ Vgl. Bekanntmachung der zentralen Denkmalliste, IV: Denkmale des Städtebaus und der Architektur, 2. Stadtkerne, Position 18, S. 10, GBl. Sonderdruck 1017.

⁸¹⁷ SdZ für die Stadt Tangermünde, S. 3.

⁸¹⁸ Ebenda.

⁸¹⁹ SdZ für die Stadt Tangermünde, S. 4f.



Weit mehr als die Hälfte aller Altstadtgebäude befanden sich 1975 in gutem bis sehr gutem Bauzustand.⁸²¹

⁸²¹ Bauzustandsanalyse für den vor 1900 erbauten Gebäudebestand der gesamten Stadt Tangermünde: 116 Gebäude BZS I, 1126 Gebäude BZS II, 564 Gebäude BZS III, 55 Gebäude BZS IV – Gesamtanzahl der hier erfassten Gebäude: 1961. Der Bauzustand der Altstadt wurde zum Zeitpunkt der Analyse nicht separat erfasst. Jedoch darf davon ausgegangen werden, dass a) nach 1900 keine nennenswerten Baumaßnahmen in der Altstadt stattgefunden haben und b) sich der

Die Entwicklungskonzeption stellte zwei bis dato wenig konkrete Umgestaltungsvarianten vor. Die erste wurde von der Staatlichen Plankommission erstellt, die zweite vom Büro für Städtebau Magdeburg.

Die Staatliche Plankommission ging generell vom Abbruch und Ersatzneubau von etwa 2.100 WE aus. Unabhängig vom tatsächlichen Bauzustand sollten langfristig pauschal 85% aller vor 1870 und 75% aller vor 1900 errichteten Gebäude durch Neubauten abgelöst werden.⁸²² Dieser Vorschlag macht mehr als deutlich, dass die Staatliche Plankommission rein ökonomisch orientiert war und für die Planerstellung nur wirtschaftliche Erwägungen zuließ.

Das Büro für Städtebau Magdeburg stimmte mit dieser Planung nicht überein und legte eine Gegenvariante vor. Insgesamt sollten laut seinen Berechnungen 1.334 WE zum Abbruch freigegeben werden. 650 WE aus den Bauzustandsstufen II-IV von den vor 1870 erbauten Gebäuden und 328 WE der Bauzustandsstufen III und VI von den zwischen 1870 und 1900 errichteten Häusern waren folglich zu ersetzen.⁸²³ Auch wenn diese Planung eine deutlich höhere Erhaltquote vorsah, stellt sich dennoch die Frage, warum generell Gebäude mit nur geringen Schäden zum Abriss vorgeschlagen wurden.

Größere Abriss- und Neubaumaßnahmen sollten jedoch prinzipiell erst nach 1986 wirksam werden, legte dieser im Jahr 1975 erstellte Plan fest. Zu errichtende Neubauten sollten dann in Bezug auf Höhe und Gestaltung mit ihrer Umgebung in Einklang gebracht werden. Somit hätten erhöhte und besondere Anforderungen an Technologie und Bauweisen bestanden. Der zu erhaltende Gebäudebestand sollte nach einer noch anzufertigenden Konzeption komplex instand gesetzt werden.⁸²⁴

Da die Realisierung der hier aufgeführten Planungen ohnehin erst nach 1986 vorgesehen war, blieb die Tangermünder Altstadt von flächiger Erneuerung verschont. Stattdessen ist es der ihrer Altstadt verbundenen Bürgerschaft zu verdanken, dass das Stadtbild seit jeher nachhaltig gepflegt und die wenigen entstanden Baulücken in angepasster Bauweise geschlossen wurden. Die Fassaden der eingepassten Massivbauten wurden teilweise mit Fachwerkdetails versehen.

Bauzustand sämtlicher zwischen 1870 und 1900 errichteten Gebäude ähnlich entwickelt hat. Auf diese Weise bleibt gewährleistet, dass die Angaben über den Bauzustand trotz der quantitativen Ungenauigkeit prozentual in etwa zutreffend sind.

⁸²² Langfristige städtebauliche Entwicklungskonzeption (1975): S. 11.

⁸²³ Ebenda.

⁸²⁴ Ebenda, S. 11ff.

Generell fügen sie sich jedoch dank ihrer gegliederten Fassaden und ihrer an die Umgebung angepassten Sockel- und Dachzone recht gut ins Straßenbild ein.



Abbildung 65. Ersatzbau in der Altstadt.

Ab 1977 wurden durch das Büro für Städtebau weitere Untersuchungen zum baulichen Zustand der Altstadt durchgeführt. Insgesamt befanden sich 887 Gebäude in der Altstadt. 52% aller Gebäude mit Baudatum vor 1870 galten als überaltert. Schwere Schäden wurden an 36% der Häuser festgestellt.⁸²⁵ Demgegenüber wiesen jedoch 54% der Gebäude nur geringe und 14% keinerlei Schäden auf.⁸²⁶

Die bis 1979 nochmals überarbeitete städtebauliche Leitplanung stand nun ganz im Zeichen einer behutsamen Stadterneuerung. Der Denkmalwert des städtebaulichen Ensembles wurde ohne Einschränkung anerkannt. Wenngleich man die für den Erhalt zur Verfügung stehenden Kapazitäten auf den unmittelbaren Zentrumsbereich konzentrieren wollte, sollten auch in den restlichen Altstadtbereichen nur noch Gebäude in Bauzustandsstufe IV aufgegeben werden.⁸²⁷

Die der Leitplanung zugrunde liegende Zielstellung ging vom Erhalt beziehungsweise der Wiederherstellung des ursprünglichen Straßen- und Raumbildes aus. Bereits

⁸²⁵ Akte Städtebauliche Leitplanung zur Umgestaltung der Altstadtbereiche von Tangermünde August 1979, in: LfDMPuArch, Akte IV/91, S. 7f.

⁸²⁶ Städtebauliche Leitplanung zur Umgestaltung der Altstadtbereiche von Tangermünde August 1979, Anlage 1.

⁸²⁷ Städtebauliche Leitplanung zur Umgestaltung der Altstadtbereiche von Tangermünde August 1979, S. 18f.

entstandene oder unvermeidliche Lücken sollten zweigeschossig mit Steildach und „Funktionsunterlagerung“ bebaut werden. Die Beibehaltung der Straßenbeläge wurde ebenso wie der größtmögliche Erhalt der Fachwerksubstanz als Ziel formuliert. Größere Bauvorhaben waren auch in den Randbereichen nicht vorgesehen. Lücken im Straßenbild zog man unpassenden Bebauungslösungen vor.⁸²⁸

Von insgesamt 1.167 Gebäuden (inkl. der in den Vorstädten gelegenen Gebäude, die nicht zum geschützten Denkmalsbereich gehörten) sollten 183 langfristig aufgegeben werden.⁸²⁹ Diese befanden sich vorrangig im südlichen Teil der Altstadt.

Diese äußerst bestandsschonende Planung berücksichtigte den kulturhistorischen und städtebaulichen Wert der Altstadt und schätzte ihn richtig ein. Ebenso behutsam gingen auch nahezu sämtliche Bauarbeiten im Altstadtkern vonstatten. Größere Abbrüche wurden selbst in den Randbereichen des ummauerten Stadtkerns nicht ausgeführt. Das Institut für Denkmalpflege zeigte sich mit der Umsetzung denkmalpflegerischer Vorgaben in den meisten Fällen sehr zufrieden. Die Eigentümer der Altstadtgebäude, die immerhin zu 80% in Privatbesitz standen, übernahmen die Instandhaltung ihrer Gebäude in Eigenverantwortung. Weiterhin standen für Tangermünde dank des hohen Denkmalswerts und der Position auf der zentralen Denkmalliste mehr finanzielle und materielle Mittel als für andere Städte zur Verfügung. Diese beiden Faktoren bedingten wesentlich, dass sich das Stadtbild über die Jahrzehnte gut erhalten und entwickelt hat.⁸³⁰ Außerdem wurde kein größeres Neubaugebiet erbaut, so dass sich die Bewohner der Stadt auch auf diese Weise in der Verantwortung sahen, ihre Wohnhäuser in bewohnbarem Zustand zu erhalten.

Die umfassende Sanierung der Altstadt von Tangermünde wurde nach der Wende schrittweise realisiert und im Jahr 2006 mit der Übergabe des erneuerten Brunnens vor der Stephanskirche endgültig abgeschlossen. Die Straßen, Gebäude und die Stadtbefestigung zeigen sich heute in geschlossenem und gepflegtem Bild, so dass das städtebauliche Erscheinungsbild Harmonie und Flair ausstrahlt.

⁸²⁸ Städtebauliche Leitplanung zur Umgestaltung der Altstadtbereiche von Tangermünde August 1979, S. 20f.

⁸²⁹ Städtebauliche Leitplanung zur Umgestaltung der Altstadtbereiche von Tangermünde August 1979, S. 22.

⁸³⁰ In: LfDMPuArch, Akte AA 411 Tangermünde Altstadt 1975-1987, o.S. und Schauer (2007): Historische Altstadt, S. 120.

4.3.10. Aschersleben und Eisleben

Städtebauliche Planungen hat es für die Städte Aschersleben und Eisleben nur fragmentarisch gegeben. Da die Altstadtkerne beider Städte jedoch mindestens zu Teilen auf der Denkmalliste des Bezirkes Halle verzeichnet waren, sollen sie in der vorliegenden Untersuchung nicht unerwähnt bleiben und ihre städtebauliche Entwicklung im Zeitraum 1970-1990 kurz abgehandelt werden.

4.3.10.1. Aschersleben

Aschersleben, erstmals im 9. Jahrhundert urkundlich erwähnt, war eine der ältesten Städte des damaligen Bezirkes Halle. Die besonders gut erhaltene Stadtbefestigung war als Position auf der zentralen Denkmalliste der DDR, das Marktensemble mit den angrenzenden Straßen auf der Denkmalliste des Bezirkes Halle verzeichnet.⁸³¹ Auch wenn zu Beginn der 1970er Jahre nur wenige herausragende Einzelbauten vorhanden waren, zeichnete sich das Stadtbild durch reizvolle Raumbildung im Kernbereich aus. Charakteristisch für Aschersleben war das zweigeschossige traufständige Haus mit Satteldach und leicht vorkragendem Fachwerkobergeschoss.⁸³²

Ende der 1960er Jahre wurde ganz im Sinn der damalig herrschenden städtebaulichen Ideologie eine letztlich unausgeführte Planung entworfen, die den Kernbereich der historischen Altstadt unter Aufgabe sämtlicher gewachsener Strukturen neu gestaltete.⁸³³ 1974 wurde die Zahl von 4.000 neu zu errichtenden Wohnungen als Ersatz für überalterte Wohnbausubstanz genannt.⁸³⁴

Der Generalbebauungsplan des Jahres 1974 enthielt zum Stadtkern folgende Ausführungen: Das Stadtzentrum sollte nach der Einordnung zeitgemäßer und funktionaler Gebäude in seiner Zentrumsfunktion gestärkt und erweitert werden. *„Wertvolle Baulichkeiten als Gesamtensemble oder Einzelgebäude [...] sind instandzusetzen und zu modernisieren, um damit in absehbarer Zeit eine umfassende Neugestaltung des gesamten Zentralen Bereichs innerhalb der Stadtmauer einschließlich angrenzender wichtiger Straßen und Plätze [...] zu*

⁸³¹ SdZ für die Stadt Aschersleben, in: LAFDMPuArch Dokumentation 3961/I, S. 1 und 6.

⁸³² Ebenda, S. 2.

⁸³³ Fotomaterial in LAFDMPuArch, Akte AA 14 Aschersleben 1968-1989, unpaginiert.

⁸³⁴ Vgl. Städtebauliche Direktive zur Entwicklung der Stadt, in: LAFDMPuArch, Dokumentation 3961/V, S. 4.

erreichen.“⁸³⁵ Für die Umsetzung dieser Leitlinie behielt man sich jedoch die Option des teilweisen Ersatzneubaus zur Lückenschließung offen. Als Zeitraum für diese Arbeiten wurden die Jahre 1976 bis 1980 genannt.⁸³⁶ Bis auf Fassadenanstriche fanden in der Altstadt jedoch keine erhaltenden Arbeiten statt.⁸³⁷

Das Institut für Denkmalpflege konnte 1977 mit seinem Veto die Straßenführung einer Fernverkehrsstraße über die historische Stadtmauer verhindern.⁸³⁸

Da die geplanten Maßnahmen zum Erhalt des Stadtzentrums nicht zur Ausführung gelangten, verfiel die Altstadt zusehends. Ab Mitte der 1980er Jahre erarbeitete das Büro für Städtebau eine Reihe von Planungen für die südliche Altstadt, die immer weniger Rücksicht auf die vorhandene historische Struktur und Substanz nahmen. In steigender Zahl verschwanden alte Gebäude von den Plänen und Karten. Das Institut für Denkmalpflege drückte hierzu mehrfach sein Bedauern aus.⁸³⁹ In der Zwischenzeit wurde das fragliche Baugebiet Schritt für Schritt leergezogen und geräumt. Die letzte Planung sieht eine völlige Neugestaltung ohne Rücksichtnahme auf vorhandene Strukturen vor. Die ursprüngliche Gebäudekonzeption wurde vom Wohnungsbaukombinat Aschersleben abgelehnt, da im Plattenwerk der Stadt zu geringe Variationen der Gebäudesegmente möglich waren. Daraufhin wurde die Bebauung erneut überarbeitet und die Neubautypengebäude weiter vereinfacht.⁸⁴⁰ Hierzu heißt es in der Konzeption: *„Die städtebaulich-gestalterische Qualität der vorliegenden Lösung entspricht dem zur Verfügung stehenden Erzeugnisangebot.“*⁸⁴¹ Der Einspruch des Instituts für Denkmalpflege gegen diese Planung wurde zwar zur Kenntnis genommen, aber im gleichen Atemzug erwähnt, dass die Forderungen der

⁸³⁵ Vgl. Grundsätze der Generalbebauungsplanung der Stadt Aschersleben, in: Städtebauliche Direktive zur Entwicklung der Stadt, in: LfDMPuArch, Akte AA 14, o.S.

⁸³⁶ Vgl. Zeitliche Einordnung der Maßnahmen, in: Städtebauliche Direktive zur Entwicklung der Stadt, in: LfDMPuArch, Akte AA 14, o.S.

⁸³⁷ Vgl. Schauer: (2007): S. 74.

⁸³⁸ Vgl. Schauer: (2007): S. 74ff.

⁸³⁹ Vgl. Schriftwechsel zwischen IfD und BfS, in: LfDMPuArch, Akte AA 14, unpaginiert.

⁸⁴⁰ Vgl. Wohnungsbauvorhaben Aschersleben „Südliches Zentrum“ Städtebauliche Leitplanung“, in: LfDMPuArch AA 14, S. 2.

⁸⁴¹ „Diese aus dem Jahr 1988 oder vom Beginn des Jahres 1989 stammende Konzeption macht sehr deutlich, in welcher ausweglosen Lage sich das Bauwesen der DDR am Ende seines Wirkens befand. Wenn allein die technischen Möglichkeiten des örtlichen Plattenwerks für die städtebauliche Gestaltung eines Altstadtbereichs ausschlaggebend ist, muss der Eindruck aufkommen, dass das Bauwesen der Ohnmacht nah auf seine absolute Handlungsunfähigkeit hinsteuerte.“ Zitat in: Wohnungsbauvorhaben Aschersleben „Südliches Zentrum“ Städtebauliche Leitplanung, in: LfDMPuArch, Akte AA 14, S. 2.

Denkmalpflege nicht berücksichtigt werden könnten.⁸⁴² Nun intervenierten aber der Bezirksarchitekt und das Institut für Denkmalpflege. Letzteres kritisierte, dass in der neuesten Planung jegliche altstädtische Aschersleber Identität ausgelöscht sei und sich das Umgestaltungsgebiet nicht mehr von einem Neubaugebiet unterscheide.⁸⁴³ Der Bezirksarchitekt wandte sich in einem Schreiben an den Bezirksbaumeister und verweigerte bei den Forderungen des Wohnungsbaukombinats zukünftig seine Mitarbeit.⁸⁴⁴

Bis zur politischen Wende wurden die geplanten Neubauten nicht mehr errichtet. Zurück blieb eine beräumte Fläche, eine riesige Brache, aus der die Stephanikirche und wenige angrenzende Häuser herausragten und ein fatales Bild boten.

4.3.10.2. Eisleben

Die Stadt Eisleben entwickelte sich ab dem 13. Jahrhundert in enger Wechselbeziehung mit dem Kupferschieferbergbau. Im 15. und 16. Jahrhundert erlebte die Stadt ihre Blütezeit, die aus den hohen Einnahmen aus dem Bergbau resultierte. In dieser Zeit wurden auch die drei Hauptkirchen, das Rathaus und andere bedeutende Gebäude der Stadt errichtet. Nachdem der Bergbau im 17. Jahrhundert einen Rückgang hinnehmen musste, erstarkte er durch die Industrialisierung im 19. Jahrhundert erneut.⁸⁴⁵

Obwohl die historische Altstadt in den 1970er Jahren teilweise wegen bergbaubedingter Erdsenkungen beträchtliche Verluste durch Abriss hinnehmen musste⁸⁴⁶, befand sich die Altstadt insgesamt als städtebauliches Denkmal auf der Denkmalliste des Bezirkes Halle. Wertvolle Einzelgebäude und Straßen- sowie Platzräume unterstrichen den Denkmalwert ebenso wie die Luthergedenkstätten.⁸⁴⁷

⁸⁴² Vgl. Wohnungsbauvorhaben Aschersleben „Südliches Zentrum“ Städtebauliche Leitplanung“, in: LfDMPuArch, Akte AA 14, S. 6.

⁸⁴³ Brief des Chefkonservators der Ast. Halle des Institut für Denkmalpflege an den Rat für Kultur des RdB Halle vom 13.06.1989, in: LfDMPuArch, Akte AA 14, unpaginiert.

⁸⁴⁴ Brief des Bezirksarchitekten an den Bezirksbaumeister vom 14.03.1989, in: LfDMPuArch, Akte AA 14, unpaginiert.

⁸⁴⁵ SdZ für die Stadt Eisleben, in: LfDMPuArch, Dokumentation 3961/I, S. 1 und Zaglmaier, Harald: Zur städtebaulichen Planung der innerstädtischen Bereiche in den Lutherstädten Eisleben und Wittenberg, in: Architektur der DDR 11/1983, S. LVII.

⁸⁴⁶ Vgl. Schauer (2007): S. 78.

⁸⁴⁷ SdZ, S. 2 und 4.

Die städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellung forderte den Erhalt des unmittelbaren Kernbereichs der Altstadt. Außerhalb des Denkmalschutzgebietes erlaubte sie den Abriss der vorhandenen Gebäude.⁸⁴⁸

Der Bauzustand der Altstadt verschlechterte sich kontinuierlich. Sanierungsmaßnahmen fanden nicht statt. Immer mehr Bewohner wurden in die Neubaugebiete außerhalb des Stadtkerns umgesiedelt. In der Mitte der 1980er Jahre war über die Hälfte der Gebäude in schlechtem Zustand (schwere Schäden bis abbruchreif).⁸⁴⁹ Die anlässlich der Lutherehrung 1983 vorgenommene Aufwertung der Altstadt – vorrangig durch Fassadenanstriche – ging bereits wenige Jahre später wieder verloren.⁸⁵⁰ Ab dem Jahr 1988 beschäftigte sich eine Expertenkommission der Bauakademie mit der Umgestaltung der Altstadt. Man wollte exemplarisch eine Lösung für die Sanierung der Klein- und Mittelstädte im Bezirk Halle erarbeiten.⁸⁵¹

Die dabei entstandene Leitplanung sah innerstädtischen Ersatzneubau in größerem Stil vor. Die WBS 70 und eine modifizierte Variante der Großblockbauweise sollten zum Einsatz kommen. Die historische Grundstruktur sollte bei der Sanierung des Stadtzentrums Berücksichtigung finden. Einzeldenkmale waren wieder herzustellen.⁸⁵²

Diese Konzeption nahm wenig Rücksicht auf den Erhalt des Bestandes. Wäre sie ausgeführt worden, wäre vom Eisleber Stadtkern gewiss nicht viel mehr als eine den Markt und seine unmittelbare Umgebung umfassende Traditionsinsel übrig geblieben. Die Realisierung dieser Planung war allerdings ohnehin erst für die 1990er Jahre vorgesehen.

⁸⁴⁸ SdZ, S. 2f.

⁸⁴⁹ Schauer (2007): S. 78.

⁸⁵⁰ Vgl. Zur Situation ausgewählter Städte, in: Akte 3961/IV, S. 5.

⁸⁵¹ Vgl. LfDMPuArch, Akte AA 77 Eisleben Altstadt 1987-1991, unpaginiert.

⁸⁵² Vgl. Ergebnisbericht zur städtebaulichen Entwicklung und baulichen Realisierung der Leitplanung der Lutherstadt Eisleben, in: LfDMPuArch, Akte AA 77, S. 14ff.

5. Zur Stadtdenkmalflege in Sachsen-Anhalt nach 1990

Die städtebauliche Bilanz fiel nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur erwartungsgemäß ernüchternd aus. Zahlen liegen vom Ende des Jahres 1990 vor: Im sachsen-anhaltischen Gebiet standen von insgesamt 1.244.244 Wohnungen 12.200 leer, 5.703 waren abrisssreif. Nur 49% aller Wohnungen verfügten über eine Heizung und in noch längst nicht allen Wohnungen (82,2%) befand sich ein Innen-WC. Die ältesten Stadtkerne waren in dramatisch schlechtem Zustand.⁸⁵³

Für die Altstadtbereiche von Halle, Halberstadt, Aschersleben, Oschersleben und Bernburg kam die politische Wende zu spät, um durchgreifende Veränderungen durch Flächenabrisse zu verhindern. Viele andere Städte waren zwar stark verfallen, aber ihr Gebäudebestand und ihre Anlage noch erhalten.

Die weitere Entwicklung der sachsen-anhaltischen Städte verlief generell positiv, in einigen Städten besser als in anderen. Dabei kristallisieren sich zwei Tendenzen heraus: Die Verantwortlichen von Städten wie Tangermünde, Wernigerode oder Stolberg, in denen auch vor der Wende echter Wille zur Erhaltung vorhanden war, bedienten sich nach 1990 behutsamer Strategien und Wege der Stadterneuerung. In Städten wie Halle oder Quedlinburg hingegen, wo das örtliche Engagement zugunsten der altstädtischen Bebauung schon vor 1989 fehlte, wurden die Prioritäten der städtebaulichen Entwicklung nach 1990 wiederum nicht angemessen anhand denkmalpflegerischer Kriterien festgelegt. Lediglich Halberstadt stellt diesbezüglich eine Ausnahme dar.⁸⁵⁴ Dort konnten mit großem Willen und Engagement das Zentrum und somit das Herzstück der Stadt wiederhergestellt und ein marodes historisches Viertel in Teilen gerettet werden.

Allerdings entwickelte sich bereits in den frühen 1990er Jahren auch in Sachsen-Anhalt eine neue Bedrohung für die Altstädte. Neu erbaute Supermärkte und Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“, also wie beim Bau der Großwohngebiete in

⁸⁵³ Vgl. Rehländer, Gunter: Förderung des Städtebaulichen Denkmalschutzes in Sachsen-Anhalt, in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 541-545.

⁸⁵⁴ Vgl. Schauer, Hans-Hartmut: Städtebaulicher Denkmalschutz in Sachsen-Anhalt, in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 412.

der DDR vor den Toren der Städte, gefährdeten die Zentrumsfunktion der Altstädte enorm.⁸⁵⁵ Angesichts der Tatsache, dass im Jahr 1995 mehr als die Hälfte des funktionierenden Gewerbes in den Altstädten verschwunden war, wurde gar von einer „*Transplantation der Innenstädte auf die grüne Wiese*“⁸⁵⁶ gesprochen. Damit setzte sich zunächst die in den 1980er Jahren einsetzende Entvölkerung der Stadtzentren fort, auch wenn zahlreiche Gebäude der Altstädte nun saniert wurden.

Ab 1991 setzte in Sachsen-Anhalt die Städtebauförderung nach dem westdeutschen Modell ein. 39 Stadtkernen wurde Denkmalwert zuerkannt. Eine ebenfalls 1991 erlassene Landesförderrichtlinie sollte die Verteilung der Gelder (bis 1994 256,3 Millionen DM) regeln. Als Förderstrategie wollte man zunächst möglichst viele Städte an der Förderung partizipieren lassen, weshalb anfänglich der Eigenanteil der Städte am Programm erlassen wurde. In den ersten Jahren wurden die Fördergelder vorrangig in Sicherungsmaßnahmen investiert. Daneben wurde für jeweils eine Stadt ein erfahrener Sanierungsträger ausgewählt. Von Anfang an wurde auf die Entwicklung und den Erhalt städtebaulicher Räume Wert gelegt. Für die Revitalisierung wurde ein Zeitraum von 20 Jahren veranschlagt.⁸⁵⁷

Heute, nach Verstreichen dieses Zeitraums, darf der Revitalisierungsprozess der Städte in Sachsen-Anhalt im Großen und Ganzen sicher als erfolgreich betrachtet werden. Einigen Städten ist die Wiederherstellung eines funktionierenden innerstädtischen Gefüges besser gelungen als anderen. In Randgebieten der Altstadtkerne haben die meisten Städte jedoch noch immer mit Entwicklungsschwierigkeiten zu kämpfen. Neben wirtschaftlicher Ohnmacht der Hausbesitzer und Kommunen führen auch der Bevölkerungsrückgang sowie das allgemeine Überangebot an Wohnraum⁸⁵⁸ zu dieser Vernachlässigung der Bereiche abseits der Hauptgeschäftsstraßen in den Stadtzentren. Das durch das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau das dem Jahr 2000 initiierte Programm „Stadtumbau Ost“ sucht nun Lösungen, um die langfristigen Folgen der Fehlentwicklung des Städtebaus der DDR und die neu hinzugekommenen

⁸⁵⁵ Schauer (1996): S. 413.

⁸⁵⁶ Vgl. Rehländer (1996): S. 545.

⁸⁵⁷ Vgl. Rehländer (1996): S. 547ff.

⁸⁵⁸ Es wurden zahlreiche 1989 noch leer stehende Wohnungen saniert und in den Wohnungsmarkt eingebracht. Außerdem wurde durch den Ausbau von Dachgeschossen zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Darüber hinaus hat der stark angestiegene Eigenheim- und allgemeiner Wohnungsneubau in den neuen Bundesländern zum Leerstand in den Städten beigetragen. Vgl. Krautzberger, Michael: Erläuterungen zum Programm Stadtumbau Ost auf der Veranstaltung des Deutschen Verbandes am 12.12.2001, S. 3ff., erhältlich unter <http://www.stadtumbau.com>.

Probleme zu bewältigen und zu korrigieren. Als Strategie wird hierfür beispielsweise die gezielte Stadtschrumpfung eingesetzt. Innerstädtische ungenutzte Flächen werden rückgebaut und einer neuen Nutzung zugeführt. Mit Aschersleben, Eisleben, Halberstadt, Naumburg, Quedlinburg und Wittenberg fanden und finden in sechs der in dieser Arbeit untersuchten Städten derartige Stadtumbauprojekte statt.⁸⁵⁹ Die wissenschaftliche Analyse und Auswertung dieser Vorhaben steht noch aus.

⁸⁵⁹ Quelle: <http://www.iba-stadtumbau.de/index.php?iba-2010-de>.

6. Zusammenfassung

Der Gesamtprozess der Stadterneuerung in der DDR zwischen 1970 und 1989/90, speziell in den historischen Altstadtkernen, ist anhand der in dieser Arbeit erfolgten Darstellung und Analyse als Fehlentwicklung zu bewerten. Eine kontinuierlich und nachhaltig betriebene Stadterneuerung gelang nur in wenigen Städten. In den übrigen Stadtkernen verfielen ganze Quartiere neben zumeist nur oberflächlich sanierten Fußgängerzonen, in denen die Fassaden der Gebäude zudem oft nach kurzer Zeit häufig wieder zu bröckeln begannen. In zahlreichen Städten wurden in den letzten Jahren vor dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft die Häuser in Umgestaltungsgebieten eilends flächig abgerissen und durch gesichtslose industrielle Neubauten ersetzt. Trotz vielfältiger Bemühungen konnte dem Verfall kein Einhalt mehr geboten werden.

Dieser Bilanz zum Trotz entsteht der Eindruck, dass die offizielle Einschätzung der Ergebnisse und der Leistungsfähigkeit des Bauwesens durch den Staat und seine Organe mit steigendem Verfallsgrad der Städte immer positiver wurde. Nach 1990, so formulierte die Bauakademie noch im Jahr 1989, werde die Entwicklung der Stadtkerne darauf abzielen, ihre Individualität und Vitalität zu erhalten:

„Dazu muß die umfassende Wirksamkeit der Stadtzentren für die Lebensqualität der Bürger entsprechend neuen gesellschaftlichen Anforderungen und Möglichkeiten durch intensiv erweiterte Reproduktion in dialektischer Einheit von Bewahren und Erneuern weiterentwickelt werden. Wie und auf welchem Niveau dieses Problem bewältigt wird, ist von jedem Bürger unmittelbar überprüfbar und wird deshalb zunehmend zum wichtigen Indiz gesamtgesellschaftlichen Leistungsvermögens.“⁸⁶⁰

Angesichts der zur Verfügung stehenden Ressourcen hätte der Staat diese Prüfung durch seine Bürger gewiss nicht bestanden. Auch deshalb irritiert das Selbstbewusstsein, mit dem derartige Floskeln und Visionen vorgetragen wurden.

Dieses abschließende Kapitel soll deshalb dazu genutzt werden, die Gründe für die Divergenz zwischen Theorie und Praxis der Stadterneuerung sowie der mit ihr eng zusammenhängenden städtebaulichen Denkmalpflege darzustellen. Der

⁸⁶⁰ Vgl. Thesen zu Tendenzen der städtebaulichen Entwicklung von Stadtzentren, in: Bauforschung-Baupraxis, Heft 245, Berlin 1989, S. 124.

Stadtsoziologe und Sozialhistoriker *Frank Betker* hat treffend resümiert, dass die vorhandenen technischen, organisatorischen und ökonomischen Mittel nicht ausreichten, um der Leitidee vom sozialistischen Städtebau von der Theorie in die Praxis verhelfen zu können.⁸⁶¹

Bei der Suche nach den ursächlichen Gründen wird vorrangig von drei Haupttendenzen ausgegangen. Zum einen ist die nahezu ausschließliche Ausrichtung der Bauwirtschaft auf industrielle Bauweisen hervorzuheben, die bereits in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt wurde. Außerdem liefern die Entscheidungsstrukturen im Bauwesen anschauliche Erklärungen für die fehlende Umsetzung der theoretischen städtebaulichen und denkmalpflegerischen Grundlagen. Schließlich wird die Überzeugung vertreten, dass die Verantwortlichen entgegen allen kulturpolitischen Verlautbarungen eine latente Feindseligkeit gegenüber den Bauwerken vergangener Epochen bis zuletzt aufrecht erhielten. So muss angenommen werden, dass sich ein echter Erhaltungswille bei den Entscheidungsträgern im Bauwesen bis 1990 nicht durchsetzen konnte. Der Wandel im kulturellen Leitbild wurde zwar durch die offizielle Staatsmeinung nach außen transportiert, aber nicht nachhaltig genug in den Strukturen des Staats- und des Parteiapparates verankert. Sicherungsmaßnahmen leer stehender Gebäude wurden im Regelfall oder gar grundsätzlich unterlassen. Die Gesetze und Bestimmungen zur Denkmalpflege und zum Erhalt des vorhandenen Bestands wurden ohne Sanktionen – manchmal auch tatsächlich aus Unwissenheit – missachtet und umgangen. Die Bauzustandsanalysen sollten häufig den Abriss legitimieren und herbeiführen. Um dabei das Abrissverbot umgehen zu können, musste die Staatliche Bauaufsicht lediglich einen „Sicherheitsabbruch“ anordnen. Auf diese Weise konnten auch Denkmale ohne Genehmigung beseitigt werden. Altstadtgebiete wurden systematisch leergewohnt und alte Häuser vorsätzlich beschädigt. Sämtliche gesetzliche Bestimmungen konnten aufgrund der davon unabhängigen feststehenden und durch die Verfassung zugesicherten Verbindlichkeit von Anweisungen und Beschlüssen der SED unterlaufen werden.⁸⁶² Des Weiteren spricht die Intention, das

⁸⁶¹ Vgl. Betker (1998): S. 295.

⁸⁶² Vgl. hierzu Betker, Frank: *Einsicht in die Notwendigkeit. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945-1994)*, Stuttgart 2005, S. 99.

Denkmalpflegegesetz und das Abrissverbot zu annullieren, für eine denkmalfeindliche Grundhaltung.⁸⁶³

Die Wege, welche eine Entscheidung über die Ausführung einer städtebaulichen Maßnahme ging, tangierte die institutionalisierte Denkmalpflege zwar, aber in der Regel ohne weitere Folgen. Dem Ministerium für Kultur zugeordnet, agierte die Denkmalpflege an einer anderen Stelle in der staatlichen Struktur und war nicht fest in den Prozess der städtebaulichen Planung und Ausführung eingebunden.

Sämtliche Organe des Staatsapparates waren auf allen Ebenen dem jeweils entsprechenden Gremium des Parteiapparats der SED unterstellt und diesem weisungsabhängig. Ohne die SED wurden im Bauwesen keinerlei Entscheidungen gefällt.⁸⁶⁴ Allein nach dem Willen der Parteiverantwortlichen ergingen konkrete und höchstverbindliche Arbeitsaufträge in Verbindung mit potenziellen Sanktionen.⁸⁶⁵

Die für die Erstellung der Volkswirtschaftspläne zuständige Staatliche Plankommission war dem Bauministerium gegenüber weisungsbefugt und vertrat ihre Interessen fast ausschließlich vor einem an ökonomischen Grundsätzen orientierten Hintergrund. Das Bauministerium wiederum war gegenüber der Bauakademie weisungsbefugt, womit sich diese somit an letzter Stelle der Hierarchie der zentralstaatlichen Ebene befand.

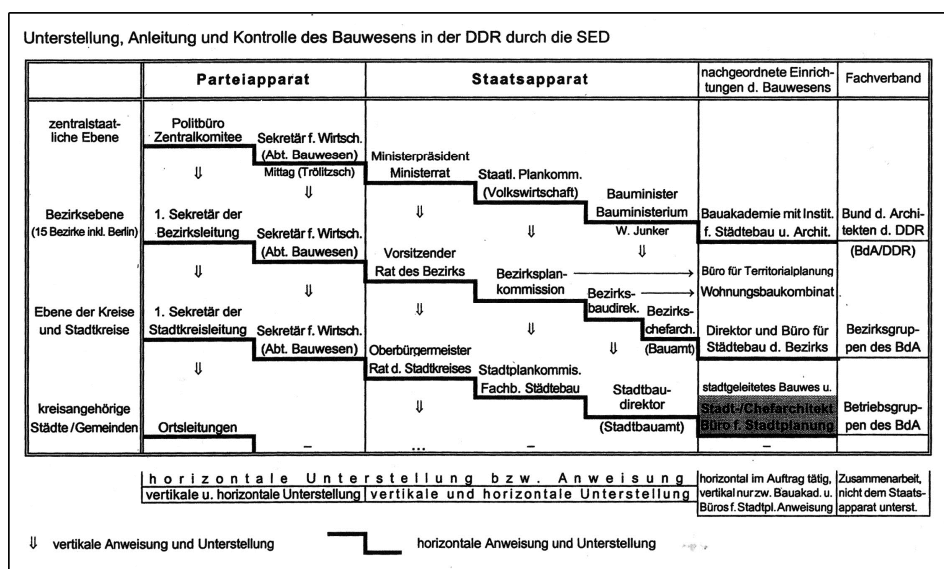


Abbildung 66. Unterstellung, Anleitung und Kontrolle des Bauwesens in der DDR durch die SED. (entnommen aus Betker (1998): S. 287.).

⁸⁶³ Selbstverständlich gab es gleichwohl nicht wenige Städte und Gemeinden, in denen sich das örtliche Bauwesen für den größtmöglichen Erhalt ihres Ortes einsetzte. Vor allem in kleineren Städten und Gemeinden konnten auch engagierte Bürger zur Mithilfe bewegt werden.

⁸⁶⁴ Vgl. Flierl (1991): S. 56.

⁸⁶⁵ Vgl. Betker (2005): S. 99.

Auf der Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene waren die Verantwortlichkeiten ähnlich geregelt. Die SED-Leitung an oberster Stelle konnte über jede städtebauliche Maßnahme auf ihrer Ebene entscheiden.⁸⁶⁶ Bekleidete der Erste Sekretär der jeweiligen SED-Leitung zusätzlich einen Posten in einem weiteren entscheidenden Gremium, etwa dem Politbüro der SED, konnte die Ebene seiner SED-Leitung besonderen Einfluss ausüben.⁸⁶⁷

Städtebauliche Planungs- und Entwurfstätigkeit sowie die Abstimmung mit den Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege fand in den Büros für Stadtplanung beziehungsweise Städtebau statt.⁸⁶⁸ Da sich diese jedoch als nachgeordnete Einrichtung des Bauministers, des Bezirksarchitekten beziehungsweise des Stadtbaudirektors an unterster Stelle der Hierarchiepyramide befanden, war es jeder übergeordneten Ebene ein Leichtes, die städtebaulichen Entwürfe, in deren Erstellung denkmalpflegerische Forderungen einbezogen worden waren, auf die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans zu „trimmen“. Städtebau wurde als *„nachgeordnete Dienstleistung des ‚komplexen Wohnungsbaus‘“*⁸⁶⁹ wahrgenommen.⁸⁷⁰ Die der jeweiligen Baudirektion übergeordnete Plankommission verfügte eigens über das Büro für Territorialplanung, das Entwürfe entsprechend den vorgelegten Volkswirtschaftsplänen anfertigte. Diese konkurrierten schließlich mit den Plänen der Büros für Städtebau/Stadtplanung. Sämtliche für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel wurden zentral durch die Staatliche Plankommission (hierarchisch absteigend und nach oben weisungsgebunden: Bezirks-, Kreis- und Stadtplankommission) zugeteilt. Ohne Rücksicht auf vorhandene oder zu erstellende Stadtentwicklungsplanungen erstellte die Plankommission die Volkswirtschaftspläne mit entsprechenden Kennziffern, welche die Anzahl neu zu bauender Wohnungen sowie ihren Standort festlegten.⁸⁷¹ Der jeweiligen Baudirektion (Bezirks-, Kreis- oder Stadt- beziehungsweise Gemeindebaudirektion) unterstanden zwar die

⁸⁶⁶ Vgl. Betker (1998): S. 283.

⁸⁶⁷ Vgl. Urban (2007): S. 226.

⁸⁶⁸ Vgl. Betker (1998): S. 283.

⁸⁶⁹ In: Hunger, Bernd: Stadtverfall und Stadtentwicklung – Stand und Vorschläge, in: Marcuse, Peter: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch, Berlin 1991, S. 36.

⁸⁷⁰ Vgl. hierzu Hunger (1991): S. 36.

⁸⁷¹ Vgl. Goralczyk, Peter: Städtebaulicher Denkmalschutz in den 40 Jahren der Existenz der DDR, in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 313.

Wohnungsbaukombinate⁸⁷², doch verfügten diese über die Macht, einen Entwurf schlichtweg abzulehnen. Sie waren letztlich für die Ausführung und Koordination sämtlicher städtebaulicher Arbeiten nach dem Volkswirtschaftsplan zuständig.⁸⁷³ Da diese Pläne gerade in den 1980er Jahren zunehmend unvereinbar mit der Realität waren⁸⁷⁴, schränkten die Wohnungsbaukombinate ihr Sortiment sowie die Möglichkeiten des flexiblen und variablen Bauens aus Effizienzgründen ein. Den Direktoren der Wohnungsbaukombinate war vordergründig an der Erfüllung der ihnen zugewiesenen Pläne gelegen.⁸⁷⁵ Die örtlichen Volksvertretungen, etwa die Räte der Städte, spielten bei der Entscheidung städtebaulicher Fragen keine tatsächliche Rolle und beschlossen lediglich formal die bereits getroffenen Übereinkünfte.⁸⁷⁶

An oberster Stelle der Hierarchie waren letztlich über fast 40 Jahre hinweg drei Personen für sämtliche bauliche Maßnahmen entscheidend: *Günter Mittag* unterstand mit kurzer Unterbrechung von 1962 bis 1989 die Sektion Wirtschaft und damit das Bauwesen im Zentralkomitee der SED. *Gerhard Tröltzsch* war von 1960 bis 1989 Leiter der Abteilung Bauwesen im ZK der SED, und *Wolfgang Junker* bekleidete zwischen 1963 und 1989 den Posten des Bauministers. Diese drei Funktionäre waren von der industriellen Bauweise als alleinigem Mittel zur Lösung des Wohnungsproblems überzeugt und in diesem Sinne fielen ihre Entscheidungen über Jahrzehnte hinweg aus.⁸⁷⁷ Zudem hatten sie Macht, Leitungsfunktion beziehungsweise Einfluss auf und in sämtlichen am Bauprozess beteiligten Organen und Gremien.⁸⁷⁸ *Günter Mittag* als engster Vertrauter *Erich Honeckers* beschloss die Material- und Ressourcenverteilung sämtlicher Mittel.⁸⁷⁹

Da die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms zum großen Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR erklärt worden war, strebte jeder Erste Sekretär der SED-(Orts-, Kreis- oder Bezirks-)Leitung die Erfüllung der seiner Ebene vorgegebenen Volkswirtschaftspläne an. Auch innerhalb des Parteiapparates existierte eine

⁸⁷² Die WBK waren für Projektion und Errichtung der Plattenbauten in einem ihnen zugewiesenen Gebiet zuständig. Vgl. Grafik „Unterstellung, Anleitung und Kontrolle des Bauwesens in der DDR durch die SED“, in: Betker (1998): S. 287.

⁸⁷³ Krüger, Walter: Wovon spricht die Architektur der DDR, in: Bauwelt 19/1990, S. 938.

⁸⁷⁴ Vgl. Palutzki (2000): S. 331.

⁸⁷⁵ Vgl. Betker, Frank: Handlungsspielraum von Stadtplanern und Architekten in der DDR, in: Barth, Holger (Hrsg.): Planen für das Kollektiv. Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Architekten und Stadtplanern in der DDR. Dokumentation des 4. Werkstattgesprächs vom 15.-16. Oktober 1998, Erkner 1999, S. 21 und Sauberzweig, Dieter: Die Entwicklung der Städte in der DDR – Zustand, Probleme, Erfordernisse, Konstanz 1991, S. 18.

⁸⁷⁶ Vgl. Betker (1998): S. 286.

⁸⁷⁷ Vgl. Betker (2005): S. 115.

⁸⁷⁸ Vgl. Flierl (1991): S. 56.

⁸⁷⁹ Vgl. Urban (2007): S. 228.

Hierarchie, in der die jeweils nachgeordneten Stellen an Entscheidungen der übergeordneten Ebene weisungsgebunden waren. Die Nichterfüllung des Plans hätte deshalb zu unmittelbaren Auseinandersetzungen mit der nächsthöheren Ebene führen können. Darüber hinaus hatte die SED grundsätzlich auch im Staatsapparat die wichtigsten Positionen besetzt, so dass von vornherein mit der parteilinientreuen Umsetzung sämtlicher Vorgaben gerechnet werden konnte. So war beispielsweise der Bezirks- oder Stadtbaudirektor zumeist SED-Mitglied.⁸⁸⁰

Zudem gelangten städtebaulich-denkmalflegerische Forderungen und Anregungen nur an unterster Stelle als empfehlendes Resultat der Zusammenarbeit zwischen dem Büro für Städtebau und dem Institut für Denkmalpflege in den hierarchisch aufgebauten Entscheidungsprozess. Selbst wenn die Aufnahme denkmalflegerischer Vorgaben dank guter Zusammenarbeit von Institut für Denkmalpflege und Büro für Städtebau in den Generalbebauungsplan erfolgte, war dies keine Garantie für ihre tatsächliche Berücksichtigung. Nicht die Ausführungen des Generalbebauungsplans waren entscheidend, sondern allein die Aufnahme der Bauaufgabe in den Volkswirtschaftsplan. Darüber hinaus hatten auch nur diejenigen Bestandteile des Generalbebauungsplans Geltungsanspruch, welche die ökonomischen Ziele der SED (meist quantitativ orientierter Wohnungsbau) unterstützten.⁸⁸¹ Es kann daher nicht verwundern, dass sie nur in seltenen Fällen Berücksichtigung fanden. Durch das Wohnungsbauprogramm verkam das gesamte Bauwesen zur reinen Bauwirtschaft.⁸⁸² Sonderlösungen, die den Plan nicht strikt erfüllten, kamen nur auf persönliches Engagement hin zustande. Fanden der Stadtarchitekt, der häufig kein Mitglied der SED war, und der Stadtbaudirektor einen kooperativen Umgangston, war die erste Hürde für mehr Qualität im Städtebau genommen. Der Baudirektor war in der Position, das Wohnungsbaukombinat – allerdings nur auf informellem Wege – von Sonderlösungen zu überzeugen. Wenn die zuständige SED-Leitung Interesse an über die Planvorgaben hinausgehenden qualitativ hochwertigeren städtebaulichen Maßnahmen hatte und über hinreichend Einfluss bei der Berliner Parteizentrale verfügte, konnte eine individuelle Variante durchgesetzt werden.⁸⁸³ Auch wenn diese Sonderlösungen häufig nur Details, wie eine veränderte Dachzone, ein nun geknickt verlaufender Straßenzug, die Reduktion der Geschosszahl um eine Etage oder ein

⁸⁸⁰ In: Betker (1999): S. 21.

⁸⁸¹ Vgl. Betker (2005): S. 120 und 134.

⁸⁸² Betker (2005): S. 115.

⁸⁸³ Vgl. Betker (1998): S. 288.

stehendes anstelle eines liegenden Fensterformats beinhalteten, zeigen sie doch das Engagement einzelner Verantwortlicher und Interessierter. Die Initiativen hierfür gingen allgemein vor allem von den Büros für Städtebau aus.⁸⁸⁴ In größeren Städten – allen voran Berlin – konnten individuell und angepasste Projektierungen häufiger durchgesetzt werden.⁸⁸⁵

Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes fanden einige Verantwortliche in der Fachzeitschrift „*Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin*“ klare Worte. So wurde das Wohnungsbauprogramm aufgrund diverser Fehlentwicklungen (u.a. stärker ansteigender Abgang als Zuwachs bei Wohnungen und ungenügend durchdachte Standortwahl bei Bauvorhaben) zum Scheitern verurteilt. Der Bedarf an Wohnungen hätte bis 1990 nicht gedeckt werden können und steige darüber hinaus kontinuierlich an.⁸⁸⁶ Der Verfall der Städte wurde auf die Vernachlässigung der Reproduktionsmöglichkeiten des Bauwesens zurückgeführt. Die Stadterneuerung im Rahmen eines geregelten Reproduktionszyklus zu betreiben, schätzten die Autoren im Nachhinein bereits seit dem Beginn der 1980er Jahre als unmöglich ein.⁸⁸⁷

Bereits begonnene städtebauliche Projekte wurden teilweise noch bis ins Jahr 1990 fortgeführt, auch wenn im Jahr 1989 in keiner Stadt bestätigte Pläne für den Städtebau ab 1990 existierten.⁸⁸⁸ Vielerorts begannen indessen bald nach den politischen Ereignissen des Herbstes 1989 Bürgerinitiativen, die sich den Erhalt der Altstädte auf die Fahnen geschrieben hatten, mit der Sicherung gefährdeter Gebäude.

⁸⁸⁴ Vgl. Betker (1998): S. 289.

⁸⁸⁵ Vgl. z.B. auch die Gestaltung der Quartiere *Brunos Warte* und *Domplatz* in Halle (Saale), Kapitel Halle, S. 94.

⁸⁸⁶ Vgl. Grönwald, Bernd, in: *Bauforschung Baupraxis* 274/1990, S. 8.

⁸⁸⁷ In: *Bauforschung Baupraxis* 274/1990, S. 58. Dabei wurde noch im Jahr 1988 die Ansicht vertreten, die größte Gefahr für die Baudenkmale ging von den Kriegszerstörungen aus. Vgl. Felz, Achim: *Denkmale, von uns bewahrt*, Berlin 1988, S. 216. Doch auch aus dem Jahr 2000 stammen Berechnungen, welche die rein rechnerische Erfüllung des WBP einmal abgekürzt und dann wieder nicht nachweisen wollen. Auch wenn im Verlauf der Diskussion zugegeben wird, dass die dringliche soziale Zielstellung, genügend Wohnraum zu schaffen, nicht erreicht werden konnte, erscheint die Argumentation mehr bemüht und voreingenommen als nachvollziehbar. Was nützt die rein rechnerische Erfüllung (die obendrein aufgrund der bekanntermaßen häufig beschönigten Planzahlen in Frage zu stellen ist) des Wohnungsbauprogramms, wenn trotzdem durch wachsenden Verfall immer mehr Wohnraum nicht zur Verfügung stand? Vgl. Tesch, Joachim: *Wurde das DDR-Wohnungsbauprogramm 1971/76 - 1990 erfüllt?*, in: *Utopie kreativ, Sonderheft 2000*, S. 51ff.

⁸⁸⁸ Vgl. Flierl, Bruno: *Stadtgestaltung in der ehemaligen DDR als Staatspolitik*, in: Marcuse, Peter: *Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch*, Berlin 1991, S. 55.

Das Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie offenbarte im Juli 1990 den wahren Zustand der Städte in der DDR. Außerdem wurden in diesem Zusammenhang in einer vom Bundesbauministerium in Auftrag gegebenen Studie klar und eindeutig Gründe und Verantwortlichkeiten für die Entwicklung benannt: Ungefähr die Hälfte aller Mehrfamilienhäuser mit einem Erbauungsdatum vor 1945 waren schwer beschädigt oder unbrauchbar (BZS III und IV).⁸⁸⁹ In einem Drittel der Klein- und Mittelstädte war über die Hälfte der Gebäude in einem derartig schlechten Zustand. Noch deutlich schlechter stand es um das sanitär- und heizungstechnische Ausstattungsniveau der Wohnungen in den Stadtzentren.⁸⁹⁰ Nicht viel besser sah es außerdem mit dem Zustand der Versorgungseinrichtungen oder Straßen aus.⁸⁹¹ Insgesamt hatte sich ein Gefälle zwischen dem Norden und dem Süden der DDR und zwischen den Bezirksstädten und den kleineren Städten herausgebildet. Generell waren die nördlichen und die größeren Städte aufgrund einer einseitigen Mittelvergabepolitik besser ausgestattet als die kleineren und die im Südraum der DDR gelegenen Städte. So wurde der Zustand der Städte im heutigen Sachsen und im Raum Halle als besonders schlecht eingeschätzt.⁸⁹²

Die Analyse des Bauzustands von elf der 22 Stadtkerne der Zentralen Denkmalliste ergab, dass ein knappes Viertel (23%) aller dortigen Gebäude akut bestandsgefährdet war. In sehr denkmalreichen Städten wie Bautzen, Meißen, Zittau, Altenburg, Schmalkalden, Görlitz und Stralsund war der Bestand der Einzeldenkmale besonders gefährdet und zu einem hohen Anteil abrisssreif.⁸⁹³

Im Sinne konstruktiver Strategien zur Bewältigung der Krise setzte sich das Autorenkollektiv der Bauakademie sehr selbstkritisch mit den Prioritäten und Tendenzen des Städtebaus in den letzten 20 Jahren auseinander. Es wurde anerkannt, dass *„das zu lang andauernde und überzogene“*⁸⁹⁴ Bauen von Neubauwohnungen am Stadtrand zum einen zur Deformation der Stadtstruktur sowie zum Bedeutungsverlust des Stadtzentrums geführt habe. Der 1990

⁸⁸⁹ In: Institut für Städtebau und Architektur/Autorenkollektiv: Stadtentwicklung in der DDR. Zustand, Probleme und Erfordernisse, Berlin 1990, S. 2.

⁸⁹⁰ Ebenda, S. 13.

⁸⁹¹ Ebenda, S. 2.

⁸⁹² In: Institut für Städtebau und Architektur/Autorenkollektiv: Stadtentwicklung in der DDR. Zustand, Probleme und Erfordernisse, Berlin 1990, S. 3.

⁸⁹³ Ebenda, S. 13.

⁸⁹⁴ Ebenda, S. I.

gegenwärtige Bauzustand der historischen Stadtzentren verhalte sich diametral zu ihrem kulturellen Wert.⁸⁹⁵

Die einseitig ausgerichtete Baupolitik hätte die in den 1980er Jahren allgegenwärtig als Schlagwort anzutreffende „komplexe Rekonstruktion“ der Städte verhindert. Der Umfang der bereitgestellten Kapazitäten für jegliche Maßnahmen der Gebäudeerhaltung sei nicht ausreichend gewesen, um den Verfall der Substanz aufzuhalten. Als entscheidende Ursache für das Nichterreichen der Ziele des Wohnungsbauprogramms wurde der Umstand genannt, dass der Neubau zu keinem Zeitpunkt ausgereicht habe, um den aus Nichterhaltung resultierenden Verfall des Vorhandenen zu kompensieren.⁸⁹⁶ Das Umschwenken auf die Bautätigkeit in die Städte hinein habe in den 1980er Jahren nicht grundlegend erreicht werden können. Auch, dass die Generalbebauungskonzepte vordergründig auf die möglichst ökonomische Einordnung von Neubauten ausgelegt waren, habe gelähmt.⁸⁹⁷

Als generelle Empfehlung sprachen die Autoren die Konzentration auf eine ausgewogene Entwicklung der Stadt als Ganzes aus. Die Altstadtkerne und Stadtzentren bedürften einer besonders intensiven Beachtung, damit ihre Revitalisierung gelänge.⁸⁹⁸

Die Korrektur der Fehlentwicklung des Bauwesens der DDR in den Jahren zwischen 1971 und 1989 konnte nur mit größten Anstrengungen sowie starker finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden. Dazu wurden noch im Jahr 1989 Förderprogramme entwickelt. Zwischen dem Bundesbauministerium und dem Bauministerium der DDR wurde die Vereinbarung über ein allgemeines Stadterneuerungs- und ein Modellstadtprogramm (Laufzeit 1990-1994), für das aus jedem neuen Bundesland eine Stadt ausgewählt wurde, getroffen. Im Rahmen des Sofortprogramms Stadterneuerung wurden bis Juni 1990 800 Millionen DDR-Mark ausgegeben.⁸⁹⁹ Ab Anfang 1991 wurde ein umfassendes Programm für die Realisierung des städtebaulichen Denkmalschutzes aufgesetzt, in dessen Rahmen 120

⁸⁹⁵ Ebenda, S. II.

⁸⁹⁶ Ebenda, S. 2.

⁸⁹⁷ Ebenda, S. 10.

⁸⁹⁸ In: Institut für Städtebau und Architektur/Autorenkollektiv: Stadtentwicklung in der DDR. Zustand, Probleme und Erfordernisse, Berlin 1990, S. If.

⁸⁹⁹ Vgl. Krautzberger, Michael: Städtebauliche Erneuerung – zum Beginn einer neuen Politik für die Städte 1990, in: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Denkmal: Alte Stadt – Neues Leben. Stadterneuerung und Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Bundesländern, Berlin 2007, S. 22 sowie Bräuer, Michael: Sonderförderprogramm des Bundes und der Länder Städtebaulicher Denkmalschutz. Entwicklungen – Erfahrungen – Tendenzen. Vortrag im Rahmen des Ergänzungsstudium Denkmalpflege und Bestandsentwicklung, erhältlich unter <http://www.staedtebaulicher-denkmalschutz.de>, S. 3.

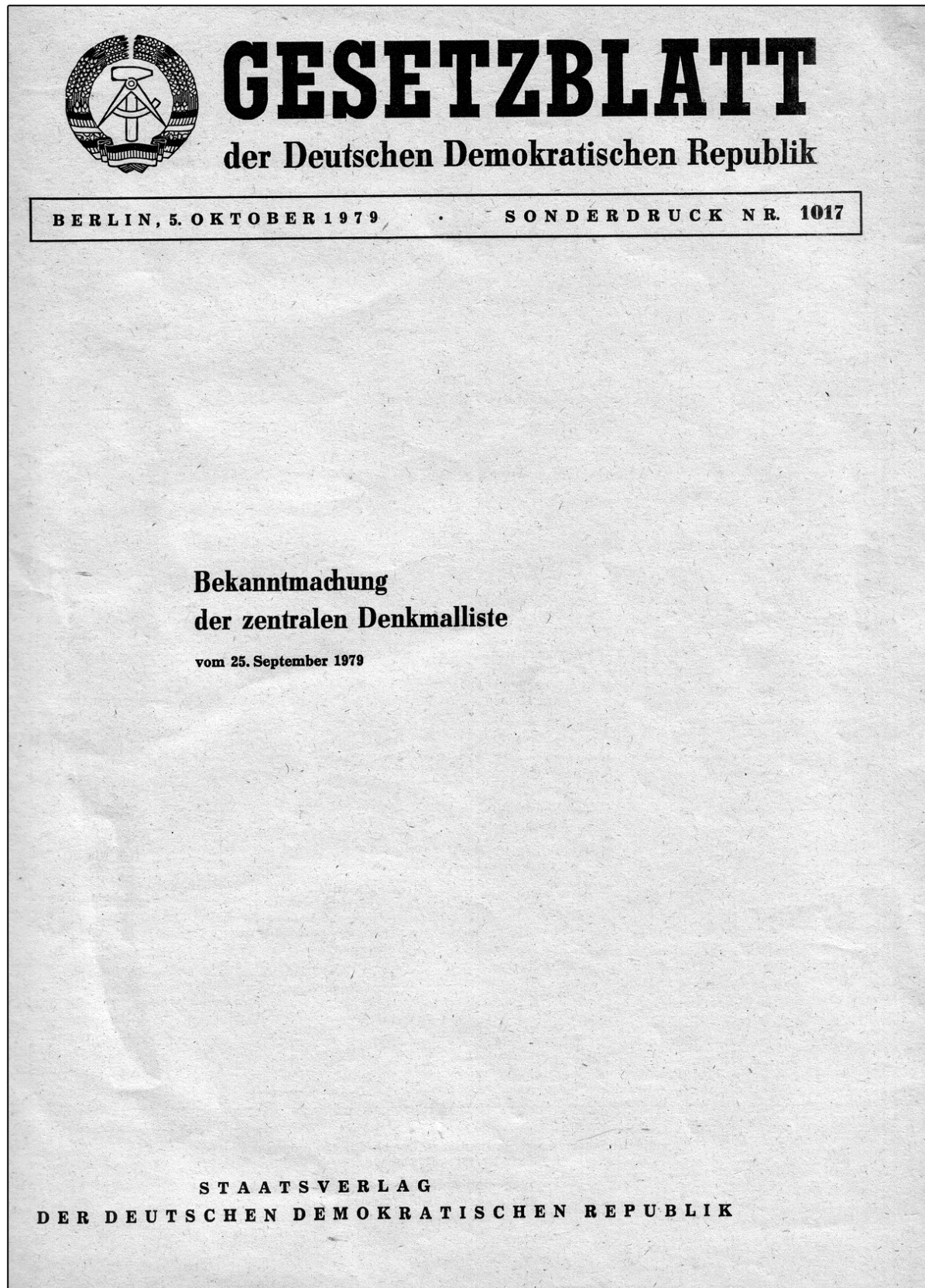
Städte gefördert wurden. Pro Jahr flossen anfänglich 500 Millionen DM in diese Fördermaßnahme. In fast allen Städten der ehemaligen DDR war die Bereitschaft, die Stadt zu erhalten, vor Ort sehr groß. Dabei stellte sich die Klärung der Eigentumsverhältnisse bei der Stadterneuerung als größtes Hindernis heraus.⁹⁰⁰ Obwohl im Jahr 2007 der Erneuerungsprozesses auf dem ehemaligen Gebiet der DDR erst zu 60% abgeschlossen war⁹⁰¹, ist die bereits vollbrachte Stadterneuerung als einer der größten gesamtdeutschen Erfolge seit 1990 zu werten.⁹⁰² Dieser Erfolg ist vor allem deshalb so außerordentlich, weil er auf ein Ergebnis verweisen kann, an dessen Realisierung in der DDR zuletzt niemand mehr glaubte.

⁹⁰⁰ Vgl. Kiesow, Gottfried: Fünfzehn Jahre Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Ländern – ein Erfolgsgeschichte, in: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Denk!mal: Alte Stadt – Neues Leben. Stadterneuerung und Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Bundesländern, Berlin 2007, S. 25.

⁹⁰¹ Vgl. Kiesow (2007): S. 26.

⁹⁰² Vgl. Krautzberger (2007): S. 23.

7. Anhang



IV. Denkmale des Städtebaus und der Architektur

1. Berlin – Hauptstadt der DDR

Straße Unter den Linden mit Marx-Engels-Brücke, Museum für Deutsche Geschichte, Palais Unter den Linden, Operncafé und den Denkmälern: Scharnhorst, Blücher, Gneisenau und York, ehem. Neue Wache, Gorki-Theater, Staatsoper, Altes Palais, Humboldt-Universität mit den Denkmälern: Alexander und Wilhelm von Humboldt, Mitscherlich, Helmholtz, Mommsen, Staatsbibliothek, Brandenburger Tor, Bebelplatz mit Hedwigskathedrale, Alte Bibliothek,

Werdersche Kirche, Platz der Akademie mit ehem. Schauspielhaus, Deutscher und Französischer Dom einschl. Kirchen. Marx-Engels-Platz mit Staatsratsgebäude, Marstall, Dom, Lustgarten mit Granitschale, Museumsinsel mit Altem und Neuem Museum, Nationalgalerie mit Denkmal Friedrich Wilhelm IV., Pergamonmuseum, Bodemuseum. Platz vor dem Roten Rathaus mit Rotem Rathaus, Marienkirche, Neptunbrunnen, Nikolaikirche, Hochhaus Weberwiese.

2. Stadtkerne

1. Bautzen

Altstadtbereich zwischen Spree – Lauengraben – Platz der Roten Armee – Wendischer Graben – Vor dem Schülertor Gerberstraße mit Stadtbefestigung und -türmen, Petridom, Ortenburg, Rathaus, Michaeliskirche, Alte Wasserkunst, Lauenstraße 2, 4, 6, 8, 10, Reichenstraße 4, 5, 12, Hauptmarkt 6, 7, 8, An der Petri-kirche, Spreeansicht der Altstadt von der neuen Wasserkunst bis zum Platz des Friedens.

5. Güstrow

Neißstraße 29, 30, Peterstraße 8, 14, Untermarkt 2 bis 8 (Rathaus) und 25, Nikolaikirche mit Nikolaifriedhof und Heiliges Grab.

Altstadtbereich, umgrenzt durch die Straßen Am Wall, Hageböcker Mauer, Schnoienstraße, Am Berg, Kleine und Große Glewiner Mauer, südliche Bebauung des Franz-Parr-Platzes und die Grundstücke südlich der Philipp-Brandin-Straße mit Schloß, Dom, Rathaus und Stadtpfarrkirche.

2. Erfurt

Altstadt innerhalb des ehem. inneren Mauerringes: Juri-Gagarin-Ring, Huttenstraße, Große Ackerhofgasse, Petersberg, Brühler Garten, Lutherstraße mit Festung Petersberg und Ruine der ehem. Stadthalterei, Krämerbrücke, Angermuseum, Haus „Zur hohen Lilie“, Haus „Zum Roten Ochsen“, Haus „Zum breiten Herd“, Haus „Zum Stockfisch“.

6. Ludwigslust

Altstadtbereich, umgrenzt durch Schloßfreiheit, Kanalstraße, Schweriner Straße, Käthe-Kollwitz-Straße, Mauerstraße, Friedhof, Schlachthofweg, Am Bassin (Westseite) und Schloßplatz, einschl. Schloßpark, Schloß und Stadtkirche.

7. Meißen

Altstadtbereich zwischen Maisatalstraße, Am Lommatzcher Tor, Nossener-, Jüdenbergstraße, Görnische Straße und Straße der Befreiung, Elbe mit Resten der Stadtbefestigung, Burgberg mit Dom und Albrechtsburg, Afrikirche, Frauenkirche, Stadtmuseum, Rathaus, Stadtpotheke, sog. Brauhaus, Markt 9 und Kloster Heilig-Kreuz, Elbansicht zwischen Kloster Heilig-Kreuz und Siebeneichen.

3. Freiberg

Altstadtbereich innerhalb von Hornstraße, Platz der Oktoberopfer, Schillerstraße, Karl-Liebknecht-Platz, Beethovenstraße, Leipziger Straße, Ernst-Thälmann-Ring und Donatsfriedhof mit Dom, Stadt- und Bergbaumuseum, Nikolai- und Petrikirche, Rathaus, Kornhaus, Schloß Freudenstein, Stadtbefestigung und Bürgerhäusern: Obermarkt 16, 17, Kirchgasse 11, Korngasse 1, Karl-Marx-Straße 27.

8. Mühlhausen

Altstadtbereich innerhalb und einschl. der Stadtmauer mit Divi-Blasii-Kirche, Marienkirche, Kornmarktkirche und Rathaus.

4. Görlitz

Altstadtbereich zwischen Elisabethstraße, Jacob-Böhme-Straße, Bergstraße, Neiße (Staatsgrenze), Nikolaigraben, Hugo-Keller-Straße, Grüner Graben, Demianiplatz und die Einzelobjekte: Stadtbefestigung mit Kaisertrutz, Reichenbacher Turm, Nikolaiturm, Dickenturm, Stadtmauer von Nikolaiturm bis Bergstraße, Peterskirche mit Ausstattung, Rent- und Waidhaus, Brüderstraße 8 (Schönhof), Brüderstraße 11, Dreifaltigkeitskirche mit Ausstattung,

9. Naumburg/Saale

Altstadt mit ehem. Befestigungsring einschl. Domfreiheit, Moritz- und Othmarvorstadt mit Dom, Wenzelskirche, Rathaus, Marienort.

10. Neuruppin

Klassizistische Stadtanlage innerhalb der Zollmauer und der mittelalterlichen Stadtmauer mit Karl-Marx-, Friedrich-Engels-, August-Bebel-, Schiffer- und Rudolf-Breit-scheid-, Wilhelm-Pieck-, Wichmann-, Friedrich-Ebert-, Schinkel-, Virchow-, Rosen- und Steinstraße,

	Am Gericht, Kommissionsstraße und Ernst-Thälmann-, OdF-, Karl-Kutzbach- und Kirchplatz. Mittelalterliches Viertel zwischen Erich-Mühsam-, Berg- und Leineweberstraße, Klosterkirche, Siechenhauskapelle, Uphus, ehem. Fontane-Schule, Pfarrkirche, mittelalterliche Wallanlagen zwischen Tempelgarten und Rheinsberger Tor, Tempelgarten mit Knobelsdorff-Tempel und Gartenplastiken.	16. Stolberg/Harz Krs. Sangerhausen	Gesamter Stadtbereich der Fachwerkstadt einschl. Schloß.
11. Osterwieck Krs. Halberstadt	Altstadt innerhalb des ehem. Befestigungsringes – Vogteiplatz – Wall-, Mauer-, Garten- und Schulzenstraße.	17. Stralsund	Altstadtbereich, umgrenzt durch Knieper- und Fährwall – Am Fischmarkt – Am Langwall – Klosterstraße – Frankenwall (einschl. der an den Wällen gelegenen alten Bastionen) mit Rathaus, Nikolaikirche, Marienkirche und Jacobikirche, Katharinenkloster, Johanniskloster, Heilig-Geist-Spital, Markt 5, 14, Mühlenstraße 1, Badenstraße 17, 40, 42, 45, Knieper- und Kütertor.
12. Potsdam	Zweite Stadterweiterung mit Holländischem Viertel, umgrenzt durch Hegelallee – Straße der Jugend – Heibelstraße – Gutenbergstraße – Am Bassin – nördliche Wilhelm-Pieck-Straße – Schopenhauerstraße mit Jäger-, Brandenburger und Nauener Tor, ehem. Großer Stadtschule, ehem. Kommandantenhaus. Alter Markt mit Kulturhaus „Hans Marchwitza“, (ehem. Rathaus) und sog. Knobelsdorffhaus, Nikolaikirche und Obelisk, Neuer Markt mit ehem. Kutschstall und Ratswaage, Schloßstraße mit ehem. Marstall und Bauhofstraße. Südliche Wilhelm-Pieck-Straße mit angrenzenden Nebenstraßen: Otto-Nuschke-Straße, Wilhelm-Staab- und Dortustraße mit ehem. Alter Wache, ehem. Großen Militärwaisenhaus und Max-Dortu-Oberschule, Kietz-Viertel und Wilhelm-Külz-Straße mit Hiller-Brandtschen-Häusern, Predigerwitwenhaus, Kopfbau des ehem. Langen Stalls und Wasserwerk Sanssouci an der Leninallee.	18. Tangermünde Krs. Stendal	Altstadt innerhalb des Befestigungszuges und ehem. Burg mit Rathaus, Stephanskirche und Stendaler Tor.
13. Quedlinburg	Alt- und Neustadt innerhalb des ehem. Befestigungszuges einschl. Schloßviertel und Münzenberg mit Stiftskirche und Schloß, Wipertikirche.	19. Torgau	Altstadtbereich innerhalb der Straßenzüge Fischerdörfchen – Elbstraße – Elbe – Denkmal an der Elbbrücke – Gartenstraße – Unter den Linden – Rosa-Luxemburg-Platz – Fritz-Reuter-Straße – Große Webergasse – Rudolf-Breitscheid-Straße, Ernst-Thälmann-Platz mit Schloß Hartenfels, Marienkirche, Alltagskirche, Rathaus, Nikolai-kirche.
14. Salzwedel	Alt- und Neustadt innerhalb des ehem. Befestigungszuges mit Marienkirche.	20. Wasungen Krs. Meiningen	Altstadtbereich innerhalb Mühlgraben, westlichem Stadtmauer-verlauf, Schloßbergstraße – Obertor mit Rathaus und ehem. Damenstift.
15. Schmalkalden	Altstadtbereich innerhalb und einschl. des Stadtmauerringes mit Schloß Wilhelmsburg und Georgenkirche.	21. Weimar	Altstadt innerhalb Goetheplatz – Wielandstraße – Theaterplatz – Schillerstraße – Frauenplan – Ackerwand – Burgplatz – Park an der Ilm – Graben mit Deutschem Nationaltheater, Goethe-Schiller-Denkmal, Cranachhäuser, Neptunbrunnen, Zentralbibliothek, mittleres Schloß, Musikhochschule, Karl-August-Denkmal, Stadtschloß und Bastille, Herderplatz mit Herderkirche und Herderdenkmal, Landesmuseum, Belvedere-Allee mit Schloß Belvedere und Hochschule für Architektur und Bauwesen, Hauptbau und Van-de-Velde-Bau.
3. Begrenzte Bereiche und Ensembles		22. Wernigerode	Altstadt zwischen Bahnhof – Westerntor – Ziellierbach – ehem. Tiergarten und ehem. Lustgarten mit Rathaus, Theobaldikirche und Schloß Wernigerode.
1. Altenburg	Bereich Schloßberg mit Schloß und Schloßbrücke, Schloßgarten, Theaterplatz, unterer Teil der Moskauer Straße und Brühl mit ehem. Amtshaus, Seckendorffschem Haus, Bartholomäuskirche, Markt mit Rathaus und „Rote Spitzen“.		mit Rathaus, Rolandsfigur und Gotthardtkirche, sog. Ordonnanzhaus Schusterstr. 6.
2. Aschersleben	Stadtbefestigung	5. Dresden	Zwinger, Theaterplatz mit Oper, Kathedrale, Sempergalerie, Italienisches Dörfchen mit Bastelschloßchen, Schinkelwache, Reiterstandbild König Johann, Schloß mit Stallhof, Johanneum, Taschenbergpalais, Brühlsche Terrasse mit ehem. Landtag, Sekundogenitur, Akademie, ehem. Hofgärtnerei, Brühlscher Garten 4, Kasematten,
3. Bernau	Historische Teile der Stadtanlage mit Mauerring und Marienkirche.		
4. Brandenburg/ Havel	Dombezirk und spätgotisches Architekturensemble der Altstadt		

	Albertinum, Kurländer Palais, Coselpalais, Ruine der Frauenkirche, Landhaus, Gewandhaus, Rathaus, Kreuzkirche, Japanisches Palais, Friedrich-Engels-Straße, Blockhaus und Dimitroffbrücke, Museum für Volkskunst (ehem. Jägerhof), Reiterstandbild August des Starken; Westseite Straße der Befreiung, Dreikönigskirche; Großer Garten mit Palais; ehem. Schloß Albrechtsberg (Pionierpalast), ehem. Villa Stockhausen (Dresdner Klub), Schloß Eckberg und zu den Schössern gehörende Parkanlagen mit Kleinarchitektur und Lingnermausoleum. Elbansicht der Alt- und Neustadt von Marienbrücke bis zur Brücke der Einheit, Sichtbeziehungen im Elbraum von der Brühlschen Terrasse.		
6. Dresden-Hellerau	Ensemble, Gartenstadt mit Reihenhausbebauung und Festspielhaus.	18. Luckau	Thomaskirche, Nikolaikirche, Schillerstraße, Neues Rathaus und Lenné-Anlagen. Hauptbahnhof, Bayrischer Bahnhof und Eisenbahnobelisk.
7. Dresden-Pillnitz	Kulturlandschaft, Pillnitz mit Schössern, Park, Maillebahn bis zur Kirche am Wasser, Bergkirche, Landschaftspark Friedrichsgrund mit Ruine und Weinberghänge, Fischerhaus.	19. Magdeburg	Markt, Georgenkapelle, Liebknecht-Denkmal, Stadtkirche und Stadtbefestigung.
8. Eisenach	Marktplatz, Lutherplatz mit Schloß, Georgenkirche und Rathaus.	20. Merseburg/Saale	Dom, Domplatz einschl. Bebauung der Nord- und Ostseite, Kloster „Unser Lieben Frauen“, Rathaus mit Reiter, Alter Markt, historischer östlicher Stadtmauerzug von Bürgerstraße bis Walloner Berg, Johanneskirche, Magdalenenkapelle, Walloner Kirche, Petrikerkirche.
9. Frankfurt/Oder	Marktbereich mit Rathaus und ehem. Marienkirche. Konzerthalle (ehem. Franziskanerklosterkirche), Collegienhaus und Friedenskirche.	21. Moritzburg Krs. Dresden	Denkmalensemble (obere Burgstraße mit Wasserkunst) Domberg-Ensemble mit Dom, Schloß und Schloßgarten mit Pavillon, Neumarktkirche.
10. Gotha	Hauptmarkt mit Rathaus, Schloß, Friedenstempel und Park, Orangerie und Schloß Friedrichsthal.	22. Neubrandenburg	Kulturlandschaft Moritzburg mit Schloß, Teichanlage, Jagdforst, Heilhaus, Fasanerie, Gestüt, Dardanellen.
11. Greifswald	Markt (Platz der Freundschaft) mit Rathaus und Marienkirche; Nikolaikirche; Altes Universitätsgebäude, Jacobikirche; ehem. Franziskanerkloster und Stadtmauer mit Türmen und Wiekhäusern.	23. Pirna	Befestigungsanlage, Marienkirche und ehem. Johanneskloster.
12. Halberstadt	Domplatz einschl. Randbebauung mit Dom, ehem. Liebfrauenkloster und ehem. bishöfl. Residenz, dazu Martinikirche.	24. Rostock	Markt mit Marienkirche, Kirchplatz, Niedere und Obere Burgstraße, Schloß- und Lange Straße mit ehem. Dominikanerkirche sowie -kloster, Festung Sonnenstein.
13. Halle/Saale	Markt mit Marktkirche und Rotem Turm; Saalefront mit Moritzkirche, ehem. Residenz, Dom und Moritzburg.	25. Saalfeld/Saale	Thälmannplatz mit Rathaus und Standesamt (Hinter dem Rathaus 8), Marienkirche, Kröpeliner Straße mit Haus Nr. 82, Universitätsplatz mit Universitätsgebäude, ehem. Hl.-Kreuz-Kloster, Neuer Wache, Palais mit Saalbau und Blücherdenkmal, Stadtbefestigung mit Mauer und Wallanlagen, Kröpeliner-, Stein- und Kuctor, Lange Straße.
14. Havelberg	Dombereich mit Dom zwischen Flethe-Lindenstraße-Krugtorstraße-Weinbergstraße-Bischofsberg sowie Krugtorweg.	26. Schneeberg Krs. Aue	Marktplatz mit Rathaus, Kirchplatz, westlicher Teil Saalstraße mit romanischem Haus am Markt, Apotheke, Johanniskirche sowie Burgruine Hoher Schwarm, Schloßchen Kitzlerstein, Stadtmauer mit Toren, Schloß und Kirche im Orts-Teil Graba.
15. Heiligenstadt Heilbad	Karl-Marx-Straße, Kollegien-gasse mit Marienkirche, Martinskirche und Agidienkirche.	27. Schwerin	Thälmannplatz, Ernst-Schneller-Platz mit Wolfgangskirche und Bortenreutherhaus.
16. Jüterbog	Rathaus und Nikolaikirche sowie Stadtbefestigung.	28. Sondershausen	Schloß mit Schloßpark und Burgarten, Alter Garten mit Staatl. Museum und ehem. Kollegiengebäude, Markt mit Rathaus, Neuem Gebäude und Dom, Umbauung des Pfaffenteiches mit Paulskirche, Schelfmarkt mit Neustadt. Rathaus und Schelfkirche.
17. Leipzig	Altstadtbereich: Markt mit Altem Rathaus, Barthels Hof, Königshaus, Naschmarkt mit Alter Börse, Hainstraße und Katharinenstraße 11, 19, 21, 23, Barfußgäßchen, Kleine Fleischergasse, Kloster-gasse mit	29. Stendal	Schloß mit Park und Achteckbau.
		30. Wechselburg Krs. Rochlitz	Marktplatz mit Rathaus, Roland und Marienkirche, Dom St. Nikolai, Petrikerkirche, Jacobikirche, Tangermünder und Unglinger Tor.
			Stiftskirche mit Schloß, Park und St. Ottokirche.

- | | | | |
|--|---|---|--|
| 31. Wismar | Denkmalbereich Georgenkirche, Fürstenhof, Marienkirchturm, Archidiakonat, Markt mit Rathaus, „Altem Schweden“ und Wasserkunst, Lübsche Straße und Krämerstraße, Grube mit Nikolai-kirche und Schabbelthaus. | 33. Zittau | Platz der Jugend mit Rathaus, Rathausplatz, Johanniskirche, Klosterplatz mit Klosterkirche und Stadtmuseum, Bautzner Straße, August-Bebel-Platz mit Salzhaus, Ringbebauung mit Bauschule, Kreuzkirche, Frauenkirche. |
| 32. Wittenberg
Lutherstadt | Markt mit Rathaus und Stadtkirche, Collegien- und Schloßstraße, Dr.-Richard-Sorge-Straße, Rosa-Luxemburg-Straße, Schloß mit Schloßkirche. | 34. Zwickau | Markt mit Gewandhaus und Rathaus, Marienkirche mit Kirchplatz und Dünnbierhaus, Katharinenkirche (Th. Müntzer 1520–21). Schloß Osterstein (mit Haftstätte August Bebel und Todesstätte Martin Hoops). |
| 3. Einzeldenkmale | | | |
| 1. Annaberg
Krs. Annaberg | St. Annenkirche | 22. Gernrode
Krs. Quedlinburg | Stiftskirche |
| 2. Arendsee/Altmark
Krs. Osterburg | Klosterkirche | 23. Großlohra
Krs. Nordhausen | a) Burg Amt Lohra
b) ehem. Benediktinerinnenkirche Münchenlohra |
| 3. Arnstadt
Krs. Arnstadt | Liebfrauenkirche | 24. Hamersleben
Krs. Oschersleben | Ehem. Klosteranlage mit Klosterkirche |
| 4. Augustsburg
Krs. Flöha | Schloß | 25. Hecklingen
Krs. Staßfurt | Klosterkirche |
| 5. Bad Doberan | Ehem. Zisterzienser-Klosterkirche | 26. Ilsenburg
Krs. Wernigerode | Kloster mit Kirche und Park |
| 6. Bergen
Krs. Rügen | Marienkirche | 27. Jerichow
Krs. Genthin | Kloster |
| 7. Bernburg | Schloß | 28. Karl-Marx-Stadt | Schloßkirche |
| 8. Blankenburg/
Harz
Krs. Wernigerode | Großes und Kleines Schloß mit Park | 29. Kloster Zinna
Krs. Jüterbog | Ehem. Zisterzienserkloster und Kirche |
| 9. Brandenburg/
Havel | Katharinenkirche | 30. Landsberg
Krs. Saalkreis | Doppelkapelle |
| 10. Burgscheidungen
Krs. Nebra | Schloß mit Garten einschl. Unstrut-Wasserbauten und Mühle | 31. Lehnin
Krs. Brandenburg/Land | Ehem. Zisterzienserkloster |
| 11. Chorin
Krs. Eberswalde | Ruine des ehem. Zisterzienser-klosters | 32. Leitzkau
Krs. Zerbst | Schlösser und Kirchenruine |
| 12. Dargun
Krs. Malchin | Ruine des ehem. Schlosses und Kirchenruine | 33. Marxwalde
Krs. Seelow | Schloß und Park |
| 13. Dessau | Bauhaus | 34. Memleben
Krs. Nebra | Ehem. Kaiserpfalz und ehem. Benediktinerkloster mit Kirchenruinen |
| 13a. Dessau | Schlösser 1. Luisium)
2. Georgium)
3. Mosigkau) | 35. Molsdorf
Krs. Erfurt | Schloß |
| 14. Dingelstedt-
Huysburg
Krs. Halberstadt | Ehem. Kloster | 36. Neustadt-Glewe
Krs. Ludwigslust | Neues Schloß |
| 15. Doberlug-Kirch-
hain
Krs. Finsterwalde | Klosterkirche | 37. Neuzelle
Krs. Eisenhütten-
stadt | Kloster, Klosterkirche, Ev. Kirche und Park |
| 16. Dornburg
Krs. Zerbst | Schloß | 38. Nischwitz
Krs. Wurzen | Schloß und Park |
| 17. Drübeck
Krs. Wernigerode | Stiftskirche | 39. Nordhausen | Dom |
| 18. Eisenach | Wartburg | 40. Nossen
Ortsteil Zella
Krs. Meißen | Kloster Altzella |
| 19. Eisenberg | Schloßkapelle | 41. Oybin
Krs. Zittau | Klosterkirche, Ruine |
| 20. Ermsleben
Krs. Aschersleben | Konradsburg | | |
| 21. Freyburg/Unstrut
Krs. Nebra | Neuenburg | | |

**Gesetz
zur Erhaltung der Denkmale
in der Deutschen Demokratischen Republik
– Denkmalpflegegesetz –**

vom 19. Juni 1975

In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Pflege des kulturellen Erbes Anliegen der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates.

Die Deutsche Demokratische Republik verfügt über einen bedeutenden Besitz an Denkmalen, die von geschichtlichen Entwicklungen und progressiven Taten zeugen, die städtebauliche und landschaftsgestalterische, bau- und bildkünstlerische, handwerkliche und technische Leistungen aus der Vergangenheit bis in die Gegenwart repräsentieren.

Die Erhaltung und Erschließung dieser Denkmale der Geschichte und Kultur gehören zu den Elementen des reichen kulturellen Lebens der sozialistischen Gesellschaft. Deshalb beschließt die Volkskammer folgendes Gesetz:

I.

Ziel, Inhalt und Grundsätze der Denkmalpflege

§ 1

(1) Ziel der Denkmalpflege ist es, die Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik zu erhalten und so zu erschließen, daß sie der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, der ästhetischen und technischen Bildung sowie der ethischen Erziehung dienen. Das erfordert die Erforschung, Interpretation und Popularisierung der Denkmale, ihre Erfassung und ihren Schutz, ihre planmäßige Konservierung und Restaurierung nach wissenschaftlichen Methoden.

(2) Die Denkmale der revolutionären Traditionen des deutschen Volkes, der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung, des antifaschistischen Widerstandskampfes und der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik sind so zur Geltung zu bringen, daß sie zur Verwirklichung der Ideen des sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus beitragen.

(3) Die Denkmale sind in die Gestaltung der Städte, der Dörfer und der Landschaft so einzubeziehen, daß unverwechselbare Ensembles von geschichtlicher Aussage und künstlerischer Wirkung entstehen. Das schließt eine ihrer Eigenart entsprechende Nutzung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, insbesondere für das geistige und kulturelle Leben, für die Erholung und den Tourismus, ein.

§ 2

Für die Denkmalpflege sind die zentralen Staatsorgane sowie die örtlichen Volksvertretungen mit ihren Räten verantwortlich. Sie lösen diese Aufgabe unter Einbeziehung der Bevölkerung mit den wirtschaftsleitenden Organen, den Betrieben und Einrichtungen, der Nationalen Front der DDR, den gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, der Freien Deutschen Jugend, dem Kulturbund der DDR, dem Bund der Architekten der DDR, dem Verband Bildender Künstler der DDR und der Kammer der Technik.

§ 3

(1) Denkmale im Sinne dieses Gesetzes sind gegenständliche Zeugnisse der politischen, kulturellen und ökonomischen Entwicklung, die wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Bedeutung im Interesse der sozialistischen Gesellschaft durch die zuständigen Staatsorgane gemäß § 9 zum Denkmal erklärt worden sind.

(2) Zu den Denkmalen gehören:

- Denkmale zu bedeutenden historischen und kulturellen Ereignissen und Entwicklungen oder zu Persönlichkeiten der Politik, der Kunst und Wissenschaft wie Bauten oder andere Wirkungsstätten und ihre Ausstattungen, Befesti-

gungsanlagen, Schlachtfelder und Grabstätten, Standbilder, Gedenksteine und Tafeln;

- Denkmale zur Kultur und Lebensweise der werktätigen Klassen und Schichten des Volkes wie typische Siedlungsformen, Wohn- und Arbeitsstätten mit ihren Ausstattungen;
- Denkmale der Produktions- und Verkehrsgeschichte wie handwerkliche, gewerbliche und landwirtschaftliche Produktionsstätten mit ihren Ausstattungen, industrielle und bergbauliche Anlagen, Maschinen und Modelle, Verkehrsbauten und Transportmittel;
- Denkmale des Städtebaus und der Architektur wie Stadt- und Ortsanlagen, Straßen- und Platzräume, Stadtsilhouetten und Ensembles, Burgen, Schlösser, Rathäuser, Bürgerhäuser, Theater und andere Kulturbauten, Kirchen, Klöster oder Teile von ihnen wie Tore, Erker, Treppen, Innenräume, Decken und Wandgestaltungen, Kleinarchitekturen und Ausstattungen;
- Denkmale der Landschafts- und Gartengestaltung wie Park- und Gartenanlagen, Friedhöfe, Wallanlagen und Alleen;
- Denkmale der bildenden und angewandten Kunst wie Werke und Sammlungen der Malerei, der Grafik, der Plastik, des Kunsthandwerks, des Musikinstrumentenbaus.

§ 4

(1) Denkmale stehen als kultureller Besitz der sozialistischen Gesellschaft unter staatlichem Schutz.

(2) Der staatliche Schutz erstreckt sich auf die gesamte Substanz eines Denkmals als Träger seiner geschichtlichen und wissenschaftlichen Aussage und seiner künstlerischen Wirkung.

(3) In den Schutz der Denkmale wird ihre Umgebung einbezogen, soweit sie für die Erhaltung, Wirkung und gesellschaftliche Erschließung des Denkmals von Bedeutung ist.

§ 5

(1) Denkmale werden klassifiziert und einheitlich gekennzeichnet. Sie werden entsprechend ihrer Bedeutung auf der zentralen Denkmalliste, der Bezirksdenkmalliste oder der Kreisdenkmalliste erfaßt.

(2) Gegenstände und Sammlungen, die zu den Fonds der staatlichen Museen, Bibliotheken und Archive gehören, sowie Bodenaltertümer sind nicht als Denkmal im Sinne dieses Gesetzes zu erfassen. Ihre Beziehungen zur Denkmalpflege werden gesondert geregelt.

II.

Aufgaben und Verantwortung der Staatsorgane

§ 6

Der Ministerrat gewährleistet die zentrale staatliche Leitung und Planung der Denkmalpflege. Er beschließt die kulturpolitischen und ökonomischen Maßnahmen für den Schutz, die Pflege und die gesellschaftliche Erschließung der Denkmale und sichert, daß die denkmalpflegerischen Aufgaben in die Volkswirtschaftsplanung einbezogen werden. Er bestätigt die zentrale Denkmalliste.

§ 7

(1) Der Minister für Kultur ist für die Verwirklichung der vom Ministerrat gestellten Aufgaben auf dem Gebiet der Denkmalpflege verantwortlich. Er regelt im Rahmen seiner Verantwortung die Grundfragen und die Methodik der Denkmalpflege und sichert ihre Anwendung.

(2) Der Minister für Kultur stellt die zentrale Denkmalliste auf und ist für den Schutz, die Pflege und die Erschließung der auf ihr verzeichneten Denkmale verantwortlich. Er gewährleistet in Zusammenarbeit mit den örtlichen Räten die Durchführung der erforderlichen denkmalpflegerischen Arbeiten.

(3) Der Minister für Kultur ist berechtigt, in Übereinstimmung mit den Vorsitzenden der Räte der Bezirke von den Räten der Kreise eine Denkmalerklärung oder ihren Widerruf zu fordern.

(4) Als zentrale wissenschaftliche Einrichtung für die Vorbereitung und Anleitung bei der Erfassung, dem Schutz, der Pflege und der Erschließung der Denkmale ist dem Minister für Kultur das Institut für Denkmalpflege unterstellt. Er regelt Aufgaben und Tätigkeit des Instituts.

(5) Der Minister für Kultur plant den zentralen Denkmalpflegfonds und unterstützt aus ihm die Durchführung denkmalpflegerischer Maßnahmen.

§ 8

(1) Die Räte der Bezirke sind für die Erhaltung und gesellschaftliche Erschließung des Denkmalbestandes ihres Territoriums verantwortlich.

(2) Die Räte der Bezirke beschließen nach vorheriger Zustimmung des Ministers für Kultur über die Aufnahme von Denkmalen in die Bezirksdenkmalliste.

(3) Die Räte der Bezirke sind für den Schutz, die Pflege und die Erschließung der in der Bezirksdenkmalliste erfaßten Denkmale verantwortlich. Sie gewährleisten in Zusammenarbeit mit den Räten der Kreise die Durchführung der erforderlichen denkmalpflegerischen Arbeiten unter fachwissenschaftlicher Anleitung.

(4) Die Räte der Bezirke planen den Bezirksdenkmalpflegfonds und unterstützen aus ihm die Durchführung denkmalpflegerischer Maßnahmen.

§ 9

(1) Die Räte der Kreise erfassen alle Denkmale, sichern die materiellen Voraussetzungen für denkmalpflegerische Maßnahmen und beziehen die Denkmale in die Entwicklung ihres Territoriums ein.

(2) Die Räte der Kreise beschließen nach vorheriger Zustimmung des Rates des Bezirkes über die Aufnahme von Denkmalen in die Kreisdenkmalliste unter Berücksichtigung der Denkmale der zentralen Denkmalliste und der Bezirksdenkmalliste. Die Entscheidung ist unter Einbeziehung der Rechtsträger, Eigentümer oder Verfügungsberechtigten vorzubereiten.

(3) Die Räte der Kreise sprechen die Denkmalerklärung nach § 3 Abs. 1 aus und unterrichten die Rechtsträger, Eigentümer oder Verfügungsberechtigten über die Klassifizierung des Denkmals und ihre Verpflichtungen zu seiner Pflege und Erschließung. Das zuständige Ratsmitglied ist berechtigt, den Rechtsträgern, Eigentümern oder Verfügungsberechtigten im Rahmen ihrer Pflichten nach § 11 Absätze 1 und 2 Auflagen zu deren Erfüllung zu erteilen.

(4) Die Räte der Kreise können eine Denkmalerklärung nach vorheriger Zustimmung des Ministers für Kultur aufheben.

(5) Die Räte der Kreise sind für den Schutz, die Pflege und die Erschließung der in der Kreisdenkmalliste erfaßten Denkmale verantwortlich. Sie gewährleisten die Durchführung der erforderlichen denkmalpflegerischen Arbeiten unter fachwissenschaftlicher Anleitung.

(6) Die Räte der Kreise lösen ihre denkmalpflegerischen Aufgaben in Zusammenarbeit mit den Räten der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden.

(7) Die Räte der Kreise planen den Kreisdenkmalpflegfonds und unterstützen aus ihm die Durchführung denkmalpflegerischer Maßnahmen.

§ 10

(1) Die Räte der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden überwachen auf ihrem Territorium den Bestand und die Wirkung der Denkmale. Sie unterstützen alle Maßnahmen zu ihrem Schutz und ihrer Pflege und fördern dazu in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen die Mitwirkung der Bevölkerung.

(2) Den Räten von Stadtbezirken und kreisangehörigen Städten, die einen bedeutenden Denkmalbestand besitzen, können auf Beschluß der Volksvertretung des Kreises Befugnisse nach § 9 Absätze 3 und 5 übertragen werden.

III.

Aufgaben und Verantwortung der Rechtsträger, Eigentümer oder Verfügungsberechtigten

§ 11

(1) Die Rechtsträger, Eigentümer oder Verfügungsberechtigten sind verantwortlich für den Schutz und die Pflege der Denkmale sowie dafür, daß sie im Rahmen der Denkmalerklärung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und gekennzeichnet werden.

(2) Die Rechtsträger, Eigentümer oder Verfügungsberechtigten sind verpflichtet, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Staatsorganen die Denkmale unter fachwissenschaftlicher Anleitung in ihrem Bestand und ihrer Wirkung zu erhalten und zu restaurieren. Sie können bei der Durchführung ihrer denkmalpflegerischen Aufgaben finanziell unterstützt werden.

(3) Vor Maßnahmen, die den Bestand, den Standort, die Nutzung oder die Wirkung der Denkmale verändern, ist die Genehmigung des für die Denkmalpflege zuständigen Staatsorgans einzuholen.

§ 12

(1) Erfordern die Sicherung des Bestandes, die Restaurierung, Nutzung oder Erschließung eines Denkmals Maßnahmen entsprechend der denkmalpflegerischen Zielstellung, zu denen der Rechtsträger, Eigentümer oder Verfügungsberechtigte nicht in der Lage ist, ist ein Vertrag über Rechtsträgerwechsel oder Kauf anzustreben.

(2) Kommt ein Vertrag nach Abs. 1 nicht zustande, kann der zuständige Rat des Kreises auf Antrag des für das Denkmal verantwortlichen Staatsorgans durch Beschluß

- einen Wechsel des Rechtsträgers vornehmen oder
- die Eigentums- oder Nutzungsrechte am Denkmal und den zugehörigen Grundstücken gegen Entschädigung beschränken oder entziehen.

(3) Der Rat des Kreises entscheidet zugleich über Art und Höhe der Entschädigung nach dem Entschädigungsgesetz vom 25. April 1960 (GBl. I Nr. 26 S. 257).

(4) Das Verfahren nach Abs. 2 wird durch eine Durchführungsbestimmung geregelt.

(5) Der Rat des Kreises kann die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zu Lasten des Eigentümers oder Verfügungsberechtigten beschließen und hierzu bei Grundstücken die Rechtsvorschriften zur Kreditierung und Sicherung durch Aufbaugrundschild anwenden.

(6) Werden Nutzungs- oder Mitnutzungsrechte begründet, so haben diese den Vorrang gegenüber bestehenden dinglichen Rechten.

§ 13

Werden im Zusammenhang mit Forschungs-, Planungs- oder Ausführungsarbeiten an einem Objekt Besonderheiten festgestellt, die dessen Denkmaleigenschaft vermuten lassen,

so sind der für die Arbeiten am Ort Verantwortliche und der Rechtsträger, Eigentümer oder Verfügungsberechtigte nach Kenntnis verpflichtet, das betreffende Objekt unverzüglich dem zuständigen Rat des Kreises schriftlich zur Erfassung zu melden. Das Objekt gilt vom Zeitpunkt der Feststellung an bis zur Entscheidung über seine Denkmaleigenschaft als Denkmal im Sinne dieses Gesetzes. Die Meldung eines der Verpflichteten entpflichtet den anderen.

IV.

Beschwerdeverfahren

§ 14

(1) Beschlüsse und Auflagen der örtlichen Staatsorgane nach § 9 Abs. 3 und § 12 Absätze 2 oder 5 haben schriftlich zu ergehen, eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten, sind zu begründen und den Betroffenen auszuhändigen oder zuzusenden.

(2) Gegen Beschlüsse und Auflagen nach Abs. 1 kann Beschwerde eingelegt werden. Diese Beschwerde ist schriftlich unter Angabe von Gründen innerhalb von 4 Wochen nach Zugang der Entscheidung bei dem örtlichen Rat, der den Beschluß gefaßt hat, bzw. dem Mitglied des Rates, das die Auflage erteilt hat, einzulegen.

(3) Der zuständige Rat bzw. das zuständige Mitglied des Rates entscheidet über die Beschwerde innerhalb von 4 Wochen nach ihrem Eingang. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist

- vom Rat des Kreises dem Rat des Bezirkes,
- vom Mitglied des Rates des Kreises bei Denkmalen der Bezirksdenkmalliste dem zuständigen Mitglied des Rates des Bezirkes, bei Denkmalen der zentralen Denkmalliste dem Minister für Kultur

zur Entscheidung zuzuleiten. Diese entscheiden innerhalb weiterer 4 Wochen nach Eingang endgültig.

(4) Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe sowie des voraussichtlichen Abschlusstermins zu geben.

(5) Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Wenn jedoch die Gefahr des Substanzverlustes besteht, kann der zuständige Rat des Kreises oder bei Auflagen das zuständige Mitglied des Rates die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen zu Lasten des Rechtsträgers, Eigentümers oder Verfügungsberechtigten anordnen.

(6) Entscheidungen über Beschwerden sind zu begründen und dem Einreicher der Beschwerde mitzuteilen.

V.

Ordnungsstrafbestimmungen

§ 15

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig

- als Leiter von Betrieben oder Einrichtungen, die Rechtsträger von Denkmälern sind, oder als deren Eigentümer oder Verfügungsberechtigter Auflagen nach § 9 Abs. 3 nicht erfüllt oder Denkmale nicht gemäß § 11 in ihrem Bestand erhält oder nicht die nach § 11 Abs. 3 erforderliche Genehmigung zu Maßnahmen, die diesen oder den Standort oder die Nutzung verändern, einholt oder seiner Kennzeichnungspflicht nicht nachkommt,

- bei Arbeiten an Objekten seiner Meldepflicht nach § 13 nicht nachkommt,

kann mit Verweis oder Ordnungsstrafe von 10 M bis 300 M belegt werden.

(2) Ist eine vorsätzliche Handlung nach Abs. 1 aus Vorteilsstreben oder ähnlichen, die gesellschaftlichen Interessen mißachtenden Beweggründen oder wiederholt innerhalb von 2 Jahren durchgeführt und mit Ordnungsstrafe geahndet worden, kann eine Ordnungsstrafe bis zu 1 000 M ausgesprochen werden.

(3) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens obliegt dem zuständigen Mitglied des Rates des Kreises am Standort des Denkmals.

(4) Für die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens und den Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen gilt das Gesetz vom 12. Januar 1968 zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten — OWG — (GBl. I Nr. 3 S. 101).

VI.

Schlußbestimmungen

§ 16

Durchführungsbestimmungen erläßt der Minister für Kultur.

§ 17

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1975 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten die Verordnung vom 28. September 1961 über die Pflege und den Schutz der Denkmale (GBl. II Nr. 72 S. 475) und die Erste Durchführungsbestimmung dazu vom 28. September 1961 (GBl. II Nr. 72 S. 477) außer Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am neunzehnten Juni neunzehnhundertfünfundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den neunzehnten Juni neunzehnhundertfünfundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Stoph

8. Abkürzungsverzeichnis

AA	Altakte
ASt	Arbeitsstelle
DBA/BAdDDR	Deutsche Bauakademie/Bauakademie der DDR (ab 1982), zentrale Forschungseinrichtung des Bauwesens
BfS	Büro für Städtebau
BZS	Bauzustandsstufe
GBL	Gesetzblatt
GBP	Generalbebauungsplan
Gen.	Genosse
HAB	Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
HAG	Hauptauftraggeber
HBS	Halberstadt
HMB	Hallesche Monolithbauweise
ICOMOS	I nternational C ouncil o f M onuments and S ites
IfD	Institut für Denkmalpflege
LAfDMPuArch	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Halle (Saale)
LHA S-A	Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt
LP	Leitplanung
MfK	Ministerium für Kultur
RdB	Rat des Bezirkes
RdK	Rat des Kreises
RdS	Rat der Stadt
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
TM	Tausend Mark
VEB	Volkseigener Betrieb
WBK	Wohnungsbaukombinat
WBR SL 3600	Wohnungsbaureihe mit Sektionslänge 3600 mm.
WBS 70	Wohnungsbauserie 70
WBS-M-86	Wohnungsbauserie-Magdeburg- (19)86
ZK	Zentralkomitee

9. Abbildungsverzeichnis

Fotoarchiv des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Halle:

Abbildungen 1, 4, 5, 6, 7, 8, 11, 13, 16, 20, 21, 22 (links), 23, 24, 25, 28, 29, 30, 31, 34, 35, 36 (oben), 40, 41, 42, 52 (links), 53, 58, 59, 61, 62, 63, 64 (oben links), 66.

Planarchiv des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Halle:

Abbildungen 37, 38, 39.

Eigene Fotografien:

Abbildungen 9, 10, 15, 17, 18, 22 (rechts), 36 (unten), 45, 46, 48, 50, 54, 56, 57, 64 (oben rechts, unten).

Bauamt Osterwieck:

Abbildungen 49, 51, 52 (rechts).

Kreisarchiv Naumburg:

Abbildung 27.

Sammlung Wolfram Staats:

Abbildung 19.

Internetquelle Open Street Map:

Abbildungen 3, 14.

Internetquelle Wikipedia, Fotograf Thomas Wozniak:

Abbildung 32.

Betker, Frank: Ja, wollen Sie denn den Weltfrieden gefährden?“ Stadtplanung und Planerdenken in der DDR und seit der Wende zwischen bürokratischer Anpassung und fachlicher Renitenz, in: Harlander, Tilmann (Hrsg.): Stadt im Wandel – Planung im Umbruch, Stuttgart 1998, S. 287.

Abbildung 67.

10. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Standort: Stadtarchiv Halle (Saale)

Akte Stadtplako (Stadtplankommission) Signatur 90.

Akte Stadtplako (Stadtplankommission) Signatur 126, Ordnernummer 113.

Akte Stadtplako (Stadtplankommission) Signatur 128, Ordnernummer 115.

Akte Stadtplako (Stadtplankommission) Signatur 130, Ordnernummer 117.

Akte Standortgenehmigungsverfahren STG 113, Stadtplako (Stadtplankommission) Signatur 130, Ordnernummer 117.

Akte Standortgenehmigungsverfahren STG 114, Stadtplako (Stadtplankommission) Signatur 131, Ordnernummer 118.

Akte Standortgenehmigungsverfahren Stadtplako (Stadtplankommission), Signatur 613, Ordner 528.

Standort Stadtarchiv Naumburg

Akte „Erste Konzeption zur Erarbeitung eines Generalbebauungsplans und zur Altstadtanierung unter Berücksichtigung der Verkehrsentwicklung in der Stadt Naumburg“, Signatur 1737.

Akte „Bericht zum Stand der Vorbereitungen zur 950-Jahr-Feier der Stadt Naumburg“, Signatur 1582, 1975.

Akte „Protokolle/Sitzungen des Rates“, Signatur 2384.

Standort Kreisarchiv Naumburg

Akte „Generalbebauungsplan Naumburg 1976“, Signatur 75191.

Akte „Generalbebauungsplanung Naumburg“, Signatur 75190.

Akte „Generalbebauungs- und Verkehrsplanung Stadt Naumburg 1976-1989“, Signatur 15968a.

Akte „Generalbebauungs- und Verkehrsplanung Stadt Naumburg 1976-1989“, Signatur 15968b.

Standort Stadt- und Kreisarchiv Halberstadt

Altstadt Quartiere I-IV, Handakte, unpaginiert, unsigniert, ohne Jahresangabe.

- Büro für Städtebau (Hrsg.): Akte „Altstadtsignierung“, unpaginierter, unsignierter, ohne Jahresangabe.
- Büro für Städtebau, Architektur und Prognose des Bauwesens des Bezirkes Magdeburg (Hrsg.): Halberstadt – Studie zur Umgestaltung der Altstadt Mai 1973, unpaginierter, unsignierter.
- Büro für Städtebau und Architektur Magdeburg (Hrsg.): Halberstadt, Altstadt: Wohnquartier III, Bebauungs- und Gestaltungskonzeption, Halberstadt Dezember 1984, unpaginierter, unsignierter.
- Büro für Städtebau und Architektur Magdeburg (Hrsg.): Halberstadt, Altstadt Quartier III – Planung von 1969 Grundlagen und Studie, unpaginierter, unsignierter.
- Büro für Städtebau Magdeburg: Halberstadt Altstadt Wohnquartier IV – Arbeitsunterlagen zur Erarbeitung des Informationsangebots, 1984, in: Akte Halberstadt Altstadt Wohnquartier IV, unpaginierter, unsignierter, Halberstadt 1984.
- Büro für Städtebau Magdeburg: Halberstadt, Altstadt, WQ 4 – Gestaltungskonzeption, in: Akte Halberstadt Altstadt Wohnquartier IV, unpaginierter, unsignierter, Halberstadt 1984.
- Halberstadt Altstadt, Akte zum Wettbewerb Johannesbrunnen (variable Gebäudelösungen), unpaginierter, unsignierter, ohne Jahresangabe.
- Halberstadt Altstadt Wohnquartier IV, unpaginierter, unsignierter, ohne Jahresangabe.
- Rat der Stadt Halberstadt: Analysematerial und Lösungsvorschläge zur sozialistischen Gestaltung der Altstadt, in: Büro für Städtebau (1973): Studie zur Umgestaltung der Altstadt, Standort: Stadt- und Kreisarchiv Halberstadt.
- Wohnquartier III, Bebauungs- und Gestaltungskonzeption (1984), Akte unpaginierter, unsignierter, 1984.

Standort Bauarchiv des Baudezernats Halberstadt

Abrissdokumentation D29 Judenstraße, ohne Jahresangabe.

Büro für Städtebau und Architektur Magdeburg (Hrsg.): Leitplanung zur städtebaulichen Entwicklung der Altstadt 1984, Halberstadt 1984.

Sammlung Wolfram Staats Halberstadt:

Rat der Stadt Halberstadt – Stadtbauamt (Hrsg.): Konzeption für die langfristige schrittweise Erhaltung und Umgestaltung der Altstadt im Zeitraum 1981-1985, November 1980.

Standort Stadtarchiv Wernigerode

Akte WR III/1629 Titel: Werterhaltung 1964/1965.

Akte WR III/1643 Titel: Abbruch von Gebäuden, Gesperrter Wohnraum aufgrund baulicher Mängel.

Akte WR III/1664 Titel: Generalbebauungsplanstudie mit Kartenmaterial und Langfristige städtebauliche Entwicklungskonzeption Stadt Wernigerode 1975.

Akte WR III/1669 Protokolle Werterhaltung.

Akte WR III/1673 Generalbebauungsplan Stadt Wernigerode 1989.

Akte WR III/1640 Werterhaltungen und Rekonstruktion 1969-1974.

Akte WR III/1653 Rekonstruktion Hotel „Gothisches Haus“.

Standort Archiv des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Halle (Saale)

Dokumentation 3961/I-III. Städtebaulich-denkmalflegerische Zielstellungen der Bezirke Halle und Magdeburg von A-Z.

Dokumentation 3961/IV. Städtebauliche Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt bis 1990.

Dokumentation 3961/V. Städtebauliche Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt bis 1990.

Akte Aschersleben Stadtplanung 1968-1989, Signatur AA 14.

Akte Eisleben Altstadt 1987-1991. Signatur AA 77.

Akte Generalbebauungsplan Wittenberg Fortschreibung 1976, Signatur IV/25.

Akte Halberstadt Altstadtsanierung, Bd. II, Signatur AA 125.

Akte Halberstadt ab 1976 bis Juli 1978, Signatur AA 127.

Akte Halberstadt ab August 1978 bis 1981, Signatur AA 127.

Akte Halberstadt Altstadt, Signatur AA 128.

Akte Halberstadt, Signatur AA 1149.

Akte Halle Altstadt, Signatur AA 163.

Akte Halle Altstadt 1984-1986, Signatur AA 164.

Akte Halle Altstadt 1964-1973, Signatur AA 168.

- Akte Langfristige städtebauliche Entwicklungskonzeption Stadt Tangermünde
Signatur IV 21.
- Akte Osterwieck 1963-1974, Signatur AA 310.
- Akte Osterwieck 1975-1981, Signatur AA 310.
- Akte Osterwieck Altstadt 1982-1987, Signatur AA 313.
- Akte Osterwieck Mittelstraße 23.24,25 Studie zur Baulückenschließung Variante I,
Signatur IV/36.
- Akte Osterwieck Umgestaltungsgebiet Wietholz – Studie, Signatur IV/82.
- Akte Quedlinburg 1970-1971 Altstadt Signatur AA 328.
- Akte Quedlinburg 1972-1974 Altstadt, Signatur AA 329.
- Akte Quedlinburg Altstadt 1975-1976, Signatur AA 321.
- Akte Quedlinburg 1976-1978, Signatur AA 328.
- Akte Quedlinburg 1988, Signatur AA 331.
- Akte Quedlinburg Altstadt HMB, Signatur AA 330.
- Akte Quedlinburg Verschiedenes, Signatur AA 342.
- Akte Städtebauliche Leitplanung zur Umgestaltung der Altstadtbereiche von
Tangermünde, Signatur IV/91.
- Akte Sozialistische Umgestaltung Nikolai-Rosmarien-Neukirchenstraße (Osterwieck)
Signatur IV/16.
- Akte Stolberg Altstadt 1970-1982, Signatur AA 407.
- Akte Tangermünde Altstadt 1975-1987, Signatur AA 411.
- Akte Tangermünde Signatur IV/83.
- Akte Wernigerode Altstadt 1969-1987, Signatur AA 437.
- Akte Wittenberg Altstadt Signatur AA 446.
- Akte Wittenberg. Vorschlag zur Umgestaltung des innerstädtischen Bereichs Signatur
IV/79.
- Pläne der Stadt Aschersleben Signatur 2/C Planarchiv.
- Pläne der Stadt Eisleben Signatur 9/A Planarchiv.
- Pläne der Stadt Osterwieck Signatur 44F Planarchiv.
- Pläne der Stadt Wittenberg 52/G und 52/H Planarchiv.

Standort Landeshauptarchiv des Landes Sachsen-Anhalt (LHA) Zweigstelle Merseburg:

Akte: Berichts-Beschlussvorlage für den Rat des Bezirkes Halle, Archivnummer 20894 Bezirk Halle H/101, Sig. 4976.

Akte Generalbebauungsplanung Bezirk Halle 1969, Archivnummer 20893 H/108 Sig. 4975.

Akte Generalbebauungsplanung Quedlinburg Archivnummer 20953/116 Quedlinburg.

Akte: Hauptstandorte des komplexen Wohnungsbaues 1981-1990, Archivnummer 20898 Bezirk Halle H/101 Sig. 4980.

Akte Quedlinburg Generelle Stadtplanung Vorschläge zur Sanierung und Rekonstruktion des Zentrums, Archivnummer 20978/H/9Z.

Akte Untersuchungen über die Rekonstruktion der Städte im Rahmen der Vorarbeiten zur Generalperspektive, Archivnummer 20880 H/60 Sig. 4962.

Standort Bauordnungsamt, untere Denkmalschutzbehörde, Landkreis Mansfeld- Südharz

Akte Nr. 490.000, Stolberg, Schriftverkehr allgemein.

Interviews

Interview mit dem Baudezernent Dipl.-Ing. Rainer Schöne und anderen Mitarbeitern des Baudezernats Halberstadt am 6.11.2003 in Halberstadt.

Interview mit dem Leiter der Abteilung Stadtplanung des Baudezernats Dipl.-Ing. Wolfram Staats am 13.01.2004 in Halberstadt.

Interview mit dem Baudezernent Dipl.-Ing. Rainer Schöne und den Mitarbeitern Herr Klaus, Frau Ruprecht und Frau Majaura des Baudezernats Halberstadt am 15.04.2003 in Halberstadt.

Interview mit Gerhard Ramke, ehemaliger Stadtbaumeister Osterwieck am 1.4.2008.

Interview mit Theo Gille, Ortschronist von Osterwieck am 1.4.2008.

Interview mit Ulrich Hugk, Architekt und ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter der HAB Weimar am 11.3.2009.

Interview mit Ulrich Franke, amtierender Bürgermeister der Stadt Stolberg/Harz am 11.3.2009.

Internetquellen

<http://www.iba-stadtumbau.de/index.php?iba-2010-de>

<http://www.kunsttexte.de>

<http://www.schrumpfende-stadt.de>

<http://www.stadtumbau.com>

<http://www.staedtebaulicher-denkmalschutz.de>

<http://www.unesco.de>

Literaturverzeichnis

- Adami, Horst: Aufgaben für die Erzeugnissentwicklung des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus bei der weiteren Ausgestaltung von Stadtzentren in der DDR, in: Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin, Heft 245, Berlin 1989, S. 85-88.
- Anders, Christoph; Bauen und Planen in der Stadt Halle, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 322.
- Andrä, Isolde: Zur städtebaulich-architektonischen Gestaltung der Fußgängerbereiche in Stadtzentren, in: Architektur der DDR 12/1977, S. 744-749.
- Andrä, Klaus/Klinker, Renate/Lehmann, Rainer: Fußgängerbereiche in Stadtzentren, Berlin 1981.
- Andrä, Klaus: Städtebauliche Entwicklungen 1945-1989 im Osten Deutschlands, in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau/Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte – Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 134-171.
- Architekturbüro Welter & Partner Naumburg: Stadtsanierung Naumburg. Bericht Vorbereitende Untersuchung/Städtebaulicher Rahmenplan, Naumburg 1991.
- Aschenbach, Klaus/Hugk, Ulrich: Stadtgestaltung, in: Farbe & Raum 8/1981, S. 7-13.
- Autorenkollektiv: WBS 70 – Technologie für den innerstädtischen Neubau. Empfehlungen für die Planung, Vorbereitung und Durchführung, in: Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin, Heft 110, 1990.
- Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv: Das Wohnungsbauprogramm seit dem VIII. Parteitag der SED, in: Städtebau und Architektur in der DDR – Historische Übersicht. Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin Heft 254, 1989, S. 46-51.
- Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv: Denkmalpflege und Stadtentwicklung, in: Städtebau und Architektur in der DDR – Historische Übersicht. Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin Heft 254, 1989, S. 97-107.
- Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv: Der Städtebau von 1945-1959, in: Städtebau und Architektur in der DDR – Historische Übersicht. Schriftenreihe

-
- Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin Heft 254, 1989, S. 10-15.
- Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv: Der Städtebau von 1960-1971, in: Städtebau und Architektur in der DDR – Historische Übersicht. Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin Heft 254, 1989, S. 16-22.
- Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv: Die Entwicklung des Städtebaus nach dem VIII. Parteitag der SED, in: Städtebau und Architektur in der DDR – Historische Übersicht. Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin Heft 254, 1989, S. 23-30.
- Bauakademie der DDR/Institut für Städtebau und Architektur (Hrsg.): Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte, Berlin 1979.
- Bauakademie der DDR/Autorenkollektiv: Städtebau und Architektur im Licht ihrer programmatischen Zielstellungen, in: Städtebau und Architektur in der DDR – Historische Übersicht. Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin, Heft 254, 1989, S. 7-9.
- Bauakademie der DDR (Hrsg.)/Autorenkollektiv: Stadtzentren. Planung und Gestaltung. Grundsätze, Beispiele, methodische Hinweise, Schriftenreihe Bauforschung Baupraxis, Bauinformation der DDR, Heft 198, Berlin 1987.
- Behr, Adalbert, Architektur in der DDR, Berlin 1980.
- Beiträge der Sektion Architektur in Lehre und Forschung bei der Aneignung des baulichen Erbes, Dresden 1984.
- Berger, Hans: Denkmale und Denkmalsbereiche im Leben von heute, in: ICOMOS Nationalkomitee der DDR (Hrsg.): Denkmale und kulturelle Identität. Internationales Symposium der VII: Generalversammlung des ICOMOS 1984, S. 68-70.
- Berger, Hans: Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt, in: Denkmale in Sachsen-Anhalt. Ihre Erhaltung und Pflege in den Bezirken Halle und Magdeburg, Weimar 1986, S. 11-56.
- Berger, Hans: Gedanken zur Erhaltung der Alten Stadt, in: Denkmale in Sachsen-Anhalt. Ihre Erhaltung und Pflege in den Bezirken Halle und Magdeburg, Weimar 1986, S. 93-105.
- Berger, Hans: Rekonstruktion und Restaurierung von Baudenkmalern in Wohngebieten, Referat aus: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in:

- Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 107-114.
- Berger, Hans: Tendenzen der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, 1/1991, S. 2-9.
- Bernau, Nikolaus: Jeder Bau ist einzigartig. Gegen den Abrisswahn, in: DAS PARLAMENT Nr. 16-17, 16.4.2007, Titelseite.
- Betker, Frank: Der öffentliche Raum in der „sozialistischen Stadt“: Städtebau in der DDR zwischen Utopie und Alltag, in: Christoph, Bernhardt/Fehl, Gerhard/Kuhn, Gerd/von Petz, Ursula (Hrsg.): Geschichte der Planung des öffentlichen Raumes, Dortmund 2005, S. 153-162.
- Betker, Frank: Einsicht in die Notwendigkeit. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945-1994), Stuttgart 2005.
- Betker, Frank: Handlungsspielräume von Stadtplanern und Architekten in der DDR, in: Barth, Holger (Hrsg.): Planen für das Kollektiv. Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Architekten und Stadtplanern in der DDR. Dokumentation des 4. Werkstattgesprächs vom 15.-16. Oktober 1998, Erkner 1999, S. 11-22.
- Betker, Frank: Ja, wollen Sie denn den Weltfrieden gefährden?“ Stadtplanung und Planerdenken in der DDR und seit der Wende zwischen bürokratischer Anpassung und fachlicher Renitenz, in: Harlander, Tilmann (Hrsg.): Stadt im Wandel – Planung im Umbruch, Stuttgart 1998, S. 279-302.
- Beyer, Martin/Falck, Georg: Zur städtebaulichen Leitplanung für das Stadtzentrum von Greifswald, in: Architektur der DDR 12/1987, S. 24-26.
- Bock, Dieter: Stadterneuerung – Integrationsfeld von städtebaulicher Planung und Planung sozialer Prozesse, in: Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin Heft 265, Berlin 1990, S. 5-9.
- Bodenschatz, Harald: Das Modell Greifswald – Altstadterneuerung in Plattenbauweise, in: Bauwelt 44/1985.
- Bodenschatz, Harald/Stimmann, Hans: Die sozialistische Stadt – weder neu noch fertig?, in: Bauwelt 44/1985, S. 1734-1737.

- Bolz, Lothar: Von deutschem Bauen. Reden und Aufsätze. Berlin (Ost): Verlag der Nation 1951.
- Bote, Peter/Kaune, Heinz-Clemens: Zwei Jahre Modellstadtprogramm. Stand und erste Ergebnisse, in: Bundesbaublatt 10/1992, S. 737-741.
- Bote, Peter/Krautzberger, Michael: Neue Bundesländer – Modellvorhaben der Stadterneuerung, in: Bundesbaublatt 8/1992, S. 577-589.
- Brandstädter, Wulf: Bericht des BdA Bezirksgruppe Halle, in: Architektur der DDR 2/1987, S. 22f.
- Brandstädter, Wulf: Innerstädtischer Wohnungsbau Brunos Warte, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 330-336.
- Brandstädter, Wulf: Innerstädtisches Bauen am Domplatz in Halle, in: Architektur der DDR 9/1989, S. 16-19.
- Brandstädter, Wulf: Zur langfristigen Entwicklung des Stadtzentrums von Halle, in: Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin Heft 245, Berlin 1989, S. 75-78.
- Brandstädter, Wulf: Zur städtebaulichen Planung der Stadt Halle, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 327-329.
- Brandt, Sigrid: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ, DDR dargestellt an Beispielen aus dem sächsischen Raum 1945-1961, Berlin 2003.
- Bräuer, Michael: Sonderförderprogramm des Bundes und der Länder Städtebaulicher Denkmalschutz. Entwicklungen – Erfahrungen – Tendenzen. Vortrag im Rahmen des Ergänzungsstudium Denkmalpflege und Bestandsentwicklung, erhältlich unter www.staedtebaulicher-denkmalschutz.de.
- Bräuer, Michael: Stadterneuerung und Städtebaulicher Denkmalschutz zwischen Visionen bis 1989 und Wirklichkeit heute, in: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Denk!mal: Alte Stadt – Neues Leben. Stadterneuerung und Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Bundesländern, Berlin 2007, S. 28-30.
- Brönner, Wolfgang: Deutsche Denkmalschutz-Gesetze, Bonn 1982.
- Büchner, Hans-Joachim: Grundlagen, Konzepte und Probleme der Stadterneuerung in der DDR am Beispiel von Greifswald, in: Mainzer Geographische Studien Heft 34/1990. S. 121-142.
- Buck, H.F.: Die Sozialpolitik der SED am Beispiel des Wohnungsbaus, in: Deutschland-Archiv 4/1993, S. 503-520.

- Deiters, Ludwig: Begrüßungsansprache an die VII. Generalversammlung des ICOMOS in Rostock und Dresden, 12.-17.5.1984, in: ICOMOS-Nationalkomitee der DDR (Hrsg.): Denkmale und kulturelle Identität. Internationales Symposium der VII. Generalversammlung des ICOMOS 1984, S. 21-25.
- Deiters, Ludwig: Denkmale der Geschichte und Kultur. Ihre Erhaltung und Pflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1976.
- Deiters, Ludwig: Denkmale und Geschichtsbewußtsein, in: Kulturbund der Deutschen Demokratischen Republik/Gesellschaft für Denkmalpflege (Hrsg.): Denkmale und Geschichtsbewusstsein. Referate der Konferenz der Gesellschaft für Denkmalpflege anläßlich des 35. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, Eisenhüttenstadt 14. und 15. Dezember 1984, S. 8-22.
- Deiters, Ludwig: Denkmalpflege bei der Umgestaltung der Städte, in: Deutsche Architektur 8/1963, S. 464f.
- Deiters, Ludwig, Denkmalpflege im Leben der Gesellschaft, ISG-Nachrichten1/1985.
- Deiters, Ludwig: Denkmalpflege in der DDR, Dresden 1983.
- Deiters, Ludwig: Denkmalpflege in der sozialistischen Gesellschaft, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 1/1975, S. 5-29.
- Deiters, Ludwig: Die Rolle des Architekten bei der Erhaltung und Rekonstruktion der materiell und kulturell wertvollen Bauten, Referat in: Bauakademie der DDR (Hrsg.): Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten. Ein Beitrag zur Lösung der Aufgaben bei der Modernisierung von 115 TWE bis 1975. Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 44-48.
- Deiters, Ludwig: Rekonstruktion von Altbaugebieten. Vortrag auf der 2. Bundesvorstandssitzung des BdA/DDR, in: Architektur der DDR 7/1976, S. 388-389.
- Deiters, Ludwig: Zum neuen Denkmalpflegegesetz, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 2/1975, S. 1-5.
- Deiters, Ludwig: Zur Arbeit der Denkmalpflege nach dem IX. Parteitag der SED, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 3/1975, S. 1-9.
- Deiters, Ludwig: Zur Arbeit mit dem Denkmalpflegegesetz von 1975 und den Nachfolgeregeln, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 4/1977, S. 2-13.

- Die Arbeit der Gesellschaft für Denkmalpflege – ein Beitrag des Kulturbundes der Deutschen Demokratischen Republik zur sozialistischen Entwicklung von Städtebau und Architektur, in: Architektur der DDR 10/1982, S. IX.
- Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Probleme des Städtebaus und der Architektur im Siebenjahrplan, Berlin 1960.
- Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte, Berlin 1979.
- Deutsche Bauakademie (Hrsg.)/Autorenkollektiv: Stadtzentren. Beiträge zur Umgestaltung und Neuplanung, Schriftenreihe zur Bauforschung, Heft 6, Berlin 1967.
- Doehler, Peter: Planungsgrundlagen zur sozialistischen Umgestaltung der Wohnbausubstanz von Altbauwohngebieten, insbesondere von Städten über 10.000 Einwohner im Zeitraum von 1965-1981., Diss. Berlin 1961.
- Doehler, Peter: Sozialistische Umgestaltung der Städte unter besonderer Berücksichtigung ihrer alten Wohngebiete, in: Deutsche Architektur 8/1963, S. 457f.
- Doehler, Peter: Zur Effektivität des innerstädtischen Wohnungsbaus, in: Architektur der DDR 12/1982, S. 717-720.
- Domhardt, Winfried: Komplexe Instandsetzung und Modernisierung in der Altstadt von Wismar, in: Architektur der DDR 3/1976, S. 162-168.
- Dunkel, Karl: Zur weiteren Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED auf dem Gebiet der Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes, in: Architektur der DDR 2/1980, S. 68-73.
- Düwel, Jörn: Baukunst voran! Architektur und Städtebau in der SBZ/DDR, Berlin 1995.
- Eberlein, Kurt: Zu Inhalt und Zielstellung des Architekturschaffens im Industriebau, in: Wiss. Zeitschrift der HAB Weimar, Heft 36, 1990, S. 1ff.
- Escherich, Mark/Misch, Christian/Müller, Rainer: Entstehung und Wandel der mittelalterlichen Städte in Thüringen, Berlin 2007.
- Fabich, Matthias: Die historische Entwicklung Halberstadts, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung – Landesgruppe Niedersachsen-Bremen (Hrsg.): Stadterneuerung Halberstadt. Vorbereitender Bericht zur Jahrestagung der DASL 1994 in Erfurt, Bremen 1994, S. 7-10.
- Felz, Achim: Denkmale – von uns bewahrt, Berlin 1988.

- Felz, Achim: „... und im Rückspiegel das industrielle Bauen“, in: Architektur-Jahrbuch, München/Frankfurt/Main 1994, S. 39-46.
- Felz, Achim/Mohr, Frank/Richardt, Gerhard: Städtebaulich-architektonische Gestaltung bei der Umgestaltung eines Altstadtgebietes in Greifswald, in: Architektur der DDR 5/1981, S. 287-298.
- Findeisen, Peter: Die Altstadt und ihre Bauten als Denkmal, in: Denkmale in Sachsen-Anhalt, Weimar 1986, S. 207-225.
- Findeisen, Peter: Geschichte der Denkmalpflege/Sachsen-Anhalt, Berlin 1990.
- Fischer, Dietmar: Innerstädtischer Wohnungsbau in der Stadt Leipzig, in: Architektur der DDR 9/1988, S. 8-12.
- Flierl, Bruno: Blindes Fortschrittsdenken und böses Erwachen, in: Bauwelt 19/1990, S. 940-941.
- Flierl, Bruno: Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Berlin 1998.
- Flierl, Bruno: Komplexe Gestaltung der Stadtumwelt, in: Architektur der DDR 10/1981, S. 594-596.
- Flierl, Bruno: Stadtgestaltung in der ehemaligen DDR als Staatspolitik, in: Marcuse, Peter: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch, Berlin 1991, S. 49-65.
- Franke, Rolf: Innerstädtisches Bauen in Torgau, in: Architektur der DDR 9/1988, S. 21-24.
- Fritsche, Hans: Die Aufgaben von Forschung und Praxis in Städtebau und Architektur bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: Architektur der DDR 2/1982, S. 69-80.
- Gebeßler, August: Altstadt und Denkmalpflege, in: Huse, Norbert: Denkmalpflege. Deutsche Texte aus 3 Jahrhunderten, München 2006, S. 221-227.
- Gercke, Friedrich: Halberstadt, ein Modell für die Stadterneuerung?, in: Bauzeitung 5/1991, S. 322-326.
- Gericke, Hans: Forschungsprojekt Greifswald – Schlussfolgerungen für die Planung und Umgestaltung von Mittelstädten, in: Deutsche Architektur 11/1973, S. 648-655.
- Gericke, Hans: Generalbebauungsplanung von Klein- und Mittelstädten – Empfehlungen und Methoden Abgeleitet aus dem Forschungsprojekt Greifswald, in: Bauakademie der DDR (Hrsg.): Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Bauinformation DDR Berlin 1974, Heft 47.

- Gericke, Hans: Rekonstruktion von Altbaugebieten – eine erstrangige politische Aufgabe, in: Deutsche Architektur 10/1972, S. 583.
- Gericke, Hans: Städtebau und Denkmalpflege, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 4/1977, S. 13-21.
- Gerlach, Peter: Grundlagen, Methoden und Studien zur städtebaulichen Planung der Modernisierung, Rekonstruktion und Umgestaltung von Altbaugebieten, in: Architektur der DDR 6/1981, S. 346-348.
- Gille, Theo: Osterwieck, die Fachwerkstadt am Nordharz, in: Thiele, Klaus (Hrsg.): 1200 Jahre Bistum Halberstadt. Osterwieck. Frühe Mission und frühprotestantische Bildwelten, Wernigerode und Berlin 2005, S. 47-59.
- Gille, Theo: Stadtführer Osterwieck. Geschichte und Baukunst einer Fachwerkstadt, Braunschweig 2001.
- Glaser, Hermann: Um eine Stadt von innen bittend. Historische Stadt und kulturelle Aneignung, in: Meckseper, Cord/Siebenmorgen, Harald (Hrsg.): Die alte Stadt. Denkmal oder Lebensraum? Göttingen 1985, S. 9-26.
- Gohlke, Peter: Zur Rekonstruktion der Sophienstraße in Berlin, in: Architektur der DDR 6/1988, S. 9-15.
- Goralczyk, Peter: Architektur und Städtebau der Fünfziger Jahre in der DDR, in: Architektur und Städtebau der Fünfziger Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in Hannover 1990, S. 62-79.
- Goralczyk, Peter: Behindert Kategorisierung die Denkmalpflege? Erfahrungen aus der DDR. Vortrag anlässlich des Symposiums „Nachdenken über Denkmalpflege“ (Teil 4): Nur die Prachtstücke? Kategorisierung in der Denkmalpflege, Berlin, 2. April 2005.
- Goralczyk, Peter: Denkmalpflege im innerstädtischen Raum, in: Architektur der DDR 8/1988, S. 8.
- Goralczyk, Peter: Rückblick auf Organisation und Recht der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, 1/1991, S. 11-15.
- Goralczyk, Peter: Städtebaulicher Denkmalschutz in den 40 Jahren der Existenz der DDR, in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau u. Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 300-315.

- Goralczyk, Peter: Stadterhaltung in der DDR. Stand April 1990, in: Bauwelt 19/1990, S. 942-957.
- Grönwald, Bernd: Architekturprogrammatik für die 80er Jahre? Anspruch und Realität, in: Architektur der DDR 6/1982, S. 335-339.
- Grundmann, Siegfried: Zur Entwicklung der Städte und Gemeinden in der DDR, in: Architektur der DDR 2/1990, S. 7f.
- Grundsätze der Planung und Gestaltung der Städte der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, in: Deutsche Architektur 1/1965, S. 4-8.
- Grundsätze des Städtebaues. Sonderdruck der Fachzeitschrift der Industriegewerkschaft Bau/Holz, August 1950.
- Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR, Neues Deutschland 29./30. Mai 1983, S. 9-10.
- Grunske, Detlev/Mühlmann, Lutz: Zur Umgestaltung des Stadtkerns von Bernau, in: Architektur der DDR 3/1978, S. 140-149.
- Gutsche, Willibald: Zur Erhaltung und Entwicklung des historisch gewachsenen Charakters der Städte, in: Architektur der DDR 6/1988, S. 6f.
- Hain, Simone: Rekonstruktion made in GDR, in: Foyer 2 (Juni 1997), S. 8-11.
- Hammer, Felix: Die geschichtliche Entwicklung des Denkmalrechts in Deutschland, Tübingen 1995.
- Hardtke, Werner: Zur Gründung des Rates für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 5/1977, S. 16-22.
- Hartmann, Michael: Die Rekonstruktion der städtebaulichen Substanz als kulturpolitische Aufgabe der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Diss. A, Dresden 1989.
- Hartmann, Werner (Hrsg.): Halberstadt. Geschichten, Gestalten, Geschichte, Böblingen 1991.
- Hartung, Ulrich: Die Umgestaltungsgebiete im Greifswalder Stadtkern – Architektur und Menschenbild, in: Lichtnau, Bernfried (Hrsg.): Architektur und Städtebau im südlichen Ostseeraum von 1970 bis zur Gegenwart. Entwicklungslinien – Brüche – Kontinuitäten, Berlin 2007, S. 252-66.
- Heine, Anett: Städte- und Wohnungsbau in der DDR. Ideologie – Politik – Realität, Berlin 2007.
- Henselmann, Hermann: Gedanken, Ideen, Bauten, Projekte, Berlin 1978.

- Henze, Martin: Denkmale des Städtebaus, in: Ministerium für Kultur/Autorenkollektiv des Instituts für Denkmalpflege (Hrsg): Denkmalpflege im Städtebau und in der Landschafts- und Gartengestaltung. Materialien zur Denkmalpflege, Heft IV, Berlin 1979, S. 4-37.
- Henze, Martin: Zu Fragen der städtebaulichen Denkmalpflege Teil I, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 4/1977, S. 22-31.
- Henze, Martin: Zu Fragen der städtebaulichen Denkmalpflege Teil II, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 5/1977, S. 35-43.
- Honecker, Erich: Aus meinem Leben, Berlin 1980.
- Honecker, Erich: Das Wohnungsbauprogramm der DDR zeigt, was der reale Sozialismus zu leisten vermag. Schlusswort des Generalsekretärs des ZK der SED auf der 7. Baukonferenz, in: Architektur der DDR 8/1980, S. 454f.
- Hoffmann, Wolfgang: Quedlinburg. Der Stadtführer. Ein Führer durch die Weltkulturerbe-Stadt, Wernigerode 2006.
- Hofmann, Frieder: Zu Problemen der Erzeugnissentwicklung für den innerstädtischen Wohnungsbau unter Berücksichtigung sowjetischer Projektierungserfahrungen, in: Architektur der DDR 1/1982, S. 4-8.
- Hoscislawski, Thomas: Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin 1991.
- Hoscislawski, Thomas: Die Problematik des Stadtumbaus Ost als Erbe der DDR-Stadtentwicklung?, in: Die schrumpfende Stadt, Magazin 0401, verfügbar auf www.schrumpfende-stadt.de.
- Hubel, Achim: Denkmalpflege. Geschichte Themen Aufgaben. Eine Einführung, Stuttgart 2006.
- Hübler, Manfred: Zur Gestaltung des Stadtkerns von Bernau – Planung und Realisierung, in: Architektur der DDR 3/1985, S. 164-168.
- Hugk, Ulrich/Sellengk, Johanna: Stadterhaltung durch Stadterneuerung. Der Wandel der Altstadt als Voraussetzung ihrer Erhaltung und ihres Weiterlebens. Versuch einer Standortbestimmung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar 5/6/1988, S. 206-213.
- Hugk, Ulrich: Überlegungen zur Kontinuität des Stadtbildes. Städtebauliche Denkmalpflege, in: Bildende Kunst 9/1981, S. 430-433.

- Hüller, Helga/Loui, Karl-Heinz: Forschungsvorhaben in Greifswald. Zur Rekonstruktion und Erhaltung eines innerstädtischen Wohngebiets in Greifswald, in: Architektur der DDR 5/1981, S. 282-286.
- Hunger, Bernd: Stadtverfall und Stadtentwicklung – Stand und Vorschläge, in: Marcuse, Peter: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch, Berlin 1991, S. 32-48.
- Hütter, Elisabeth/Magirus, Heinrich: Zum Verständnis der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, S. 397-407.
- Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Denkmale der Geschichte und Kultur. Ihre Erhaltung und Pflege in der DDR, Berlin 1976.
- Institut für Städtebau und Architektur/Autorenkollektiv: Stadtentwicklung in der DDR. Zustand, Probleme und Erfordernisse, Berlin 1990.
- Jaeger, Falk: Ungleiche Zwillinge, in: Foyer 2/1997, S. 12f.
- Jebe, P.???/Rizkallah, V.???/Elze, H.???/Jebe, C???: Untersuchung von Hochbauschäden in den neuen Bundesländern. Teil II: Dokumentation des baulichen Zustands historischer Bauwerke, Informationsreihe Heft 8, Hannover 1994.
- Junker, Wolfgang: Das Bauen hat in unserem Land eine klare Perspektive, in: Architektur der DDR 8/1980, S. 452f.
- Junker, Wolfgang: Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976-1990, Berlin 1973.
- Kabus, Günther: Erhaltung und Entwicklung historischer Städte und Stadtgebiete, Seminar des ZFG Rekonstruktion in Erfurt, in: Architektur der DDR 7/1988, S. 44-45.
- Kabus Günther: Städtebauliche Leitplanung für Teilgebiete der Stadt als Bestandteil der Generalbebauungsplanung, in: Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin, Heft 265, Berlin 1990, S. 19-23.
- Kabus, Günther: Städtebauliche Planung der sozialistischen Umgestaltung von Altbaugebieten zur Vorbereitung komplexer Rekonstruktionsmaßnahmen, Referat in: Bauakademie der DDR (Hrsg.): Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten. Ein Beitrag zur Lösung der Aufgaben bei der Modernisierung von 115 TWE bis 1975. Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 67-76.

- Kabus, Günther: Zu den Aufgaben bei der weiteren Umgestaltung und Erneuerung innerstädtischer Gebiete in Auswertung des IX. Kongresses des BdA, in: Architektur der DDR 9/1987, S. 32-39.
- Kabus, Günther: Zur komplexen sozialistischen Umgestaltung von Altbauwohngebieten, in: Architektur der DDR 7/1976, S. 390-394.
- Kahmann, Henning: Stadtbetrachtungen in der deutsch-deutschen Provinz, in: Bauwelt 44/1985, S. 1742-1747.
- Kaspari, Gerhard: Zu einigen Problemen bei der Planung und Vorbereitung von Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen der Altbausubstanz, in: Architektur der DDR 7/1983, S. 390-391.
- Kegler, Harald: Aufbruch in die >alte Stadt<. Zur Städtebauausbildung an der Architektur-Hochschule Weimar Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre – eine persönliche Momentaufnahme, in: Escherich/Misch/Müller: Entstehung und Wandel der mittelalterlichen Städte in Thüringen, Berlin 2007, S. 322-335.
- Khurana, Satish C./Jerx, Christina: Innerstädtisches Bauen in Quedlinburg, in: Architektur der DDR 8/1988, S. 16-20.
- Kiel, Uwe: Abbruch – Rekonstruktion – Ersatzneubau. Die Umgestaltung der Greifswalder Altstadt in den 1970/80er Jahren, in: Lichtnau, Bernfried (Hrsg.): Architektur und Städtebau im südlichen Ostseeraum von 1970 bis zur Gegenwart. Entwicklungslinien – Brüche – Kontinuitäten, Berlin 2007, S. 217-239.
- Kiesow, Gottfried: Denkmalpflege in Deutschland. Eine Einführung, Darmstadt 2000.
- Kiesow, Gottfried: Die Entwicklung des städtebaulichen Denkmalschutzes in Europa, in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau/Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte – Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 34-37.
- Kiesow, Gottfried: Fünfzehn Jahre Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Ländern – eine Erfolgsgeschichte, in: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Denk!mal: Alte Stadt – Neues Leben. Stadterneuerung und Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Bundesländern, Berlin 2007, S. 25-27.

- Klein, Gerhard: Innerstädtisches Bauen im Bezirk Halle, in: Bauzeitung 6/1986 S. 247-250.
- Klein, Gerhard: Neue Wohnungsbaureihe P-Halle/IW84-IB für innerstädtisches Bauen, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 324-326.
- Kluge, Hans-Jürgen: Aufgaben bei der Modernisierung der Wohnbausubstanz im Fünfjahrplan 1971-197, Referat von 1972 in: Bauakademie der DDR (Hrsg.): Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten. Ein Beitrag zur Lösung der Aufgaben bei der Modernisierung von 115 TWE bis 1975. Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 34-38.
- Kluge, Hans-Jürgen: Zur Vorbereitung des Wohnungsbauprogrammes der 80er Jahre und der Umgestaltung innerstädtischer Altbauwohngebiete, in: Architektur der DDR 2/1978, S. 132-136.
- Kieling, Uwe/Priese, Gerd: Historische Stadtkerne – Städte unter Denkmalschutz, Berlin 1989.
- Kirchner, Jörg: Denkmalpflege und Stadtplanung in der DDR nach 1945, in: Scheurmann, Ingrid: ZeitSchichten. Erkennen und Erhalten. Denkmalpflege in Deutschland. München/Berlin 2005, S. 148-152.
- Koch, Dietrich/Rätzl, Peter: Rekonstruktion Altstadt Bernau, in: Deutsche Architektur 7/1968, S. 400-408.
- Koch, Dietrich: Verfahren zur Bewertung der Altbausubstanz im Rahmen der städtebaulichen Planung, in: Architektur der DDR 2/1979, S. 116f.
- Konrad, Wolfgang: Industrialisiertes Bauen und Denkmalpflege – ein Widerspruch?, in: Bauplanung Bautechnik 3/1984, S. 108-111.
- Krause, Dorothea/Zache, Manfred: Modernisierungsgebiet Arnimplatz im Stadtgebiet Berlin-Prenzlauer Berg, in: Architektur der DDR 7/1976, S. 395-400.
- Krautzberger, Michael: Erläuterungen zum Programm Stadtumbau Ost auf der Veranstaltung des Deutschen Verbandes am 12.12.2001, erhältlich unter www.stadtumbau.com.
- Krautzberger, Michael: Städtebauliche Erneuerung – zum Beginn einer neuen Politik für die Städte 1990, in: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Denk!mal: Alte Stadt – Neues Leben. Stadterneuerung und Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Bundesländern, Berlin 2007, S. 22-24.

- Krehl, H.-J.: Wohnbausubstanz und Wohnbaubedarf in der DDR, Leipzig 1990.
- Kreisleitung Halberstadt der SED und Rat des Kreises Halberstadt (Hrsg.): Die Bilanz unserer erfolgreichen Entwicklung. Der Kreis Halberstadt im 40. Jahr der Deutschen Demokratischen Republik, Halberstadt 1989.
- Krenz, Gerhard: Architektur zwischen gestern und morgen. Ein Vierteljahrhundert Architekturentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1975.
- Krenz, Gerhard: Zu einigen Grundtendenzen der Städtebaupolitik in der DDR, in: Kunsterziehung 5/1977, S. 5-9, Teil II Heft 6/1977, S. 1-5.
- Kristen, Th.???: Stadtplanung und Stadterneuerung in der DDR. Gesamthochschule Kassel, Arbeitsberichte des Fachbereichs Stadtplanung und Landschaftsplanung, Heft 82, ohne Jahresangabe.
- Kröber, Günter: Das städtebauliche Leitbild zur Umgestaltung unserer Städte. Dargestellt am Beispiel der Stadt Halle, Berlin 1980.
- Kröber, Gerhard: Die städtebauliche Konzeption für die Umgestaltung des Stadtzentrums (Halle), in: Architektur der DDR 7/1979, S. 412-413.
- Kröber, Gerhard: Wettbewerb „Brunoswarte – Moritzzwinger“ in Halle, in: Architektur der DDR 6/1982, S. 329-334.
- Krüger, Walter: Wovon spricht die Architektur der DDR, in: Bauwelt 19/1990, S. 938-939.
- Kuhn, Rolf/Hunger, Bernd: Wohnen in älteren Wohngebieten, in: Architektur der DDR 2/1980, S. 121-125.
- Kulturakademie des Bezirkes Dresden in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der Deutschen Demokratischen Republik/Bezirksvorstand Dresden (Hrsg.): Denkmalpflege – Staatliche Aufgabe und gesellschaftliches Anliegen in der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden 1985.
- Kulturbund der DDR/Gesellschaft für Denkmalpflege: Drei Jahrzehnte Denkmalpflege in der DDR, Berlin 1980.
- Kunz, Günter: Erfahrung bei der Leitung, Planung und Ausführung der Rekonstruktion in Halle, Referat aus: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in: Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 85-86.
- Lagatz, Uwe: Wernigerode. Geschichte Architektur Kunst, Wernigerode 2000.

- Lammert, Ule: Aufgaben des Städtebaus zur Erfüllung des langfristigen Wohnungsbauprogramms bis 1990 als Beitrag zur Lösung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages, in: Architektur der DDR 3/1975, S. 135-142.
- Lammert, Ule: Städtebau – Grundsätze, Beispiele, Methoden, Richtwerte, Berlin 1979.
- Lammert, Ule: Städtebauliche Planung der Umgestaltung von Altbaugebieten und Stadtkernen, in: Architektur der DDR 1/1977, S. 18-25.
- Lammert, Ule: Zu Problemen des Städtebaus der achtziger Jahre, Berlin 1982.
- Lehmann, Rainer: Entwicklung der Fußgängerbereiche in Altstädten der DDR, in: Die Alte Stadt 1/1998, S. 80-99.
- Lehmann, Rainer: Zu den Reproduktionsbedingungen der Bausubstanz in den Stadtzentren, in: Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin, Heft 245, Berlin 1989, S. 111-115.
- Lehmann, Rainer: Zur Erarbeitung städtebaulicher Konzeptionen für die Planung und Gestaltung des Reproduktionsprozesses in den Stadtzentren, in: Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin, Heft 265, Berlin 1990, S. 32-36.
- Lembcke, Kurt: Standpunkte und Auffassungen zum innerstädtischen Wohnungsbau, in: Architektur der DDR 5/1982, S. 286-289.
- Linke, Rolf: Städtebaulich-gestalterische Möglichkeiten für die Erhaltung und Entwicklung von Altstadtkernen, in: Architektur der DDR 1/1981.
- Loui, Karl-Heinz: Zur Synthese zwischen Denkmalwert und Nutzungsart, d.h. „neuer Nutzung und denkmalpflegerischer Maßnahmen, in: ICOMOS Nationalkomitee der DDR (Hrsg.): Denkmale und kulturelle Identität. Internationales Symposium der VII: Generalversammlung des ICOMOS 1984, S. 73-74.
- Ludley, Kurt: Aufgaben und Ergebnisse der Generalbebauungsplanung für die Kreisstädte im Bezirk Halle, in: Architektur der DDR, S. 424-427.
- Ludley, Kurt: Rekonstruktion von innerstädtischen Bereichen im Bezirk Halle, in: Architektur der DDR 7/1979, S. 434-436.
- Machule, Dittmar/Stimmann, Hans: Sozialistische Produktionsweise + Industrielles Bauen = Sozialistischer Städtebau?, in: Bauwelt 48/1982, S. 2010-2015.
- Magirius, Heinrich: Zum Schicksal der Bau- und Kunstdenkmäler in der DDR, in: Kunstchronik 6/1990, S. 237-248.

- Magirius, Heinrich: Zur Geschichte der Denkmalpflege in der früheren DDR, in: Denkmalschutz und Denkmalpflege, 10 Jahre Denkmalschutzgesetz NRW, Köln/Bonn 1991, S. 285-289.
- Mayer, Hans: Architektur und Städtebau in der DDR, in: Architekt 3/1980, S. 121-125.
- Meibeyer, Wolfgang: Aufbau und Umgestaltung in der Halberstädter Innenstadt – Eine stadtgeographische Fallstudie ihrer Entwicklung seit 1945, in: Berliner Geographische Abhandlungen, Heft 53, Berlin 1990, S. 125-137.
- Meie, Hans-Jürgen: Weltkulturerbe Quedlinburg, Goslar 1998.
- Milde, Kurt: Gestalterische Fragen der sozialistischen Umgestaltung historisch wertvoller Stadtkerne, in: Deutsche Architektur 11/1973, S. 672-677.
- Ministerium für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Kulturpolitische Schwerpunkte für die Jahre 1977/1978, Berlin 1976.
- Mohr, Frank: Verfall – Erhalt – Erneuerung. Erfahrungen bei der Realisierung des Umgestaltungsprozesses mit der Plattenbauweise in Greifswald, in: Lichtnau, Bernfried (Hrsg.): Architektur und Städtebau im südlichen Ostseeraum von 1970 bis zur Gegenwart. Entwicklungslinien – Brüche – Kontinuitäten, Berlin 2007, S. 240-251.
- Müller, Hans: Erhaltung baukünstlerisch wertvoller Stadtkerne, in: Architektur der DDR 2/1979, S. 68-69.
- Müller, Helmut M.: Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn 1996.
- Münzberg, Josef: Modernisierung des Arbeiterwohngebietes Halle-Glauchau – Gute Wohnbedingungen auch im Altbau, in: Architektur der DDR 3/1981, S. 152-157.
- Näther, Joachim: Der Beitrag von Denkmälern zur Bestimmung der kulturellen Identität, in: ICOMOS-Nationalkomitee der DDR (Hrsg.): Denkmale und kulturelle Identität. Internationales Symposium der VII: Generalversammlung des ICOMOS 1984, S. 95.
- zur Nedden, Felix: Aufbau und Umbau – Entwicklung in der DDR 1945-1989, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung – Landesgruppe Niedersachsen-Bremen (Hrsg.): Stadterneuerung Halberstadt. Vorbereitender Bericht zur Jahrestagung der DASL 1994 in Erfurt, S. 11-18.
- Neue große Aufgaben für Städtebau und Architektur, in: Architektur der DDR 8/1982, S. 465-471.

- Olschewski, Harri: Zur Kulturpolitik in der DDR und den Aufgaben der Denkmalpflege bei der gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes, in: ICOMOS-Nationalkomitee der DDR (Hrsg.): Denkmale und kulturelle Identität. Internationales Symposium der VII: Generalversammlung des ICOMOS 1984, S. 157-159.
- Palutzki, Joachim: Architektur in der DDR, Berlin 2000.
- Paul, Jürgen: Der Wiederaufbau der historischen Städte in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg, in: Meckseper, Cord/Siebenmorgen, Harald (Hrsg.): Die alte Stadt. Denkmal oder Lebensraum? Göttingen 1985, S. 114-156.
- Paulick, Richard u.a.: Erhaltung und Rekonstruktion der Altbausubstanz, in: Deutsche Architektur 2/1967, S. 71-75.
- Petzet, Michael: Denkmalpflege und Denkmalschutz im Denkmalschutzjahr 1975, o.O.
- Piechocki, Werner: Die Große Märkerstraße, Halle 1995.
- Piechocki, Werner: Halle. Ein verlorenes Stadtbild, Gudensberg-Gleichen 1994.
- Piechocki, Werner/Gottlieb, Ingo: Halle. Fotografien von gestern und heute, Gudensberg-Gleichen 1995.
- Planungsbüro Kölz: Naumburg/Saale Stadtentwicklungskonzept, Naumburg 1991.
- Pöschk, Klaus: Aufgabenstellung und Funktionen der Spezialkapazitäten für die Denkmalpflege in der DDR, in: ICOMOS-Nationalkomitee der DDR (Hrsg.): Denkmale und kulturelle Identität. Internationales Symposium der VII: Generalversammlung des ICOMOS 1984, S. 160-163.
- Pöschk, Klaus: Probleme und Methoden der Projektierung am Modernisierungsbeispiel Arkonaplatz in Berlin, Referat aus: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in: Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 91-95.
- Programm der SED, Berlin 1976.
- Prögel, Wilhelm: Die rechtliche Regelung der Denkmalpflege in ihrer Wirkung auf den sozialistischen Städtebau, Diss A, Leipzig 1988.
- Rackwitz, Werner: Aus dem Referat, in: Kulturbund der DDR/Gesellschaft für Denkmalpflege (Hrsg.): Drei Jahrzehnte Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1980, S. 8-18.
- Rackwitz, Werner: Denkmalpflege als gesellschaftliche Aufgabe, in: Architektur der DDR 2/1980, S. 75-80.

- Rackwitz, Werner: Zur Gründung des Rates für Denkmalpflege beim Ministerium für Kultur, in: Denkmalpflege in der DDR 5/1977, S. 5-15.
- Rasche, Klaus: Gedanken zur Gründerzeitarchitektur, in: Architektur der DDR 11/1979, S. 701.
- Rätzel, Peter: Besonderheiten der Modernisierung in Klein- und Mittelstädten, Referat aus: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in: Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 80-81.
- Redecke, Sebastian: Trauer um Leipzig, in: Bauwelt 12/1990, S. 552-561.
- Rehländer, Gunter: Förderung des Städtebaulichen Denkmalschutzes in Sachsen-Anhalt, in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau u. Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 540-553.
- Richter, Hansgeorg: Industrielles Bauen in der Altstadt von Cottbus, in: Architektur der DDR 3/1986, S. 137-143.
- Richtlinie zur besseren Nutzung des baulichen Grundfonds durch Um- und Ausbau, Modernisierung und Erhaltung, in: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in: Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 123-128.
- Rietdorf, Werner: Dialektik von Raumstruktur und Baustruktur, in: Architektur der DDR 8/1988, S. 9-15.
- Rietdorf, Werner: Neue Wohngebiete sozialistischer Länder. Entwicklungstendenzen, progressive Beispiele, Planungsgrundsätze, Berlin 1978.
- Rietdorf, Werner: Städtische Wohnumwelt. Grundlagen, Anregungen und Beispiele zur komplexen städtebaulichen Planung u. Gestaltung der Wohnungsbaus im Rahmen der intensiven Stadtentwicklung, Berlin 1984.
- Rietdorf, Werner: Stadterneuerung, Berlin 1989.
- Rietdorf, Werner/Kreß, Siegfried: Wohnen in Städten: Planung und Gestaltung der Wohngebiete, Berlin 1973.
- Röntsch, Karin: Halle - Straßennamen mit Erläuterungen, Halle 1994.
- Rössing, Roger: Quedlinburg, Rudolstadt 1992.
- Rössing, Roger: Quedlinburg so wie es war, Düsseldorf 1992.
- Rosenkranz, Christa: Erfahrungen aus den Modellvorhaben der Stadterneuerung in den neuen Bundesländern, in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und

- Raumordnung (Hrsg.): Planungserleichterungen in den neuen Bundesländern. Ergebnisse der Zwischenbilanzkonferenz im Dezember 1991 in Berlin. Materialien zur Raumentwicklung, Bonn 1992, S. 54-57.
- Rosenkranz, Christa: FORUM: Vergessen wir unsere kleinen Städte nicht wieder!, in: Architektur der DDR 2/1990, S. 49.
- Rosenkranz, Christa: Zur städtebaulichen Leitplanung von Mittel- und Kleinstädten, in: Architektur der DDR 3/1989, S. 24-26.
- Rothstein, Fritz: Rekonstruktion und Stadttypisches, Referat aus: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in: Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 103-106.
- Sack, Manfred: Riesenplatten und so enge Straßen, in: DIE ZEIT 14. Oktober 1988, S. 75f.
- Sauberzweig, Dieter: Die Entwicklung der Städte in der DDR – Zustand, Probleme, Erfordernisse, Konstanz 1991.
- Sauerbier, Heidrun: Städtebauliche Grundkonzeption für das Umgestaltungsgebiet Reußenplatz in Naumburg, in: Architektur der DDR 7/1988.
- Schaller, Sigrid: Umgestaltung des innerstädtischen Baugebietes Großer Berlin in Halle, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 344-345.
- Schauer, Hans-Hartmut: Aufgaben und Probleme der städtischen Denkmalpflege in den Bezirken Halle und Magdeburg, in: Denkmale in Sachsen-Anhalt. Ihre Erhaltung und Pflege in den Bezirken Halle und Magdeburg, Weimar 1986, S. 109-124.
- Schauer, Hans-Hartmut: Fachwerkbauten in Sachsen-Anhalt, In: Schauer, Hans-Hartmut/Ehrhardt, Günter (Hrsg.): Fachwerkbauten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen: Untersuchungen zur Bau- und Formenentwicklung des Fachwerks und zum heutigen Bestand in den fünf neuen Bundesländern, Berlin/München 1992, S 79-176.
- Schauer, Hans-Hartmut: Instandsetzung und Modernisierung von Fachwerkhäusern in Quedlinburg, in: Architektur der DDR 7/1979, S. 428-430.
- Schauer, Hans-Hartmut: Die Fachwerkstadt Osterwieck. Eine Analyse der Baugeschichte der Stadt und ihrer Werte sowie ein Bericht über denkmalpflegerische Arbeiten bis 1990, Berlin 1997.
- Schauer, Hans-Hartmut: Quedlinburg. Fachwerkstadt, Weltkulturerbe, Berlin 1999.

- Schauer, Hans-Hartmut: Städtebau und Denkmalpflege – Erfahrungen und Vorstellung aus der Arbeit des Instituts für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle, in: Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin, Heft 245, Berlin 1989, S. 103-106.
- Schauer, Hans-Hartmut: Städtebaulicher Denkmalschutz in Sachsen-Anhalt, in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau u. Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 396-414.
- Schauer, Hans-Hartmut: Über den Umgang mit Fachwerkhäusern, in: Architektur der DDR 9/1984, S. 553-557.
- Schauer, Hans-Hartmut: Salzwedel – Zur Erhaltung und Entwicklung von Struktur und Bild einer Kleinstadt, in: Architektur der DDR 6/1983, S. 337-345.
- Scheurmann, Ingrid: ZeitSchichten. Erkennen und Erhalten. Denkmalpflege in Deutschland. München/Berlin 2005.
- Schilling, Christiane: Denkmalschutzgebiet und Umgebungsschutzbereich, Diss. A, Weimar 1986.
- Schlesier, Karl-Heinz: Rationelle Methoden bei der städtebaulichen Planung von Umgestaltungsmaßnahmen, Referat aus: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten, in: Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 77-79.
- Schmidt-Breitung, Peter: Städtebauliche Ausgangsposition historisch gewachsener Straßen- und Platzräume als Fußgängerbereiche im Altstadtkern ausgewählter Mittelstädte unter dem Aspekt ihrer funktionell-räumlichen Leistungsfähigkeit für die Umgestaltung, in: Umgestaltung von Städten. Probleme des Städtebaues und der Erzeugniserzeugung. Tagungsmaterialien des 2. Wissenschaftlichen Informationstages der Sektion Architektur und der Sektion Gebietsplanung und Städtebau. Schriften der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Heft 26, Weimar 1979, S. 67-70.
- Schmitt, Gudrun: Die komplexe Rekonstruktion – ein Weg der Reproduktion städtischer Teilgebiete zur Erhöhung der sozialen Wirksamkeit von Baumaßnahmen, in: Architektur der DDR 12/1988, S. 8.
- Schneider, Rolf: Ruinen schaffen ohne Waffen, in: Merian Extra DDR, Hamburg 1990, S. 62-71.

- Schoder, Hans: Denkmalpflege in der früheren DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, S. 291-297.
- Scholke, Horst/Schumbera, Adolf: Halberstadt, Gudensberg-Gleichen 1993.
- Scholle, Anneliese/Ramke, Gerhard: Osterwieck – ein Beispiel für Bürgerinitiative in der Denkmalpflege, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 2/1975, S. 21-28.
- Schöller, Peter: Städtepolitik, Stadtumbau und Stadtgestaltung in der DDR. Erdkundliches Wissen, Heft 81. Stuttgart 1986.
- Schöne, Rainer: Stadtbilduntersuchungen in Halberstadt, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, 6/1979, S. 12-29.
- Schöne, Rainer: Umgestaltung in der Altstadt von Halberstadt, in: Bauakademie der DDR (Hrsg.): Architektur der DDR, Heft 11, 1980, S. 656-659.
- Schretzenmayr, Martina: Wohnungsbau in der ehemaligen DDR, in: DISP, Heft 133, 2/1998, S. 40-48.
- Schulz, Klaus D.: Entwicklungslinien der Stadterneuerung in der DDR, in: Jahrbuch Stadterneuerung 1998, S. 35-61.
- Schütz, Gertrud: Kleines politisches Wörterbuch, 3. Auflage 1978.
- Schwier, Volker: Aspekte einer städtebaulichen Reise in die DDR, Oldenburg 1987.
- Seidel, Carmen: Zum ästhetischen Wert historisch geprägter Stadtkerne, in: Architektur der DDR 12/1985, S. 753-755.
- Sommerer, Karl: Bauen in Kleinstädten: Ausgangsposition, Bestandsaufnahme und Zielstellung, in: Architektur der DDR 1/1981, S. 16-18.
- Spielmann, Helmut: Erfassung, Klassifizierung und Denkmalerklärung, in: Wissenschaftliche Grundlagen der Denkmalpflege. Materialien zur Denkmalpflege, Heft III, Berlin 1981, S. 62-74.
- Spohr, Rudi: Modernisierung der Altbaugebiete, in: Bauzeitung 4/1976, S. 203f.
- Spohr, Rudi/Esch, Hans: Modernisierung mit höherem Effekt, in: Architektur der DDR 9/1979, S. 538-543.
- Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern : Entwicklungspotential, Investitionsprojekte und Flächennutzung; eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 16. Juni 1992 in Potsdam/Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschaftspolitik. [Electronic ed.], Bonn 1992.

- Staemmler, Gerlind: Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete in der DDR, Berlin 1981.
- Staemmler, Gerlind: Wohnungsbauplanung und Wohnungspolitik, in: Bauwelt 35/1982, S. 1412-1421.
- Stahn, Günther: Rund um die Berliner Nikolaikirche, in: Architektur der DDR 4/1982, S. 218-225.
- Stallknecht, Wilfried: Umgestaltung innerstädtischer Wohnbereiche. Gebäudekonzeptionen der Plattenbauweise. Schriftenreihe Bauforschung – Baupraxis, Heft 46, Berlin 1980.
- Stallknecht, Wilfried, Weiterentwicklung der WBS 70 unter dem Aspekt ihrer Anwendung in innerstädtischen Gebieten, in: Architektur der DDR 1/1981.
- Stallknecht, Wilfried: Zur Umgestaltung des Stadtkerns von Bernau. Bericht über eine Beispielplanung zur Umgestaltung von Klein- und Mittelstädten, in: Architektur der DDR 11/1975, S. 666-673.
- Staufenbiel, Fred: Funktion stadtsoziologischer Untersuchungen für die intensive Stadtreproduktion und die Erneuerung innerstädtischer Gebiete in der DDR, in: Dase, Martina u.a. (Hrsg.): Stadterneuerung im Wandel – Erfahrungen aus Ost und West. Internationales Symposium 27.-29.10. 1988, Basel 1989, S. 41-56.
- Staufenbiel, Fred: Leben in Städten, Kleine Reihe Architektur, VEB Verlag für Bauwesen Berlin 1989.
- Steinhagen, Rudolf: Zur Realisierung des komplexen Wohnungsbaus in Halberstadt, in: Bauakademie der DDR (Hrsg.): Architektur der DDR, 11/1980, S. 650-652.
- Stelzer, Helmut: Probleme der Erhaltung und Rekonstruktion historischer Bausubstanz im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung von Klein- und Mittelstädten in der DDR, in: Architektur der DDR 2/1980, S. 114-120.
- Stelzer, Helmut: Rekonstruktion von Fachwerkbauten in Quedlinburg, in: Architektur der DDR 7/1977, S. 412-423.
- Stelzer, Helmut: Wohnen in historischen Gebäuden, in: Architektur der DDR 2/1983, S. 99-106.
- Stelzer, Helmut: Zur Denkmalpflege in der Bezirksstadt Halle, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 348-349.
- Stelzer, Helmut: Zur internationalen Arbeit der Denkmalpflege der DDR, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 4/1977, S. 55-58.

- Stelzer, Helmut: Zur städtebaulichen Rekonstruktion der Fachwerkstadt Quedlinburg, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik 3/1975, S. 22-33.
- Stimmann, Hans: Vom „Milljöh“ zum Milieu. Stadterneuerung in Ost-Berlin: vom sozialistischen Neuanfang zur „komplexen Rekonstruktion“, in: Bauwelt 44/1985, S. 1748-1754.
- Strubelt, Wendelin: Stadterneuerung in Ost und West – Bericht über eine Internationale Tagung, in: Dase, Martina u.a. (Hrsg.): Stadterneuerung im Wandel – Erfahrungen aus Ost und West. Internationales Symposium 27.-29.10. 1988, Basel 1989, S. 125-130.
- Tesch, Joachim: Wurde das DDR-Wohnungsbauprogramm 1971/76-1991 erfüllt?, in: Utopie kreativ, Sonderheft 2000, S. 50-58.
- Thäder, Rüdiger: Umgestaltung des innerstädtischen Baugebietes Domplatz, in: Architektur der DDR 6/1986, S. 346-347.
- Thesen zu Tendenzen der städtebaulichen Entwicklung von Stadtzentren, in: Schriftenreihe Bauforschung - Baupraxis. Bauinformation der DDR Berlin, Heft 245, Berlin 1989, S. 121-134.
- Theopold, Hans-Bernhard: Quedlinburger Fachwerkbau, Quedlinburg 1999.
- Topfstedt, Thomas: Abriß der Städtebaugeschichte der Deutschen Demokratischen Republik von der Mitte der 1950er Jahre bis zum Beginn der 1970er Jahre. Dissertation zur Promotion B, Leipzig 1984.
- Topfstedt, Thomas: Baukultur zwischen Bestandssicherung und Stadterneuerung, in: Jahrbuch für Architektur 1991, Braunschweig 1991, S. 9-20.
- Topfstedt, Thomas: Notwendigkeit der Forschung an der Bausubstanz in Umgestaltungsgebieten, in: Kulturbund der DDR/Gesellschaft für Denkmalpflege, Bezirksvorstand Leipzig (Hrsg.): Denkmalpflege in Umgestaltungsgebieten. 4. Bezirksfachtagung Denkmalpflege 24./25. September 1983, S. 35-39.
- Topfstedt, Thomas/Kober, Bertram: Stadtdenkmale im Osten Deutschlands, Leipzig 1994.
- Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955-1971, Leipzig 1988.
- Topfstedt, Thomas: Wohnen und Städtebau in der DDR, in: Flagge, Ingeborg (Hrsg.): Geschichte des Wohnens, Bd. 5. Von 1945 bis heute. Aufbau – Neubau und Umbau, 2000, S. 419-562.

- Topfstedt, Thomas: Zwischen Vergangenheit und Zukunft: das Stadtdenkmal Altenburg/Thüringen, in: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Schönen Künste 7/1993, S. 77-94.
- Tullner, Mathias: Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2001.
- Ullmann, E.: Vorwort, in: Kulturbund der DDR/Gesellschaft für Denkmalpflege, Bezirksvorstand Leipzig (Hrsg.): Denkmalpflege in Umgestaltungsgebieten. 4. Bezirksfachtagung Denkmalpflege 24./25. September 1983, S. 12-15.
- Ullmann, E.?: Zur kunstgeschichtlichen Bewertung der Substanz in Umgestaltungsgebieten, in: Kulturbund der DDR/Gesellschaft für Denkmalpflege, Bezirksvorstand Leipzig (Hrsg.): Denkmalpflege in Umgestaltungsgebieten. 4. Bezirksfachtagung Denkmalpflege 24./25. September 1983, S. 17-35.
- Ungewitter, Fritz/Kirsch, Karin/Kamper, Bodo: Wie stellen wir uns im Bezirk Magdeburg auf die Anforderungen an den Wohnungsbau in den 80er Jahren ein?, in: Architektur der DDR 5/1981, S. 272-277.
- Urban, Florian: Berlin/DDR Neo-Historisch. Geschichte aus Fertigteilen, Berlin 2007.
- von Beyme, Klaus: Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, München 1987.
- Voß, Gotthard: Das Schleiermacher-Haus Große Märkerstraße 21/22, Halle 1994.
- Vysek, Horst/Schallain, Lothar: Zur Rekonstruktion von städtischen Altbaugebieten, in: Deutsche Architektur 12/1970, S. 712-715.
- Wald, Herbert: Erfahrungen bei der Modernisierung in Halle-Süd, Referat in: Bauakademie der DDR (Hrsg.): Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten. Ein Beitrag zur Lösung der Aufgaben bei der Modernisierung von 115 TWE bis 1975. Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur Heft 43, 1973, S. 39-43.
- Wenzel, Klaus-Christian: Blankenburg – Rekonstruktion einer Kleinstadt, in: Architektur der DDR 6/1983, S. 333-336.
- Wenzel, Klaus Christian: Die Gestaltung der innerstädtischen Bereiche in Wernigerode und Blankenburg, in: Architektur der DDR 7/1984, S. 422-425.
- Werner, Arnold: Instandsetzung von Fachwerkbauten, in: Bauzeitung 5/1976, S. 255f.
- Werner, Frank: Stadt, Städtebau, Architektur der DDR, Erlangen 1981.

- Westphal, Jürgen (Red.): Das Modell Halberstadt. Aus alten Wurzeln zu neuem Leben. Eine bildhafte Reportage zur Stadtentwicklung, 1. Auflage, Quedlinburg 1998.
- Wirth, Hermann: Aspekte der Werte und Bewertung umzugestaltender Bereiche für den Einsatz bauindustrieller Verfahren und für deren Weiterentwicklung, in: Umgestaltung von Städten. Probleme des Städtebaues und der Erzeugnisentwicklung. Tagungsmaterialien des 2. Wissenschaftlichen Informationstages der Sektion Architektur und der Sektion Gebietsplanung und Städtebau. Schriften der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Heft 26, Weimar 1979, S. 60-63.
- Wirth, Hermann: Historische Werte im gegenwärtigen Architekturschaffen, in: Architektur der DDR 6/1982, S. 347-352.
- Wohlmann, Rudolf: Städtebauliche Planung zentrumsnaher Wohngebiete in Halberstadt, in: Bauakademie der DDR (Hrsg.): Architektur der DDR, 11/1980, S. 653-655.
- Wohlmann, Rudolf: Wohnungsbau auf innerstädtischen Flächen in Halberstadt, in: Bauakademie der DDR (Hrsg.): Architektur der DDR, 7/1984, S. 433-435.
- Wolle, Stefan: DDR, Frankfurt am Main 2004.
- Zaglmaier, Harald: Innerstädtisches Bauen in den Kreisstädten des Bezirkes Halle, in: Architektur der DDR 11/1985, S. 670-676.
- Zaglmaier, Harald: Vorbereitung der Umgestaltung in der Altstadt von Quedlinburg, in: Architektur der DDR 7/1979, S. 431-433.
- Zaglmaier, Harald: Zur Grundlinie der städtebaulich-architektonischen Entwicklung im Bezirk Halle, in: Architektur der DDR 7/1979, S. 393-396.
- Zaglmaier, Harald: Zur städtebaulichen Planung der innerstädtischen Bereiche in den Lutherstädten Eisleben und Wittenberg, in: Architektur der DDR 11/1983, S. LIV-LVII.
- Ziegler, Werner: Halle. Das waren die 60er und 70er Jahre, Gudensberg-Gleichen 1995.

LEBENS LAUF

Vor- und Zuname:	Sandra Keltsch, geb. Gleisberg
Geburtsdatum:	04.12.1979
Geburtsort:	Leipzig
Familienstand:	verheiratet, 2 Kinder
Staatsangehörigkeit:	deutsch
Schulbildung:	1986-1992 Polytechnische Oberschule „Friedrich Schiller“ 1992-1998 Friedrich-Schiller-Schule/Gymnasium, Leipzig-Gohlis
Schulabschluss:	Juli 1998 mit Abitur
Weiterer Bildungsweg:	1998-2004 Studium der Kunstgeschichte und Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig, Abschluss „Magister Artium“ 2006-2012 Promotion bei Prof. Dr. Thomas Topfstedt